

Schriften des Vereins für Socialpolitik

---

Band 191

**Monetäre Steuerung  
und ihre Probleme in unter-  
schiedlichen Wirtschaftssystemen**

Herausgegeben von

**Hans-Jürgen Wagener**



**Duncker & Humblot · Berlin**

**Schriften des Vereins für Socialpolitik**  
**Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften**  
**Neue Folge Band 191**

**SCHRIFTEN DES VEREINS FÜR SOCIALPOLITIK**  
**Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften**  
**Neue Folge Band 191**

---

**Monetäre Steuerung und ihre Probleme  
in unterschiedlichen Wirtschaftssystemen**



**Duncker & Humblot · Berlin**

# **Monetäre Steuerung und ihre Probleme in unter- schiedlichen Wirtschaftssystemen**

**Herausgegeben von**

**Hans-Jürgen Wagener**



**Duncker & Humblot · Berlin**

**CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek**

**Monetäre Steuerung und ihre Probleme in unterschiedlichen  
Wirtschaftssystemen / hrsg. von Hans-Jürgen Wagener. —**  
Berlin: Duncker u. Humblot. 1990  
(Schriften des Vereins für Socialpolitik, Gesellschaft für Wirtschafts-  
und Sozialwissenschaften; N. F., Bd. 191)  
ISBN 3-428-06771-1  
NE: Wagener, Hans-Jürgen [Hrsg.]; Gesellschaft für Wirtschafts- und  
Sozialwissenschaften: Schriften des Vereins ...

**Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen  
Wiedergabe und der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten**

© 1990 Duncker & Humblot GmbH, Berlin 41

Satz: Hagedornstz, Berlin 46

Druck: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin 61

Printed in Germany

ISSN 0505-2777

ISBN 3-428-06771-1

## Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b>	
Von <i>Hans-Jürgen Wagener</i> , Groningen .....	7
<i>Erster Teil</i>	
<b>Die Rolle des Geldes in sozialistischen Planwirtschaften</b>	
Zur Funktion und Bedeutung des Geldes in Wirtschaftssystemen sowjetischen Typs	
Von <i>Spiridon Paraskewopoulos</i> , Köln .....	15
Der Wandel der sozialistischen Geldtheorie im Spannungsfeld zwischen sozialrevolutionären Verheißen und wirtschaftsorganisatorischen Sachzwängen	
Von <i>Hannsjörg F. Buck</i> , Bonn .....	31
<i>Zweiter Teil</i>	
<b>Makro-ökonomische Steuerungsprobleme</b>	
Determinanten der privaten Geldnachfrage in sozialistischen Planwirtschaften: Eine theoretisch-empirische Analyse	
Von <i>Karl-Hans Hartwig</i> , Münster .....	59
Geldangebotssteuerung bei unterschiedlichen Unternehmens- und Marktverfassungen	
Von <i>H. Jörg Thieme</i> , Bochum .....	77
Geldmengenziele im internationalen Vergleich	
Von <i>Egon Tuchfeldt</i> , Bern .....	97
<i>Dritter Teil</i>	
<b>Monetarisierung einer zentralgelenkten Wirtschaft: Das Beispiel der VR China</b>	
Aspekte monetärer Instabilitäten in der VR China	
Von <i>Werner Klein</i> , Köln .....	127
Monetäre Steuerung in den transitorischen Stadien eines Wirtschaftssystems: Der Fall China	
Von <i>Norbert Kloten</i> , Stuttgart/Tübingen .....	157

*Vierter Teil***Sektorale Probleme**

Funktionsprobleme der gemeinsamen Währung der RGW (Transferabler Rubel)	
Von <i>Hermann Clement</i> , München	..... 187
Finanz- und kreditpolitische Steuerung der Landwirtschaft in der Sowjetunion und in der Europäischen Gemeinschaft	
Von <i>Eberhard Schinke</i> , Gießen	..... 213

## **Einleitung**

Von *Hans-Jürgen Wagener*, Groningen

Monetäre Steuerungsprobleme haben für marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftssysteme eine evidente Relevanz: money matters. Im Falle planwirtschaftlicher Systeme ließe sich auf den ersten Blick vermuten, daß monetäre Probleme eine untergeordnete Rolle spielen. Denn schließlich wird hier die Koordinationsfunktion vom Planer auf der zentralen und der intermediären Ebene mit Hilfe von im wesentlichen naturalwirtschaftlichen Mengenindikatoren ausgeübt. Das Geld ist vor allem ein Kontrollinstrument, das die Schritte der Planausführung begleiten und sichtbar machen soll: Kontrolle durch den Rubel heißt das entsprechende Schlagwort. Nur auf dem Konsumgütermarkt spielt das Geld eine diesem eingeschränkten Marktgeschehen entsprechende, etwas aktiver Rolle. Daraus resultiert die Aufspaltung des Geldkreislaufes in zwei natürlich nicht wasserdicht voneinander getrennte Kreisläufe des Produzentengeldes und des Konsumentengeldes.

Die traditionelle Auffassung von der passiven Rolle des Geldes in sozialistischen Planwirtschaften hat dazu geführt, daß monetäre Probleme dieser Wirtschaftssysteme in der Literatur nur am Rande oder gar nicht behandelt wurden. Darin ist in jüngster Zeit eine merkliche Veränderung aufgetreten, was sich vor allem auf zwei Phänomene zurückführen läßt: die wachsenden inflationären Spannungen in diesen Wirtschaftssystemen, die sich in beiden genannten Geldkreisläufen, wenn auch in unterschiedlicher Weise, äußern, und die Reformansätze, die die Plankoordination durch flexiblere, marktmäßige Koordinationsinstrumente ersetzen wollen und damit zwangsläufig diese Wirtschaften stärker monetarisieren.

Dies hat der Ausschuß zum Vergleich von Wirtschaftssystemen zum Anlaß genommen, sich auf zwei Tagungen, vom 16.-19. September 1987 in Berlin und vom 2.-4. Oktober 1988 in Buchenbach bei Freiburg, intensiv mit dem Thema „Probleme der monetären Steuerung in unterschiedlichen Wirtschaftssystemen“ zu befassen. Die Ergebnisse der Ausschußarbeit werden in diesem Band der Profession und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Der Ausschuß erhebt nun keineswegs den Anspruch, dies sei vorab bemerkt, die Probleme der monetären Steuerung marktwirtschaftlicher Systeme in ihrer theoretischen Komplexität und empirischen Vielfalt behandeln zu können. Mit unterschiedlichen Wirtschaftssystemen sind hier in erster Linie sozialistische Planwirtschaften gemeint: DDR, Polen, Sowjetunion, China zum Beispiel. Doch würde es eine Verengung der Sichtweise bedeuten, wollte man auf systemübergreifende

Theoriebildung und ganz auf marktwirtschaftliche Erfahrungen verzichten. Die Erwartungen, die in sozialistischen Systemen häufig mit marktwirtschaftlich-monetären Reformen verbunden werden, finden zumeist keine Entsprechung in einer theoretischen Verarbeitung der monetären Steuerungsprobleme real existierender marktwirtschaftlicher Ordnungen. Geld macht nicht glücklich, sagt der Volksmund, und der Ökonom müßte eben auf Grund dieser Erfahrungen hinzufügen, es beruhigt allein dann, wenn man damit umzugehen weiß.

Das vorliegende Buch ist in vier Abschnitte untergliedert. Der erste befaßt sich mit der Rolle des Geldes in sozialistischen Planwirtschaften. Spiridon Paraskewopoulos, Köln, macht in seinem Beitrag „Zur Funktion und Bedeutung des Geldes in Wirtschaftssystemen sowjetischen Typs“ deutlich, daß die Geldlosigkeit einer Planwirtschaft, wenn sie denn theoretisch möglich sein sollte (vgl. z.B. Hensel), realtypisch betrachtet eine Illusion ist. Ebenso illusorisch ist die ideologisch begründete Annahme der Interessenharmonie zwischen Zentralplaner und dezentralen Einheiten, nach der das Geld keinerlei spezifischen Einfluß auf den Ablauf des Wirtschaftsprozesses haben kann. Eine empirisch relevante Fragestellung muß sich deshalb auf die real existierenden Zentralverwaltungswirtschaften konzentrieren und untersuchen, durch welche Einflüsse das Geld störend in die güterwirtschaftlichen Pläne eingreift. Entsprechende Probleme sind vor allem im mikroökonomischen Bereich zu suchen. Sie gehen aus vom tendenziellen Geldüberhang im Buchgeld- und Bargeldkreislauf und wirken sich zwar nicht direkt, wohl aber indirekt auf die Faktorallokation aus.

Derartige Probleme, die in der westlichen Theorietradition zentral stehen, spielen in den geldtheoretischen Diskussionen der sozialistischen Wirtschaftswissenschaft nur eine untergeordnete, wenn überhaupt eine Rolle. Das macht der Aufsatz von Hannsjörg F. Buck „Der Wandel der sozialistischen Geldtheorie im Spannungsfeld zwischen sozialrevolutionären Verheißen und wirtschaftsorganisatorischen Sachzwängen“ klar. Der Zwang, die Geldtheorie auf die Marxsche Überlieferung zu gründen, führt zumindest in der DDR, die in diesem Beitrag Hauptgegenstand der Untersuchung ist, zu einer gewissen Scholastik. Doch die Funktionsprobleme parametrischer, d.h. mit monetären und pretialen Lenkungsinstrumenten operierender, Planung brechen diese starre und wenig fruchtbare Haltung mehr und mehr auf. Wenn auch sehr allmählich, so ist doch eine gewisse Annäherung der östlichen und westlichen Theoriepuzzles zu konstatieren.

Der zweite Abschnitt behandelt makroökonomische Steuerungsprobleme. In seinem Beitrag „Die Geldnachfrage in sozialistischen Planwirtschaften: Eine theoretisch-empirische Analyse“ stellt sich Karl-Hans Hartwig, Münster, die Aufgabe, die private Geldnachfrage in sozialistischen Plantwirtschaften mit dem Instrumentarium der modernen westlichen Geldtheorie zu analysieren. Die Anwendbarkeit wahlhandlungstheoretischer Geldnachfragemodelle scheint dem Autor durch die prinzipielle Gleichförmigkeit des ökonomischen Verhaltens gegeben zu sein. Der wesentliche Systemunterschied beruht auf dem

Spektrum der alternativen Anlagemöglichkeiten, die in sozialistischen Planwirtschaften erheblich eingeschränkt sind. Natürlich wirft die Schätzung von Geldnachfragefunktionen dann noch genügend Probleme auf, die sich nicht nur auf das Datenmaterial beschränken. Für die vier untersuchten Länder, DDR, CSSR, Polen, Sowjetunion, kommt der Autor zu brauchbaren Schätzergebnissen und zu dem abschließenden Resultat, daß die Geldnachfrage der Individuen in sozialistischen Planwirtschaften ähnlichen Grundsätzen unterliegt wie in Marktwirtschaften.

Die Angebotsseite des Steuerungsproblems wird systemübergreifend von H. Jörg Thieme, Bochum, in seinem Beitrag „Geldangebotssteuerung bei unterschiedlichen Unternehmens- und Marktverfassungen“ untersucht. Ausgangshypothese des Aufsatzes ist eine Asymmetrie zwischen Markteintrittschancen und Marktaustrittszwängen, die u. a. im Strukturwandel zu gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsproblemen führen kann. Die Insolvenzfähigkeit von Unternehmen hängt von den Unternehmens- und Marktverfassungen der jeweiligen Wirtschaftsordnung ab. In sozialistischen Planwirtschaften entsteht nach Ansicht Thiemes ein systemtypischer Kreditnachfragesog besonders dadurch, daß in ungeplanten Insolvenszsituationen die Staatshaftung den Marktaustritt verhindert. Auf der Geldangebotsseite ist das einstufige Bankensystem mit der Notenbank an der Spitze gehalten, die Kreditnachfrage der staatlichen Unternehmen bedingungslos zu befriedigen. Der Vergleich mit kapitalistischen Marktwirtschaften zeigt die Bedeutung der Autonomie der Notenbank in einem doppelstufigen Bankensystem. Denn bei einer unabhängigen Notenbankpolitik sind dem Staat enge Grenzen gesetzt, wenn er insolvenzgefährdete Betriebe retten will.

Derartige Überlegungen spielen natürlich bei der Reform des Bankensystems in Osteuropa und China eine Rolle. Jugoslawien kennt bereits seit längerer Zeit ein zweistufiges Bankensystem. In Ungarn wurde die Trennung der Geschäftsbanken von der Zentralbank 1987 vorgenommen, und diesem Beispiel haben sich Polen und Bulgarien angeschlossen. Über China informieren die Beiträge von Klein und Kloten. Allerdings darf man sich von derartigen institutionellen Veränderungen nicht gleich Wunderdinge erwarten. Das lehrt nicht nur die Erfahrung Jugoslawiens, auf die auch Thieme hinweist. Das lehrt nicht zuletzt die Praxis in den hochentwickelten OECD-Ländern.

Diese hat Egon Tuchfeldt, Bern, in dem Beitrag „Geldmengenziele im internationalen Vergleich“ zum Thema gemacht. Untersucht werden die Erfolge der makroökonomischen Wirtschaftspolitik in der Periode 1975-1987 in den folgenden Ländern: Schweiz, BRD, USA, Japan, Frankreich, Großbritannien, Italien und Niederlande. Erfolgsindikatoren sind das reale Wirtschaftswachstum, Geldwertstabilität, Vollbeschäftigung und außenwirtschaftliches Gleichgewicht. Das Ergebnis des Vergleichs ist erwartungsgemäß enttäuschend: die monetaristische Geldmengensteuerung schlägt kaum besser an als die keynesianische Nachfragesteuerung. Dies ist in erster Linie ein Problem für die

Theoriebildung. Es ist aber auch ein praktisches Problem für voll monetarisierte sozialistische Marktwirtschaften, für die vor allem die Ziele Vollbeschäftigung und Wachstum von zentraler, systembestimmender Bedeutung sind.

Bis zur voll monetarisierten sozialistischen Marktwirtschaft ist es zweifellos noch ein weiter Weg, sicher für das Wirtschaftssystem der Volksrepublik China, das auf einem sehr viel niedrigeren Entwicklungsniveau und damit auch einem niedrigeren Integrationsniveau operiert. Im dritten Abschnitt des Buches wird die Monetarisierung einer zentralgelenkten Wirtschaft am Beispiel China näher analysiert. Werner Klein, Köln, behandelt „Aspekte monetärer Instabilitäten in der VR China“. Nach einer kurzen Beschreibung des institutionellen Aufbaus des reformierten chinesischen Bankensystems untersucht er die Inflation nach 1979. Diese stellt sich als Preis- und Kassenhaltungsinflation dar. Als Ursache werden im wesentlichen die institutionellen Veränderungen im Rahmen der Systemreform ausgemacht. Sie sind noch nicht von einer effektiven geldpolitischen Steuerung begleitet. Angesichts der viel zu passiven Haltung der Zentralbank lässt sich eine derartige Aussage trotz der eben geäußerten theoretischen Vorbehalte aufrecht erhalten.

Die damit angesprochenen Probleme eines ordnungspolitischen Übergangsprozesses sind anschließend Gegenstand des Beitrags von Norbert Kloten, Stuttgart und Tübingen, „Monetäre Steuerung in den transitorischen Stadien eines Wirtschaftssystems: Der Fall China“. Der Autor macht deutlich, daß die Transformation den Rahmen eines sozialistischen Systems nicht sprengen. Sie betreffen vor allem das Koordinationssystem, mit dem Übergang von direktiven zu anleitenden Plänen, das Entscheidungssystem, mit einem wachsenden Gewicht privateigentumsähnlicher Rechtsverhältnisse, und das Motivations- und Kontrollsystem, mit einer Zunahme der marktwirtschaftlichen Motivationsfaktoren. Das alles erfordert eine stärkere Monetarisierung der Wirtschaft, die auf Grundlage eines strategischen Konzepts, aber nicht ohne Rückschläge und Reibungsverluste vorangetrieben wird.

Im vierten und letzten Abschnitt kommen sektorale Probleme zur Sprache. Der Vergleich der sowjetischen mit der westeuropäischen Landwirtschaftspolitik im Beitrag von Eberhard Schinke, Gießen, „Finanz- und kreditpolitische Steuerung der Landwirtschaft in der Sowjetunion und in der Europäischen Gemeinschaft“ macht deutlich, daß auch in hochentwickelten Marktwirtschaften Sektoren bestehen können, die den monetären Steuerungsinstrumenten kaum zugänglich sind. Die Landwirtschaft ist in beiden Systemen Objekt weitgehender Planung und Regulierung. Doch während die Mengenplanung im Westen als ordnungspolitischer Sündenfall gilt, ist sie in der Sowjetunion nach wie vor die Regel. Indirekte finanzielle Steuerungselemente können sich dort nur zögernd durchsetzen. Ihre Wirkung wird auch in der EG durch die direktive Preisplanung, die hier das zentrale Lenkungsinstrument darstellt, beeinflußt. Damit muß sich die Wirtschaftspolitik abfinden. Denn der Autor schließt eine Freigabe der Preise in beiden Systemen für die überschaubare Zukunft aus.

Monetäre Steuerungsprobleme beschränken sich nicht nur auf die Binnengesellschaft. Das westliche wie das östliche Wirtschaftssystem haben, wenn auch auf unterschiedliche Weise, mit Problemen der Außenwährung zu kämpfen. Diesem Thema widmet sich der abschließende Beitrag von Hermann Clement, München, „Funktionsprobleme der gemeinsamen Währung des RGW (Transferabler Rubel)“. Nach Ansicht des Autors dient der transferable Rubel nur formal als Recheneinheit und kann auch die Tauschmittelfunktion des Geldes sowie seine Wertaufbewahrungsfunktion nur unzureichend oder gar nicht erfüllen. Eines der analysierten Hauptprobleme des transferablen Rubel ist seine Überbewertung gegenüber dem Dollar. Dieser Umstand kann unter bestimmten Bedingungen einen nicht unerheblichen Verteilungseffekt unter den einzelnen RGW-Ländern bewirken. Abgesehen davon kann der Transferrubel unter den heutigen Systembedingungen keinen einheitlichen Wert besitzen. Die Konsequenz, die Clement hieraus zieht, lautet Übernahme der internationalen Geldfunktionen durch konvertible nationale Währungen der RGW-Länder.

Dies ist nur im Rahmen sehr viel weitergehender Systemreformen in Osteuropa möglich und sinnvoll, wie die Generaldiskussion verdeutlichte. Die monetäre Steuerung der außenwirtschaftlichen Güterströme setzt mit dem Kürzel der Konvertibilität eine fundamentale Änderung des Preissystems, vor allem des Preisbildungssystems voraus. Hier liegt jedoch eines der Kernprobleme der marktwirtschaftlich-monetären Reformen in den meisten sozialistischen Systemen. Monetäre Steuerung wird überhaupt erst unter der Bedingung der Existenz eines funktionsfähigen Preissystems möglich. Das Preissystem darf im Verhältnis zu den relativen Knappheiten nur geringfügige Verzerrungen aufweisen und es muß flexibel, d. h. rasch anpassungsfähig sein. Die zu diesem Ziel führenden institutionellen Änderungen sind selbst auf dem Papier noch nicht hinreichend ausgearbeitet und theoretisch untermauert.

Die Teilnehmer der beiden Tagungen waren sich in den jeweiligen Generaldiskussionen darüber einig, daß die Fortsetzung und Vertiefung der Monetarisierung dieser Wirtschaften zu den zentralen Reformproblemen gehört. Hierfür sind nicht nur institutionelle Innovationen erforderlich. Es wäre auch wünschenswert, sich theoretisch intensiver mit der Frage zu beschäftigen, welche Stadien die Transformation von Wirtschaftsordnungen durchläuft und welche Kräfte sie vorantreiben. Es hat allen Anschein, als ob die neuesten Entwicklungen in den sozialistischen Wirtschaftssystemen einer solchen Ausweitung der Frage nach den Problemen der monetären Steuerung ausreichendes Studienmaterial lieferten.



*Erster Teil*

**Die Rolle des Geldes  
in sozialistischen Planwirtschaften**



# **Zur Funktion und Bedeutung des Geldes in Wirtschaftssystemen sowjetischen Typs**

Von *Spiridon Paraskewopoulos*, Köln

## **A. Einleitung**

Seit die Menschen arbeitsteilig wirtschaften, ist das Medium Geld für jede Tauschwirtschaft eine zwingende Notwendigkeit geworden. Im Zusammenhang mit der Erfüllung der Funktionen des Geldes als allgemeines Recheneinheits-, Zahlungs-, Tausch- und Wertaufbewahrungsmittel entstehen in allen Geldwirtschaften Probleme, deren nicht rechtzeitige Lösung schwerwiegende wirtschaftspolitische Folgen haben kann. In der Geldtheorie werden verschiedene Fragen — Bedeutung und Funktionen des Geldes betreffend — im Zusammenhang mit dem Geldangebot, der Geldnachfrage, der Geldverwendung und den Geldwirkungen thematisiert und analysiert.

In der *Geldangebotstheorie* wird unter den Bedingungen der jeweiligen Geldordnung zunächst nach der optimalen Geldmenge gefragt. Für die Steuerung des Geldangebots liegt die Verantwortung in modernen Volkswirtschaften meist bei den Zentralbanken, die in der Regel bei der Bestimmung des Geldangebots vor folgende Probleme gestellt sind:

- (1) Die Abschätzung der jeweiligen realen Geldnachfrage und
- (2) die exakte Anpassung des nominalen Angebots an die reale Geldnachfrage.  
(Willms 1985, S. 13)

Die *Geldnachfragetheorie* versucht, im wesentlichen zwei Fragen zu beantworten:

- (1) Warum halten die Wirtschaftssubjekte einen Teil ihres Vermögens in Geldform, obwohl dieses ihnen keinen Zinsertrag erbringt?
- (2) Welche Geldmenge betrachten die Wirtschaftssubjekte als ihre optimale Kassenhaltung? (Siebke 1985, S. 42)

Aus den erwähnten Fragestellungen der Geldangebots- und Geldnachfragetheorie wird erkennbar, daß offensichtlich das Geld Auswirkungen auf verschiedene wichtige volkswirtschaftliche Variablen hat, die das Verhalten der Wirtschaftssubjekte beeinflussen mit der Folge möglicher allokativer Wirkungen im Rahmen des Wirtschaftssystems. Dies führte zu theoretischen Ansätzen, die die Verwendung und die Wirkung des Geldes im weiteren (allgemeine Vorteile der Geldverwendung) wie im engeren (Geldwirkungen) Sinne analysieren. (Friedman 1970; Brunner / Meltzer 1974; Thieme 1985) Die ersten zeigen, daß allein

die Geldverwendung einzel- und gesamtwirtschaftliche Vorteile hat, die offensichtlich wirtschaftssystemindifferent sind. Bei den letzteren wurden die vermuteten monetär verursachten Transmissionsprozesse fast ausschließlich unter den Bedingungen marktwirtschaftlicher Ordnungen diskutiert. Monetäre Fragen in Verbindung mit sozialistischen Planwirtschaften sind bislang hingegen, abgesehen von wenigen Ausnahmen (Gutmann 1965; Podolski 1973; Thieme 1983 a und b, 1985; Hartwig/Thieme 1979; Hartwig 1983, 1987; Cassel 1985), wenig analysiert worden. Auch in der sozialistischen Geldtheorie hat man sich bisher hauptsächlich mit der Darstellung des Geldsystems und weniger mit dessen funktionellen Problemen im Zusammenhang mit der Geldverwendung und deren Auswirkungen beschäftigt (Ehlert/Hunstock/Tannert 1976), da man hier von einer exakten zentralen Planbarkeit der gesamtwirtschaftlichen Geldversorgung ausgeht. Diese Defizite in der sozialistischen Geldtheorie werden auch von den DDR-Autoren Schliesser und Zufelde deutlich angesprochen. Sie sind der Meinung, daß „die wirklichen theoretischen und praktischen Probleme der planmäßigen Gestaltung des Geldumlaufs ... offensichtlich ... nicht eindeutig erfaßt oder gar gelöst“ sind (Schliesser/Zufelde 1985, S. 712). Obwohl dieser Mangel in der sozialistischen Geldtheorie gesehen wird, hat man sich bisher mit der Frage der möglichen Produktions-, und Beschäftigungs- und Inflationseffekte im Zusammenhang mit der Geldverwendung kaum beschäftigt.

In den letzten Jahren ist allerdings festzustellen, daß in der bundesdeutschen geldtheoretischen Literatur geldtheoretische Fragen in Verbindung mit sozialistischen Planwirtschaften zunehmend aufgenommen werden (Cassel 1985; Haffner 1985; Hartwig 1983, 1985, 1987; Thieme 1983a und b, 1985) mit dem Ziel, den Einfluß des Geldes auf reale volkswirtschaftliche Variablen hin zu untersuchen. Besonders geht es dabei um die Frage, ob monetäre Impulse auch in sozialistischen Planwirtschaften gesamtwirtschaftliche Produktions-, Beschäftigungs-, Allokations- und Verteilungseffekte haben können.

Diesen augenblicklichen Diskussionsstand darzustellen und kritisch zu würdigen, ist Aufgabe meines Referats.

## **B. Zur Funktion des Geldes bei vollständig zentraler Planung des Wirtschaftsprozesses**

### **I. Zur Frage der Notwendigkeit des Geldes bei vollständig zentraler Lenkung der Wirtschaft**

Im Modell einer vollkommen staatlich administrativen Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses ist eine naturale Wirtschaftsrechnung möglich, weil die Knappheitsgrade der Güter (zu diesem Begriff vgl. Gutmann 1965, S. 13f.) auch mit Hilfe der mengenmäßigen Bilanzierung durch die Plansalden sichtbar gemacht werden können (vgl. K. P. Hensel 1974, S. 51ff.). Aufgrund der

Bestimmung der Knappheitsgrade ist die Zentrale in der Lage, die einzelnen Güter ökonomisch zu bewerten. Daraus folgt, daß es unter den bestimmten Modellbedingungen der zentralen Instanz möglich ist, ohne die Verwendung von Geld und Geldrechnung den volkswirtschaftlichen Nutzen aller Güter — im Sinne der Zentrale — zu maximieren. Dieses Ergebnis resultiert aus der Annahme, daß in einem solchen fiktiven System die planende Instanz aufgrund der unterstellten vollständigen Information in der Lage ist, Bedarfs- und Produktionspläne für alle Güter (Konsum- und Investitionsgüter) aufzustellen, deren Realisierung ein gesellschaftliches Wohlstandsmaximum bedeutet. Die Aufstellung von Bedarfs- und Produktionsplänen legt dabei auch die einzelnen Güterrelationen und damit den Wert der einzelnen Güter fest. Daraus ergibt sich gleichzeitig auch die optimale Verteilung, da im Modell die realisierte optimale Produktion einem Punkt auf der Transformationskurve entspricht, der zugleich Tangentialpunkt zwischen der Transformationskurve und einer gesellschaftlichen Indifferenzkurve der Zentrale ist. Unter solchen Bedingungen wären Geld und Geldrechnung nicht notwendig.

In der Realität läßt sich allerdings eine Zentralverwaltungswirtschaft in dieser modelltheoretisch abstrakten und vollständigen Form nicht organisieren. Selbst wenn die Bilanzierung von 10 und mehr Millionen Gütern möglich wäre, ist doch die Anzahl der Güterrelationen (bei 10 Millionen Gütern sind es ohne die reziproken Werte fast 50 Billionen) kaum mehr zu überblicken. Der Informationsgehalt solcher Güterrelationen wäre bei dieser Menge gleich Null. Außerdem müßte, um ein solches Vorhaben bewältigen zu können, „... die Planzentrale im Zuge der Erstellung, aber noch mehr bei der Durchführung des Volkswirtschaftsplanes mit jedem Faktorbesitzer in direkten Kontakt treten und ihm ein bestimmtes Leistungssoll anweisen“. Dies würde eine riesige Bürokratie erforderlich machen, „... bei der möglicherweise auf jeden Leistungsträger ein anweisender bzw. kontrollierender Beamter käme“ (Leipold/Schüller 1986a, S. 32). Aus diesen objektiven Schwierigkeiten erwächst die Notwendigkeit eines allgemeinen Wertäquivalents (Hensel 1974, S. 182ff.), welches die Darstellung und den Vergleich der Werte von Gütern und Dienstleistungen für alle Plansubjekte in einer einfachen und überschaubaren Form ermöglicht. Die Einführung des Geldes in einer zentralgeleiteten Wirtschaft ist also nicht nur zweckmäßig, sondern sogar notwendig, um die Planung und deren Realisierung ökonomisch sinnvoll zu gestalten. Auch für die individuelle Verteilung der Güter ist die Verwendung von Geld unvermeidbar, wenn ein friktionsloser Ausgleich zwischen den Käufen und Verkäufen erreicht werden soll. Dies alles impliziert, daß die Verwendung von Geld den Einsatz knapper Ressourcen in vielschichtiger Form verringert, also die Transaktionskosten erheblich reduziert. Die allgemeinen ökonomischen Vorteile der Geldverwendung lassen sich dabei für jede Volkswirtschaft wie folgt zusammenfassen.

Erstens sind Geldpreise, unabhängig davon, ob sie Knappheitsgrade zutreffend anzeigen oder nicht, kostenlose Informationen. Insofern vermitteln sie und

2 Schriften d. Vereins f. Socialpolitik 191

damit das Geld Informationen, die auch in Zentralverwaltungswirtschaften so günstig wie von keinem anderen Medium bereitgestellt werden können.

Zweitens führt das Geld bei den Wirtschaftssubjekten zur Einsparung von Lagerhaltungskosten für jene Güter, die mangels zeitlicher Synchronisation zwischen Produktion und Verwendung vor dem Zeitpunkt des Tausches fertiggestellt sind.

Drittens werden durch die Verwendung von Geld Informations- und Suchkosten für die Ermittlung des Gutes mit den niedrigsten Lagerkosten eingespart.

Viertens schließlich besitzt das Geld unter bestimmten Voraussetzungen (z. B. konstante Kaufkraft) eine zeitlich unbeschränkte Verwendungsmöglichkeit, da es eine kostenlose Aufbewahrung von Waren ermöglicht (vgl. Hartwig 1987, S. 22 ff.).

Die allgemeinen ökonomischen Vorteile des Geldes liegen also darin, daß selbst bei Ertragslosigkeit und eventuellen Realwertverlusten Risiken und Transaktionskosten jeglicher Art minimiert werden können (vgl. Hartwig 1987, S. 23). Die sich daraus ergebenden Vorteile entstehen auch in Zentralverwaltungswirtschaften, weil es hier keine vollständige Information und keine kostenlose Abwicklung des Tausches gibt. Daher erhöht die Verwendung des Geldes in Zentralverwaltungswirtschaften sowohl den individuellen Nutzen als auch die gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt. Sie impliziert Vorteile gegenüber einer Naturaltauschwirtschaft, weil sie unabhängig von der Qualität des Planungssystems Transaktionskosten und Risiken senkt und eine Einsparung knapper Mittel ermöglicht. Die Geldverwendung kann also in bezug auf ökonomische Effizienz in keinem Wirtschaftssystem neutral sein (vgl. Hartwig 1987, S. 24), ein Gesichtspunkt, der in der wissenschaftlichen Diskussion unbestritten ist. Unterschiedliche Meinungen bestehen jedoch in der Auffassung darüber, ob die Verwendung von Geld auch die Verhaltensweise der Wirtschaftssubjekte dergestalt verändert, daß dadurch mögliche Allokationswirkungen entstehen, die von der planenden Instanz zumindest nicht berücksichtigt worden sind.

## **II. Mögliche Wirkungen des Geldes im Allokationssystem einer vollständig zentral gelenkten Wirtschaft**

Hieraus ergibt sich die Frage, ob monetäre Impulse die wirtschaftlichen Aktivitäten der Wirtschaftssubjekte in der Weise beeinflussen, daß dadurch eine andere Allokation der Ressourcen zustande kommt als die von der Zentrale angestrebte.

Unter den Annahmen der Interessenübereinstimmung zwischen dispositiven und ausführenden Organen, der vollkommenen Information und der korrekten Informationsübermittlung ist kein plausibler Grund ersichtlich, warum Geld von den untergeordneten Planinstanzen und von den übrigen Wirtschaftssub-

jetten in einer anderen Weise verwendet werden sollte als dies die übergeordneten Instanzen wünschen. Auch die Frage, ob das Geld hier als Kontroll- und Sanktionsinstrument fungiert, ist deshalb aus dem gleichen Grund zu verneinen. Geld und damit Geldpreise übernehmen unter diesen Bedingungen und in einem solchen System eine Funktion, die immer im Sinne der planenden zentralen Instanz wirkt.

Unterstellt man bei den Akteuren hingegen unterschiedliche Interessen und einen unterschiedlichen Informationsstand, muß das Modell einer Zentralverwaltungswirtschaft modifiziert werden, da möglicherweise das Geld und die Geldverwendung innerhalb des Systems zusätzliche Wirkungen hervorrufen können. Im folgenden wird davon ausgegangen, daß in einer real existierenden Zentralverwaltungswirtschaft zu erwarten ist, daß die zentral geplante Abwicklung komplexer Wirtschaftsprozesse — aufgrund interessengeleiteter Informationsverfälschungen und Informationslücken — nicht immer im Sinne der Zentrale erfolgt. Dann aber stellt sich erneut die Frage nach den Wirkungen des Geldes.

### C. Der Einfluß des Geldes im Modell real existierender Zentralverwaltungswirtschaften

Im folgenden sollen in einem Modell unvollkommener Zentralplanung die Einflußnahmemöglichkeit des Geldes und die daraus resultierenden Wirkungen auf das von der zentral-administrativen Instanz gewollte Allokationssystem analysiert werden.

#### I. Modellprämissen

Folgende Annahmen gelten als Ausgangspunkt:

- (1) Es gibt eine zentrale Instanz (Plankommission), die befugt ist, den gesamtwirtschaftlichen (volkswirtschaftlichen) Plan aufzustellen.
- (2) Diese zentrale Instanz bedient sich eines Verwaltungsapparates, mit dessen Hilfe Informationen gesammelt und die Entscheidungen der Zentrale weitergeleitet werden.
- (3) Der volkswirtschaftliche Bedarf wird von der zentralen Instanz festgelegt. Die dafür benötigten Informationen erhält diese von den untergeordneten Instanzen.
- (4) Eine zentrale, detaillierte und vollständige Erfassung und Verarbeitung aller volkswirtschaftlichen Größen sowie Transaktionen ist nicht möglich. Daher werden nur aggregierte Globalbilanzen erarbeitet, die von den nachgeordneten Instanzen aufgeschlüsselt werden müssen.

2\*

(5) Die untergeordneten Instanzen besitzen aufgrund des Informationsdefizits der zentralen Organe gewisse Entscheidungsspielräume während des Prozesses sowohl der Planentstehung als auch der Planverwirklichung.

(6) Geldemission und Bankensystem sind zentralisiert. Das geldpolitische Ziel der Zentrale besteht in der Anpassung der Geldmenge an den gesamtwirtschaftlichen Geldbedarf während einer Periode.

(7) Das Bankensystem ist einstufig organisiert. Es besteht eine Zentralbank mit Filialen und Zweigstellen, die gleichzeitig Emissions- und Geschäftsbank ist (vgl. Haffner 1985, S. 198).

Diese Prämissen beschreiben ein realitätsnahe Modell einer Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs, das es ermöglicht, ohne erhebliche Abstraktion von der Wirklichkeit einige eventuelle Schlußfolgerungen hinsichtlich der von der Zentrale nicht beabsichtigten Wirkungen des Geldes abzuleiten.

## **II. Geldplanung und -steuerung**

Entsprechend der Logik des Systems einer solchen Zentralverwaltungswirtschaft folgt die monetäre Planung der Produktionsplanung nach und muß daher aus dem Volkswirtschaftsplan abgeleitet werden (vgl. Gutmann 1965, S. 47; Haffner 1985, S. 204). Mit Hilfe fester Geldpreise findet eine Umrechnung natürlicher Größen in Geldgrößen statt. Durch diesen Rechenvorgang lassen sich die güterwirtschaftlichen Pläne in Geldplänen ausdrücken. Die Zentralbank steht hier vor dem Problem der exakten Berechnung der volkswirtschaftlich erforderlichen Geldmittel, das allerdings nicht so sehr makro-, sondern vielmehr mikroökonomischer Natur ist. Makroökonomisch kann es theoretisch ein Geldmengenproblem für die Zentralbank nicht geben, weil diese aufgrund der naturalen Volkswirtschaftspläne und der festgesetzten Preise die erforderliche Gesamtgeldmenge zu bestimmen in der Lage ist. Schwierigkeiten makroökonomischer Art können nur bei Unter- bzw. Übererfüllung der Pläne auftreten. Auch bei Erreichen eines makroökonomischen Gleichgewichts ist ein Ungleichgewicht zwischen Geldangebot und -nachfrage möglich, wenn einer Übererfüllung der Pläne im Produktionsmittelbereich eine Untererfüllung der Pläne im Konsumgütersektor gleichen Ausmaßes gegenübersteht. In diesem Falle entspricht der Warenfonds nicht dem Kauffonds (vgl. Haffner 1985, S. 205).

Im nicht vollständig planbaren mikroökonomischen Bereich ist die Geldsteuerung für die Zentrale noch schwieriger. Wie die Praxis der sozialistischen Planwirtschaften zeigt, besteht das monetäre Problem der Zentrale in der permanenten Überliquidität der Betriebe und der privaten Haushalte. Dies ist vor allem eine Folge des bestehenden Systems der Abwicklung des Zahlungs- und Kreditverkehrs, welches durch das Bestehen zweier weitgehend voneinander getrennter Geldkreisläufe (Buchgeld- und Bargeldkreislauf) gekennzeichnet ist (vgl. Gutmann 1965, S. 232; Haffner 1985, S. 198 ff.).

Der Buchgeldkreislauf umfaßt vorwiegend den gesamten zwischenbetrieblichen sowie den finanziellen Zahlungsverkehr zwischen den Banken und den Betrieben. Alle übrigen Zahlungsvorgänge wie Lohnzahlungen, Zahlungen im Einzelhandel, Konsumausgaben der privaten Haushalte, Ein- und Auszahlungen bei den Sparkassen, Geschäftsabwicklungen zwischen Einzelpersonen sowie Zahlungen in der Schattenwirtschaft schlagen sich im Bargeldkreislauf nieder.

Ziel der Zentralbank ist es, diese beiden Geldkreisläufe möglichst vollständig zu kontrollieren, damit insbesondere auf der mikroökonomischen Ebene Ungleichgewichte zwischen Geldangebot und -nachfrage, die die Planerfüllung gefährden könnten, vermieden werden (vgl. Haffner 1985, S. 204 ff.).

Der Buchgeldkreislauf, also der Zahlungsverkehr zwischen den Betrieben und den Banken, müßte — folgt man der Theorie — mehr oder weniger von der Zentralbank unter Kontrolle gehalten werden. In der Praxis ist dies jedoch mit sehr vielen Schwierigkeiten verbunden. Man darf nicht von einem makroökonomischen Geldgleichgewicht, das durch den Volkswirtschaftsplan quasi automatisch gegeben ist, bereits auf die Existenz eines mikroökonomischen Gleichgewichts schließen, da es — abgesehen von den vorhandenen legalen oder illegalen Entscheidungsmöglichkeiten der Betriebe — für die Planungsbehörden und für die Banken sehr schwierig ist, zwischen planbedingtem und nichtplanbedingtem Geldmittelbedarf der Betriebe zu unterscheiden. Außerdem ist die Bilanz der Planungsinstanzen und der Banken auf Bestands- und nicht auch auf Stromgrößen fixiert. Die Zahlungstermine können planmäßig nicht im voraus bestimmt werden, so daß Fehlentscheidungen oder/und Unwirtschaftlichkeiten von den Betrieben leicht vertuscht und der daraus resultierende Geldbedarf als planmäßig ausgewiesen werden kann. Das Ergebnis ist dann eine höhere Liquidität der Betriebe als die ihnen planmäßig zustehende mit der Folge der Entstehung inflatorischer Prozesse in versteckter oder sogar offener Form (vgl. Cassel 1985, S. 260 ff.; Jansen 1982, S. 41 ff.).

Entstehung und Bestehen der Inflation werden noch deutlicher, wenn man auch den Bargeldkreislauf in die Betrachtung einbezieht. Damit die zur Abwicklung der geplanten Gütertransaktionen erforderliche Geldemission für eine Periode richtig geplant werden kann, bedarf es der Planung der Einnahmen und Ausgaben der Bevölkerung sowie der Planung der Zu- und Abflüsse der Zentralbankkasse. Eine genaue *ex ante*-Planung der Einnahmen und Ausgaben der Bevölkerung stößt allerdings auf sehr viele Schwierigkeiten. Relativ genau planbar sind die Einnahmen der Bevölkerung, soweit es sich um Lohn-, Renten-, Prämien- oder sonstige Transferzahlungen handelt. Aber auch diese Zahlungen können in vielen Fällen nicht im voraus exakt erfaßt werden, da Über- oder Untererfüllungen der Produktionspläne vorkommen, die dann auch im Umfang nicht genau bestimmmbare Aufstockungen des Lohn- bzw. des Prämienfonds erfordern.

Weitaus schwieriger ist die Planung der Ausgaben der Bevölkerung. Die Probleme resultieren hier einmal aus der freien Konsumwahl und damit aus den

nicht planbaren Kaufentscheidungen der Konsumenten. Zum anderen ist auch das Spar-, Entspar- und Hortungsverhalten der Bevölkerung planerisch nicht erfassbar; die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes ist also ebenfalls nicht *ex ante* bestimmbar. Daraus folgt, daß der Rückfluß des Bargeldes und damit auch die erforderliche Bargeldemission nicht genau geplant werden können (vgl. Gutmann 1965, S. 239f.). Hierzu zählen auch die Gelder des Schattensektors und diejenigen der legalen oder halblegalen Betriebskassen, die das monetäre Planungsproblem zusätzlich verschärfen. Somit werden die Schwierigkeiten, die mit der Aufstellung des Kassenplans der Zentralbank verbunden sind, sichtbar, ein Tatbestand, der eine exakte Übereinstimmung des Waren- und Kauffonds verhindert.

Die angeführten Schwierigkeiten zeigen, daß theoretisch das Hauptproblem der Geldplanung und -steuerung in den Zentralverwaltungswirtschaften — wie auch bei den Marktwirtschaften — darin besteht, sicherzustellen, daß weder zu viel noch zu wenig Geld in Umlauf kommt. In der Praxis der Zentralverwaltungswirtschaften überwiegt allerdings mehr das Problem der Inflationierung (Geldüberschuß) als das der Deflationierung (Geldmangel) (vgl. Haffner 1985, S. 204ff.; Thieme 1983 a und b; Hartwig/Thieme 1979).

Die hier angesprochene Problematik hängt sehr eng mit der Methode der Wirtschaftsrechnung in den sozialistischen Planwirtschaften zusammen. Die Bilanzierungsmethode ist, wie oben erwähnt wurde, nicht auf die Gesamtheit der Güter in der Volkswirtschaft anwendbar (vgl. Gutmann 1982, S. 610). In der Praxis kann nur eine begrenzte Zahl von Faktoren und Produkten unmittelbar bilanziert werden. Dies hat zur Folge, daß die Wirtschaftsrechnung einen Strukturbruch aufweist (vgl. Schüller 1986, S. 150), denn nur ein Teil der gesamtwirtschaftlichen Produktion ist in sich konsistent und in der notwendigen Disaggregation zentral koordinierbar (vgl. Hedtkamp 1982, S. 387). Der größere Teil der Produktion wird in den Betrieben geplant. Deshalb sind Verfahren notwendig, durch die die Betriebspässe in den Prozeß der zentralen Planung einbezogen werden. Diesem Zweck dienen die von Hensel (1977, S. 178) als Hilfsverfahren der Koordination bezeichneten Methoden der Vorgabe von Plankennziffern an die Betriebe, der Abschluß von Verträgen zwischen den einzelnen Wirtschaften (Vertragssystem) sowie die Festlegung sogenannter ökonomischer Hebel in Form von Preisen, Gewinnen, Lohnsätzen, Fonds, Abgaben und materiellen Anreizen (vgl. Schüller 1986, S. 150). Mit diesen Hilfsverfahren der Koordination zentraler Planung, die immer in Verbindung mit dem Prinzip der Prämienerzielung bei Planerfüllung eingesetzt werden, wird das Ziel verfolgt, den gesamtwirtschaftlichen Rechnungszusammenhang, der wegen der Undurchführbarkeit einer vollständig zentralen Planung unmittelbar nicht zustande kommt, doch noch herzustellen und eine Übereinstimmung der gesamtwirtschaftlichen mit den einzelwirtschaftlichen (betrieblichen) Interessen herbeizuführen (vgl. Paraskewopoulos 1986, S. 307). Diese beiden parallel laufenden Methoden der Wirtschaftsrechnung (über zentrale Koordination und über ökonomische Hebel) erhöhen zusätzlich die oben erwähnte Problematik

der Geldangebots- und Geldnachfrageplanung. Es besteht eine grundsätzliche kumulative Wechselwirkung zwischen dem güterwirtschaftlichen und monetären Bereich, die eine planmäßige exakte Erfassung beider Bereiche erheblich erschwert.

Die Existenz dieses Problems wird auch von Geldtheoretikern in den sozialistischen Planwirtschaften direkt oder indirekt bestätigt. Die Feststellungen beispielsweise, daß es bei der notwendigen zusätzlichen Geldemission in den sozialistischen Planwirtschaften keine automatische Proportionalität zwischen Waren- und Kauffonds gebe, und daß die Löhne schneller steigen könnten als die Arbeitsproduktivität, deuten das Vorhandensein dieser Problematik an (vgl. Lemmnitz 1981, S. 1435f.).

Somit bleibt als Zwischenergebnis festzuhalten, daß Geldplanung und Geldsteuerung in Zentralverwaltungswirtschaften nicht so erfolgen können, daß ein Kauffondsüberhang gegenüber dem Warenfonds vermieden wird.

Wenden wir uns nun der Frage nach den volkswirtschaftlichen Auswirkungen eines solchen Übergewichts zu.

### **III. Mögliche Allokationswirkungen des ungeplanten Geldüberhangs**

Monetäre Überversorgung führt in jeder Volkswirtschaft zu offener oder zurückgestauter Inflation (vgl. Hartwig/Thieme 1985, S. 216). Den Erkenntnissen marktwirtschaftlicher Inflationstheorie zufolge, beeinträchtigt eine offene Inflation (Preisinflation) unter bestimmten Bedingungen den Allokationsmechanismus des Wirtschaftssystems, da sie Wachstums-, Beschäftigungs-, Einkommens- und Vermögensumverteilungseffekte verursachen kann (vgl. Cassel 1985, S. 266).

In Zentralverwaltungswirtschaften zeigt sich der Geldüberhang, von einigen Ausnahmen abgesehen, fast ausschließlich in der Form der Kassenhaltungsinflation. Die Intensität der Wirkungen offener wie versteckter/zurückgestauter Inflation hängt dabei von den Möglichkeiten der Wirtschaftssubjekte ab, die Preissteigerungen zu antizipieren bzw. unerwünschte Kassenhaltung abzubauen. Anders als in Marktwirtschaften besitzen die Wirtschaftssubjekte in Zentralverwaltungswirtschaften aber nur sehr geringe Möglichkeiten, ihr vorhandenes Geld für Transaktionen einzusetzen.

In erster Linie steht den privaten Haushalten das verzinsliche Sparen bei den Sparkassen und Banken zur Verfügung. Hinzu kommt noch — allerdings in sehr begrenzter Form — der Erwerb langlebiger Gebrauchsgüter wie Eigentumswohnungen, Möbel oder Schmuck als Transaktionsobjekte. Damit sind bereits für die privaten Haushalte alle legalen Möglichkeiten, Geld anzulegen, erschöpft.

Die Betriebe besitzen keine legalen Möglichkeiten, illegale Geldmittel (legales Geld dürfen sie in Betriebskassen nicht halten) vermögenswirksam anzulegen.

Die legalen betrieblichen Aktivitäten sind ausschließlich durch den Plan und damit zentral determiniert. Die güterwirtschaftlichen Transaktionen werden in der Regel im Anschluß an deren Planung und Durchführung monetär abgerechnet, so daß Geld bzw. Geldbestände nicht für andere Ziele verwendet werden können (vgl. Hartwig 1987, S. 25f.; Kornai 1980, S. 299ff.).

Angesichts solcher Gegebenheiten ist es den Wirtschaftssubjekten kaum möglich, auf Veränderungen der Wachstumsraten der Kassenhaltung zu reagieren, was bedeutet, daß dann auch keine Veränderung der relativen Preise (somit keine Substitutionseffekte) und auch keine allokativen Wirkungen *direkt* über den Planmechanismus initiiert werden. Aus diesem Grunde wird auch kein unmittelbarer Druck auf die planenden Instanzen bezüglich einer Umlenkung der Produktionsfaktoren entstehen.

Eine monetäre Unterversorgung der Volkswirtschaft kann hingegen die Erfüllung der Pläne und damit auch einen im Sinne der Planinstanzen optimalen gesamtwirtschaftlichen Faktoreinsatz gefährden. Doch dürfte dieser Fall für Zentralverwaltungswirtschaften kein Problem darstellen, da jedem Geldmangel zu jeder Zeit während der Planerfüllungsperiode von der Zentrale entsprochen werden kann und in der Praxis auch wird. Daher stellt sich in der Realität, wie oben angedeutet, nur das Problem des Geldüberhangs.

Wir können also zunächst festhalten, daß die planmäßige Geldübergerversorgung der Volkswirtschaft kaum einen *direkten* Einfluß auf den quantitativen Einsatz der Produktionsfaktoren ausübt.

Es stellt sich hier die Frage, ob der Geldüberhang den qualitativen Einsatz der Produktionsfaktoren und damit auch die Qualität des Allokationssystems verändert. Dies trifft für den Produktionsfaktor Arbeit zu, da Geldeinkommen, die von den Wirtschaftssubjekten nicht in der gewünschten Weise ausgegeben oder angelegt werden, ihre Anreizfunktion verlieren und dazu führen, daß sich auch das Arbeitsangebotsverhalten der Arbeitnehmer ändert. Letzteres kann sich in einer Form der „Arbeitsaversion“ äußern, indem man überdurchschnittlich oft „krankfeiert“ oder seine Arbeit demotiviert und desinteressiert ausführt, was zu Produktionsausfällen und zu einem Absinken der Arbeitsproduktivität führt. Insofern beeinträchtigt der Geldüberhang *indirekt* die Allokationsfunktion des Wirtschaftssystems. Dieser negative Effekt wird zusätzlich verschärft, wenn die Wirtschaftssubjekte ihren unerwünschten Geldüberhang mit illegalen, halblegalen oder — aus gesamtwirtschaftlicher Sicht (Streben nach weichen Plänen) — ineffizienten Methoden zu überwinden versuchen.

Zu den gesamtwirtschaftlich ineffizienten Mitteln gehört außer der bereits erwähnten Arbeitsaversion auch das Horten von „Warengeld“. Darunter versteht man die Lagerhaltung solcher Güter, die angeschafft werden, um sie gegen andere zu tauschen. Diese Flucht in die Sachwerte entzieht dem Gegenwartskreislauf Produkte und Ressourcen, die dann funktionsfremd verwendet werden. Ein solches Verhalten vergrößert einerseits die bestehenden Versorgungs- und Produktionsprobleme und erhöht andererseits die Informa-

tions-, Lagerungs- und sonstigen Transaktionskosten der damit handelnden Wirtschaftssubjekte (vgl. hierzu die Ausführungen von Cassel 1985, S. 269 ff.). Daß die Effizienz des Wirtschaftssystems insgesamt darunter leidet, ist offensichtlich.

Auch mit halblegalen und illegalen Mitteln versuchen die Wirtschaftssubjekte, dem vorhandenen Geldüberhang zu begegnen. Hierzu gehören sämtliche Versuche der Betriebe und der privaten Haushalte, die darauf gerichtet sind, außerhalb der gesetzmäßigen Ordnung ihre Geldüberhänge abzubauen. Zu den halblegalen Möglichkeiten zählt vor allem die Devisenhaltung (West-Währungen). Devisen sind in allen sozialistischen Ländern deshalb begehrt, weil sie zu jeder Zeit die Fähigkeit besitzen, dem Deviseninhaber legal (z. B. in Intershop-Läden) oder illegal (z. B. als Bestechungsgeld) den Erwerb der gewünschten Güter zu ermöglichen, wodurch die Devisen oft den Status einer Nebenwährung erhalten (vgl. hierzu Sell/Thieme 1980, S. 129 ff.). Wenngleich gesamtwirtschaftlich durch die Verwendung von Devisen als Geld nur sehr geringe Informations-, Lagerungs- und sonstige Transaktionskosten entstehen und damit von dieser Seite kaum Wohlstandsverluste erwachsen (vgl. Cassel 1985, S. 272) — eher sind Wohlstandsgewinne möglich —, dürften jedoch die monetären Planungs- und Steuerungsprobleme, die sich für die Zentralinstanz dabei ergeben, nicht übersehen werden. Wie oben bereits erläutert, ist eine exante-Steuerung der erforderlichen volkswirtschaftlichen Geldmenge ein sehr schwieriges Problem, welches ständig zu einer Geldübergangsversorgung führt. Da die von den Wirtschaftssubjekten gehaltenen Devisenbestände kaum den Kontrollmöglichkeiten der Zentralbank unterliegen, ist es offensichtlich, daß diese zusätzliche Unsicherheit der monetären Planungsbehörde — über absolute Höhe und jährliche Änderungsraten der Devisenbestände im privaten Sektor — das monetäre Steuerungsproblem verschärfen muß (vgl. Sell/Thieme 1980, S. 139). Die Dimension des Problems vergrößert sich noch, wenn man den Schattensektor und die vielschichtigen Formen der Korruption in die Betrachtung einbezieht. Für beide Bereiche ist außer Devisen auch inländisches Geld erforderlich, um die Geschäfte, die außerhalb der offiziellen Wirtschaft abgewickelt werden, monetär zu alimentieren. Es entsteht so ein privater Geldkreislauf, der ein Zurückfließen in die Zentrale verhindert. Abgesehen von den monetären Steuerungsproblemen, die damit für die Geldinstanzen entstehen, und den von den Systemnormen abweichenden Verhaltensweisen, die gegen die „sozialistische Moral“ verstößen, wären ökonomische Aktivitäten dieser Art dennoch als wohlstandserhöhend anzusehen, wenn in diesen privaten Kreislauf nicht auch, ja sogar vorwiegend, Produkte und Ressourcen (Arbeit und Kapital) des öffentlichen Sektors illegal umgelenkt würden (schwarze Märkte). Dies verursacht dann Störungen im Produktionsablauf der offiziellen Wirtschaft mit der Folge einer weiteren Verschärfung der Versorgungssituation auf allen Ebenen (vgl. Cassel 1985, S. 274 ff.).

#### IV. Ergebnisse

Abschließend sei noch auf die Frage eingegangen, ob Geldüberhänge solche Anpassungsprozesse auch bei den Entscheidungsträgern initiieren können, die diese daraufhin veranlassen würden, ihre bisherigen planmäßigen Zielprioritäten zu ändern. Eine derartige Wirkung könnte beispielsweise entstehen, wenn aufgrund der bestehenden oder gestiegenen Kassenhaltungsinflation und der besonders großen Nachfrage nach bestimmten Gütern ein *planmäßiges* größeres Angebot dieser Güter in der nächsten Periode bereitgestellt würde. Ein solches Verhalten ist aber weder mit der Ordnung eines Systems zentraler Planung vereinbar, noch in der Praxis dieser Systeme sichtbar. Würde man unterstellen, daß sich die politischen Entscheidungsträger ständig an die veränderten monetären Daten *planmäßig* anpassen, dann initiierte dies, bei konsequenter Awendung, einen Prozeß der Transformation des Systems (vgl. Paraskewopoulos 1986, S. 315). In der Realität der Zentralverwaltungswirtschaften läßt sich allerdings ein solcher Prozeß nicht beobachten. Zwar hat man in den letzten dreißig Jahren öfters den Versuch unternommen, die sozialistischen Systeme zu reformieren, teilweise sogar zu transformieren (Jugoslawien, Tschechoslowakei, Ungarn). Diese Versuche jedoch hauptsächlich auf monetäre Impulse zurückzuführen, würde meines Erachtens der Analyse sozialistischer Planwirtschaft nicht gerecht. Dieser Sachverhalt wird deutlich anhand der Ursachen und Wirkungen realwirtschaftlicher und monetärer Probleme.

Der Geldüberhang (Kassenhaltungsinflation) in einer Zentralverwaltungswirtschaft läßt sich mehr als Wirkung und weniger als Ursache der in diesen Systemen herrschenden Unterversorgung mit den gewünschten Gütern in Menge und Qualität jeglicher Art begründen. Das Hauptproblem der sozialistischen Volkswirtschaften besteht also darin, die Planausführenden zu veranlassen, die Planziele des Entscheidungsträgers (über die gesamte Planungshierarchie bis hin zu den Betrieben und Haushalten) bestmöglich zu verwirklichen. Auf dem Wege der bürokratischen Übermittlung von Informationen entsteht eine Reihe von objektiv (technische Abwicklung, Zeitfaktor etc.) wie subjektiv (interessengeleitete Informationsverfälschung) bedingten Informationsverlusten, die die Effizienz des Systems zentraler Planung erheblich mindern. Daraus resultieren auch die Probleme der monetären Planung, die in einem System von Festpreisen ein Abbild der realwirtschaftlichen Planung sein soll. Insofern sind monetäre Probleme zunächst Ergebnis (Wirkung) der fehlerhaften Funktionsweise des Systems zentraler Planung. Die Entstehung monetärer Probleme beeinträchtigt dann die Funktionsweise des Systems *zusätzlich*, da daraus monetär mitbedingte Verhaltensweisen entstehen, die die Fehlerhaftigkeit des Planungs- und Lenkungssystems verstärken. Diese Entwicklung ist den Entscheidungsträgern bekannt, wie die Geldpolitik in diesen Ländern zeigt (vgl. Hartwig/Thieme 1985, S. 218 ff.). Allerdings ist es — wie oben begründet — fraglich, ob die monetären Probleme das Entscheidungskalkül der zentralen Instanzen so beeinflussen, daß sie aufgrund dessen ihre bisherigen güterwirt-

schaftlichen Dispositionen grundsätzlich ändern. Es ist andererseits nicht zu übersehen, daß wiederholt das Problem des Geldüberhangs und die — für die Planzentrale unerwünschten — vielschichtigen daraus entstehenden Verhaltensweisen der Wirtschaftssubjekte die Planenden zu diesen oder jenen Maßnahmen der Absorption des überflüssigen Geldes veranlassen. Den Versuch, die Kassenhaltungs inflation durch verdeckte Preissteigerungen in Form formaler Veränderungen der Warenwerte, durch zusätzliche Importe, durch Senkung der Preise von weniger nachgefragten Waren oder durch Erhöhung der Sparneigung über besondere materielle Anreize zu verringern, als eine monetär verursachte Veränderung des Allokationssystems zu interpretieren, läßt sich in dieser Form weder theoretisch noch empirisch begründen.

### Literaturverzeichnis

- Brunner, K., A. H. Meltzer (1974), Die Verwendung von Geld: Geld in der Theorie einer Tauschwirtschaft, in: K. Brunner, H. G. Monissen, M. J. M. Neumann (Hrsg.) (1974), S. 50-73.
- Brunner, K., H. G. Monissen, M. J. M. Neumann (Hrsg.) (1974), Geldtheorie, Köln 1974.
- Cassel, D. (1985), Inflation und Inflationswirkungen in sozialistischen Planwirtschaften, in: H. J. Thieme (Hrsg.) (1985), S. 255-286.
- Ehlert, W., D. Hunstock, K. Tannert (1976), Geldzirkulation und Kredit in der sozialistischen Planwirtschaft, Berlin (O) 1976.
- Friedman, M. (1970), Die optimale Geldmenge und andere Essays, München 1970.
- Gutmann, G. (1965), Theorie und Praxis der monetären Planung in der Zentralverwaltungswirtschaft, Stuttgart 1965.
- (1982), Zentralgeleitete Wirtschaft, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft (1982), S. 599-616.
- (Hrsg.) (1983), Basisbereiche der Wirtschaftspolitik in der DDR, Geld-, Finanz- und Preispolitik, Stuttgart 1983.
- (1986), Geld und Währung im Wirtschaftssystem der DDR, in: Politik und Kultur, 6/1986, S. 51-78.
- Gutmann, G., S. Mampel (Hrsg.) (1986), Probleme systemvergleichender Betrachtung, Berlin 1986.
- Haffner, F. (1985), Monetäre Zentralplanung und Volkswirtschaftsplanung, in: H. J. Thieme (Hrsg.) (1985), S. 189-209.
- Hamel, H. (Hrsg.) (1983), Bundesrepublik Deutschland – DDR: Die Wirtschaftssysteme. Soziale Marktwirtschaft und sozialistische Planwirtschaft im Systemvergleich, 1. Aufl., München 1977, 4. Aufl., München 1983.
- Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft (HdWW) (1982), Bd. 9, Stuttgart, New York, Tübingen, Göttingen und Zürich 1982.
- Hartwig, K.-H. (1983), Das Währungssystem der DDR, in: G. Gutmann (Hrsg.) (1983), S. 167-185.

- Hartwig, K.-H.* (1985). Theoretische und empirische Ansätze zur Bestimmung der Geldnachfrage in sozialistischen Planwirtschaften, in: H. J. Thieme (Hrsg.) (1985), S. 235-253.
- (1987), Monetäre Steuerungsprobleme in sozialistischen Planwirtschaften, Stuttgart 1987.
- Hartwig, K.-J., H. J. Thieme* (1979), Schwankungen von Geldmenge, Umlaufgeschwindigkeit und Inflationsrate: Diagnose und Meßprobleme in unterschiedlichen Wirtschaftssystemen, in H. J. Thieme (Hrsg.) (1979), S. 79-115.
- (1985), Determinanten des Geld- und Kreditangebots in sozialistischen Planwirtschaften, in: H. J. Thieme (Hrsg.) (1985), S. 211-233.
- Hedtkamp, G.* (1982), Wirtschaftssystem UdSSR, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft (1982), S. 383-399.
- Hensel, K. P.* (1974), Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, Stuttgart 1954, 4. Aufl., Stuttgart 1974.
- (1977), Systemvergleich als Aufgabe, hrsg. von H. Hamel, Stuttgart, New York 1977.
- Jansen, P.* (1982), Das Inflationsproblem in der Zentralverwaltungswirtschaft, Stuttgart 1982.
- Kornai, J.* (1980), Economics of Shortage, 2 Bde., Amsterdam, New York, Oxford 1980.
- Leipold, H., A. Schüller* (1986), Zur Interdependenz von Unternehmens- und Wirtschaftsordnung, Stuttgart, New York 1986.
- (1986a), Unternehmen und Wirtschaftsrechnung: Zu einem integrierten dynamischen Erklärungsansatz, in: dieselben (Hrsg.) (1986), S. 3-40.
- Lemmnitz, A.* (1981), Zu einigen theoretischen und praktischen Fragen der Warenproduktion und des Geldes im Sozialismus, in: Wirtschaftswissenschaft, 12/1981, S. 1423-1436.
- Paraskewopoulos, S.* (1986), Möglichkeiten und Grenzen der Wirksamkeit ökonomischer Parameter bei der Steuerung des Verhaltens staatseigener Betriebe in Zentralverwaltungswirtschaften, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Wirtschaftspolitische Chronik, 3/1986, S. 301-315.
- Podolski, T. M.* (1973), Socialist Banking and Monetary Control, Cambridge 1973.
- Schliesser, W., U. Zufelde* (1985), Zu den Funktionen des Geldes in der sozialistischen Planwirtschaft, in: Wirtschaftswissenschaft, 5/1985, S. 642-712.
- Schüller, A.* (1986), Der theoretische Institutionalismus als Methode des Systemvergleichs, in: G. Gutmann/S. Mampel (Hrsg.) (1986), S. 131-162.
- Schüller, A., U. Wagner* (Hrsg.) (1980), Außenwirtschaftspolitik und Stabilisierung von Wirtschaftssystemen, Stuttgart, New York 1980.
- Sell, E., H. J. Thieme* (1980), Nebenwährungen bei zentraler Planung des Wirtschaftsprozesses, in: A. Schüller/U. Wagner (Hrsg.) (1980), S. 127-141.
- Siebke, J.* (1985), Geldnachfragetheorie, in: H. J. Thieme (Hrsg.) (1985), S. 41-70.
- Thieme, H. J. (Hrsg.)* (1979), Gesamtwirtschaftliche Instabilitäten im Systemvergleich, Stuttgart 1979.

- (1983a), Geldpolitik im Wirtschaftssystem der DDR, in: G. Gutmann (Hrsg.) (1983), S. 187-212.
  - (1983b), Gesamtwirtschaftliche Instabilitäten: Erscheinungsformen, Ursachen und Konzepte ihrer Bekämpfung, in: H. Hamel (Hrsg.) (1983), S. 262-337.
  - (Hrsg.) (1985), Geldtheorie, Baden-Baden 1985.
- Willms, M. (1985), Geldangebotstheorie, in: H. J. Thieme (Hrsg.) (1985), S. 12-40.



# **Der Wandel der sozialistischen Geldtheorie im Spannungsfeld zwischen sozialrevolutionären Verheißenungen und wirtschaftsorganisatorischen Sachzwängen**

Von *Hannsjörg F. Buck*, Bonn

„Wenn wir anerkennen, daß Gold seine Rolle als allgemeines Äquivalent eingebüßt hat, so stellt sich uns das schwierigste Problem der Marxschen Theorie:

Wie kann das heutige Papiergegeld, das nicht an Gold gebunden und auch nicht dessen Stellvertreter ist, die Funktion eines Wertmaßes wahrnehmen? ...

Wir müssen zugeben, daß unsere Wirtschaftswissenschaft noch keine vollständige und klare Antwort auf die gestellte Frage vom Standpunkt der marxistischen Arbeitswerttheorie gegeben hat. Doch in dieser Richtung wird gearbeitet“.

S. Nikitin (1979)

## **A. Einführung**

Die vorliegende Untersuchung befaßt sich mit drei Themen:

- Erstens mit der Darstellung der Marxschen Geldlehre und mit der Widerlegung seiner Prophezeiungen und derjenigen der frühen Sozialisten, in denen dem Geld, dem Tauschhandel, der Wertrechnung und den Wertgesetzwirkungen nach der Errichtung von sozialistischen/kommunistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen ein unaufhaltsamer Untergang vorausgesagt wurde.
- Zweitens mit den vielfältigen Ausdeutungen, welche die Marxsche Geldlehre in der bisherigen Wirtschaftsgeschichte der sozialistischen Staaten vor allem unter dem Druck der ökonomischen Sachzwänge erfahren hat.
- Und drittens wird die neuere Diskussion vorgestellt, die seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre vor allem unter den sowjetischen und den DDR-Ökonomen entbrannt ist und bei der es erneut um die Frage geht, welchen

Erkenntniswert die Marxsche Geldlehre für die Analyse der westlichen Währungsverhältnisse besitzt, und welchen Nutzen sie hat, wenn praktische Probleme der Wirtschafts- und Geldpolitik in den sozialistischen Wirtschaftssystemen gelöst werden müssen (so z. B. bei der Organisation einer an der Geldwertstabilität und an der Förderung des Wirtschaftswachstums orientierten Geldmengensteuerung).

## **B. Geld — Grundlage einer zweckmäßigen Wirtschaftsorganisation und Wirtschaftslenkung**

Wie in allen auf Arbeitsteilung, Spezialisierung und Tauschhandel aufbauenden Wirtschaftsordnungen ist auch in den sowjet-sozialistischen Zentralplanwirtschaften das Geld ein unverzichtbares Organisationsinstrument. Als Werkzeug zur Bewertung von Gütern und Diensten und als Maßstab der Preise ist das Geld die Grundlage einzelwirtschaftlicher und gesamtwirtschaftlicher Wirtschaftsrechnungen, Bilanzierungsmaßnahmen und Effizienzmessungen.<sup>1</sup>

Die meisten Leistungsanforderungen, die den Planträgern (Betrieben, Kombinaten, Produktionsgenossenschaften) von der Wirtschaftsführung in vollzugsverbindlichen Betriebsplänen diktieren werden, werden in Geldeinheiten ausgedrückt (= Planziele in Wertgrößen). Über monetäre Steuerungsmaßnahmen wird versucht, die Lücken und Unvollkommenheiten der natural- und güterwirtschaftlichen Volkswirtschaftsplanung einzudämmen und zu beseitigen (Haffner 1985, S. 195).

Durch Geldversprechungen (Leistungslöhne, Lohnzuschläge, Geldprämien) werden Leistung und Entlohnung miteinander verknüpft und sowohl einzelne Erwerbstätige als auch ganze Betriebsleitungen und Belegschaften zu höheren Leistungen angespornt. Mit Hilfe des Geldes kontrollieren die Betriebsdirektionen und Wirtschaftsbehörden die erbrachten Produktionsleistungen, wird die Entlohnung der Produzenten vorgenommen und die Verteilung des Volkseinkommens gemäß den staatlich fixierten Prioritäten organisiert. Nahezu der gesamte Leistungsaustausch zwischen den Wirtschaftseinheiten (Produktionsbetrieben, privaten Haushalten, Staatsorganen) wird mit Unterstützung des Geldes abgewickelt. Finanzielle Basis für die operative Unternehmensführung und für die Planverwirklichung ist dabei in allen Staatsbetrieben und Betriebsvereinigungen ein System von zweckbestimmten Finanzfonds (Geldkapitalspeichern). Wie groß dabei die Entscheidungsspielräume sind, welche die Betriebs- und Kombinatsleitungen bei der Nutzung von monetären und materiellen

---

<sup>1</sup> Vergleiche hierzu die Maßnahmen, die ergriffen wurden, um durch Anwendung des „Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung“ (Rentabilitätsprinzip) und durch Nutzung von Kalkulations- und Revisionsmaßnahmen auf der Grundlage einer „Kontrolle durch den Rubel bzw. durch die Mark“ die zentrale Planung und Lenkung staatseigener Betriebe und Betriebsvereinigungen (Kombinate) zu vervollkommen und zu ökonomisieren. Ausführliche Analysen zu dieser Thematik bieten Förster (1967) und Roesler (1978), S. 61-84 und S. 218-255.

Fonds in Anspruch nehmen können, hängt natürlich davon ab, in welchem Ausmaß jeweils prozeßpolitische Entscheidungen bei der staatlichen Wirtschaftsführung und Wirtschaftsverwaltung zentralisiert sind.

Aufbauend auf der Geldwirtschaft ist in den sozialistischen Volkswirtschaften der Staatshaushalt das zentrale Geldkapitalsammelbecken der Wirtschaftsführung. Mehr als zwei Drittel des „Volkseinkommens“ der DDR werden hier konzentriert und dann auf die staatlich festgelegten Verwendungsrioritäten im Investitions- und Konsumbereich umverteilt (= „Umverteilungsquote“ bezogen auf das produzierte Nationaleinkommen bewertet zu Preisen des Jahres 1980) (Buck 1985, S. 405). Geldtransferzahlungen bilden ferner in allen sozialistischen Staaten die Grundlage für das Netz der sozialen Sicherung. Letztlich legen sämtliche Wirtschaftseinheiten einen Teil ihres disponiblen Umlaufvermögens (= kurzfristig transformierbares Wirtschafts- und Reservekapital) in monetären Aktiva an (Bargeldhorte, Kassenmittel, Bankguthaben).

### C. Die Marxsche Voraussage über den Untergang des Geldes im Sozialismus/Kommunismus

Im Gegensatz zu dieser vielfältigen Nutzung des Geldes in der DDR und in den anderen sowjet-sozialistischen Staaten hatten Marx und Engels prophezeit, daß das Geld in einer sozialistischen/kommunistischen Wirtschaftsordnung keine Existenzberechtigung mehr besitzen würde und untergehen werde. Nach der Errichtung kommunistischer Produktionsverhältnisse könnten die Menschen ohne die Dienste des Geldes auskommen, da unter den dann gegebenen Produktionsbedingungen an die Stelle der „Warenproduktion“ für zumeist anonyme Verbraucher eine gezielte Produktion für im voraus bekannte Bedürfnisse und Abnehmer treten würde. Außerdem garantiere die kommunistische Produktionsweise, in der alle leistungshemmenden kapitalistischen Unterdrückungs- und Ausbeutungsmaßnahmen überwunden seien, eine derart hohe Produktivität, daß eine volle Bedarfsdeckung sämtlicher Bedarfsträger gesichert werden könne. Da in der neuen Wirtschaftsordnung alle individuelle Arbeit stets zugleich auch gesellschaftlich nützliche Arbeit sei, müßte ihre gesellschaftliche Anerkennung nicht mehr — wie in der kapitalistischen Warenwirtschaft — erst über eine Bewertung in Geld und durch einen Tauschakt auf dem Markt gesucht werden. Marx schreibt hierzu: „Das Geldkapital fällt bei gesellschaftlicher Produktion fort. Die Gesellschaft verteilt Arbeitskraft und Produktionsmittel in die verschiedenen Geschäftszweige. Die Produzenten mögen meinetwegen papierne Anweisungen erhalten, wofür sie den gesellschaftlichen Konsumtionsvorräten ein ihrer Arbeitszeit entsprechendes Quantum entziehen. Diese Anweisungen sind kein Geld. Sie zirkulieren nicht“ (Marx 1961a, S. 358).<sup>2</sup>

<sup>2</sup> Siehe ergänzend seine skizzenhafte Darstellung der Produktionsverhältnisse im Sozialismus in seiner Schrift „Kritik des Gothaer Programms“, (Marx 1958); und dazu die Ausführungen von Engels (1971, S. 264 und 288) zum selben Thema.

3 Schriften d. Vereins f. Socialpolitik 191

Mit der Erreichung des Vollkommunismus soll es somit möglich sein, die für eine „Warenwirtschaft“ typische Produktion für unbekannte Käufer auf einem anonymen Markt zu beseitigen. Nach den Annahmen von Marx und Engels kennen im Kommunismus alle Produzenten ihre Kunden und sind voll über ihre Bedürfnisse informiert. Ausgehend hiervon erfolgt dann auch die direkte Zuteilung der Produktionsmittel auf die Produzenten und die Verteilung der hergestellten Erzeugnisse auf die Abnehmer (Nachfrager). Damit könnten dann auch der Warenaustausch (Handel) sowie das Geld als Vermittler der Tauschvorgänge abgeschafft werden, weil es unter diesen Produktions- und Verteilungsbedingungen nicht mehr erforderlich sei, den „Wert einer Ware“ über ihren Verkauf und die Erzielung von Geldeinnahmen festzustellen. Engels schreibt hierzu: „In der kommunistischen Gesellschaft wird es ein Leichtes sein, sowohl die Produktion wie die Konsumtion zu kennen. Da man weiß, wieviel ein Einzelner im Durchschnitt braucht, so ist es leicht zu berechnen, wieviel von einer gewissen Anzahl Individuen gebraucht wird, und da die Produktion alsdann nicht mehr in den Händen einzelner Privaterwerber, sondern in den Händen der Gemeinde und ihrer Verwaltung ist, so ist es eine Kleinigkeit, die Produktion nach den Bedürfnissen zu regeln“ (Engels 1958, S. 539). Marx und Engels und hernach noch viele ihre Anhänger (Bucharin<sup>3</sup>, Varga, Preobrazhenski und andere) waren und sind zum Teil heute noch davon überzeugt, daß es auch in hochindustrialisierten Volkswirtschaften, wenn sie völlig kommunistisch organisiert werden, möglich sei, eine vollkommene Information aller Planer, Investoren, Produzenten und Verbraucher zu erreichen, ohne daß zur Informationsvermittlung Bar- und Girogeld, Güterpreise, Tarife, Gebühren, Kredite, Zinsen, Rabatte, Skonti, Löhne, Abschreibungen, Geldsteuern und andere monetäre Größen als Informationsträger benötigt würden (Varga 1920, S. 113–123). Auch die kommunistischen Staatsparteien (KPdSU, SED) haben diese Prophezeiung bis weit in die 60er Jahre immer wieder als unumstößliche Wahrheit verkündet. Da jedoch die Erfordernisse der Wirtschaftspraxis inzwischen eine völlig entgegengesetzte wirtschaftspolitische Entwicklung erzwungen hatten, wurde die Verheißung seit den 30er Jahren nur noch in der von Stalin erfundenen paradoxen Sichtweise geboten. Hierauf fußend heißt es z. B. in dem für die 50er und 60er Jahre von der KPdSU und der SED autorisierten Lehrbuch „Politische Ökonomie“: „Warenproduktion, Wertgesetz und Geld werden erst in den höheren Phasen des Kommunismus absterben. Um jedoch die Vorausset-

---

<sup>3</sup> Siehe hierzu Bucharins Prognosen in seinem „Programm der Kommunisten“: „Wenn die hauptsächlichsten Zweige der Produktion organisiert sein werden, dann werden sie sich in ein riesiges gesellschaftliches Unternehmen verwandelt haben mit einer gemeinsamen Arbeiterverwaltung — ein Unternehmen, unter dessen allen Teilen eine richtige Verteilung der notwendigen Produktionsmittel: der Brennstoffe, des Rohmaterials, der Halbfabrikate, der Hilfsmaterialien usw. stattfinden wird. Und das heißt soviel, daß das Geld seine Bedeutung verlieren wird. ... Die Gesellschaft verwandelt sich in eine riesige Arbeitsgenossenschaft, die produziert und das Produzierte ohne jede Zuhilfenahme des Goldes oder des Papiergegeldes verteilt. Die Herrschaft des Geldes geht zu Ende“ (Bucharin 1919, S. 90 und S. 93).

zungen für das Absterben der Warenproduktion und Warenzirkulation in der höheren Phase des Kommunismus zu schaffen, müssen in der Periode des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft das Wertgesetz und die Ware-Geld-Beziehungen entwickelt und ausgenutzt werden“ (Politische Ökonomie 1960, S. 605). Wie jedoch in einer kommunistischen Naturalwirtschaft ein Informationssystem konstruiert sein müßte, das zügig und verzerrungsfrei arbeitet, und wie eine bedarfsoorientierte naturale Volkswirtschaftsplanung und -lenkung organisiert werden soll, die eine allen anderen Wirtschaftsordnungen überlegene Effizienz und Konsistenz gewährleistet, dafür finden sich bei den Vertretern des Marxismus-Leninismus nur wenige und zudem fragmentarische Hinweise.

Aufgrund der bitteren geschichtlichen Erfahrungen, welche bisher in der Wirtschaftspolitik sozialistischer Staaten mit der Erprobung marxistischer Rezeptanweisungen gemacht wurden, haben sich bis heute alle Visionen der Väter des wissenschaftlichen Sozialismus als utopisch und undurchführbar erwiesen (Pollock 1929, S. 29ff.; Raupach 1964, S. 34ff. und S. 139ff.). Ein amtliches Eingeständnis hierfür gibt es allerdings durch die kommunistischen Staatsparteien bis heute noch nicht. Um der Beweisnot zu entgehen, wird seit langem schon die Verwirklichung der Visionen auf eine ferne „kommunistische“ Zukunft verschoben. Stattdessen lautet das konkrete, zeitbezogene Wirtschaftsprogramm, das zunächst einmal die vielfältigen instrumentellen Vorzüge der Warenproduktion, der Wertrechnung, des Tauschhandels und des Geldes für eine effiziente Wirtschaftslenkung entwickelt und ausgenutzt werden müssen. Anders könnte eine leistungsstarke sozialistische Industriewirtschaft, die nach und nach zur materiell-technischen Basis des Kommunismus ausgebaut werden müsse, nicht errichtet werden. Der sowjetische Geldtheoretiker Kronrod gibt hierfür folgende Begründung: „Die Grundfrage der Geldtheorie im Sozialismus ist ... die Frage, weshalb die sozialistischen Produktionsverhältnisse notwendig in der dinglichen Geldform erscheinen, oder ... welche spezifische objektive Ursache in den ökonomischen Beziehungen des Sozialismus die Notwendigkeit der Geldform bedingt. ... Marx und Engels waren der Meinung, daß mit dem Sieg des Sozialismus die Warenproduktion beseitigt würde. ... Für jede Warenproduktion, (also) auch für die auf dem gesellschaftlichen Eigentum beruhende Warenproduktion besonderer Art (im Sozialismus), ist die Darstellung des Produktes als Ware, die eine Verdoppelung der Warenwelt in Ware und Geld erfordert, ein objektives Gesetz. ... Historische Verhältnisse, die Marx und Engels nicht voraussehen konnten, bedingten die Ausnutzung der Ware-Geldform im Sozialismus“ (Kronrod 1963, S. 163 und S. 181).

## **D. Der Einfluß der Marxschen Geldlehre auf Geldtheorie und Geldpolitik in den sowjet-sozialistischen Staaten und die partielle Abkehr der Politökonomie von ihren geldtheoretischen Dogmen**

Obwohl sich die Prophezeiungen der Begründer des Marxismus-Leninismus nicht erfüllt haben, nach denen mit dem „Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse“ das Geld arbeitslos werden würde und daher abgeschafft werden könnte, ist in allen sowjet-sozialistischen Staaten die Marxsche Geldlehre noch immer die Grundlage der Geldtheorie und der Geldpolitik. Allerdings besteht dabei eine der Merkwürdigkeiten dieser Geldtheorie und Geldpolitik darin, daß ihr konkreter Inhalt nicht durch Merkmale geprägt wird, die nach Marx für ein sozialistisches/kommunistisches Gesellschafts- und Wirtschaftssystem kennzeichnend sein sollen. Sieht man von den stark ideologisch geprägten Elementen der Wesenserklärung des Geldes ab, so besteht der Inhalt dieser Geldtheorie und Geldpolitik zur Hauptsache aus Einsichten, die Marx gewonnen hatte, als er die Dienste des Geldes und seine Verwendbarkeit als Instrument der Wirtschafts- und Zentralbankpolitik in einer privatwirtschaftlich organisierten (kapitalistischen) Wirtschaft untersuchte. Die meisten seiner geldtheoretischen Aussagen beziehen sich somit nicht auf ein alternatives sozialistisches Wirtschaftssystem, sondern auf eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung. Für die Lösung von praktischen Problemen der Geldpolitik in sozialistischen Wirtschaftssystemen bietet daher die Marxsche Geldlehre entweder keine Rezepte oder aber die wenigen gestalterischen Hinweise zur Organisation des Geldwesens sind für die Bewältigung der real existierenden Aufgaben nicht brauchbar. Daher entbrannte schon kurz nach der Oktoberrevolution in Sowjetrußland 1917 unter den marxistischen Theoretikern ein Streit um den Erkenntniswert dieser Theorie und um den Grad ihrer politischen Verwendbarkeit. Dieser hält bis heute an. Einen neuen Höhepunkt erreichte dieser Disput Ende der 70er Jahre und in der ersten Hälfte der 80er Jahre. An ihm beteiligten sich vor allem Politökonomen aus der Sowjetunion und aus der DDR.<sup>4</sup>

Regelmäßige Anlässe für diesen Streit sind vor allem drei Fragen:

- a) In welcher Weise soll die Marxsche Geldlehre am besten uminterpretiert, umgeformt und ergänzt werden, um ihr noch einen gewissen Erkenntniswert für die Analyse der Entwicklung und für das Funktionieren kapitalistischer Währungsverhältnisse zu geben?
- b) In welchem Umfang können Aussagen der Marxschen Geldlehre, die durch die „gesellschaftliche Praxis“ in den sozialistischen Staaten überholt sind, offen preisgegeben werden, ohne daß zugleich das gesamte Lehrgebäude der marxistisch-leninistischen Politökonomie in Mißkredit gerät oder gar zum Einsturz gebracht wird?

---

<sup>4</sup> Vergleiche hierzu die Überblicksdarstellungen über diesen Grundsatzstreit bei Kolloch und Thümmler 1979, S. 1218 ff.; Kolloch 1980, S. 920-928 und Wytschew 1978.

- c) Auf welchem Wege können am besten die Schwierigkeiten überwunden und die Fehlentwicklungen beseitigt werden, die sich durch die Versuche zur Umsetzung der Marxschen Arbeitswert- und Geldlehre in der praktischen Wirtschafts- und Geldpolitik der sozialistischen Staaten ergeben haben?

Die besondere Brisanz dieser Debatte ergibt sich aus der Gefahr, daß in ihr ex cathedra eingestanden werden müßte, daß zentrale Aussagen der Marxschen Geldlehre falsch sind und daher aufgegeben werden müssen. Diese Amputation des Theoriegebäudes ist jedoch deshalb schwer verkraftbar, weil diese Marxschen Theoreme sämtlich in einem engen Zusammenhang mit seiner Arbeitswert- und Mehrwertlehre stehen, auf der seine Kapitalismuskritik und seine Krisen-, Vereinigungs- und Revolutionstheorie beruhen.<sup>5</sup> Insofern stellt die Diskussion um die Rolle des Geldes zentrale Teile der marxistisch-leninistischen Politischen Ökonomie und damit zugleich des Marxismus-Leninismus überhaupt in Frage, der doch die ideologisch-machtmäßige Rechtfertigung für die etablierten kommunistischen Einparteienregime bildet.

### I. Geld als Abbild kapitalistischer Produktions- und Verteilungsverhältnisse

Von der Wirtschaftswissenschaft der westlichen Industriestaaten wird heute das Wesen des Geldes allein aus den Funktionen erklärt, die es in den Marktwirtschaften erfüllt. Früher dagegen wurde von einzelnen Lehrmeinschulen der Nationalökonomie einer der verschiedenen Dienste des Geldes herausgegriffen und dann zum wesensbestimmenden Grundzug erklärt. Demgegenüber wird heute anerkannt, daß erst die Gesamtheit der spezifischen Funktionen des Geldes dessen Besonderheit und Wesen ausmacht.<sup>6</sup>

Nach Marx haben jedoch nicht die funktionalen Probleme, die bei einer zweckrationalen Organisation von Volkswirtschaften gelöst werden müssen, dazu geführt, daß der Mensch ein so vielseitig nutzbares Instrument wie das Geld entwickelt hat, mit dessen Hilfe es gelingt, unzählige komplizierte Wirtschaftsaufgaben effizient zu bewältigen (dazu zählt unter anderem auch der Einsatz des Geldes als Instrument zur Verminderung von Informations-, Transaktions- und Anpassungskosten). Nach seiner Auffassung ist das Geld vielmehr eines der Symbole für die Produktionsverhältnisse auf der (historisch

---

<sup>5</sup> Dementsprechend wird auch im DDR-„Lexikon der Wirtschaft/Teil Finanzen“ der Begriff „Geldtheorie“ wie folgt definiert: „Geldtheorie — wissenschaftliche, in sich geschlossene Lehre über das Wesen des Geldes, die ökonomischen Gesetze der Geldzirkulation, die Funktionen und Erscheinungsformen des Geldes sowie seine Einordnung und mögliche Ausnutzung im Reproduktionsprozeß. Die Geldtheorie ist Bestandteil der marxistischen politischen Ökonomie, basiert auf der Arbeitswerttheorie und wurde von Marx in den Werken „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“ und „Das Kapital“ herausgearbeitet“ (Lexikon der Wirtschaft/Finanzen 1986, S. 213).

<sup>6</sup> Die instrumentellen Merkmale und Eigenschaften des Geldes umfassen bekanntlich insbesondere die Funktion der Recheneinheit (Wertmesser), des allgemeinen Tauschmittels und des Wertspeichers (Wertaufbewahrungsfunktion). Siehe Buck 1985, S. 497ff.

befristeten) Entwicklungsstufe der einfachen und der kapitalistischen Warenproduktion. Marx liefert daher auch keine funktional begründete Wesenserklärung des Geldes. Wie bei den meisten seiner Analysen, in denen er die Rolle bestimmter ökonomischer Instrumente untersucht, gibt er eine sozialhistorische bzw. sozialphilosophische Deutung dieser Kategorien. Sein Ziel ist, zum Wesen des Geldes vorzudringen und nicht äußere, instrumentelle Erscheinungsformen zu beschreiben. Das Geld ist daher für ihn ein (gegenständliches) Abbild für die sich dahinter verbergenden gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse:

„In Marxscher Sicht (ist somit das Geld grundsätzlich) der dinghafte Niederschlag des gesellschaftlichen Produktionsverhältnisses, der mit der Warenproduktion entstand und mit ihr verschwinden wird“ (Fritsch 1968, S. 63).

## **II. Geld — Spezialform einer Ware und Maßstab der Warenwerte**

Nach Marx ist das Geld in erster Annäherung eine „Ware“. Sein spezifischer „Gebrauchswert“ besteht darin, „stofflicher Träger von Tauschwert“ zu sein. Nur eine wertmäßig so ausgestattete (Geld)Ware kann auch als Tauschmittel genutzt werden.<sup>7</sup>

Die historisch erste und zugleich wichtigste Funktion des Geldes ist, Werte zu messen, oder wie Marx es ausdrückt: „der Warenwelt das Material ihres Wertausdrucks zu liefern oder die Warenwerte als gleichnamige Größen, qualitativ gleiche und quantitativ vergleichbare, darzustellen“ (Marx 1962, S. 109). Echte Geldqualität erreicht eine zum allgemeinen Tauschmittel erwähnte Geldware allerdings erst dann, wenn sie von allen Wirtschaftseinheiten eines (zumeist räumlich begrenzten) Marktes als Wertmaßstab und universelles Zahlungsmittel anerkannt wird.

Nach Marx ist das Geld Ausdruck und Maß für die in den Waren verkörperte gesellschaftlich notwendige Arbeit. Diese Maßfunktion kann das Geld nach seiner Auffassung jedoch nur deshalb erfüllen, weil auch der Wert des Geldes selbst (ebenso wie der Wert jeder anderen Ware) durch das Quantum an Arbeitszeit bestimmt wird, das gesellschaftlich zur Herstellung des Geldes als Geldware erforderlich ist: „Die Waren werden nicht durch das Geld kommensurabel. Umgekehrt, weil alle Waren als Werte ver gegenständlichte menschliche Arbeit, daher an und für sich kcommensurabel sind, können sie ihre Werte gemeinschaftlich in der selben spezifischen Ware messen und diese dadurch in ihr gemeinschaftliches Wertmaß oder Geld verwandeln. Geld als Wertmaß ist notwendige Erscheinungsform des immanenten Wertmaßes der Waren, der Arbeitszeit“ (Marx 1962 S. 109).

---

<sup>7</sup> „Der von den Waren selbst gelöste und selbst als eine Ware neben ihnen existierende Tauschwert — ist Geld“, siehe Marx 1974, S. 63.

Obwohl somit auch das Geld eine Ware ist, hat für die Wirtschaftseinheiten allein nur sein Gebrauchswert gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung. Dieser einzigartige „Gebrauchswert des Geldes“ besteht darin, Ausdruck des Tauschwertes von Gütern zu sein. Das Geld ist daher Maßstab der Warenwerte und Ausdrucksmittel der Preise. Die „Ware Geld“ hat somit keine Doppelnatur. Es fehlt ihr der allen anderen Waren innenwohnende Widerspruch. Nach Marx verkörpert somit die Geldware als Äquivalentware unmittelbar gesellschaftliche Arbeit. Nur deshalb kann sie jederzeit unmittelbar in alle anderen Waren umgetauscht werden.

### III. Vollwertiges und nichtvollwertiges Geld

Nach Marx kann Geld in der Warenwirtschaft nur dann als Wertmaßstab genutzt werden, wenn es selbst einen eigenen inneren Wert besitzt (= Warenwert). Diese Warentheorie des Geldes verlangte danach, ein Geld mit Selbstwert zu entdecken. Ausgehend von der These, allein die Arbeit sei wertschöpfend, brauchte Marx zudem zur Wertaufnahme von Arbeitsquanten in eine „Ware Geld“ einen geeigneten Geldstoff. Hieraus ergab sich, daß nach seiner Auffassung nur eine Gold- oder Silberwährung *vollwertiges Geld* ist, weil allein in produzierten, stofflich greifbaren Währungseinheiten gesellschaftliche Arbeit unmittelbar verkörpert werden kann. Da bei jedem Tauschakt stets gleiche Warenwerte ausgetauscht werden, müsse auch das Geld vollwertig sein und daher ein bestimmtes Quantum gesellschaftlicher Arbeit enthalten.

Schon zu Marx' Zeiten war es jedoch schwierig nachzuweisen, wo denn bloß bei den Papiergelehrungen oder gar beim Girogeld der innere Substanzwert in Form summirter (geronnener) Arbeitsquanten verborgen sei. Ohne Bezug auf einen solchen substanzialen Eigenwert sei doch eine Widerspiegelung des Wertes anderer Waren in der Geldware nicht möglich und könne diese auch nicht als Maßstab für Wertvergleiche dienen. Marx hat solche Einwände mit folgenden Argumenten zu entkräften versucht: Es stimme zwar, daß in einigen Volkswirtschaften unterwertige Papiergelehrungen mittel- oder längerfristig eine Teilfunktion des Geldes, Zirkulationsmittel zu sein, übernommen hätten (= Staatspapiergelehrung mit Zwangskurs). Dadurch sei jedoch mitnichten das Gold als Geldbasis untergegangen. Eine solche Selbstentwertung der „Ware Geld“ sei schon deshalb nicht möglich, da sie sonst ihren Geldcharakter einbüßen würde. Die Papiergelehrungen würden doch nur deshalb als allgemeines Zahlungsmittel anerkannt, weil sie ein bestimmtes Quantum Gold repräsentierten oder jederzeit in Gold oder Goldmünzen umgetauscht werden könnten (Marx 1961b, S. 94ff. und S. 141).

Gegen diese Kritik der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft an der Marxschen Geldlehre haben seine Anhänger über Jahrzehnte darauf hingewiesen, daß doch die kapitalistischen Währungsordnungen selber genügend Beweise dafür liefern würden, daß das Geld Warencharakter besitzt und auf einer Goldbasis

beruht. Als Paradebeispiel für die Unwiderlegbarkeit der Marxschen Geldtheorie diente dabei den frühen Sozialisten bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges (1914) die Goldwährung.

Seit der Preisgabe der Edelmetallwährungen 1914 wurden die Währungsordnungen der westlichen Marktwirtschaften in einem langen und mühseligen Prozeß immer mehr von den noch erhalten gebliebenen Bindungen an das Gold gelöst (so z. B. von den Vorschriften über eine Goldeckung der Papiergeldwährungen). Abgeschlossen wurde die Demonetisierung des Goldes in der ersten Hälfte der 70er Jahre unter anderem durch die Aufhebung der Goldeinlösungs pflicht für den US-Dollar auch im Zahlungsverkehr der Zentralbanken untereinander.

Zu den Versuchen der orthodoxen Politökonomen, die marxistische Lehre vom Fortleben des Goldes als Geldware sowohl gegenüber bürgerlichen Wissenschaftlern als auch gegenüber marxistischer Reformern zu retten, gehört die These, daß dieses Edelmetall überall dort, wo es in der Zirkulation durch „Stellvertreter“ ersetzt worden sei (Geldzeichen, Papiergeld), dennoch „ideell“ seine Gelddienste weiter ausübe (Müller 1980, S. 316–319). Damit soll sowohl den Kritikern unter den bürgerlichen Wissenschaftlern als auch denen aus dem Lager der marxistischen Politökonomie entgegengetreten werden, die der Meinung sind, daß ein Fortleben des Goldes als Geldware nur dann möglich sei, wenn dieses auch in der Geldzirkulation selbst als Goldgeld (oder als Goldbarren) umläuft und mit ihm Warenumsätze beglichen werden. Bei ihrer Argumentation, Gold sei weiterhin sowohl im Kapitalismus als auch im Sozialismus „ideelles Wertmaß“, stützen sich diese Verteidiger der Marxschen Geldtheorie vor allem auf folgende Marx-Zitate:

- „Die Verwandlung der Ware in Rechengeld im Kopfe, auf dem Papier, in der Sprache, geht jedes Mal vor sich, sobald irgend eine Art des Reichtums unter dem Gesichtspunkt des Tauschwerts fixiert wird. Zu dieser Verwandlung ist das Material des Goldes nötig, aber nur als vorgestelltes“ (Marx 1961b, S. 57);
- „Gold [funktioniert in der Warenzirkulation] nur als ideelles Wertmaß, weil es sich bereits im Austauschprozeß als Geldware umtreibt. Im ideellen Maß der Werte lauert daher das harte Geld“ (Marx 1962, S. 118);
- „Das Papiergeld ist Goldzeichen oder Geldzeichen. Sein Verhältnis zu den Warenwerten besteht nur darin, daß sie ideell in denselben Goldquantis ausgedrückt sind, welche vom Papier symbolisch sinnlich dargestellt werden. Nur sofern das Papiergeld Goldquanta repräsentiert, ... ist es Wertzeichen (Marx 1962, S. 142).

Diese unmißverständlichen Aussagen sind jedoch für die Kritiker der orthodoxen Lehrmeinung unter den östlichen Politökonomen kein Grund, sich geschlagen zu geben. Sie haben ihre eigenen Zitate. So zitiert Kolloch als Beweis für die Richtigkeit seiner These die für ihn passende Marx-Aussage: „In England, wo Silber weder Maß der Werte noch herrschendes Zirkulationsmittel ist, wird es nicht Geld, ganz wie Gold in Holland, sobald es als Wertmaß

entthront wurde, aufhörte, Geld zu sein. Eine Ware wird also zunächst Geld als Einheit von Wertmaß und Zirkulationsmittel, oder die Einheit von Wertmaß und Zirkulationsmittel ist Geld“ (Marx in: MEW, Bd. 13/1961. S. 102 und Kolloch 1980, S. 924).

Nach Kolloch bestätigt demnach Marx, daß „wenn eine Geldware absolut aus der Währungspraxis verdrängt wird . . . sie (auch) keine Geldware mehr . . . ist (siehe Silber, und selbst Gold im Falle des Beispiels Holland!)“. Daraus folgert er, daß es dann „doch auch berechtigt [sei], die Auslegung in Frage zu stellen, daß das Gold nicht nur ideell, sondern überhaupt seiner Wertmaßfunktion nachkommen würde“. Sofern aber immer noch ein marxistischer Geldtheoretiker das Gold als „alleiniges Wertmaß“ ansehen würde, so müßten als unausweichliche Konsequenz die Warenpreise nicht nur von den Warenwerten, sondern gleichfalls auch vom Geldwert und somit „von den Aufwendungen zur Produktion des Geldstoffes Gold abhängig“ sein. „Dieser Zusammenhang zwischen der Entwicklung des Goldwertes und der Entwicklung der allgemeinen Warenpreise ist nicht mehr nachweisbar!“<sup>8</sup>

## **E. Das Dogma von der Goldbasis des Geldes und seine Auswirkungen auf die Geld- und Währungspolitik der sowjet-sozialistischen Staaten**

Die Rolle, die Marx dem Gold zur Wertsubstanzverleihung des Geldes zugesprochen hat, führte in den sowjet-sozialistischen Staaten zu einigen absurdem Vorgaben für die Gestaltung der Währungs- und Geldordnung und für die Geldpolitik. Absurd deshalb, weil sie von vornherein nur deklaratorische Bedeutung besaßen und mit ihnen keine ökonomischen Hebelwirkungen verbunden waren.

### **I. Festlegung fiktiver Goldparitäten für die Binnenwährung sozialistischer Staaten**

Zu diesen allein ideologisch begründeten Maßnahmen gehört unter anderem die Festlegung eines fiktiven „inneren Goldgehaltes“ der Papiergeleichen der sowjet-sozialistischen Staaten (Goldparität). Noch in der 1967 erschienenen ersten Auflage des offiziösen „Ökonomischen Lexikons“ der DDR hieß es im Sinne dieser orthodox-marxistischen Lehrmeinung: „Der Wert der Währungseinheit wird vom Wert der Geldware Gold und vom Goldgehalt der Geldeinheit bestimmt. Die Festlegung des Preismaßstabes schließt die juristische Fixierung

---

<sup>8</sup> Kolloch, 1980, S. 923; Unterstützung erhält Kolloch hierbei von dem sowjetischen Geldtheoretiker Nikitin. Dieser schreibt: „Eine unmittelbare funktionale Beziehung zwischen den Veränderungen des allgemeinen Preisniveaus und der relativen Veränderung der Arbeitsproduktivität im Goldbergbau gab es nicht einmal im 19. Jahrhundert, und umso weniger läßt sich der Preisanstieg in der kapitalistischen Welt des 20. Jahrhunderts daraus herleiten“ (Nikitin 1979, S. 593).

des Goldgehaltes der Währungseinheit als offiziellen nominellen Goldgehalt (Goldparität) mit ein. ... Diese Goldparität als amtlicher Goldgehalt einer Währungseinheit stellt zugleich die ‚Valutaparität‘ (Währungsparität) dar, in dem nämlich auf der Grundlage des Vergleichs der Goldparität zweier Länder das offizielle Wertverhältnis der beiden Währungen (Paritätskurs) ermittelt wird, um das die effektiven Valutakurse mehr oder weniger schwanken“ (Ökonomisches Lexikon 1967, S. 1041).

Ausgehend von diesem ideologischen „Erfordernis“ wurde auch in der DDR bei der Errichtung einer eigenen Währungsordnung eine fiktive Goldparität der Mark (Ost) festgelegt. So soll nach dem amtlichen Ausweis der Staatsbank der DDR der Feingoldgehalt einer Mark in den Jahren von 1953 bis 1971 0,399902 Gramm betragen haben.<sup>9</sup>

Als Ergebnis der wirtschaftstheoretischen Diskussionen, die im Osten schon während der 60 Jahre geführt wurden und in denen so mancher Zweifel am Erkenntniswert der Marxschen Geldlehre aufkam, hat sich dann zu Beginn der 70er Jahre auch bei der SED-Führung die Einsicht durchgesetzt, daß man der Mark durch die Dekretierung eines nur auf dem Papier vorhandenen Goldgehaltes keine wirkliche innere Wertsubstanz verleihen kann. Jedenfalls hat die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik vom Jahre 1972 an kommentarlos darauf verzichtet, im Statistischen Jahrbuch der DDR den fiktiven Feingoldgehalt der Mark auszuweisen.

Die in den geldtheoretischen und geldpolitischen Diskussionen unter marxistischen Ökonomen seit Beginn der 70er Jahre häufiger feststellbare Abkehr von realitätsfernen Dogmen erfolgt jedoch nur stückweise und keineswegs gradlinig. Daher darf der Verzicht darauf, für die Mark der DDR amtlich eine Goldparität auszuweisen, nicht mit einer Preisgabe der Goldbasistheorie des Geldes durch die Mehrzahl der DDR-Politökonomien gleichgesetzt werden.

Anders als die DDR weist die sowjetische Regierung nach wie vor für den Rubel einen Feingoldgehalt von 0,987412 Gramm aus. Darüber hinaus enthält das Währungsrecht der UdSSR noch die Bestimmung, daß 25 v. H. der emittierten und umlaufenden Banknoten durch Gold oder ausländische Devisen gedeckt sein müssen. Diese bis heute bestehende Verpflichtung geht unter anderem auch auf die stabilitätspolitischen Bestrebungen der sowjetischen Währungsreform vom 11. Oktober 1922 zurück. Damals hofften die sowjetischen Währungsreformer, mit dem Einbau dieser Golddeckungsklausel in das sowjetische Währungsrecht könnte sichergestellt werden, daß die Regierung fortan darauf verzichtet, ihre Notenpressen als wohlfeiles Instrument zur Abdeckung von Haushaltsdefiziten zu nutzen. Tatsächlich hat jedoch auch diese

---

<sup>9</sup> Ökonomisches Lexikon 1967, S. 1046, und dazu ergänzend die „Bekanntmachung des Beschlusses über die Festsetzung des Goldgehaltes der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank“ vom 29. Oktober 1953 zusammen mit dem Beslußinhalt, in: GBl. der DDR, 1953, S. 1089ff.; abgedruckt sind diese gesetzlichen Bestimmungen in: Handbuch des gesamten Kreditwesens“ 1965, S. 731 - 734.

Klausel in der Folgezeit Emissionsfluten nicht zu verhindern vermocht, so daß es immer wieder zu einer inflationären Aufblähung des inländischen Geldumlaufs und einer Zerrüttung der Währungsverhältnisse gekommen ist.<sup>10,11</sup>

## II. Ausstattung des transferablen Rubel mit Papiergoldgehalt

Selbst als 1964 die Mitgliedstaaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) vereinbarten, den zwischenstaatlichen Leistungsaustausch mit Hilfe einer Kunstwährung unter der Bezeichnung Transfer-Rubel zu verrechnen, führte die seinerzeit sofort als notwendig angesehene ideologische Absicherung der neuen kollektiven Währung dazu, dem Transfer-Rubel einen Goldgehalt zuzudiktieren. Seinerzeit entschied die sowjetische Regierung, daß der Transfer-Rubel den gleichen Goldgehalt habe solle wie die nationale Währungseinheit der UdSSR.

Inzwischen erkennt sowohl in der UdSSR als auch in der DDR eine wachsende Zahl von Wirtschaftswissenschaftlern, daß die aus der Marxschen Geldlehre hergeleitete Wertanreichungskonstruktion für die nationalen Papiergeldzeichen und für das internationale Buchungsgeld im RGW „praktisch bedeutungslos und theoretisch fragwürdig“ ist. Als Begründung schreibt z.B. Thümmler: „In der Literatur der sozialistischen Länder ... wird in der Regel hervorgehoben, daß die kollektive Währung (das ist der Transfer-Rubel) ihre Denomination vom Gold erhält und ein bestimmtes Quantum Gold repräsentiert. Dieser Sachverhalt fände im Goldgehalt des transferablen Rubels seinen sichtbarsten Ausdruck. Überprüft man diese Aussagen an der Praxis, also am

---

<sup>10</sup> Über die zumeist vergeblichen Bemühungen zur Bekämpfung einer inflationären Geldschöpfung und zur Verhinderung eines Geldüberhangs in der UdSSR siehe Schick 1932, S. 29ff. und S. 17ff.

<sup>11</sup> Über den Typ der sowjetischen Währung nach 1922 schrieb Elster 1933: „Eine ‚Goldwährung‘ ist die Sowjet-Währung niemals gewesen, und ist sie auch heute nicht. Die Tscherwonjeznoten der Staatsbank tragen zwar den Vermerk, daß sie in Gold einlösbar seien, und nach welcher Relation zwischen der Goldeinheit und dem Tscherwonjez diese Einlösung zu erfolgen habe. Die Noten der Staatsbank tragen aber nun auch noch den Vermerk, daß der Zeitpunkt, von welchem ab die Einlösung erfolgen werde, ‚durch einen besonderen Akt der Regierung bestimmt‘ werden wird. Ein solcher ‚Akt‘ ist aber bislang noch nicht ergangen, und meinem Empfinden nach besteht auch keinerlei Anlaß dazu, die Einlösung der Tscherwonjeznoten ... in Gold anzurondern. Eine Anordnung solcher Art würde ein wesensfremdes Element in das Ganze dieser Sowjetwährung hineinragen, die, einzige und allein für den Zahlungsverkehr im Lande selbst bestimmt, den Einflüssen, die andere Währungen etwa auf sie ausüben könnten, bewußt entzogen wird. Eine engere Verbindung der Sowjet-Währung mit dem Golde müßte ja dazu führen, daß dieses Gold eine Verbindung auch mit den Währungen anderer Länder herstellen würde. Eine solche Verbindung ist aber eben durchaus nicht gewollt und ... auch völlig unerwünscht. Eine ‚Goldwährung‘ ist die Sowjet-Währung auch aus dem anderen Grunde nicht, weil keine gesetzliche Bestimmung die Staatsbank der UdSSR oder irgendeine andere Instanz im Lande dazu verpflichtet, gegen Einlieferung von Gold Tscherwonjeznoten (zum festen Satze) abzugeben“ (Elster 1933, S. 3 und S. 4).

tatsächlichen Fungieren des transferablen Rubels, so scheinen sie sich nicht zu bestätigen. Angesichts eines seit langem in Gang befindlichen Demonetisierungsprozesses des Goldes ... dürfte die Beziehung des transferablen Rubels zum Gold praktisch bedeutungslos und theoretisch fragwürdig sein“.<sup>12</sup>

Geradezu entsetzt ist Latka darüber, mit welchen abenteuerlichen Konstruktionen das orthodoxe Lager versucht, den Goldgehalt des Transfer-Rubels zu begründen, um damit den Wahrheitsgehalt der Ideologie zu retten. „Strikt ... ist ... abzulehnen“, so schreibt er, „daß der internationale Wert, den ein transferabler Rubel verkörpert (bzw. die internationale Kaufkraft eines transferablen Rubels), aus den inländischen Produktionskosten bei der Förderung des sowjetischen Goldes abgeleitet sein soll“. Und damit in diesem Zusammenhang auch gleich geklärt wird, wie der Außenwert der Mark der DDR nicht gebildet wird, fügt er hinzu: „Die Praxis der Festlegung der Währungskurse der Mark der DDR im kommerziellen Bereich zeigt ..., daß das Gold hierbei weder unmittelbar noch mittelbar eine Rolle spielt“ (Latka 1983, S. 883; Lemmnitz 1981, S. 1433).

### **III. Die Fronten im Streit der Geldtheorieschulen unter den Politökonomen**

Zu den Hauptvertretern einer vom gröbsten ideologischen Ballast befreiten Geldtheorie im Sozialismus gehören unter den DDR-Ökonomen neben Thümmler und Latka vor allem Ehlert, Hunstock, Kolloch und Tannert (Kolloch 1980, S. 920-928; Kolloch E. und Thümmler 1979, S. 1218-1230 und Latka 1983, S. 879-887).

Unter den sowjetischen Wirtschaftswissenschaftlern wird ihre Kritik unter anderem von Nikitin, Matjuchin, Drosdow und Schenajew unterstützt (Nikitin 1979, S. 593-596; Drosdow 1978, S. 1176-1181 und Matjuchin 1977, S. 22-28). So schreibt der sowjetische Wirtschaftstheoretiker Schenajew sarkastisch: „Das Gold als das ewige Geld zu betrachten oder hinsichtlich seiner Demonetisierung nur Lippenbekentnisse abzugeben als dem Prozeß, der sich niemals vollendet, heißt, an den neuen Erscheinungen vorbeigehen. ... Es sei erlaubt zu fragen, auf welche Weise dann die Millionen von Warenproduzenten die Milliarden ihrer Waren mit dem in den Kellern der Zentralbanken lagernden Gold vergleichen“ (Schenajew 1980, S. 123 und 121).

Die Gegenposition zur Verteidigung der traditionellen marxistischen Lehre vom Geld als ewiger Goldware vertreten hauptsächlich Lemmnitz, K. Müller, Richter, Schließer und H. Schmidt (Lemmnitz 1977, S. 20ff. und 1981, S. 1423-1436; Müller 1980, S. 313-328).<sup>13</sup>

---

<sup>12</sup> Thümmler 1983, S. 441ff.; Zu den Funktionsproblemen des transferablen Rubel siehe ergänzend Clement 1989.

<sup>13</sup> Zu den Verbündeten dieser DDR-Ökonomen unter den sowjetischen Wirtschaftswissenschaftlern gehört unter anderem Dalin 1979, S. 610-614.

Inzwischen lässt sich auch in der regierungsamtlich akzeptierten Geldtheorie und Geldpolitik der DDR eine Annäherung an die Auffassungen der Reformergruppe unter den DDR-Ökonomen feststellen. So ist z.B. der Text des Stichwortes „Währung“ in der 3. Auflage des offiziösen „Ökonomischen Lexikons“ (erschienen 1978-1980) völlig neu gefasst worden. Dort heißt es heute: „Jedes Währungssystem enthält eine Reihe notwendiger organisatorisch-juristischer Regelungen: die Festlegung der Währungseinheit ...; die Bestimmung und Festlegung eines Währungskurses ...; die Bestimmung der Währungsdeckung, die im Sozialismus eine Warendeckung ist“ (Ökonomisches Lexikon 1980, S. 550).

Die seitens der Reformer von nicht mehr haltbaren marxistischen Aussagen gereinigte und der Realität in den sozialistischen Wirtschaftsordnungen angepaßte Wesensbeschreibung des Geldes formuliert Thümmler wie folgt: „Im Verlauf des ... Demonetisierungsprozesses des Goldes macht das Kreditgeld einen Wandel vom ursprünglich bloßen Stellvertreter der Goldware zu einer selbständigen Geldform mit eigenen, unverwechselbaren Merkmalen durch. ... Es bestreitet nicht nur die Zirkulation, sondern verdrängt das Gold auch aus seinen Wertmaßfunktionen. Es kann aber die Funktion eines Maßes der Werte nicht wie das Gold ... ausfüllen, da es selbst keinen eigenen (Stoff-)Wert besitzt. Das Kreditgeld ist vielmehr Repräsentant des Wertes der Gesamtheit der produzierten und auszutauschenden Waren. Seine wertmessende Funktion besteht darin, daß es den aliquoten Teil des Wertes der einzelnen Ware am Gesamtwert aller Waren zum Ausdruck bringt und damit die Relationen zwischen den in den einzelnen Waren enthaltenen Werten sichtbar macht. ... Die Zirkulationsfähigkeit, die Verwendung als Zahlungs- und Akkumulationsmittel, erlangt dieses Geld nicht mehr durch den Wert des Geldstoffes, ... gesellschaftliche Anerkennung [wird ihm] durch die Autorität des Staates verliehen“ (Thümmler 1983, S. 442 ff.).<sup>14</sup>

Die hier wiedergegebene Darstellung der Art und der Rolle des modernen Kreditgeldes ist jedoch bisher in der DDR nicht zur herrschenden Lehre über das Wesen des Geldes avanciert. Um die von der SED-Führung gewünschte Klarheit auf diesem Gebiet zurückzugewinnen, führte die Sektion Wirtschaftswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin, Bereich Politische Ökonomie, vom 15. bis 17. November 1983 im Parteiauftrag eine wissenschaftliche Konferenz durch. An ihr nahmen 120 Wissenschaftler und Praktiker aus den obersten Finanzbehörden, aus Hochschulen, der Akademie der Wissenschaften und weiteren Forschungseinrichtungen teil. Beteiligt wurden auch Wirtschaftswissenschaftler und Finanzexperten aus der UdSSR, Bulgarien, Polen, der CSSR und aus Jugoslawien. Bis heute hat in der DDR keine derart aufwendige wissenschaftliche Konferenz mehr über das Wesen und die Rolle des Geldes im

<sup>14</sup> Diese hier bei Thümmler zitierten Kernthesen der Reformer sind nahezu wortwörtlich in einem Aufsatz enthalten, den Kolloch bereits 1980 verfaßt hat. Siehe hierzu Kolloch 1980, S. 922 und 925.

Sozialismus stattgefunden, wie sie Ende 1983 durchgeführt wurde. Deshalb kann man davon ausgehen, daß mit ihr bezweckt wurde, einen vorläufigen Schlußstrich unter die auch für die SED-Führung brisant gewordene geldtheoretische Diskussion zu setzen.

Der Konferenz lagen die Thesen eines Autorenkollektivs unter der Leitung von K.-H. Stiemerling vor. Mitglieder dieses Vorbereitungskollektivs waren Grotjan, W. Schmidt, H. Schmidt und Waldhelm. Der offiziöse Konferenzbericht erschien in der „Sozialistischen Finanzwirtschaft“. Darin wird die von Stiemerling in seinem Hauptreferat vertretene Generallinie, die einen Komromißversuch darstellt, wie folgt wiedergegeben: „Zur Rolle des Goldes als Geldware ... unterstrich er ... die auch in den Thesen ausgedrückte Position, daß das Gold als industrieller Rohstoff und als ‚harte‘ Ware in der Außenwirtschaft eine zum Teil bedeutende Rolle spiele. Beim Aufbau des Sozialismus sei das Gold als Geldware jedoch nicht notwendig.“

Ebenso sprach er sich gegen die Auffassung aus, wonach das im Sozialismus umlaufende Geld ganz oder teilweise Papiergele mit staatlichem Zwangskurs sei“.<sup>15</sup>

## F. Der Streit um den Geldwert im Sozialismus

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen, die in der DDR ab Ende der 70er Jahre um den Geldwert geführt werden, steht die Frage, ob das Geld in der sozialistischen Wirtschaftsordnung eine *eigene Wertsubstanz* besitzt, welche zugleich auch die Aufgabe erfüllt, Aufnahmebehälter oder Widerspiegelungsmedium für Wertschöpfungsprozesse in der Warenproduktion zu sein, oder ob der Wert des Geldes schlicht mit der Kaufkraft der Währung bezogen auf einen bestimmten Warenkorb identisch ist.

Der Unterschied besteht darin, daß der Geldwert im ersten Fall primär durch den „in den Waren vergegenständlichten Aufwand an gesellschaftlich nützlicher, notwendiger und anerkannter Arbeit“ bestimmt wird (= Arbeitswertlehre-Ansatz), während er im zweiten Fall in erster Linie von den Preisen und ihrer Entwicklung abhängt (= Tauschwertlehre-Ansatz). Die Vertreter der marxistischen Orthodoxie verlangen hierbei die Anerkennung ihrer These von der Existenz eines Geldes mit *innerem Substanzwert*. Sie wird von Lemmnitz wie folgt formuliert: „Aus der wissenschaftlichen Erkenntnis, daß im Sozialismus ... die Produkte als echte Waren mit einem Gebrauchswert und einem Wert erzeugt werden, ergibt sich gesetzmäßig, daß auch das Geld echtes, die Geldware Gold repräsentierendes Geld, d.h. Geld mit eigenem Wert ist“ (Lemmnitz 1981, S. 1435). Nach seiner Auffassung lösen die Vertreter der „Theorie von der

---

<sup>15</sup> Feuersenger 1984, S. 41 und Stiemerling 1983, S. 10 ff.; ein weiterer Konferenzbericht wurde in der „Wirtschaftswissenschaft“ veröffentlicht, dazu Schmidt und Waldhelm 1984, S. 437-443.

„Demonetisierung des Goldes“ und der „Aufhebung des Goldes als Geldware“ ... „die Marxsche Geldtheorie von seiner Werttheorie und untergraben sie damit auch“ (Lemmnitz 1981, S. 1425). Das Geld habe jedoch die Aufgabe, in seiner eigenen Wertsubstanz „dem als Wert verborgenen gesellschaftlichen Verhältnis der sozialistischen Warenproduzenten einen äußerlichen — verdinglichten — Ausdruck zu geben“. Diese *qualitative* Funktion des Geldes umfasse das zur Anerkennungbringenden Vielfalt ungleicher individueller Arbeit in „gleiche unmittelbar nützliche gesellschaftliche Arbeit“ (Lemmnitz 1981, S. 1426). Die verdammenswerten Auffassungen, in denen Wert und Preis im Sozialismus gleichgesetzt und davon der Geldwert abgeleitet werde, wären blanker Subjektivismus. Folge man diesen Thesen, so könne man doch gleich zugeben, daß die „ökonomischen Gesetze im Sozialismus“ keinen „objektiven Charakter“ hätten.

Abweichend von der Marxschen Geldlehre vertritt demgegenüber heute ein Teil der DDR-Ökonomen die Auffassung, daß das Geld, um wertvoll zu sein, keinen eigenen Waren-, Arbeits- oder Stoffwert besitzen müsse und in Wirklichkeit auch nicht besitze. Die erste Aufgabe des Geldes bestehe vielmehr darin, den Wert von Waren im Preis auszudrücken (=Geld als kombiniertes Maß und Preisausdruck der Warenwerte). Der Wert des Geldes leite sich also aus der Wert- und Preisentwicklung gemeinsam ab, wobei die Entwicklung der Preise der entscheidende Bestimmungsfaktor sei. Dementsprechend stellt Latka fest: „Die Wertmaßfunktion des Geldes vollzieht sich stets unmittelbar, weil sie von der tatsächlichen Preisbildung nicht zu trennen ist“ (Latka 1983, S. 883).

Für die Reformergruppe unter den marxistischen Ökonomen ist somit für den Wert des Geldes primär die Preisentwicklung der Waren bestimmend. Ausgehend von dieser Abhängigkeit kommen sie zu dem Ergebnis, daß der Geldwert mit der Kaufkraft der Währungseinheit identisch ist. In Übereinstimmung mit der westlichen Wirtschaftswissenschaft wird von ihnen das Geld als ein Anspruch auf den volkswirtschaftlichen Güterfonds charakterisiert. In marxistischer Terminologie wird diese Auffassung wie folgt formuliert: „Da der Geldwert wie jede andere Wertbeziehung stets ein Austauschverhältnis zum Inhalt hat, widerspiegelt sich in ihm, wieviel Wertvolumen einer gegebenen Ware zu erbringen ist, um im Äquivalentenaustausch den in einer Geldeinheit verkörperten allgemeingültigen Anspruch auf gesellschaftliches Gesamtprodukt bzw. Nationaleinkommen zu erlangen. Insofern ist der Geldwert mit der Kaufkraft der einzelnen Geldeinheit identisch. ... Im Inland stellt sich der Geldwert in zwei Erscheinungsformen dar: er tritt erstens als Kaufkraft der Mark im Bevölkerungsbereich auf. Faktisch ist das der reziproke Wert des Indexes der Einzelhandelspreise, der Leistungspreise und der Tarife. Er tritt zweitens als Index der Kaufkraft der Mark für Produktionsmittel auf“ (Ehlert, Hunstock, Tannert 1976, S. 41 und S. 28).<sup>16</sup>

---

<sup>16</sup> Eine Gleichsetzung von Geldwert und Kaufkraft erfolgt außerdem im Artikel „Geldwert“ des „Ökonomischen Lexikons“ der DDR und ferner in den Beiträgen zum

Diesen Ketzereien wird von Seiten der orthodoxen marxistisch-leninistischen Ökonomen entgegengehalten, daß das Geld, wenn es nicht mehr eine Ware mit einem eigenen (inneren) Arbeits- und Substanzwert sei, auch kein „allgemeines Äquivalent“ mehr sein könne. Es verlieren damit seine einzigartige Fähigkeit, die Wertinhalte der einzelnen Waren in einer Maßgröße sichtbar zu machen, „objektives“ Maß der Einzelwerte zu sein und als Maßstab der Preise aufzutreten. Nur eine echte Geldware könne der Warenwelt das Material ihres Wertausdrucks liefern: denn die sozialökonomische Fähigkeit des Geldes bestehe gerade darin, verstreute gesellschaftlich nützliche Arbeit in einem allgemeinen (Waren-)Äquivalent zu vereinigen und sichtbar zu machen. Sobald dem Geld die Eigenschaft abgesprochen werde, allgemeines Äquivalent der Arbeitswerte zu sein, sei auch sein einmaliger Gebrauchswert aufgehoben, der darin bestehe, ein allseitig nutzbares und allgemein akzeptiertes Tauschmittel zu sein. Außerdem könne es dann auch nicht mehr den in einer Warenwirtschaft notwendigen Umschlag der individuellen in gesellschaftlich nützliche Arbeit vermitteln (Schmidt 1980, S. 303–312 und ferner Richter und Schließer 1977, S. 85).

Durch ein Bombardement von Klassikerzitaten werden die Reformer darauf hingewiesen, daß nach Marx unterwertige Banknoten und Münzen kein wirkliches Geld sind. Reines Papiergeleid sei lediglich Geldzeichen. Ohne selbst „Wert“ zu sein, könne daher auch im Sozialismus Geld nicht Warenwerte repräsentieren. Da bloßen Geldzeichen die innere Wertsubstanz fehle, könnten diese das Geld auch nicht in allen seinen Funktionen vertreten. Diese Zeichen könnten nur dessen Rolle als Zirkulations- und Zahlungsmittel übernehmen.<sup>17</sup>

Für die orthodoxen marxistischen Wirtschaftswissenschaftler ist die Leugnung des Warencharakters des Geldes im Sozialismus und die Gleichsetzung des Geldwertes mit der Kaufkraft der Währungseinheit vor allem auch deshalb eine unannehbare Wissenschaftsposition, weil damit die gesamte Marxsche Genesis des Geldes aus den Widersprüchen der kapitalistischen Warenproduktion und damit letztlich auch seine Arbeitswertlehre sowie seine Kapitalismuskritik in Frage gestellt wird. Dies wird auch von den beiden Verteidigern der Urlehre Schließer und Zufelde klar gesehen: „Eigenartigerweise gibt es in den Diskussionen unter marxistischen Ökonomen keine Zweifel an der objektiven Existenz des Wertes an sich, wohl aber hinsichtlich des Wertes des Geldes bzw. der Geldware“ (Schließer und Zufelde 1985, S. 706).

---

Stichwort „Kaufkraft“ und „Geldwert“ im „Lexikon der Wirtschaft/Teil Finanzen“ der DDR. Siehe hierzu Ökonomisches Lexikon 1978, S. 732 und Lexikon der Wirtschaft/Teil Finanzen 1986, S. 215/16 und S. 284.

<sup>17</sup> Diese Feststellungen werden dann selbstredend mit dem Urteil verknüpft, daß die Andersdenkenden keine echten Marxisten sind: „Die Diskrepanzen in den theoretischen Auffassungen zur Ausübung der Maßfunktionen des Geldes liegen hier nicht, wie oft behauptet, in unterschiedlichen Erklärungen aktueller Erscheinungen, sondern sind Fragen des Verständnisses der Marxschen Wert- und Geldtheorie“ (Schließer und Zufelde 1985, S. 703).

Bekanntlich gibt es viele Spielarten des Marxismus und auch die Reformer unter den marxistischen Geldtheoretikern bilden hiervon keine Ausnahme. Gestützt auf Marx bestimmen daher einige von ihnen auch weiterhin den „Geldwert“ einer Währung (jetzt ohne Goldbezug) als das Repräsentationsmaß, welches die gesellschaftlich notwendige, durchschnittliche und anerkannte Arbeitsleistung widerspiegelt, die in der Gesamtheit aller Waren gespeichert ist, die während einer Wirtschaftsperiode erzeugt wurden. Jede Geldeinheit repräsentiert somit (geldwertmäßig) den auf sie entfallenden Anteil an dieser Wertmasse. Zugleich verkörpert sie nach Auffassung dieser Theoretiker auch einen „Anspruch auf einen aliquoten Anteil“ des von der Gesellschaft insgesamt erzeugten Nationalprodukts (Fuchs, Lotze, Schellbach 1985, S. 33ff.). Der so definierte „Geldwert“ der Mark der DDR ist somit eine aus der Arbeitswertlehre herbeikonstruierte abstrakte „Wertgröße“, wobei die Bezugsgrundlage der Wertbildung das im Inland erzeugte gesellschaftliche Gesamtprodukt ist, was bekanntlich selbst wieder eine Definitionsgröße darstellt. Die Veränderungen dieser Bezugsgrundlage des „Geldwerts“ hängen natürlich zwangsläufig vor allem von der Entwicklung der Arbeitsproduktivität und vom Wachstum des „volkswirtschaftlichen Wertvolumens an Gebrauchswerten“ ab.

Ein so bestimmter „Geldwert“ kann natürlich konkret-rechnerisch nicht ermittelt werden. Er und seine (theoretisch ableitbaren) Veränderungen bieten daher auch für die Wirtschaftsführung eines Landes keinen Anhaltspunkt, um darauf fußend eine stabilitätsgerechte Wirtschafts- und Geldpolitik zu betreiben. Dies erschüttert jedoch diese marxistischen Geldtheoretiker nicht im mindesten (Fuchs, Lotze, Schellbach 1985, S. 33ff.). Die Unmöglichkeit, so einen „rechnischen Geldwert“ zu ermitteln, sei doch auf diese ökonomische Kategorie beschränkter Mangel, da doch auch der individuelle „Arbeitswert“ und die „gesellschaftlich notwendige abstrakte Arbeit“ gedankliche Konstrukte, allerdings von objektivem Charakter, seien.

## **G. Gegenwärtige Wesensbestimmung des Geldes und seine Nutzung bei der Organisation und Lenkung der sowjet-sozialistischen Wirtschaften**

Beginnend mit der Oktoberrevolution 1917 bis hin in die 50er Jahre stand im Mittelpunkt der heftigen geldtheoretischen und -politischen Auseinandersetzungen unter den Kommunisten der verschiedenen Spielarten vor allem folgende Frage. Ist es in einer sowjet-sozialistischen Wirtschaft objektiv notwendig und ideologisch zu rechtfertigen, Warenproduktion, Warenzirkulation, Geld, Wertrechnung, Preise und Wertgesetzwirkungen beizubehalten und zu nutzen? Je nach dem, welche Gruppierung von Marxschülern in dieser Periode zeitweilig den Sieg in diesem Streit davon trug, fiel auch die Antwort auf diese Frage aus. Der jeweilige Ausgang dieses Konfliktes bestimmte dann darüber, welcher wirtschafts- und geldpolitische Kurs gesteuert wurde.

4 Schriften d. Vereins f. Socialpolitik 191

Infolgedessen sind natürlich vor allem die verschiedenen Etappen der sowjetischen Wirtschaftsgeschichte ein Beleg für die recht wechselhaft ausgefallenen Antworten zur Frage der Vereinbarkeit und Nutzung dieser ökonomischen Kategorien mit dem Modell einer sozialistischen/kommunistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.<sup>18</sup>

Infolge des unterschiedlichen Ausgangs der ideologischen Richtungskämpfe und der häufigen Auswechslung der angewendeten Modellvarianten der staatlichen Wirtschaftslenkung ist die Geldpolitik der Sowjetunion seit 1917 und weithin auch die der ab 1945 neu errichteten sowjet-sozialistischen Staaten durch einen „Zick-Zack-Kurs“ gekennzeichnet. Dieser Kurs schwankte jahrzehntelang hin und her zwischen der Bejahung und der Verneinung von Warenproduktion, Tauschhandel, Geld, Wertrechnung und Wertgesetzwirkungen.

Nachdem nun diese Kontroverse beendet ist, schwankt er jetzt etwa seit drei Jahrzehnten hin und her zwischen einer Aktivierung der Rolle des Geldes für die staatliche Wirtschaftslenkung und einer Einschränkung seiner Nutzung und Wirkungsmöglichkeiten bei der Lenkung der Volkswirtschaft nach staatlichen Entwicklungsrioritäten<sup>19</sup>. Auch für diese geldpolitische Kreuzfahrt sind insbesondere die verschiedenen lenkungspolitischen Experimentierphasen der bisherigen Wirtschaftsgeschichte der DDR ein überzeugender Beleg (Phase der Kopie der straff administrativen und stark güterwirtschaftlich ausgerichteten Befehlswirtschaft nach Stalinschen Muster 1949 bis 1962; Phase des Neuen Ökonomischen Systems 1963 bis 1967; Phase des Ökonomischen Systems des Sozialismus am Ende der Ulbricht-Zeit 1968 bis 1970; Phase der Rückkehr zu einer zentralistisch geführten Befehlswirtschaft mit erneuter starker Nutzung von güterwirtschaftlichen Lenkungsmethoden 1971 bis 1987; und Phase der begrenzten Revitalisierung ausgewählter monetärer Lenkungsformen ab 1988).

Nach der herrschenden Auffassung in der östlichen Geldtheorie ist heute das Geld in den sowjet-sozialistischen Volkswirtschaften nur noch seiner „äußeren Hülle“ nach mit dem Geld identisch, das in den vorsozialistischen Wirtschaftsordnungen (Feudalismus, Kapitalismus) im Gebrauch war und gegenwärtig in den kapitalistischen Staaten umläuft. In der sozialistischen Wirtschaftsordnung sei seine Zweckbestimmung und die Nutzung seiner Funktionen „von Grund auf“ geändert worden. Diesen Wesenswandel hätte vor allem der revolutionäre gesellschaftliche Fortschritt bewirkt, der im Osten mit der Übernahme der

---

<sup>18</sup> Siehe hierzu die wirtschafts- und geldpolitischen Experimente der sowjetischen Wirtschaftsführung in den drei Phasen des Kriegskommunismus (Oktober 1917 bis März 1921), in der Zeit der Neuen Ökonomischen Politik (1921 bis 1927) und in der Periode der zentralistischen staatlichen Wirtschaftslenkung nach Stalinschem Muster (1928 bis 1965) bei Pollock 1929, Raupach 1964 und Buck 1969, Bd. I.

<sup>19</sup> Dies gilt natürlich gleichermaßen auch für die monetären Steuerungsinstrumente Kredit, Zins, Abschreibungssätze, Kostennormative, Steuern, Gebühren, Subventionen und Geldsanktionen sowie für die Verfahrensregeln zur Bildung und Verwendung von betrieblichen Geldkapitalsfonds.

politischen und wirtschaftlichen Macht durch die Arbeiterklasse unter der Führung der kommunistischen Parteien erreicht worden sei. Darüber hinaus habe natürlich auch noch die prinzipielle Überlegenheit des sozialistischen Wirtschaftssystems zu der inzwischen erreichten Höherwertigkeit des „sozialistischen Geldes“ beigetragen.

Anders als im Kapitalismus dienten die Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus nicht mehr der bestmöglichen Kapitalverwertung zum Vorteil der Kapitaleigentümer, sondern der Herstellung einer ausreichenden Zahl von Gebrauchs-werten zum Nutzen aller Gesellschaftsmitglieder. Diese neue Zweckbestimmung des wirtschaftlichen Handelns verhindere, daß das Geld in Kapital verwandelt werde, um dann in dieser Form die Aneignung von fremder, unbezahlter Arbeit zu ermöglichen und der Ausbeutung der Lohnabhängigen zu dienen (Ökonomisches Lexikon 1978, Bd. A-G, S. 725).

Während das Geld in den privatwirtschaftlich organisierten Marktwirtschaften des Westens „ein Instrument der Umverteilung und ... Ausbeutung (sowie) zugleich ein Instrument der staatsmonopolistischen Regulierung und Manipulierung zur einseitigen Durchsetzung der Interessen der Monopolbourgeoisie“ sei, wäre ihm im Sozialismus *im Grundsatz* jede schädliche Einflußnahme genommen. Hier sei das Geld ein „Instrument zur bewußten Ausnutzung des Wertgesetzes in der Planung der Volkswirtschaft, der Berechnung, Kontrolle und Verteilung des gesellschaftlichen Gesamtproduktes sowie Maß der Arbeit und des Verbrauchs“.

Damit jedoch das Geld die von ihm im Sozialismus verlangten „gesellschaftlich nützlichen“ Dienste voll erfüllen könne, müsse die Wirtschafts- und Geldpolitik der sozialistischen Regierungen energisch die Verwirklichung folgender Ziele anstreben:

1. Die Sicherung der Übereinstimmung zwischen den geplanten und den tatsächlichen güterwirtschaftlichen und finanziellen Prozessen bei zumeist staatlich vorgegebenen Festpreisen;
2. die Entwicklung von unfehlbaren Orientierungsmarken, anhand derer es möglich ist, eine stabilitätsgerechte und wachstumsfördernde Geldmengensteuerung vorzunehmen (= Steuerung der Geldschöpfung und der Geldvernichtung);
3. die Durchsetzung von „Planmäßigkeit und Proportionalität“ zwischen den verschiedenen Teilströmen des Bargeld- und des Girogeldkreislaufs; und
4. die Gewährleistung eines stets ausgewogenen Verhältnisses zwischen „Kauffonds“ (= kaufkräftige Nachfrage) und „Warenfonds“ (= Warenbereitstellung zu in der Regel behördlich festgesetzten Endverbraucherpreisen).

Was die künftige Rolle des Geldes in der sozialistischen/kommunistischen Wirtschaft angeht, beschränkt sich heute die SED darauf, lediglich eine Prognose für den Zeitraum der „sozialistischen Entwicklungsetappe“ der DDR

4\*

abzugeben. Hierzu heißt es in dem auf dem IX. Parteitag der SED 1976 angenommenen Parteiprogramm: „Bei der weiteren Vervollkommnung der Leitung, Planung und ökonomischen Stimulierung spielt die bewußte Ausnutzung der Ware-Geld-Beziehungen eine große Rolle. Die Bedeutung des Staatshaushaltes, des Geld- und Kreditwesens sowie des Preissystems für die effektive Produktion und die rationelle Verteilung und Verwendung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts und Nationaleinkommens nimmt zu“ (Programm der SED 1976, S. 36).

Seitdem die Gorbatschowschen Reformaktivitäten auch unter den Politökonomen vermehrt neues Denken voranbringen, vertreten heute bereits einige von ihnen die Auffassung, daß auch im *Vollkommenismus* nicht auf Warenproduktion, Warenhandel, Marktbeziehungen und Geldwesen verzichtet werden könne. Die hierfür von dem sowjetischen Ökonomen Schischkow gegebene Begründung könnte beinahe aus einem Lehrbuch der westlichen Wirtschaftswissenschaft entnommen sein: „Der Markt ist in der gegenwärtigen historischen Entwicklungsetappe der menschlichen Produktivkräfte eben deshalb unersetzbbar, weil er über die Preise der Waren und der Produktionsfaktoren den Wirtschaftssubjekten rechtzeitige und relativ genaue Information liefert über die sich quantitativ und qualitativ unablässig ändernden Bedürfnisse der Gesellschaft an konkreten Waren und Leistungen sowie über den ebenso veränderlichen gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand für deren Produktion. Der Marktmechanismus gleicht einem hochleistungsfähigen Computer, der gewaltige Ströme von Einzelinformationen verarbeitet und verallgemeinerte Daten nicht nur zur lokalen Wirtschaft oder zur Volkswirtschaft, sondern in vielen Fällen auch zum Weltmarkt ‚ausgibt‘. Und keinerlei mathematische Methoden zur Optimierung der Volkswirtschaftsplanung, die auf den jeweils gültigen Aufwandsnormativen und Standards für die Erzeugnisqualität beruhen, vermögen das sich unablässig verändernde Optimum der gesellschaftlich notwendigen Arbeit in ihrer abstrakten und konkreten Form zu ermitteln. Jedes, selbst das detaillierte, von oben vorgegebene Schema der Verteilung der Gesamtarbeitszeit bedeutet entweder die bewußte Fixierung des bestehenden qualitativen Niveaus der Produktion in der betreffenden Abteilung, dem Betrieb, Kombinat, Zweig oder der Volkswirtschaft insgesamt oder aber eine Planung dieses Niveaus ‚auf Verdacht‘. Die Erfassung und Planung des Aufwands an lebendiger und vergegenständlicher Arbeit unmittelbar in Arbeitsstunden oder in Naturalnormativen in allen Zweigen und Wirtschaftsbereichen erscheint also selbst für die höhere Phase des Kommunismus unmöglich, in der die Verteilung nach der Leistung nicht mehr ökonomisch notwendig sein wird.“ (Schischkow 1988, S. 362/363)

## Literaturverzeichnis

- Bucharin*, N. (1919): Programm der Kommunisten (Bolschewiki), Verlag Rote Fahne, Berlin.
- Buck*, H. F. (1969): Technik der Wirtschaftslenkung in kommunistischen Staaten, — Funktionsweise und Funktionsschwächen der Zentralplanwirtschaft sowjetischen Typs in der UdSSR, in Mitteldeutschland und in den osteuropäischen Ländern, Bd. I und II, Coburg.
- (1985): Hauptartikel — „Finanzsystem“, in: DDR Handbuch, 3. Aufl., Köln, S. 400-411.
- (1985): Hauptartikel — „Geldtheorie und Geldpolitik“, in: DDR Handbuch, 3. Aufl., Köln, S. 487-509.
- (1985): Hauptartikel — „Zins und Zinspolitik“, in: DDR Handbuch, 3. Aufl., Köln, S. 1543-1551.
- Clement*, H. (1989): „Funktionsprobleme der gemeinsamen Währung des RGW (Transferabler Rubel)“, in diesem Band.
- Dalin*, S. (1979): „Probleme der Inflation und des Preiswachstums“, in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Heft Nr. 6/1979, S. 602-617.
- Drosdow*, V. (1978): „Das heutige Geldsystem des Kapitalismus“, in: Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Heft Nr. 11/1978, S. 1171-1183.
- Ehlert*, W., *Hunstock*, D., *Tannert*, K. (Hrsg.) (1976): Geldzirkulation und Kredit in der sozialistischen Planwirtschaft, Berlin (Ost).
- (1985): Geld und Kredit in der DDR, Berlin (Ost).
- Elster*, K. (1933): Der Rubel beim Aufbau des Sozialismus, Jena.
- Engels*, F. (1958): „Zwei Reden (über den Kommunismus)“, in: Marx-Engels Werke (MEW), Bd. 2, Berlin (Ost).
- (1971): Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, Berlin (Ost).
- Feuersenger*, P. (1984): „Die aktive Rolle des Geldes bei der planmäßigen Ausnutzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus“, in: Sozialistische Finanzwirtschaft, Berlin (Ost), Heft Nr. 1/1984, S. 40/41.
- Förster*, W. (1967): Rechnungswesen und Wirtschaftsordnung, Berlin.
- Fritsch*, B. (1968): Die Geld- und Kredittheorie von Karl Marx, Frankfurt am Main.
- Fuchs*, D., *Lotze*, H.-J., *Schellbach*, D. (1981): „Zu Fragen der Geldtheorie im Sozialismus“, in: Wirtschaftswissenschaft, Berlin (Ost), Heft Nr. 5/1981, S. 539-554.
- (1985): „Zu Kaufkraft und Geldwert der Währungseinheit und deren Bedeutung für die aktive Rolle des Geldes in der sozialistischen Planwirtschaft“, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Handelshochschule Leipzig, Heft Nr. 12/1985, S. 28-39.
- Haffner*, F. (1985): „Monetäre Zentralplanung und Volkswirtschaftsplanung“, in: „Geldtheorie“, hrsg. von H. J. Thieme, Baden-Baden, S. 189-209.
- Handbuch des gesamten Kreditwesens (1965), hrsg. von V. Szagum und anderen, 7., völlig neubearbeitete Auflage, Frankfurt am Main.

- Kolloch, E., Thümmler, W.* (1979): „Zur Diskussion um die Rolle des Goldes in den internationalen kapitalistischen Währungsbeziehungen“, in: *Wirtschaftswissenschaft*, Berlin (Ost), Heft Nr. 10/1979, S. 1218-1230.
- Kolloch, K.* (1980): „Zur Rolle des Goldes als Geldware und zu seiner Bedeutung in den internationalen Währungsbeziehungen des Kapitalismus und des Sozialismus“, in: *Wirtschaftswissenschaft*, Berlin (Ost), Heft Nr. 8/1980, S. 920-928.
- Kronrod, J. A.* (1963): *Das Geld in der sozialistischen Gesellschaft*, — Theoretischer Grundriß, Berlin (Ost).
- Latka, F.* (1983): „Nochmals zu einigen theoretischen und praktischen Fragen der Warenproduktion und des Geldes im Sozialismus“, in: *Wirtschaftswissenschaft*, Berlin (Ost), Heft Nr. 6/1983, S. 879-887.
- Lemmnitz, A.* (1977): „Zum Charakter des Weltgeldes im heutigen Kapitalismus“, in: *IPW-Berichte*, Nr. 2/1977, S. 20-27.
- (1981): „Zu einigen theoretischen und praktischen Fragen der Warenproduktion und des Geldes im Sozialismus“, in: *Wirtschaftswissenschaft*, Berlin (Ost), Heft Nr. 12/1981, S. 1423-1436.
- Lexikon der Wirtschaft*, Teil Finanzen, (1986), Berlin (Ost).
- Marx, K.* (1958): „*Kritik des Gothaer Programms*“, in: *K. Marx und F. Engels: Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Band II, Berlin (Ost).
- : *Das Kapital*, Bd. 2, Berlin (Ost).
- (1961b): „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“, in: *Marx-Engels Werke (MEW)*, Bd. 13, Berlin (Ost).
- (1962): *Das Kapital*, Bd. 1, Berlin (Ost).
- (1974): „Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie“, Berlin (Ost).
- Matjuchin, G.* (1977): „Eine neue Form des Weltgeldes“, in: *IPW-Berichte*, Heft Nr. 11/1977, S. 22-28.
- Müller, K.* (1980): „Zur sogenannten Demonetisierung des Goldes“, in: *Wirtschaftswissenschaft*, Berlin (Ost), Heft Nr. 3/1980, S. 313-328.
- Nikitin, S.* (1979): „Wesen und Ursachen des Inflationsprozesses (in den kapitalistischen Ländern)“ in: *Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge*, Heft Nr. 6/1979, S. 590-601.
- Ökonomisches Lexikon* (1967), 1. Aufl., Berlin (Ost).
- Ökonomisches Lexikon* (1978), 3. neubearbeitete Aufl., Bd. A-G, Berlin (Ost).
- Ökonomisches Lexikon* (1980), 3. neubearbeitete Aufl., Bd. Q-Z, Berlin (Ost).
- Politische Ökonomie* (1960), Lehrbuch, Berlin (Ost).
- Pollock, F.* (1929): *Die planwirtschaftlichen Versuche in der Sowjetunion 1917 bis 1927*, Leipzig.
- Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands* (1976), Berlin (Ost).
- Raupach, H.* (1964): *Geschichte der Sowjetwirtschaft*, Reinbek bei Hamburg.
- Richter, H., Schließer, W.* (1977): *Die Warenproduktion im Sozialismus*, Berlin (Ost).

- Roesler, J.* (1978): Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR, Berlin (Ost).
- Schenajew, W.* (1980): „Probleme der gegenwärtigen Geldtheorie“, Manuskript des Vortrages zur Varga-Konferenz, in: Wissenschaftliche Beiträge der Karl-Marx-Universität Leipzig, Reihe Wirtschaftswissenschaften, Leipzig.
- Schick, A.* (1932): Das Sowjetbankwesen und die Rolle der Banken in der Sowjetwirtschaft, Königsberg und Berlin.
- Schischikow, J. W.* (1988): „Das historische Schicksal der Warenproduktion“, in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Heft Nr. 3/1988, S. 350-363.
- Schließer, W., Zufelde, U.* (1985): „Zu den Funktionen des Geldes in der sozialistischen Planwirtschaft“, in: Wirtschaftswissenschaft, Berlin (Ost), Heft Nr. 5/1985, S. 692-712.
- Schmidt, H.* (1980): „Zu einigen strittigen politökonomischen Fragen der Geldtheorie im Sozialismus“, in: Wirtschaftswissenschaft, Berlin (Ost), Heft Nr. 3/1980, S. 303-312.
- Schmidt, H., Waldhelm, J.* (1984): „Die aktive Rolle des Geldes bei der planmäßigen Ausnutzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus für die effektive und proportionale Gestaltung der intensiv erweiterten Reproduktion“, in: Wirtschaftswissenschaft, Berlin (Ost), Heft Nr. 3/1984, S. 437-443.
- Stiemerling, K.-H.* (1983): „Die aktive Rolle des Geldes bei der planmäßigen Ausnutzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus für die effektive und proportionale Gestaltung der intensiv erweiterten Reproduktion“, in: „Das Geld in der intensiv erweiterten sozialistischen Reproduktion“, Materialien der wissenschaftlichen Konferenz der Humboldt-Universität zu Berlin vom 15.-17. November 1983.
- Thümmler, W.* (1983): „Geldtheoretische Aspekte der kollektiven Währung der Mitgliedsländer des RGW, transferabler Rubel“, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin (Ost), Gesellschaftswissenschaftliche Reihe, Heft Nr. 4/1983, S. 441-445.
- Varga, E.* (1920): Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur, Wien.
- Wyltschew, T. (Bulgarien)* (1978): „Das Absterben der Funktionen des Goldes als Weltgeld“, vervielfältigter Konferenzbeitrag auf der Tagung der Internationalen Arbeitsgruppe „Währungs- und Finanzprobleme des heutigen Kapitalismus“ der Akademien der sozialistischen Länder, Budapest.



*Zweiter Teil*

## **Makro-ökonomische Steuerungsprobleme**



# **Determinanten der privaten Geldnachfrage in sozialistischen Planwirtschaften: Eine theoretisch-empirische Analyse**

Von *Karl-Hans Hartwig*, Münster

## **1. Vorbemerkung**

Methodologische Diskussionen zum Systemvergleich stimmen im wesentlichen darin überein, daß ein Vergleich von Wirtschaftssystemen auf theoretischer Basis zu erfolgen hat. Nur mit Hilfe von Theorien lassen sich die Funktionsmuster von Wirtschaftssystemen erklären und Systemergebnisse auf ihre Verursachungsfaktoren zurückführen. Ist die Analyse auf reale Wirtschaftssysteme gerichtet, müssen die Theorien Erfahrungsbezug aufweisen und ihre Geltungsfeststellung durch empirische Überprüfung möglich sein (vgl. u. a. die Sammelbände von Boettcher 1970; Eckstein 1971; Conn 1983; Schüller 1987).

Nun ist gegenwärtig keine allgemeine Theorie der Wirtschaftssysteme vorhanden, die diesen Anforderungen entspricht. Daraus zu schließen, daß eigenständige analytische Ansätze für die verschiedenen Wirtschaftssysteme zu konzipieren sind, ist jedoch logisch nicht zwingend und dürfte zudem mit erheblichen Ressourcenaufwendungen verbunden sein. Unter diesem Eindruck scheint es daher zunächst durchaus angebracht, vorhandene Theorien daraufhin zu überprüfen, ob und inwieweit sie sich für die Analyse von Funktionsmustern unter verschiedenen institutionellen Arrangements eignen. Da dies eine Spezifikation der für die Geltung der jeweiligen Theorie erforderlichen Anwendungsbedingungen ebenso voraussetzt wie die sorgfältige Bestimmung des faktischen Ordnungsrahmens in seinen jeweiligen Ausprägungen, öffnet sich für den Systemvergleich ein breites Spektrum von Problemstellungen:

- Er verdeutlicht Unterschiede und Gemeinsamkeiten von Prozeßabläufen und liefert damit die Basis für die Rückführung von systembezogenen Funktionsmustern auf allgemeine, systemindifferente Zusammenhänge.
- Er gibt einen allgemeinen methodischen Rahmen vor, innerhalb dessen einheitliche analytische und methodische Prinzipien gelten.
- Er stärkt das Gewicht der Empirie, indem er empirische Tests unter verschiedenen Konstellationen betreibt.
- Er trägt als kritische Instanz dazu bei, den faktischen Geltungsbereich von Theorien zu bestimmen und damit ihre expliziten und impliziten institutionellen Voraussetzungen freizulegen.
- Er gibt Anstöße für die Modifikation und Neuentwicklung von Theorien.

Dies soll im folgenden an einem Bereich verdeutlicht werden, der sich m. E. für systemindifferente Anwendungen vorhandener Theorien eignet und bisher auch vereinzelten Übertragungsversuchen unterzogen wurde: es ist dies der monetäre Bereich, insbesondere die Analyse der Geldnachfrage in sozialistischen Planwirtschaften.

## 2. Die Bedeutung der Geldnachfrage

Die Geldnachfrage als gewünschte Bestandshaltung an monetären Aktiva ist ein zentrales Verbindungsglied zwischen dem geld- und güterwirtschaftlichen Bereich einer Volkswirtschaft. Unterliegt die Geldhaltung erratischen Schwankungen, können sich die Finanzierungsbedingungen für güterwirtschaftliche Transaktionen jederzeit ändern und bleiben die Effekte von Geldmengenimpulsen auf Output und Preisniveau unbestimmt. Genügt die Geldnachfrage den Bedingungen einer stabilen Verhaltensfunktion, so bestehen zwischen den Aggregaten eindeutige Wirkungszusammenhänge, auf deren Basis eine effiziente Geldpolitik überhaupt erst möglich wird. Diese analytische und strategische Bedeutung der Geldnachfrage hat in der Vergangenheit zu einer Vielzahl von theoretischen und empirischen Untersuchungen geführt (Überblick bei Laidler 1977; Judd, Scadding 1982; Siebke 1985; Gödde 1988). Allerdings konzentrieren sie sich fast ausnahmslos auf marktwirtschaftliche Systeme, während für sozialistische Planwirtschaften — das sind Wirtschaftssysteme mit überwiegend zentraler Planung der Wirtschaftsprozesse und dominierendem Staatseigentum an den Produktionsgütern — vergleichbare Studien bislang kaum vorliegen.

Der Hauptgrund für dieses geringe Interesse dürfte die analytische Bedeutungslosigkeit sein, die man dem Geld in diesen Wirtschaftssystemen traditionell zuschrieb (Überblick bei Hartwig 1987, S. 3 ff.). Neben ihr spielte die mangelnde Verfügbarkeit statistischer Daten nur eine untergeordnete Rolle. Geld galt als „passiv“, als superneutral, womit Neutralität nicht nur im Hinblick auf Output, Beschäftigung und relative Preise impliziert war, sondern auch bezüglich des Preisniveaus. Zum einen — so die Argumentation — erfülle Geld aufgrund der vorwiegend naturalwirtschaftlichen Organisation sozialistischer Planwirtschaften vorwiegend Rechenmittelfunktionen. Zum anderen sei der zentrale Planungs- und Kontrollapparat in der Lage, entweder die Verwendung von Geld genau zu determinieren, wie bei den staatlichen Betrieben und Organisationen, oder aber seinen Einfluß zumindest durch die Festlegung der gesamtwirtschaftlichen Variablen auch dort zu neutralisieren, wo Entscheidungsspielräume bestehen, wie etwa bei den privaten Haushalten. Kurz: Befindet sich zu wenig Geld im Umlauf, um die zentral geplanten, mit staatlichen Preisen bewerteten Transaktionen zu finanzieren, wird die Geldmenge erhöht; monetäre Überversorgung hat keine Auswirkungen, sie führt lediglich zu einer, wenn auch ungewünschten, Ausdehnung der Geldhaltung.

Der mangelnde Realitätsbezug der diesen Vorstellungen zugrundeliegenden Prämissen ist zwar schon seit langem offensichtlich; denn im Gegensatz zum

Modell der Zentralverwaltungswirtschaft ist eine vollständige naturale zentrale Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses faktisch nicht möglich (Haffner 1978). Der monetäre Sektor und dessen mögliche Beziehungen zum güterwirtschaftlichen Sektor werden jedoch — von wenigen Ausnahmen abgesehen — erst in neuerer Zeit stärker problematisiert, obwohl theoretische und empirische Argumente zumindest in einigen Bereichen für solche Zusammenhänge sprechen. Die Unvollkommenheiten des zentralen Planungs-, Lenkungs- und Kontrollsystems bedingen nämlich nicht nur die Notwendigkeit von Geld und von Wertkategorien. Sie ermöglichen gleichzeitig jene einzelwirtschaftlichen Dispositionsspielräume, die auch monetäre Bestandsanpassungen einschließen. Das gilt partiell und wohl in zunehmenden Maße selbst für die staatlichen Betriebe, vor allem aber für den privaten Sektor. Offensichtlich gibt es in den sozialistischen Ländern zumindest für die Privaten keine ungewünschten Geldbestände, die nicht auf irgendeine Weise abgebaut werden können (Kornai 1980). Insofern betreffen monetäre Bestandsanpassungen die sog. „offizielle Wirtschaft“, sie haben aber insbesondere zur Etablierung einer mehr oder weniger ausgeprägten Parallel- und Schattenwirtschaft geführt, die vielfältige Möglichkeiten für Transaktionen mit unterschiedlichem Legalitätsgrad bieten (Katsenelinboigen 1975; Hedtkamp 1983; Grossmann 1986).

### 3. Theoretische und empirische Ansätze der Geldnachfrage

Die mit Ausweichreaktionen in die Schattenwirtschaft verbundenen Allokations- und Distributionseffekte können erhebliche Störungen des zentralen Wirtschaftsmechanismus bewirken und die Erfüllung wirtschaftspolitischer Ziele gefährden (Cassel 1985). Aus diesem Grund haben sozialistische Wirtschaftswissenschaftler bereits seit den 50er Jahren genauere Analysen über den Umfang der gewünschten Geldhaltung der Bevölkerung sowie die notwendige Geldhaltung der staatlichen Betriebe angeregt (Kronrod 1954, S. 352; Autorenkollektiv 1962, S. 417 ff.; Ehlert, Hunstock, Tannert 1976; Levchuk 1979). Dem Marxschen Geldkonzept entsprechend, das Giralgeld nur als Anspruch auf „wirkliches Geld“ interpretiert, und aufgrund der damals geringen Verbreitung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, galt das Interesse zunächst allein der Bargeldhaltung. Auch waren die Untersuchungen — soweit bekannt — recht rudimentär und blieben ohne Bezug auf empirische Daten (Porjasov 1966; Eggerland 1966; Tannert 1969). Mittlerweile werden jedoch wesentlich erweiterte Geldmengendefinitionen verwendet, die z. T. alle Bankguthaben einschließen. Dabei erfolgt eine zunehmende analytische Fundierung der Geldnachfragestudien, die weitgehend auf westliche Ansätze zurückgreift (u. a. Kalicki 1985; Charemza, Quandt 1982; Welfe 1985; Pawilno-Pacewicz 1986; Oles u. a. 1987). Das ist zum einen darin begründet, daß häufig das Ausmaß an ungewünschter Geldhaltung bzw. des Geldüberhangs bestimmt werden soll, die als Folge von Angebotsdefiziten (Mengenrationierung) im staatlichen Konsumgüterhandel entstanden sind und sich im Rahmen jener Ungleichgewichtsansätze analysieren

lassen, die für die mikroökonomische Fundierung der Keynesianischen Makroökonomie entwickelt wurden. Die entscheidende Ursache dürfte jedoch eher das vergleichsweise geringe analytische Niveau der sozialistischen Geldtheorie sein. Bislang ein Ausnahmebereich, hat sie nicht nur ein jahrzehntelanges Schattendasein gefristet, sondern ist darüber hinaus noch immer stark in der Rezeption Marxscher Ideen verfangen, die selbst nach Auffassung sozialistischer Wissenschaftler wenig zur Analyse konkreter sozialistischer Planwirtschaften beitragen können (Thümmler 1974, S. 3f.).

Bei der Übertragung westlicher Theorien auf die institutionellen Bedingungen sozialistischer Planwirtschaften scheinen vor allem jene Ansätze geeignet, die auf einzelwirtschaftliche Wahlhandlungen rekurrieren. Denn bei Vorhandensein einzelwirtschaftlicher Dispositionsspielräume ist zumindest die private Geldhaltung und deren Veränderung des Resultat individueller Entscheidungskalküle. Da zudem bislang noch keine Indizien dafür vorliegen, daß menschliches Verhalten in sozialistischen Planwirtschaften anderen Intentionen unterliegt als in anderen Wirtschaftssystemen, sind Unterschiede in den konkreten Verhaltensweisen Reflex divergierender institutioneller Handlungsbedingungen. Bezogen auf die Geldnachfrage gehören dazu vor allem das verfügbare Anlagespektrum sowie die mit Bestandsanpassungen verbundenen Transaktionskosten und Risiken. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, basieren daher auch westliche Studien zur Geldnachfrage im Sozialismus auf wahlhandlungstheoretischer Grundlage und konzentrieren sich vorwiegend auf den privaten Sektor (Überblick bei Hartwig 1985). Allerdings schließen die meisten Untersuchungen entweder mit dem Beginn der 70er Jahre ab oder sie beziehen sich auf sehr weit zurückliegende Zeiträume, wie etwa die Sowjetunion zwischen 1921 und 1938. Auch bleiben verschiedentlich wichtige Aspekte unberücksichtigt. Dazu gehören insbesondere Güterengpässe im staatlichen Handel, die in der ökonomischen Literatur bereits seit langem als Geldnachfragedeterminante gelten (Tobin 1952). Schließlich wird häufig vernachlässigt, daß Transaktionen verschiedenen Kosten und Restriktionen unterliegen, die zu Zeitverzögerungen bei der Anpassung der tatsächlichen Geldhaltung an ihr gewünschtes Niveau führen können.

#### **4. Der Standardansatz und seine Übertragbarkeit**

Auch unter Berücksichtigung dieser Aspekte läßt sich die private Geldnachfrage in sozialistischen Planwirtschaften auf den konventionellen Ansatz zurückführen. Danach wird die Geldnachfrage ( $m^d$ ) als Funktion des Realeinkommens ( $y_r$ ) und eines die Kosten der Geldhaltung repräsentierenden Zinssatzes ( $r$ ) beschrieben. Sie ist real definiert, weil die Wirtschaftssubjekte ihre Dispositionen an der Kaufkraft einer gegebenen Geldsumme ausrichten, und im allgemeinen so spezifiziert, daß sie sich mit linearen Schätzverfahren einfach testen läßt und die Elastizitäten direkt abgelesen werden können. Daraus folgt in logarithmierter Form:

$$(1) \quad \ln m_i^d = a_0 + a_1 \ln y_i + a_2 \ln r_i,$$

mit  $a_1 > 0$ ,  $a_2 < 0$ .

Aus den genannten Gründen bedarf dieser in der empirischen Literatur gebräuchlichste Ansatz für sozialistische Planwirtschaften einiger Ergänzungen. So umfassen zwar auch hier die Kosten der Geldhaltung alle Einbußen aus dem Verzicht auf alternative pekuniäre und nicht-pekuniäre Erträge abwerfende Anlagen. Das Spektrum solcher Alternativen ist jedoch sehr begrenzt. Es reduziert sich im wesentlichen auf Westdevisen, langlebige Konsumgüter und jene Güter, die in der Schattenwirtschaft eingesetzt werden können. Dafür erzielt andererseits die Geldhaltung selbst in engen Abgrenzungen pekuniäre Erträge, weil bereits Sichtguthaben einer anderen Formen der Geldvermögensbildung durchaus vergleichbaren Verzinsung unterliegen.

Auch die Wirkung von Inflation bedarf einer differenzierten Betrachtung. Allgemein entstehen zwar zumindest für Geld in seiner Eigenschaft als Wertaufbewahrungsmittel Nutzeneinbußen durch Inflation und werden Substitutionsprozesse zugunsten jener Güter induziert, deren Preise erwartungsgemäß steigen (Klein 1976). Preissteigerungen im staatlichen Konsumgüterhandel wurden und werden jedoch verschiedentlich auch heute noch häufig administrativ unterbunden. Das gilt wiederum nicht für die sog. freien Nahrungsmittelmärkte und für die Schattenwirtschaft, die sich durch hohe Preisreagibilität auszeichnen (Grossmann 1986; Kornai 1982). Außerdem können selbst bei starren Preisen Kaufkraftverluste eintreten, wenn durch vermehrte Mengenbeschränkungen auf den Gütermärkten die Möglichkeit abnimmt, die je Zahlungsmitteleinheit gegebenen Ansprüche auf produzierte Güter zu realisieren (Hartwig, Thieme 1979; Thieme 1980). Steigende Güterengpässe im staatlichen Konsumgüterhandel (Mengenrationierung) werden dementsprechend einen Rückgang der Geldnachfrage bewirken. Im Gegensatz zu Preisinflation gilt dies allerdings nur sehr kurzfristig. Bereits auf mittlere Sicht bewirken Güterengpässe nämlich Vorteile für die Geldhaltung, weil die in ihrem Gefolge entstehenden Käuferschlangen und Ausweichreaktionen mit Transaktionskosten und Risiken verbunden sind. Unter der Annahme, daß Güterengpässe und die mit ihrer Minderung verbundenen Anpassungskosten sowie Risiken positiv korrelieren, werden daher mit zunehmender Mengenrationierung im staatlichen Handel Substitutionsprozesse zugunsten „preiswerterer“ Alternativen ausgelöst, zu denen auch die Geldhaltung gehört (Tobin 1952; Pickersgill 1970). Verstärkt wird dieser Effekt noch durch Unsicherheiten über das jeweilige Ausmaß des Güterangebots. Wollen die Wirtschaftssubjekte die oft nur kurzfristigen preisgünstigen Angebote im staatlichen Handel nutzen, benötigen sie Geld; und je mehr sie auf solche Gelegenheiten angewiesen sind, um so größer ist ihr Geldbedarf (Hartwig 1983).

Ein weiteres Spezifikum für diese Wirtschaftssysteme ist die in vielen Bereich nahezu uneingeschränkte Zahlungsmittelleigenschaft von Westdevisen. Dadurch begünstigt, daß in speziellen staatlichen Läden begehrte Westgüter nur

gegen Westdevisen erhältlich sind, werden sie zur Finanzierung von Transaktionen in der Schattenwirtschaft eingesetzt und dienen zudem der Wertaufbewahrung und Spekulation. In ihrer Eigenschaft als Tausch- und Wertaufbewahrungsmittel gehören sie im Grunde zur relevanten Geldmenge, die sich in eine heimische und eine Fremdwährungskomponente aufspalten läßt. Zwischen den Währungen bestehen Substitutionsbeziehungen, die durch ihre Ertragsraten beeinfluß werden. Theoretische Ansätze zur Bestimmung der Nachfrage nach Westdevisen liegen bereits vor (Sell, Thieme 1980). Nicht zuletzt aus empirischen Gründen wird sie im folgenden jedoch vernachlässigt.

Unter Berücksichtigung der verschiedenen Argumente folgt für die private Geldhaltung in sozialistischen Planwirtschaften allgemein:

$$(2) \quad \ln m_t^d = a_0 + a_1 \ln y_t + a_2 \ln r_t + a_3 \ln i_t + a_4 \ln k_t,$$

wobei  $m_t^d$  die reale Geldnachfrage bezeichnet,  $y_t$  das laufende bzw. permanente Realeinkommen,  $r_t$  die durchschnittliche Ertragsrate für alternative Anlageformen,  $i_t$  den Zinssatz der Geldhaltung und  $k_t$  einen Term für Mengenrationierung im staatlichen Konsumgüterhandel. Annahmegemäß gilt

$$a_1 > 0, a_2 < 0, a_3 > 0, a_4 > 0.$$

Die gewünschte Geldhaltung  $m_t^d$  ist nicht direkt meßbar. Für empirische Zwecke muß sie daher mit der tatsächlichen Geldmenge  $m_t$  gleichgesetzt werden. Nun deuten zwar die prinzipiellen Möglichkeiten für monetäre Bestandsanpassungen auch in sozialistischen Ländern auf eine langfristige Identität zwischen tatsächlicher und gewünschter Geldhaltung hin. Administrativ bedingte Restriktionen und Transaktionskosten dürften jedoch bewirken, daß kurzfristig Geldnachfrage und tatsächliche Geldmenge nicht miteinander übereinstimmen. Das gilt vor allem bei der Verwendung von Quartals- oder Monatsdaten, läßt sich aber sogar in Marktwirtschaften selbst für Jahreswerte diagnostizieren (Canarella, Roseman 1978; Buscher 1984). Der solchen zeitverzögerten Anpassungen zugrunde liegende Mechanismus wird im allgemeinen durch folgende Anpassungshypothese formuliert (Chow 1966; Koutsoyannis 1981, S. 310 ff.):

$$(3) \quad \ln m_t - \ln m_{t-1} = b (\ln m_t^d - \ln m_{t-1}).$$

Danach passen die Wirtschaftssubjekte die Veränderung ihrer tatsächlichen Geldbestände mit einer bestimmten Rate ( $b$ ) an die Differenz zwischen gewünschter und tatsächlicher Geldhaltung an. In Kombination mit (1) ergibt sich daraus für die kurzfristige Geldnachfrage

$$(4) \quad \ln m_t = b (a_0 + a_1 \ln y_t + a_2 \ln r_t + a_3 \ln i_t + a_4 \ln k_t) + (1 - b) \ln m_{t-1}.$$

Sie berücksichtigt allerdings nicht die unmittelbaren Reaktionen auf wachsende Güterengpässe im staatlichen Handel und enthält  $m_{t-1}$  als zeitverzögerte endogene Variable sowie  $b$  als Anpassungskoeffizient.

Bei der Übertragung des einzelwirtschaftlichen Bestandsanpassungsprozesses auf die gesamtwirtschaftliche Geldnachfrage entstehen Interpretationsprobleme. So läßt sich die Einbeziehung der zeitverzögerten endogenen Variablen

anstelle von Anpassungslags auch mit Erwartungslags begründen, wenn für die Geldnachfragedeterminanten Erwartungsgrößen unterstellt werden, die der adaptiven Erwartungsbildung mit identischen Erwartungsparametern unterliegen. Damit besteht aber dann bei guten Schätzergebnissen keine Sicherheit darüber, ob die Anpassungskostenhypothese oder die Erwartungsbildungshypothese getestet wurde, so daß nur Plausibilitätsüberlegungen weiterhelfen (Laidler 1977; Siebke 1985; Gödde 1988). Weiterhin ist davon auszugehen, daß die Anpassungsmöglichkeiten zwischen einzel- und gesamtwirtschaftlicher Ebene differieren. Während die einzelnen Individuen die reale Geldhaltung generell durch Variationen ihrer nominalen Geldbestände anpassen können, geht dies für die Gesamtheit der Individuen nur bei endogenem Geldangebot. Sobald das nominale Geldangebot exogen durch die währungspolitischen Autoritäten fixiert wird, sind reale Geldbestandsveränderungen nur durch Anpassungen des Preisniveaus möglich. Die zeitverzögerte endogene Variable in der Geldnachfragefunktion kann somit bei gesamtwirtschaftlicher Anwendung verschiedene Sachverhalte zum Ausdruck bringen: transaktionskostenbedingte Portfolioanpassungen bei endogenem Geldangebot und gegebenen Preisen oder unvollständige, d. h. zeitverzögerte Preisreaktionen angesichts von Diskrepanzen zwischen tatsächlicher und gewünschter Geldhaltung bei exogenem Geldangebot. Um empirisch beide Mechanismen trennen zu können, wurden in der Geldtheorie zwei spezielle Anpassungskonzepte entwickelt (Goldfeld 1976; Laidler 1982, Kap. 2; Coats 1982). Sie unterscheiden sich lediglich darin, daß im ersten Falle (endogenes Geldangebot) allein die nominale Geldhaltung als zeitverzögerte Variable in der Schätzgleichung erscheint ( $M_{t-1}/P_t$ ), im zweiten Falle (exogenes Geldangebot) demgegenüber nur das Preisniveau ( $M_t/P_{t-1}$ ). Damit sind aber bei nur wenig ausgeprägten kurzfristigen Schwankungen der Variablen kaum Unterschiede im beobachteten Ergebnis auszumachen (Laidler 1982, S. 53). Außerdem ist nur eine alternative Verwendung der beiden Ansätze möglich, so daß jene Situationen unerfaßt bleiben, in denen weder Endogenität des Geldangebots noch unvollständige Preisreaktionen vollkommen ausgeschlossen werden können. Aus diesen Gründen repräsentiert (4) auch gegenwärtig noch den Standardansatz für Geldnachfrageschätzungen, obwohl mittlerweile weitere Modelle entwickelt wurden (Überblick bei Gödde 1988).

Der Standardansatz scheint ebenso für sozialistische Planwirtschaften tragfähig zu sein, wo das nominale Geldangebot für die Privaten nur dann zur exogenen Größe wird, wenn Mengenrationierung besteht, in diesen Situationen aber monetäre Bestandsanpassungen über Preiserhöhungen in der Schattenwirtschaft erfolgen können (Kornai 1980). Das bedeutet: Zeitverzögerungen in der kurzfristigen Geldnachfrage sind sowohl Resultat von Portfolioanpassungskosten und Restriktionen als auch von unvollständigen Preisreaktionen. Die zeitverzögerte endogene Variable ist dann — wie in Marktwirtschaften auch — Ausdruck dafür, daß die Privaten sich mit ihrer Geldhaltung in der aktuellen Situation nicht im langfristigen Gleichgewicht befinden (Gordon 1984). Diese Überlegungen sprechen auch dafür, daß die in (4) enthaltene zeitverzögerte

endogene Variable eher auf Anpassungskosten und -restriktionen zurückzuführen ist als auf adaptive Erwartungsbildung.

## 5. Empirische Betrachtung

Besonderheiten sind auch bei der empirischen Spezifikation der Geldnachfragefunktion zu berücksichtigen. Zwar entspricht bei den meisten Schätzungen das vorhandene Datenmaterial nur selten den theoretischen Anforderungen. In besonderem Maße gilt das jedoch für den finanziellen Bereich sozialistischer Planwirtschaften: Zum Teil stehen Daten über einzelne Variablen überhaupt nicht oder nur sporadisch zur Verfügung, verschiedentlich befinden sie sich auf einem hohen Aggregationsniveau, ohne daß eine genauere Differenzierung möglich wäre. Eine Ausnahme bildet Polen, dessen monetäre Statistik relativ detailliert ist und einen großen Zeitraum umfaßt. Daß dabei für die relevanten Variablen fast ausschließlich Jahreswerte existieren, schließt die Verwendung einer kurzfristigen Geldnachfragefunktion nicht aus. Denn selbst in Marktwirtschaften, denen ja im allgemeinen eine wesentlich größere Anpassungsflexibilität unterstellt werden kann, beanspruchen Bestandsanpassungsprozesse mehr als ein Jahr (Judd, Scadding 1982; Canarella, Roseman 1978; Buscher 1984). Trotz der breiteren statistischen Basis konzentriert sich die empirische Betrachtung nicht allein auf Polen. Um einen größeren Referenzzeitraum zu erhalten, werden ebenfalls die DDR, die UdSSR und die CSSR berücksichtigt.

Mit Ausnahme sowjetischer Statistiken, die keine Angaben über den Bargeldumlauf enthalten, läßt sich für Polen, die DDR und die CSSR über einen großen Zeitraum hinweg ein weites monetäres Aggregat (GM) ermitteln. Es umfaßt private Bargeldbestände und Bankguthaben, die — jeweils institutionell bedingt — aus Sicht-, Termin- und Spareinlagen sowie aus Bausparguthaben und Einlagen auf diversen Anspars- und Prämienkonten bestehe. Für Polen kann zudem eine engere Tauschgeldmenge (M1) berechnet werden, die sich aus Bargeld und Sichteinlagen zusammensetzt. Genaue Angaben liegen allerdings erst seit 1970 vor, weil in den 50er und 60er Jahren die Sichtguthabenbestände der privaten Bauern und Handwerker nicht kontinuierlich veröffentlicht wurden. Ihr relativ konstanter Anteil an den gesamten Sichteinlagen erlaubt jedoch eine grobe Schätzung ihres Umfangs bis zum Jahr 1957.

Als Niveauvariable und Repräsentante oder Budgetrestriktion werden die aktuellen Geldeinkommen der Privaten verwendet, wobei angesichts des relativ begrenzten Anlagespektrums eine Einkommenselastizität der Geldnachfrage von deutlich größer Eins für alle monetären Aggregate zu vermuten ist.

Für die unterschiedliche Verzinsung von Bankguthaben stehen kontinuierliche Angaben über längere Zeiträume nicht zur Verfügung. Die offiziellen Statistiken Polens enthalten allerdings die Summe der jährlich ausgeschütteten und gutgeschriebenen Zinsen für Bankdepositen, auf deren Basis sich ein Durchschnittszins für die Geldhaltung berechnen läßt.

Um die Kosten der Geldhaltung zu ermitteln, müßte ein alle alternative Finanz- und Sachaktivaerträge repräsentierender Durchschnittszins konstruiert werden. Dies bereitet selbst für Marktwirtschaften erhebliche Schwierigkeiten (Hamburger 1977), weshalb als Indikator für die nominale Ertragsrate von Sachaktiva verschiedentlich die Wachstumsrate des nominalen Outputs vorgeschlagen wird (Friedman, Schwartz 1982). Da entsprechende Daten über das Wachstum der privaten Produktion für die sozialistischen Länder nicht vorhanden sind, werden die Kosten der Geldhaltung durch die Inflationsrate und den Schwarzmarktkurs für Westdevisen operationalisiert. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der offizielle Preisindex für die Lebenshaltung die tatsächliche Preisniveauentwicklung traditionell nur unzureichend wiedergibt. Verschiedentlich enthalten die amtlichen Statistiken zwar den Preisindex des privaten Nahrungsmittelmarktes, der alternativ als Indikator herangezogen werden könnte und für M1 in Polen in einem weiter zurückliegenden Zeitraum auch gute Schätzergebnisse abgibt (Hartwig 1987,2). Neben seiner Begrenzung auf Nahrungsmittel spricht jedoch gegen den Index vor allem bei neueren Betrachtungen, daß einige sozialistische Länder seit den 70er Jahren zum Teil massive Preiserhöhungen auch für den staatlichen Konsumgüterhandel und staatliche Dienstleistungen ausweisen, die vielfach — und das gilt insbesondere für Polen — die Preiserhöhungen auf den freien Nahrungsmittelmärkten deutlich übertreffen.

Als operationale Annäherungsvariable für den Einfluß von Wechselkursveränderungen auf die Geldhaltung wird im allgemeinen der Swapsatz verwendet (Siebke 1985). Er gibt die erwartete Wechselkursänderung und damit die erwartete Ertragsrate für Auslandswährung wieder. Sein Anstieg, der gleichbedeutend ist mit einer erwarteten Aufwertung der Auslandswährung bzw. einem Rückgang des Kassakurses, bewirkt Portfolioumschichtungen zu Lasten der gewünschten Bestandshaltung an Inlandswährung und umgekehrt. Nun existiert in sozialistischen Planwirtschaften zwar kein Devisenterminmarkt und dementsprechend auch kein Swapsatz. Es ist jedoch anzunehmen, daß zwischen erwartetem und tatsächlichem Schwarzmarktkurs ähnliche Beziehungen bestehen, wie zwischen Termin- und Kassakurs in Marktwirtschaften, wo erwartete Kursänderungen zu gleichgerichteten zeitverzögerten Anpassungen des Kassakurses führen (Frenkel 1977). Wenngleich die dabei zu beobachtende hohe Anpassungsgeschwindigkeit in sozialistischen Ländern wohl nicht gegeben sein dürfte, so kann doch für den Devisenschwarzmarkt unterstellt werden, daß sich zumindest im Jahresdurchschnitt die erwarteten Kursveränderungen in den Aktualkursen niederschlagen.

Neben diesem vermögenstheoretischen Zusammenhang zwischen der Änderungsrate des Devisenkurses und der heimischen Geldhaltung scheint aus Transaktionsmotiven sogar bereits ein negativer Einfluß des Kursniveaus plausibel: Da Westdevisen vielfach Tauschmittelfunktion erfüllen, unterliegen sie zumindest partiell ähnlichen Prinzipien wie die Nachfrage nach Inlandswährung. Ebenso wie diese annahmegemäß mit steigendem Preisniveau steigt, weil

die Wirtschaftssubjekte zur Finanzierung eines gegebenen Transaktionsvolumens einen größeren durchschnittlichen nominalen Geldbestand benötigen, müßte dann die Devisenhaltung bei einem Anstieg des Devisenkurses zunehmen. Dazu müssen heimische Geldbestände aufgelöst werden. Allerdings dürfte dieser Substitutionsprozeß vorwiegend für enge monetäre Aggregate gelten.

Da Mengenrationierung im staatlichen Konsumgüterhandel zu einem traditionellen Gegenstand der Sozialismusforschung gehört, bietet die Literatur eine Vielzahl von Indikatoren (Überblick bei Thieme 1980; Jansen 1982; Pawilno-Pacewicz 1986 und 1988). Sie beruhen zum Teil auf sehr einfachen oder willkürlichen Annahmen, teilweise auch auf komplizierten Modellen und Schätzungen. Den unterschiedlichen Ansätzen und Beobachtungszeiträumen entsprechend, divergieren die Ergebnisse erheblich. Für Polen z. B. werden von einigen Autoren Güterengpässe nur für wenige und dazu sehr verschiedene Jahre ermittelt (Culbertson, Amacher 1978; Portes, Winter 1978; Welfe 1984). Andere diagnostizieren Konsumgütermängel überhaupt erst ab Mitte der 60er Jahre (Podkaminer 1982; Kalicki 1985) oder aber bereits für frühere Perioden und über längere Zeiträume hinweg (Charemza, Quandt 1982; Portes u. a. 1984; Cassel 1985; Hartwig 1987,3). Weitgehende Einigkeit besteht allein darin, daß Ungleichgewichte kontinuierlich seit 1976/77 vorliegen.

Gegen die meisten dieser Indikatoren und der auf ihrer Basis ermittelten Daten als Rationierungsterm in der Geldnachfragefunktion sprechen nicht nur methodische und theoretische Überlegungen. Auch sind die gewählten Untersuchungszeiträume für die hier beabsichtigte Schätzung in der Regel zu kurz. Systematisch bis in die 50er Jahre rekonstruierbar sind als Indikatoren: die Relation zwischen den Preisen auf den freien Bauernmärkten und im staatlichen Nahrungsmittelhandel ( $k_1 = P_B/P_S$ : Polen) sowie der Koeffizient aus nominaler Geldmenge und nominalem Umsatz für Konsumgüter und Dienstleistungen staatlicher Betriebe ( $k_2 = GM/U$ : DDR, CSSR, Polen, BG/U: UdSSR). Beide wurden in neueren Schätzungen verwendet (Hartwig 1987,2; Oles u. a. 1987). Für den ersten Indikator wird argumentiert, daß die weitgehend freien Preise auf den freien Bauernmärkten bei Engpässen im staatlichen Handel entsprechend reagieren: ein Anstieg der Relation signalisiert zunehmende, ein Rückgang abnehmende Ungleichgewichte (Holzman 1960). Letzterer repräsentiert einen leicht modifizierten Kassenhaltungskoeffizienten, der das Verhältnis von nominaler Geldhaltung und verfügbarem nominalen Angebot an Konsumgütern und Dienstleistungen durch den Staat zum Ausdruck bringen soll. Ein Anstieg von  $k$  deutet dann allgemein darauf hin, daß einer Zunahme der nominalen Geldbestände keine entsprechende Zunahme der realen Gütermenge bzw. ihres Preisniveaus gegenübersteht (Thieme 1980). Wird langfristig zudem ein weitgehend konstanter Kassenhaltungskoeffizient unterstellt, wie etwa von sozialistischen Autoren (Kronrod 1954, S. 324ff.; Thümler 1974; Langner 1975, S. 100ff.; Jakowez 1976, S. 229; Ehlert, Hunstock, Tannert 1976, S. 40; Kalicki 1985), indiziert ein positives Wachstum von  $k_2$  zunehmende Güterengpässe im staatlichen Handel. Für Polen wurden beide Indikatoren alternativ herangezo-

gen; bei den anderen Referenzländern konnte nur  $k_2$  berücksichtigt werden. Dabei ist zudem die besondere Konstruktion des Geldmengenaggregats (BG) in der UdSSR zu beachten.

## 6. Ergebnisse

Tabelle 1 enthält die Schätzergebnisse der Geldnachfragefunktionen. Alle Daten sind Jahreswerte, Geldmenge und Einkommen sind als reale pro-Kopf-Größen definiert mit dem offiziellen Preisindex der Lebenshaltung als Deflator. M1 enthält aus den genannten Gründen als Argument nicht die Änderungsrate des Schwarzmarktdevisenkurses, sondern dessen absolute Werte. Für die DDR fehlt die Inflationsrate, weil der Preisindex seit 1950 nahezu unverändert ist.

Alle Schätzungen wurden nach der Methode der kleinsten Quadrate (OLS) durchgeführt. Allerdings entstehen dabei ineffiziente Schätzwerte für die Koeffizienten und verzerrte Schätzwerte für Bestimmtheitsmaß und Standardfehler der Koeffizienten, wenn die Störvariablen autokorreliert sind: es besteht dann die Gefahr, daß die empirische Bewährung der Gleichung und die Signifikanz einzelner erklärender Variablen überschätzt werden. Dies läßt sich formal zwar anhand des Durbin-Watson-Wertes (DW) überprüfen. In der Literatur wird jedoch häufig argumentiert, daß endogene zeitverzögerte Variablen den DW-Wert so stark verzerren, daß dieser fehlende Autokorrelation anzeigt (Pindyck, Rubinfeld 1981). Aus diesem Grund wurde von Durbin ein spezieller Autokorrelationstest entwickelt und eine besondere Prüfgröße vorgeschlagen (Durbins h). Nach Auffassung anderer Autoren gilt demgegenüber die Beeinträchtigung des Durbin-Watson-Wertes nur, wenn die endogene zeitverzögerte Variable Resultat einer Erwartungsbildungshypothese mit Koyck-Transformation ist, nicht aber bei normalen Anpassungslags (Koutsoyiannis 1981). Da dies wiederum für die Verwendung des DW-Wertes spricht, erfolgte der Autokorrelationstest mit beiden Verfahren. Bei Hinweis auf Autokorrelation durch eines der beiden Prüfmaße wurde eine autoregressive Bereinigung nach der Cochrane-Orcutt-Methode vorgenommen. Hierbei werden die Variablen der Schätzgleichung anhand des Autokorrelationskoeffizienten erster Ordnung (rho) transformiert und dann erneut dem OLS-Verfahren unterzogen (Pindyck, Rubinfeld 1981).

Verzerrte und inkonsistente Schätzwerte entstehen bei Anwendung des OLS-Verfahrens ebenfalls, wenn die endogene Variable die erklärenden Variablen beeinflußt. Ökonometrisch befriedigende Prozeduren zur Lösung dieses Problems, wie die two-stage least-square Methode, haben jedoch häufig zu keinen besseren Ergebnissen geführt (Laidler 1977). Auch wird bei Geldnachfrageuntersuchungen weitgehend davon ausgegangen, daß die Verzerrungen vernachlässigbar gering sind (Überblick bei Gödde 1988).

Bei der Geldnachfrage in Polen überrascht das Fehlen des Zinssatzes für die Geldhaltung. In keinem Falle konnte ein signifikanter Einfluß festgestellt

werden, was wohl vor allem auf dessen minimale Veränderungen zwischen 1954 und 1980 zurückzuführen sein dürfte. Statistisch ebenfalls nicht gesichert ist der Einfluß von Mengenrationierung, wenn als Indikator die Relation zwischen den Preisindices für Nahrungsmittel auf dem freien Bauernmarkt und im staatlichen Handel ( $P_B / P_S$ ) verwendet wird. Für GM verschlechtert sich zudem die gesamte Schätzung erheblich. Dieses Ergebnis steht im Gegensatz zu einer neueren Studie von Oles u.a. (1987), die einen deutlichen Einfluß von ( $P_B / P_S$ ) ausmachen. Möglicherweise beruhen die Divergenzen auf Unterschieden in der Beobachtungsperiode und in den Geldmengenaggregaten. Nicht signifikant ist auch der Einfluß von relativen Wechselkursveränderungen in der DDR und des Kassenhaltungskoeffizienten ( $k_2$ ) in der CSSR. Ansonsten sind alle Einflußgrößen auf dem 5 v.H.-Niveau gesichert und weisen — mit Ausnahme der Devisenkursänderungsrate in der UdSSR — die postulierten Vorzeichen auf. Am besten sind die statistischen, ökonometrischen und ökonomischen Kriterien für die Bewährung der Geldnachfragehypothese in Polen erfüllt. Demgegenüber weisen die Schätzergebnisse für die DDR selbst nach dem autoregressiven Bereinigungsverfahren noch auf Autokorrelation hin.

Entgegen den Erwartungen und verglichen mit westlichen Ländern ist die Anpassungsdauer der tatsächlichen an die gewünschte Geldhaltung gering. Das gilt selbst für die Tauschgeldmenge in Polen, deren Anpassungskoeffizient mit den für Marktwirtschaften ermittelten Werten vergleichbar ist (Feige 1967; Canarella, Roseman 1978; Buscher 1984). Berechnet man die relative Anpassung der Geldhaltung nach 4 Quartalen (Pindyck, Rubinfeld 1981), beträgt für GM die Anpassung etwa 99,8 v. H. und für M1 ca 90 v. H. Nur in der CSSR liegt sie mit etwa 60 v. H. deutlich darunter. Die geringe Anpassungsdauer stützt die in neueren theoretischen Ansätzen vorgebrachte Auffassung, wonach Ungleichgewichte zwischen gewünschter und tatsächlicher Geldhaltung auch in sozialistischen Planwirtschaften in relativ kurzer Frist überwunden werden können (Pickersgill 1976; Portes 1977; Hartwig 1983; Thieme 1985; Pawilno-Pacewicz 1986).

Unter den Opportunitätskosten weist die heimische Inflationsrate den größeren Einfluß auf. Ihre Elastizität ist in der CSSR und in Polen für die weiten Geldmengen wesentlich höher als diejenige der Änderungsrate des Schwarzmarktdevisenkurses. Das könnte darauf hindeuten, daß zumindest bei weiter Geldhaltung relative Veränderungen des Devisenkurses Währungssubstitution nur in unbedeutendem Maße auslösen, was sich übrigens für westliche Länder ebenfalls feststellen läßt (Siebke 1985). Der relativ geringere Einfluß von Devisenkursveränderungen auf GM könnte daraus resultieren, daß dieses Aggregat auch Ansparkonten für langlebige Konsumgüter enthält. Sie gewähren längerfristig einen Zugriff auf knappe, im staatlichen Handel vergleichsweise preiswerte Güter und bieten insofern eine interessante Alternative zu anderen Vermögensarten. Wesentlich stärker ist der Einfluß der absoluten Höhe des

Devisenkurses auf M1 in Polen. Hierin scheint das oben vermutete Transaktionsmotiv der Devisenhaltung zum Ausdruck zu kommen.

Mit den Ergebnissen für Marktwirtschaften ebenfalls vergleichbar sind die kurzfristigen Einkommenselastizitäten der Geldnachfrage (Fase, Kuné 1975; Butter, Fase 1981). Erstaunlich ist jedoch, daß nur in der CSSR die langfristige Einkommenselastizität von GM den Wert von 1 deutlich überschreitet. Ansonsten liegt sie nahe bei 1 oder sogar darunter, was der eingangs aufgestellten Hypothese widerspricht. Auch hierfür könnten Güterengpässe im staatlichen Handel verantwortlich sein. Diese lassen sich mit steigendem Einkommen eher überwinden, sei es durch die Inkaufnahme von Transaktionskosten, sei es dadurch, daß bei Konsumgütern im staatlichen Handel Substitutionsprozesse zugunsten teurerer, offiziell verfügbarer Güter erfolgen (Kornai 1982). Für die Plausibilität dieser Argumentation spricht, daß die langfristige Elastizität von Mengenrationierung für M1 einen höheren Wert annimmt als für GM: zunehmende Güterengpässe bewirken aus den genannten Gründen einen größeren Bedarf an Transaktionskasse, die dann entsprechend aufgestockt wird.

Ebenfalls überraschend ist, daß Mengenrationierung in der CSSR keinen signifikanten Einfluß auf die Geldnachfrage auszuüben scheint. Das könnte bedeuten, daß Güterengpässe im staatlichen Handel relativ leicht und ohne größere Aufwendungen überwunden werden können und damit zugleich die hohe Einkommenselastizität der Geldnachfrage erklären. Dem stehen jedoch vielfältige Erfahrungen entgegen.

Auch wenn der ad-hoc-Charakter solcher Interpretationen offensichtlich ist, so deuten doch insbesondere die Ergebnisse für Polen, im großen und ganzen jedoch auch für die anderen Länder, darauf hin, daß die private Geldnachfrage in sozialistischen Planwirtschaften ähnlichen Grundsätzen unterliegt wie in Marktwirtschaften. Wie auch andere Studien zur Geldnachfrage in sozialistischen Wirtschaftssystemen zeigen, läßt sie sich über einen längeren Zeitraum hinweg statistisch zufriedenstellend mit einer geringen Anzahl von Argumenten beschreiben. Das spricht nicht nur für die Tragfähigkeit der modernen Geldtheorie. Es scheint auch die alte Annahme zu bestätigen, wonach individuelles Verhalten grundsätzlich intentional gleichförmig gelagert ist, d. h. system-indifferenten Prinzipien folgt, sich dann aber institutionell bedingt in unterschiedlichen Wirtschaftssystemen unterschiedlich äußert (Eucken 1944). Gleichwohl dürfen auch Vorbehalte nicht übersehen werden. Sie betreffen vor allem das verwendete Datenmaterial und dessen Interpretation, aber auch die zum Teil überraschenden Ergebnisse. Sofern es plausibel schien, wurden dafür zwar verschiedentlich Erklärungen versucht; sie dürften jedoch deutlich gemacht haben, daß hier noch ein weites Feld für systematische Analysen vorhanden ist.

## Anhang

*Tabelle 1*  
**Geldnachfrage in ausgewählten sozialistischen Planwirtschaften:**  
**CSSR, DDR, Polen, UdSSR**

	CSSR GM 1953–1985	DDR GM 1953–1985	Polen		UdSSR BG 1953–1985
			GM 1952–1987	M1 1958–1987	
C	-.974 (-2.023)	-.093 (-.561)	-.332 (-.718)	-.622 (-2.365)	1.503 (3.362)
Y	.381 (2.645)	.795 (17.416)	.835 (11.641)	.484 (5.421)	.779 (7.265)
G <sub>P</sub>	-.009 (-3.102)	-	-.001 (-3.705)	-.002 (-5.878)	-.006 (-3.452)
WK	-.0007 (-2.616)	-.00008 (-.767)	-.0004 (-3.276)	-.049 (-5.407)	-.0002 (3.046)
k	.017 (.612)	.819 (16.535)	.699 (14.426)	.195 (3.692)	.976 (20.691)
m <sub>t-1</sub>	.790 (11.950)	.198 (4.819)	.175 (3.858)	.564 (8.638)	.136 (3.245)
SEE	.018	.008	.020	.020	.008
R <sup>2</sup>	.997	.999	.999	.998	.999
DW	1.653	1.414	1.926	1.937	2.246
rho	.237	.386	.270	.152	.473
h	1.199	1.716	.245	.195	-.877
a <sub>0</sub>	<b>-4.638</b>	<b>-.116</b>	<b>-.402</b>	<b>-1.427</b>	<b>1.739</b>
a <sub>1</sub>	1.814	.991	1.012	1.110	.902
a <sub>2</sub>	-.043	-	-.001	-.005	-.007
a <sub>3</sub>	-.003	-	-.0005	-.112	-.0002
a <sub>4</sub>	.081	1.021	.847	.447	1.129
b	.210	.802	.825	.436	.864

t-Werte in Klammern, R<sup>2</sup>: multiples Bestimmtheitsmaß,  
SEE: Standardfehler der Schätzung, DW: Durbin-Watson-Wert,  
rho: Autokorrelationskoeffizient erster Ordnung, H: Durbins h,  
a<sub>i</sub>: implizite langfristige Elastizität,  
b: geschätzter Anpassungskoeffizient.

Die den Geldnachfrageschätzungen zugrundeliegenden Daten entstammen im wesentlichen den Statistischen Jahrbüchern sowie dem Statistischen Jahrbuch der Finanzen Polens. Für die Geldeinkommen im Zeitraum von 1952 bis 1960 wurden die Daten von Rudcenko (1977) verwendet, die Schwarzmarktdevisenkurse erscheinen regelmäßig im World Currency Yearbook (Cowitt).

### Literaturverzeichnis

- Autorenkollektiv* (1962), Das Finanzsystem der DDR, Berlin (O).
- Boettcher*, E. (1970), Hg., Beiträge zum Vergleich von Wirtschaftssystemen, Berlin.
- Buscher*, H. S. (1984), Zur Stabilität der Geldnachfrage. Eine empirische Betrachtung, *Kredit und Kapital* 17, S. 507-539.
- Butter*, F. A. Y. den, M. M. G. *Fase* (1981), The Demand for Money in EEC Countries, *Journal of Monetary Economics* 8, S. 201-230.
- Canarella*, G., M. *Roseman* (1978), The Demand for Money: Some Evidence for Western Europe, *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik* 114, S. 9-17.
- Cassel*, D. (1985), Inflation und Inflationswirkungen in sozialistischen Planwirtschaften, in: H. J. Thieme (Hg.), S. 255-286.
- Charemza*, W., J. E. *Quandt* (1982), Models and Estimation of Disequilibrium for Centrally Planned Economics, *Review of Economic Studies* 49, S. 109-116.
- Chow*, G. (1966), On the Long-Run and Short-Run Demand for Money, *Journal of Political Economy* 74, S. 111-131.
- Coats*, W. L. (1982), Modeling the Short-Run Demand for Money with Exogenous Supply, *Economic Inquiry* 20, S. 222-239.
- Conn*, D. (1983), Comparative Economic Systems. Progress and Prospects, *ACES Bulletin* 25, S. 61-80.
- Cowitt*, P. W., (ed.), World Currency Yearbook, versch. Jahrgänge.
- Culbertson*, W. P., R. C. *Amacher* (1978), Inflation in the Planned Economies: Some Estimates for Eastern Europe, *Southern Economic Journal* 45, S. 380-393.
- Eckstein*, A. (1971), ed., Comparison of Economic Systems, Berkeley Cal.
- Egerland*, H. (1966), Die Ermittlung des Volumens und der Umschlagsgeschwindigkeit des Geldes, *Deutsche Finanzwirtschaft* 14, G. 14-15.
- Ehlert*, W., D. *Hunstock*, K. *Tannert* (1976), Geldzirkulation und Kredit in der sozialistischen Planwirtschaft, Berlin (O).
- Eucken*, W. (1944), Grundlagen der Nationalökonomie, 4. Aufl., Jena.
- Fase*, M. M. G., J. B. *Kuné* (1975), The Demand for Money in Thirteen European and Non-European Countries: A Tabular Survey, *Kredit und Kapital* 8, S. 410-419.
- Feige*, E. (1967), Expectations and Adjustments in the Monetary Sector, *American Economic Review* 57, Papers and Proceedings, S. 462-473.
- Frenkel*, J. A. (1977), The Forward Exchange Rate Expectations and the Demand for Money, *The American Economic Review* 67, S. 653-670.
- Friedman*, M., A. J. *Schwartz* (1982), Monetary Trends in the United States and the United Kingdom, Chicago.
- Główny Urząd Statystyczny, Rocznik Statystyczny, Warschau, lfde. Jge.
- Główny Urząd Statystyczny, Rocznik Statystyczny Finansów, Warschau, versch. Jge.

- Gödde*, R. (1988), Stabilität der Geldnachfrage und Ausgestaltung der Geldpolitik, Bergisch-Gladbach, Köln.
- Goldfeld*, S. M. (1976), The Case of the Missing Money, Brookings Papers on Economic Activity 3, S. 683-730.
- Gordon*, R. J. (1984), Short-Run Demand for Money: A Reconsideration, Journal of Money, Credit and Banking 16, S. 403-434.
- Grossman*, G. (1986), ed., Studies in the Second Economy of Communist Countries, Berkeley Cal.
- Haffner*, F. (1978), Systemkonträre Beziehungen in der sowjetischen Planwirtschaft. Ein Beitrag zur Theorie der mixed economy, Berlin.
- Hamburger*, M. J. (1977), Behavior of the Money Stock: Is there a Puzzle? Journal of Monetary Economics 3, S. 265-288.
- Hartwig*, K.-H. (1983), Involuntary Liquid Assets in Eastern Europe: Some Critical Remarks, Soviet Studies 35, S. 103-105.
- (1985), Theoretische und empirische Ansätze zur Bestimmung der Geldnachfrage in sozialistischen Planwirtschaften, in: H. J. Thieme (Hg.), S. 235-253.
- (1987,1), Monetäre Steuerungsprobleme in sozialistischen Planwirtschaften, Stuttgart, New York.
- (1987,2), Die Geldnachfrage in sozialistischen Planwirtschaften: Polen 1950-1984, Kredit und Kapital 20, S. 378-401.
- (1987,3), Inflation in sozialistischen Planwirtschaften, Bankhistorisches Archiv 13, S. 71-89.
- Hedtkamp*, G. (1983), Hg., Beiträge zum Problem der Schattenwirtschaft, Berlin.
- Holzman*, F. D. (1960), Soviet Inflationary Pressures 1928-1957: Causes and Cures, The Quarterly Journal of Economics 2, S. 167-188.
- Jakowez*, J. W. (1976), Die Preise in der Planwirtschaft, Übers. a.d. Russ., Berlin (O).
- Jansen*, P. (1982), Das Inflationsproblem in der Zentralverwaltungswirtschaft, Stuttgart.
- Judd*, J. P., J. L. Scadding (1982), The Search for a Stable Money Demand Function: A Survey of the Post-1973 Literature, The Journal of Economic Literature 20, S. 993-1023.
- Kalicki*, K. (1985), Theoretische und empirische Analyse des Geldumlaufs in Polen, Arbeitsberichte zum Forschungsprojekt „Gesamtwirtschaftliche Steuerungsprobleme in Marktwirtschaften und Planwirtschaften“, Duisburg-Warschau, Dez. 1985.
- Katsenelinboigen*, A. (1975), Coloured Markets in the Soviet Union, Soviet Studies 31, S. 297-313.
- Klein*, B. (1976), The Social Costs of the Recent Inflation: The Mirage of Steady Anticipated Inflation, in: K. Brunner, A. H. Meltzer (ed.), Institutional Arrangements and the Inflation Problem, Amsterdam, S. 185-212.
- Kornai*, J. (1980), Economics of Shortage, Vol. I und II, Amsterdam.
- (1982), Growth, Shortage and Efficiency, Oxford.

- Koutsoyiannis, A. (1981), Theory of Econometrics, 2. Aufl., London-Basingstoke.
- Kronrod, J. A. (1954), Das Geld in der sozialistischen Gesellschaft. Theoretischer Grundriß, Übers. a.d. Russ., Berlin (O).
- Laidler, D. (1977), The Demand for Money: Theories and Empirical Evidence, 3. Aufl., New York 1985.
- (1982), Monetarist Perspectives, Cambridge M. A.
- Langner, F. (1975), Angebot und Nachfrage im Sozialismus, Berlin (O).
- Levchuk, J. (1979), Money Circulation and the Role of Money under Socialism, Übers. a.d. Russ., Problems of Economics 22, S. 71-87.
- Oles, M., J. Pawilno-Pacewicz, M. Sumliński (1987), Popłyty gospodarstw domowych na pieniężdż (Die Geldnachfrage der Haushalte), Finanse 10, S. 21-33.
- Pawilno-Pacewicz, J. (1986), Messungsprobleme der Kassenhaltungsinflation in Polen. Ein kritischer Überblick, Arbeitsberichte zum Forschungsprojekt „Gesamtwirtschaftliche Steuerungsprobleme in Marktwirtschaften und Planwirtschaften, Nr. 2, Duisburg-Warschau, Juli 1986.
- (1988), Meßmethoden des Geldüberhangs, Symposium Schattenwirtschaft und Inflation, Universität Duisburg.
- Pickersgill, J. (1970), A Long-Run Demand Function for Money in the Soviet Union, Journal of Money, Credit and Banking 2, S. 121-131.
- Pindyck, R. S., D. Rubinfeld (1981), Econometric Models and Economic Forecasts, New York u.a.
- Podkaminer, W. (1982), Estimates of Disequilibrium in Poland's Consumer Markets 1965-1978, Review of Economics and Statistics 84, S. 423-431.
- Porjasov, D. (1966), Zur Wirkung des Gesetzes der Geldzirkulation im Sozialismus, Deutsche Finanzwirtschaft 20, H. 1, G. 2-5.
- Portes, R., D. Winter (1978), The Demand for Money and for Consumption Goods in Centrally Planned Economics, The Review of Economics and Statistics 50, S. 8-18.
- Portes, R., R. Quandt, D. Winter, S. Yeo (1984), Planning the Consumption Goods Market: Preliminary Estimates for Poland 1955-1980, in: P. Malgrange, P. A. Muet (ed.), Contemporary Macroeconomic Modelling, Oxford.
- Rudcenko, S. (1979), Household Money, Income, Expenditure and Monetary Assets in Czechoslovakia, GDR, Hungary and Poland, 1956-1975. Yearbook of East European Economics 8, S. 431-450.
- Schüller, A. (1987), Hg., Theoriebildung und empirische Forschung im Systemvergleich, Berlin.
- Sell, E., H. J. Thieme, (1980), Nebenwährungen bei zentraler Planung der Wirtschaftsprozesse, in: A. Schüller, U. Wagner (Hg.), Außenwirtschaftspolitik und Stabilisierung von Wirtschaftssystemen, Stuttgart, S. 127-142.
- Siebke, J. (1985), Geldnachfrage, in: H. J. Thieme (Hg.), S. 41-70.
- Tannert, K. (1969), Zur Bestimmung des Geldvolumens in der individuellen Konsumtion, Deutsche Finanzwirtschaft 22, H. 8, G. 4-7.

- Thieme, H. J. (1980), Probleme der Definition und Messung von Inflation im System zentraler Planung, in: K.-E. Schenk (Hg.), Lenkungsprobleme und Inflation in Planwirtschaften, Berlin, S. 45-70.*
- (1985), *Hg., Geldtheorie. Entwicklung, Stand und systemvergleichende Anwendung*, 2. Aufl., Baden-Baden 1987.
- Thümmler, W. (1974), Zum Wesen und Wirkungsmechanismus des einheitlichen Sozialistischen Geldumlaufs und seiner Bedeutung für die Stabilität des Geldsystems im Sozialismus, Diss., Berlin (O).*
- Tobin, J. (1952), A Survey of the Theory of Rationing, Econometrica 20, S. 521-553.*
- Welfe, A. (1984), Analiza popytu w warunkach nierównowagi (Die Nachfrageanalyse unter Berücksichtigung von Ungleichgewichten), Ekonomista 5.*
- (1985), *The System of Demand Equations in the State of Disequilibrium*, International Institute for Applied Systems Analysis, Luxemburg Austria, July.

# **Geldangebotssteuerung bei unterschiedlichen Unternehmens- und Marktverfassungen\***

Von *H. Jörg Thieme*, Bochum

## **A. Strukturwandel und gesamtwirtschaftliche Finanzierung**

In der Literatur werden gesamtwirtschaftliche Instabilitäten, wie z. B. zyklische Veränderungen des Wirtschaftswachstums oder der Inflationsrate, ausschließlich mittels makroökonomischer Variablen, vor allem durch Veränderungen des gesamtwirtschaftlichen Geldvolumens, erklärt (z. B. Inflationserklärung in der Neoquantitätstheorie). Diese Sichtweise vernachlässigt den in jeder dynamischen Volkswirtschaft beobachtbaren, auf technischem Fortschritt oder Bedarfssänderungen beruhenden Strukturwandel und verdeckt dessen Konsequenzen für die gesamtwirtschaftliche Geldangebotssteuerung. Strukturwandel bedeutet, daß neben expandierenden Märkten, in denen die Nachfrage steigt, auch kontrahierende Märkte existieren, die einer sinkenden Nachfrage ausgesetzt sind. Darüber hinaus werden in einzelnen Märkten marktaustrittsreife Unternehmen durch neue Unternehmen gefährdet.<sup>1</sup>

Den Strukturwandel zwischen und innerhalb von Märkten bei gegebenem gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrahmen abzuwickeln, erfordert, daß neben dem Marktzutritt auch der Marktaustritt gewährleistet ist: Es müssen nicht nur „neue“ Unternehmen auf etablierten oder neuen Märkten auftreten können; es muß auch sichergestellt sein, daß „alte“ Unternehmen freiwillig aus Märkten ausscheiden können oder zwangsweise verdrängt werden.<sup>2</sup> Institutionelle

---

\* Meinem Mitarbeiter, Herrn Dr. Uwe Vollmer, danke ich für Anregungen und kritische Hinweise.

<sup>1</sup> Auf die Feinheiten der Prozesse, die in Marktwirtschaften den Strukturwandel im Zeitablauf bewältigen, ist hier nicht einzugehen. Dazu *Heuss* (1965); *Eickhof* (1982). Wenngleich in sozialistischen Planwirtschaften einzelne Elemente dieser Prozesse (z. B. verschiedene Unternehmertypen) durchaus bedeutsam sind, kann der marktwirtschaftliche Anpassungsprozeß nicht auf solche Wirtschaftssysteme übertragen werden. Es wird deshalb im folgenden — analog zum Markteintritt und -austritt in Marktwirtschaften — von Produktionseintritt und -austritt gesprochen, wenn Strukturanpassungsprozesse in sozialistischen Planwirtschaften zur Diskussion stehen.

<sup>2</sup> Es ist interessant, daß mit dem Prinzip „Offenheit der Märkte“ häufig nur der Marktzutritt angesprochen wird (z. B. *Eucken*, 1952, S. 264–270) und der Marktaustritt als notwendiges Korrelat nur selten als Problem des Funktionierens von Märkten, sondern mehr als Problem der Unternehmensverfassung (z. B. der Eigentums- und Haftungsregeln) begriffen wird. Dies ist ein Grund, weshalb im Thema von „Einfluß der Unternehmens- und Marktverfassung ...“ gesprochen wird, weil gerade die Aspekte des Marktaustritts für die Geldangebotssteuerung sehr bedeutsam sind.

Regelungen und Maßnahmen, die diesen Verdrängungsprozeß abmildern oder den Bestand marktaustrittsreifer Unternehmen dauerhaft schützen, behindern den Expansionsprozeß „junger“ Unternehmen nur dann nicht, wenn die monetäre Gesamtnachfrage entsprechend erhöht wird. Dies wiederum setzt eine dauerhafte monetäre Alimentierung voraus, die gesamtwirtschaftlich nur über eine Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit des vorhandenen nominalen Geldbestandes oder einer Ausweitung des Geldbestandes selbst vollzogen werden kann. In dieser (vermuteten oder tatsächlichen) Asymmetrie zwischen Markteintrittschancen und Marktaustrittszwängen ist die — explizite oder implizite — Forderung nicht weniger Nationalökonomien nach einer expansiven, (leicht) inflationären Geldangebotspolitik begründet, wodurch die Strukturanpassungsfiktionen im gesamtwirtschaftlichen Wachstumsprozeß gemildert werden sollen (vgl. beispielsweise Schultze 1959, 1960; Tobin 1972; Pohl 1981, S. 165f.).

Dieser knapp umrissene Zusammenhang zwischen Strukturwandel und gesamtwirtschaftlicher Finanzierung gilt unabhängig vom jeweils realisierten Wirtschaftssystem, d. h. unabhängig davon, ob der Strukturwandel durch administrativ-zentrale Planentscheidungen bewältigt oder durch Änderungen der relativen Preise auf Märkten und dezentrale Plananpassungen herbeigeführt wird: Auch in einer Zentralverwaltungswirtschaft muß eine zentral geplante und verordnete Expansion einzelner Sektoren bei gegebenem Finanzierungsrahmen und konstanten Preisen zu Lasten anderer Sektoren gehen, mit dem Unterschied gegenüber Marktwirtschaften, daß Produktionsschrumpfung oder -ausweitung und die damit verbundenen Anpassungsprobleme (z. B. Umsetzung von Arbeitskräften, Neugründung oder Auflösung von Betrieben) zentral geplant und gesteuert werden. Insoweit ist der Markt- oder Produktionsaustritt — unabhängig von den ordnungsbedingten Unterschieden hinsichtlich des privaten oder staatlichen Markteintritts — ein systemindifferentes Problem, das auch unter gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsaspekten relevant und zu lösen ist.

Systemspezifische Aspekte prägen jedoch die Art und Weise, wie der Markt- oder Produktionsaustritt erfolgt. Dabei sind ordnungs- und landesspezifische Unternehmens- und Marktverfassungen besonders bedeutsam, weil sie den Prozeß der Anpassung an den Strukturwandel maßgeblich beeinflussen. Ist ein gleitender Austritt durch technische Anpassung, Variation der Produktpalette oder durch unverzüglichen Abbau unrentabler Fertigungsstätten möglich, kann die Strukturanpassung ohne Existenzgefährdung der Unternehmung vollzogen werden. Wird eine solche zügige Anpassung hingegen durch gesetzliche Regelungen oder bürokratische Hemmnisse erschwert, können sich Liquiditätsdefizite oder Verluste so lange kumulieren, bis die Unternehmung zwangsläufig aus dem Markt ausscheiden muß. In solchen Situationen können staatliche Autoritäten aus ökonomischen, sozialen oder politischen Motiven angehalten sein, einen drohenden Markt- oder Produktionsaustritt durch Finanzhilfen zu verhindern und dabei die Geldpolitik in den Dienst der Erhaltung einzelner Unternehmen oder ganzer Wirtschaftszweige zu stellen.

Im folgenden wird versucht, diesen — zunächst konstruiert anmutenden — Zusammenhang zwischen dem Allokationsgeschehen auf Güter- und Faktormärkten einerseits, den durch die Unternehmens- und Marktverfassung bedingten Marktaustrittsbarrieren andererseits sowie den daraus resultierenden Gefahren für die geldpolitische Steuerung des gesamtwirtschaftlichen Geldangebots zu verdeutlichen. Beabsichtigt ist, diesen Einfluß systemvergleichend zu analysieren, also die Unterschiede der ordnungspolitischen Ausgestaltung von Unternehmensverfassungen und Austauschprozessen herauszuarbeiten und ihre möglichen Rückwirkungen auf die ebenfalls systemspezifischen Geldangebotsprozesse zu bestimmen. Dies zu bewältigen erfordert

- erstens zu zeigen, daß gesamtwirtschaftliche Finanzierungsprozesse in dynamischen Volkswirtschaften wesentlich durch einzelne Elemente — und nur um diese geht es — der Unternehmens- und Marktverfassungen beeinfluß werden (Teil B);
- zweitens die Besonderheiten der Geldangebotsprozesse in unterschiedlichen Wirtschaftssystemen herauszuarbeiten, wobei es bei den herangezogenen gesamtwirtschaftlichen Kreditmarktmodellen nicht um die institutionellen Details, sondern um die wesentlichen institutionellen Unterschiede zwischen den Determinanten des nominalen Geldangebots und ihre Beeinflussung im Zeitablauf geht (Teil C);
- drittens anhand von konkreten Wirtschaftssystemen zu prüfen, ob und inwieweit einzelne Elemente der Unternehmens- und Marktverfassungen tatsächlich die Effizienz der Geldangebotssteuerung beeinträchtigen können, wobei entsprechende Referenzländer (Bundesrepublik Deutschland, DDR, Jugoslawien, China) ausgewählt werden (Teil D).

## B. Unternehmensverfassung, Marktaustrittsgefahren und gesamtwirtschaftliche Finanzierungsprobleme

Gesamtwirtschaftlich lässt sich eine dynamische, durch Strukturwandel geprägte Volkswirtschaft nur dann relativ reibungslos finanzieren, wenn die Eintritts- und Austrittsmöglichkeiten äquivalent sind. Die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsprobleme lassen sich bei gegebenen Eintrittsschranken um so schlechter lösen, je höher die Austrittsbarrieren sind. Die Hemmnisse oder Barrieren, die einen zügigen Produktions- oder Marktaustritt behindern, sind vielfältig und unterscheiden sich auch nach dem jeweiligen Wirtschaftssystem. Allgemein formuliert dürften sie um so höher sein, je

- mehr konservative Unternehmertypen — wie häufig in schrumpfenden Branchen — dominieren, die ein langsames „Dahinsiechen“ einem Marktwechsel vorziehen;<sup>3</sup>

---

<sup>3</sup> Vgl. dazu Heuss (1965), S. 9f. und S. 133 sowie Gröner (1984), S. 251f. Daß solche Unternehmertypen keineswegs nur in Marktwirtschaften, sondern auch in sozialistischen

- mehr längerfristige Lieferverträge zwecks Risikominderung auf der Inputseite geschlossen werden, weil sie selbst einem initiativen Unternehmer die Anpassung erschweren, denn ein zutreffend erwarteter Rückgang der Nachfrage kann nicht antizipiert und in rechtzeitige Anpassungshandlungen umgesetzt werden;
- umfangreicher jene gesetzlichen Normen der Unternehmensverfassung sind, die eine zügige Anpassung unrentabel oder unmöglich machen.<sup>4</sup>

Aus systemvergleichender Sicht der Finanzierungskonsequenzen empfiehlt es sich, die — hier nur beispielhaft und keineswegs erschöpfend genannten — unterschiedlichen Austrittsbarrieren und die durch sie in verschiedenen Wirtschaftssystemen verursachten Finanzierungsprobleme in drei Insolvenzbegriffen zu erfassen<sup>5</sup>:

- Von „Insolvenzfähigkeit“ wird dann gesprochen, wenn die in den einzelnen Unternehmensverfassungen unterschiedlichen Prinzipien der wirtschaftlichen Finanzierungs- und Ergebnisrechnung<sup>6</sup> so gestaltet sind, daß — nach entsprechendem Zahlungsmittelabfluß — Illiquidität überhaupt eintreten kann, die den Produktions- oder Marktaustritt erzwingt, sofern keine privaten oder staatlichen Institutionen bereit sind, die Defizite zu übernehmen. In diesem Sinne ist ein Unternehmen insolvenzunfähig, wenn alle am Unternehmen beteiligten Gruppen ein Residualeinkommen beziehen, also keine terminvertraglich festgelegten Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Produktionsfaktoren oder dem Staat bestehen — alle inputs also auf Kassamärkten erworben werden.<sup>7</sup>

---

Planwirtschaften nicht selten sind, zeigen die massiven Widerstände gegen Reformversuche, die gerade die Direktoren staatlicher Betriebe leisten.

<sup>4</sup> Für Marktwirtschaften könnten als Beispiel umfangreiche Kündigungsschutzregeln, für sozialistische Planwirtschaften der gesetzliche Zwang zur Lohn- und selbst Prämienfortzahlung bei Nichterfüllung der betrieblichen Pläne genannt werden.

<sup>5</sup> „Insolvenz“ wird hier vereinfachend als Sammelbegriff für den erzwungenen Produktions- oder Marktaustritt von zahlungsunfähigen Unternehmen verwendet. Auf die durch unterschiedliche Periodisierung von Erfolgs- und Zahlungsgrößen bedingte Unterscheidung zwischen Überschuldungs- und Illiquiditätskonkurs soll nicht eingegangen werden. Die rechtlichen und betriebswirtschaftlichen Probleme, die bei der Abwicklung von Austrittshandlungen je nach der verwirklichten Unternehmensform in sehr unterschiedlicher Weise entstehen, können bei der gesamtwirtschaftlichen Betrachtung, die zumal systemvergleichend argumentiert, vernachlässigt werden.

<sup>6</sup> Vgl. zu den Unterschieden zwischen den Prinzipien der Finanzierungs- und Ergebnisrechnung in verschiedenen Wirtschaftssystemen Hensel (1972); Thieme (1980, 3. A. 1988).

<sup>7</sup> Das „Dahinsiechen einer Industrie“ bei Dominanz immobiler Unternehmer kann plastisch verdeutlicht werden am Beispiel eines Einzelunternehmers, der die erforderlichen Inputsfaktoren auf Kassamärkten erworben und bezahlt hat und nicht absetzbare Güter produziert. Er ist nicht insolvenzunfähig, wenn keine privaten und staatlichen Forderungen einzulösen sind. Sein Austritt wird durch „physisches Dahinsiechen“ erzwungen, sobald Vermögenswerte verbraucht sind und weder private noch staatliche Sozialhilfeprogramme existieren. Ein Entlohnungsverfahren, wie es unlängst von Weitzman (1983; 1984)

- In „Insolvenzgefahr“ schwebt jedes insolvenzfähige Unternehmen bei unsicherer Zukunft. Wie schnell diese potentielle Insolvenzgefahr zur faktischen Zahlungsunfähigkeit und damit zum erzwungenen Austritt führt, hängt von den Entscheidungs- und Handlungsspielräumen agierender oder reagierender Unternehmer ab, die in den Unternehmensverfassungen normiert sind. Solche Regelungen können die Flexibilität der Beschaffungs- und Absatzpreise einschränken oder aufheben, die Mobilität der Faktoren reduzieren sowie die Faktorallokation behindern.
- Schließlich wird von „staatlichem Insolvenzunwillen“ dann gesprochen, wenn austrittsreifen Unternehmen — aus welchen Gründen auch immer — der faktische Austritt erspart bleibt und damit Strukturangepasung behindert wird. Staatlicher Insolvenzunwille reduziert die Insolvenzgefahr der Unternehmen; im Extremfall werden Produktions- und Absatzrisiken für einzelne Unternehmen oder ganze Branchen vollständig beseitigt und auf die Gesellschaft übertragen.  
Insolvenzfähigkeit und -gefahr von Unternehmen hängen somit von den jeweiligen Unternehmens- und Marktverfassungen ab; der staatliche Insolvenzunwille prägt diese Verfassungen (Erhöhung oder Senkung der Insolvenzgefahr durch entsprechende Normen), bestimmt aber bei gegebenen Unternehmensverfassungen auch, ob im Einzelfall von Unternehmen oder Branchen der Austritt erzwungen wird oder nicht.

### C. Kreditmarktanalyse des Geldangebots und Effizienzkriterien der Geldpolitik in unterschiedlichen Wirtschaftssystemen

Die Effizienz der Geldpolitik kann daran gemessen werden, ob und inwieweit die währungspolitischen Autoritäten (Notenbank, Staat) bei gegebenen Geldsystemen ihre speziellen Aufgaben erfüllen können, die zumeist gesetzlich verankert sind: Beispielsweise ist es Aufgabe der Notenbank in der Bundesrepublik Deutschland, „die Währung zu sichern“ (§ 3 BBankG) und anhaltende Preisniveausteigerungen zu vermeiden. Auch die Notenbank in der DDR hat u. a. die Aufgabe „der Sicherung der Stabilität der Währung“ (§ 1 des Gesetzes über die Staatsbank der DDR), was als „Garantie einer planmäßigen Entwicklung von Kauf- und Warenfonds“ interpretiert wird (vgl. Ehler, Kolloch, Schließer, Tannert 1982, S. 36f.), wodurch bei konstanten Güterpreisen Kassenhaltungsinflation vermieden werden soll. Diese Aufgabe gilt als gelöst (was an geeigneten Indikatoren empirisch überprüft werden kann), wenn es den Notenbanken gelingt, im Zeitablauf die Finanzierungskomponenten der monetären Gesamtnachfrage dem gesamtwirtschaftlichen Güterangebot anzupassen,

---

vorgeschlagen wurde und bei dem ein Arbeitnehmer anstelle eines festen Periodenlohnes eine Beteiligung am Unternehmenserfolg erhält, kann insoweit die Insolvenzfähigkeit eines Unternehmens senken, da die vom Unternehmen zu zahlende Lohnsumme im Extremfall Null, aber niemals negativ werden kann.

damit aggregative dauerhafte Ungleichgewichte auf den Gütermärkten nicht entstehen können.

Unabhängig vom jeweiligen Wirtschaftssystem ergeben sich für die Notenbanken verschiedene Schwierigkeiten bei der Lösung ihrer Aufgabe, den gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrahmen in einer dynamischen Volkswirtschaft so zu bemessen, daß Inflationspotentiale vermieden werden. Sie sind darin begründet, daß die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungskomponenten, also die nominalen Geldbestände und die Geschwindigkeit, mit der sie für Transaktionen verwendet werden, nicht nur von den währungspolitischen Autoritäten, sondern auch wesentlich durch das Verhalten von Haushalten und Unternehmen beeinflußt werden. In der modernen Geldtheorie werden deshalb Geldangebot und Geldnachfrage als modellendogene Variablen aus dem Zusammenspiel von gesamtwirtschaftlichen Geld- und Kreditmärkten erklärt.

In allen monetär organisierten Wirtschaftssystemen entscheiden die Wirtschaftssubjekte (Nichtbanken) über die Häufigkeit, mit der vorhandene nominale Geldbestände je Periode zu Transaktionen eingesetzt werden bzw. — umgekehrt — über die Dauer, für die sie nominale Geldbestände als Kasse zu halten wünschen. Von den Determinanten und der Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Geldnachfrage hängt es somit ab, ob hierdurch dauerhafte, die Geldpolitik durchkreuzende Inflationspotentiale freigesetzt werden können. Diese Möglichkeit wird in theoretischen und empirischen Analysen zur kurz- und langfristigen Geldnachfrage in unterschiedlichen Wirtschaftssystemen und Ländern überwiegend verneint.<sup>8</sup> Wenngleich die Notenbanken nur einen sehr begrenzten Einfluß auf das Geldnachfrageverhalten haben, kann diese Komponente als eigenständige, dauerhafte Finanzierungsquelle von Inflationsprozessen vernachlässigt werden.

Die Effizienz der Geldpolitik hängt somit wesentlich davon ab, ob die Notenbanken die Entwicklung der nominalen Geldbestände so steuern können, daß gesamtwirtschaftliche Finanzierungsdefizite oder -überschüsse im Zeitablauf vermieden werden. Dies gelingt nur, wenn insbesondere zwei Voraussetzungen erfüllt sind: Erstens müssen die Notenbanken über ausreichende Instrumente verfügen, durch deren Einsatz sie die Komponenten der für Tausch- und Zahlungszwecke eingesetzten Geldmenge zieladäquat beeinflussen können. Zweitens müssen sie über die notwendige Autonomie gegenüber anderen staatlichen Autoritäten verfügen (und bereit sein, sie zu nutzen), damit sie die verfügbaren Steuerungsinstrumente entsprechend einsetzen können. Beide Aspekte des Geldangebotsprozesses sind näher zu betrachten, weil sie in den verschiedenen Wirtschaftssystemen und Ländern sehr unterschiedlich gelöst sind.

---

<sup>8</sup> Siehe dazu die neueren Überblicksartikel von *Siebke* (1985, 2. A. 1987) und *Hartwig* (1985, 2. A. 1987) sowie die dort genannte Literatur. Für eine Studie zur Stabilität der Geldnachfrage in Polen vgl. *Hartwig* (1987,1).

In modernen, monetär organisierten Volkswirtschaften wird die Tauschgeldmenge vom Bankensystem auf dem Kreditwege produziert, wobei es von der ordnungspolitischen Ausgestaltung des Bankensystems abhängt, welche Sektoren maßgeblich am Geldproduktionsprozeß beteiligt sind.

In einem einstufigen (Staats-)Bankensystem, wie es in zahlreichen sozialistischen Plan- und Marktwirtschaften verwirklicht ist, bedeutet jede Kreditvergabe des Bankensystems an Nichtbanken (Haushalte, Unternehmen) Geldproduktion und jede Kreditrückzahlung Geldvernichtung (vgl. zu den Einzelheiten Haffner 1985, 2. A. 1987; Hartwig, Thieme 1985, 2. A. 1987; Hartwig 1987, 2). Ein multipler Geldschöpfungsprozeß existiert nicht, so daß nicht zwischen einer von der Notenbank produzierten Basisgeldmenge einerseits und der vom (Geschäfts-)Bankensystem bereitgestellten Giralgeldmenge (je nach Abgrenzung Sicht-, Termin- und Spareinlagen) andererseits unterschieden werden kann und muß. Die Entwicklung der faktischen nominalen Tauschgeldbestände wird beeinflußt durch

- das — in Abstimmung mit den zentralen Planinstanzen — vom gesamten Bankensystem bereitgestellte gesamtwirtschaftliche Kreditangebot;
- die von privaten und staatlichen Haushalten und Unternehmen entfaltete gesamtwirtschaftliche Kreditnachfrage; sowie
- die Struktur der den Wirtschaftseinheiten vorgeschriebenen (z. B. den staatlichen Unternehmen) oder von ihnen gewünschten (z. B. von privaten Haushalten) Kassenhaltung, die über die Relation zwischen Bar- und Giralgeldbeständen entscheidet.

Sofern die Haushalte und Unternehmen Entscheidungs- und Handlungsspielräume bei der Planung und Planverwirklichung haben und im einzelwirtschaftlichen Interesse nutzen, kann in einem modifizierten gesamtwirtschaftlichen Kreditmarktmodell ihr Einfluß im Geldangebotsprozeß verdeutlicht werden. Dabei sind die systemspezifischen Determinanten des Kreditnachfrageverhaltens ebenso bedeutsam wie die Besonderheiten des Kreditangebots, die sich aus der Doppelfunktion des Bankensystems ergeben: Es hat nicht nur die nominale Geldmenge über das Kreditangebot zu steuern, sondern zugleich — wegen fehlender Kapitalmarktinstitutionen — die Kreditallokation auf verschiedene Verwendungszwecke zu bewältigen.

In einem doppelstufigen Bankensystem mit Notenbank sowie privaten, genossenschaftlichen und öffentlichen Geschäftsbanken, wie es in unterschiedlichen Ausprägungen in westlichen Marktwirtschaften verwirklicht ist, existiert ein multipler Geldschöpfungsprozeß, durch den die nominale Tauschgeldmenge bestimmt wird. Die Notenbanken produzieren — im Zusammenspiel mit Staat, Geschäftsbanken und Ausland — auf dem Kreditwege die nominalen Primärgeldbestände (je nach Abgrenzung Zentralbankgeldmenge, einfache, bereinigte oder exogene Geldbasis); auf ihrer Grundlage produzieren die Geschäftsbanken — im Zusammenspiel mit Bankkredite nachfragenden Nichtbanken — die

6\*

Giralgeldmenge. Die Entwicklung der nominalen Tauschgeldmenge wird somit bestimmt durch

- die von der Notenbank bereitgestellte nominale Geldbasis;
- die gesamtwirtschaftliche Bankkreditnachfrage der Nichtbanken;
- das gesamtwirtschaftliche Kreditangebot der Geschäftsbanken, das wiederum beeinflußt wird durch
- die Struktur der von den Nichtbanken gewünschten Kassenhaltung.

In der für Marktwirtschaften konzipierten Kreditmarkttheorie des Geldangebots werden die angebotene nominale Tauschgeldmenge, der Kreditzins und das Kreditvolumen simultan auf dem Bankenkreditmarkt durch Kreditangebot und -nachfrage endogen bestimmt (vgl. hierzu etwa Brunner, Meltzer 1968, 1972; Burger 1971; Willms 1985, 2. A. 1987). Ob und inwieweit die Notenbanken die nominalen Basisgeldbestände zieladäquat steuern können und damit auch einen dominanten Einfluß auf die Entwicklung der Tauschgeldmenge haben, hängt — neben geeigneten Instrumenten, die ihnen zur Verfügung stehen müssen — insbesondere von der Lösung des Autonomieproblems ab.

Die Notenbank ist in einem monopolisierten Kreditgeldsystem die wichtigste monetäre Autorität; der Grad ihrer rechtlichen und wirtschaftspolitischen Unabhängigkeit von anderen staatlichen Instanzen entscheidet darüber, ob mit den verfügbaren geld- und kreditpolitischen Instrumenten eine zieladäquate gesamtwirtschaftliche Finanzierungsstrategie durchgesetzt werden kann.<sup>9</sup> Ist die Notenbank — quasi als Unterabteilung eines Finanz- oder Planungsministeriums — unmittelbarer Erfüllungsgehilfe staatlicher Finanz- oder Planungsinteressen, dann besteht ein direkter staatlicher Zugriff auf die Entstehungskomponenten der Geldbasis bzw. der Tauschgeldmenge und damit der wichtigsten gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsgröße. Die negativen Auswirkungen solcher Abhängigkeiten — Einkommens- und Vermögensumverteilungen vom privaten auf den staatlichen Sektor — lassen sich besonders gut bei Hyperinflationen belegen, wie sie aus der Wirtschaftsgeschichte, aber auch aus den gegenwärtigen Erfahrungen zahlreicher Entwicklungsländer hinreichend bekannt sind.

Solche Abhängigkeiten der Notenbanken sind typisch für sozialistische Plan- und Marktwirtschaften; sie wurden bisher durch einzelne Reformen des Bankensystems nicht beseitigt. Aber auch in Marktwirtschaften mit doppelstufigem Bankensystem bestehen — wenngleich in abgeschwächter Form — solche Abhängigkeiten der Notenbank von anderen staatlichen Instanzen (siehe dazu die ländervergleichende Studie von Caesar 1981): Selbst die Deutsche Bundes-

---

<sup>9</sup> Selbstverständlich erhält eine formale Unabhängigkeit der Notenbank nur dann inhaltliches Gewicht, wenn die Entscheidungsträger innerhalb der Notenbank willens und fähig sind, eine zieladäquate gesamtwirtschaftliche Finanzierungsstrategie durch entsprechenden Instrumenteneinsatz auf Dauer umzusetzen — eine Voraussetzung, die durchaus nicht immer verwirklicht ist. Vgl. dazu Hartwig (1983/84); Kath (1985, 2. A. 1987).

bank, deren unabhängige Position, wie sie im Gesetz über die Deutsche Bundesbank geregelt ist, in vielen Ländern als vorbildliche Lösung des Autonomieproblems gilt, vermag die Geldbasis nicht zu steuern, wenn sie — durch Währungsabkommen von Regierungen (Bretton Woods, Europäische Gemeinschaft, Louvre-Abkommen) — bei dauerhaften außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten zu Devisenmarktinterventionen angehalten ist.

Beide Aspekte — die systembedingten Besonderheiten des Geldangebotsprozesses und das Autonomieproblem — sind zu beachten, wenn im folgenden der Einfluß von Produktions- bzw. Marktaustrittsbarrieren auf die Effizienz der Geldpolitik in Ländern mit unterschiedlichen Wirtschafts- und Bankensystemen vergleichend analysiert wird.

## D. Geldangebotssteuerung unter systemspezifischen Unternehmens- und Marktverfassungen

### I. Sozialistische Planwirtschaften

Soll der Einfluß der Unternehmensverfassung auf die Effizienz der Geldangebotssteuerung in Zentralverwaltungswirtschaften analysiert werden, kann nicht vom Modell einer vollständig zentralen Naturalplanung als Referenzsystem ausgegangen werden. Bei vollständiger Information, Vernachlässigung von Risiken bzw. Transaktionskosten und Interessenidentität zwischen zentralen Planern und Planverwirklichern existiert das im Thema angesprochene Problem auch dann nicht, wenn die Volkswirtschaft monetär organisiert ist:

- Die Identität zwischen einzel- und gesamtwirtschaftlichen Interessen läßt für Unternehmensfunktionen keinen Raum.
- Eine vollständig in das zentrale Plansystem integrierte Notenbank kann die bei einem gleichgewichtigen System von zentral festgelegten Knappheitspreisen erforderliche Geldmenge auf dem Kreditwege zur Verfügung stellen.
- Strukturwandel bei Bedarfsänderungen, also Änderungen der Rangordnung der Ziele des Zentralplaners, ist ebenso planbar wie der damit verbundene Produktionseintritt und -austritt neuer und alter Produzenten, ohne daß hieraus Fehlplanungen der Finanzierungskomponenten resultieren.

In einem solchen Modell wäre lediglich zu fragen, weshalb überhaupt Geld verwendet wird.

In konkreten sozialistischen Planwirtschaften bestehen formal sehr günstige institutionelle Bedingungen, die eine vollständige Kontrolle des nominalen Geldangebots erwarten lassen: Die Notenbank (mit ihren Filialen) nimmt im Auftrag des Staates alle Bankoperationen vor; sie ist neben der Notenemission für die gesamte Kreditversorgung der Volkswirtschaft zuständig; freie Finanzmärkte und zwischenbetriebliche Kreditbeziehungen existieren nicht; die Geld-

angebotsziele der Notenbank können auch nicht durch einen Geldschöpfungsprozeß autonomer Geschäftsbanken durchkreuzt werden.

Gleichwohl ist die geldpolitische Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungskomponenten ein permanentes Problem, das wesentlich durch die Existenz findiger Unternehmer und staatliche Eigentümerhaftung einerseits und die Besonderheiten der Geldproduktion durch das einstufige staatliche Notenbanksystem andererseits verursacht ist (vgl. zu den Begründungen der Argumente ausführlicher Hartwig, Thieme 1985, 2. A. 1987).

Erstens schaffen Unvollkommenheiten der Zentralplanung Entscheidungs- und Handlungsspielräume für (staatliche, genossenschaftliche und private) Unternehmen, die von findigen Unternehmern im einzelwirtschaftlichen Interesse genutzt werden. Die Kombination von Gewinnrechnung, Planerfüllungsprinzip und Prämienanreizsystem induziert das hinreichend bekannte Streben der Unternehmen nach niedrigen Output- und hohen Inputplankennziffern. Fehlinformationen und Planverstöße prägen das Unternehmensverhalten, wobei erstere aus Risikogründen präferiert werden. Voraussetzung dafür sind die vorhandenen Informationsdefizite der staatlichen Planungs- und Kontrollorgane, die in einer sich wandelnden Volkswirtschaft nicht abgebaut werden, weil ständig neue Informationsvorsprünge der Unternehmen entstehen und genutzt werden. Konsequenz dieses Verhaltens ist ein überhöhter Finanzierungsbedarf, der durch planmäßige oder außerplanmäßige Kredite zu decken ist.

Zweitens begründet die Staatshaftung Insolvenzunwillen und damit hohe Produktionsaustrittsschranken. Die Staatsbetriebe sind zwar prinzipiell insolvenzfähig, weil kontraktgebundene Aufwendungen und Erträge (Lohn-, Prämien-, Kredit-, Steuerkontrakte; Kontrakterlöse bei Festpreisen) Verlust-/Gewinnrechnungen ermöglichen und damit nach entsprechender Verlustakkumulation auch Zahlungsunfähigkeit eintreten könnte. Zu beachten ist dabei allerdings, daß kumulierte Planverluste keineswegs ein geeigneter Indikator für eine vorhandene Insolvenzgefahr sind, weil sie durch falsche staatliche Preissetzungen verursacht sein können; sie schaffen dann kein gesamtwirtschaftliches Finanzierungsproblem, wenn sie durch planmäßige Kredite der Notenbanken finanziert werden, die aus planmäßigen Gewinnabführungen anderer Unternehmen oder Sektoren an den Staatshaushalt gespeist werden. Ein gesamtwirtschaftliches Finanzierungsproblem entsteht allerdings, wenn

- Planverluste als Folge betrieblicher Fehlinformation entstehen (z. B. Kredite für nicht genutztes Grund- und Umlaufvermögen), also „materiell nicht gedeckt“ sind;
- faktische Verluste (= negative Differenz zwischen Plan- und Istrechnung) durch Planverstöße auftreten.

Besonders im zweiten Fall werden die Finanzierungskonsequenzen bei Staatshaftung deutlich, weil diese Unternehmen gesetzlich verpflichtet sind, alle

finanziellen Kontrakte fristgerecht — bis hin zur Auszahlung von Mindestprämien an die Beschäftigten — zu erfüllen. Zugleich wird daran sichtbar, daß die Insolvenzgefahr eines Unternehmens und zu ihrer Abwehr die Kreditnachfrage steigt, wenn der faktische Gewinn niedriger als der Plangewinn ist. Beide Fälle begründen somit einen systemspezifischen Kreditnachfragesog, der nur dann die Effizienz der Geldangebotssteuerung nicht beeinträchtigen würde, wenn das Staatsbankensystem über wirksame Sanktionsinstrumente verfügen könnte.

Drittens sind aber die jeweils zuständigen Filialen des einstufigen Bankensystems in sozialistischen Planwirtschaften gehalten, als Erfüllungsgehilfe der Staatshaftung die Kreditnachfrage der staatlichen Unternehmen zu befriedigen. Die Statistiken über verschiedene Varianten außerplanmäßiger Kredite und die wiederkehrenden Versuche, sie abzubauen, belegen, daß das Bankensystem diese Funktion wahrnehmen muß. Bürokratische Kontrollen durch die Banken, die Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung mit Prämien system in den Banken, Kreditkontingentierungen sowie sehr hohe Strafzinsen (bis zu 12 v. H. in der DDR) für außerplanmäßige Kredite sind unter den Bedingungen staatlichen Insolvenzunwillens ungeeignet, den Kreditnachfragesog zu begrenzen: Im Falle hoher Strafzinsen wird sogar das Gegenteil bewirkt, weil die nachgefragte Kreditmenge steigt (anormale Reaktion der Kreditnachfrage staatlicher Unternehmen bei Kreditzinsvariationen).

Fehlende Autonomie der Notenbank, Staatshaftung und daraus resultierender staatlicher Insolvenzunwille versetzt die staatlichen Unternehmen in die Lage, ihr statisches, strukturkonservierendes Verhalten auf dem Kreditwege zu finanzieren. Daraus resultieren für das Bankensystem die systemspezifischen Schwierigkeiten, bei Strukturwandel das gesamtwirtschaftliche Kreditvolumen und damit die nominale Tauschgeldmenge zieladäquat zu steuern.

Lösbar scheint dieses Steuerungsproblem der Kredit- und Geldversorgung nur dann, wenn in den „ungeplanten“ Insolvenzfällen strikt die Staatshaftung aufgegeben und der faktische Produktionsaustritt erzwungen würden. Dadurch könnte die umfassende monetäre Alimentierungsfunktion des Bankensystems gegenüber anpassungsunwilligen, leistungsschwachen und zahlungsunfähigen Unternehmen beseitigt und die Effizienz der vorhandenen ökonomischen (Kredit-) Hebel verbessert werden. Die mit einer solchen Reform zwangsläufig verbundenen ökonomischen und sozialen Konsequenzen (z. B. offene Arbeitslosigkeit) dürften der Grund dafür sein, daß solche Überlegungen in den meisten sozialistischen Planwirtschaften (z. B. DDR, Sowjetunion, Bulgarien) trotz zahlreicher Bankenreformen weitgehend tabu sind.

Interessanterweise wurde dieses Problem — und gerade die Bedeutung seiner Lösung für den Geldangebotsprozeß — in der jüngeren Reformdiskussion in China erkannt und aufgegriffen. Dies dürfte wesentlich begründet sein in der drastischen Zunahme der monetären Überversorgung seit 1979:<sup>10</sup>

<sup>10</sup> Die Basisdaten der berechneten Wachstumsraten monetärer Aggregate wurden entnommen aus: *The People's Bank of China, Research Institute of Finance and Banking,*

- Das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Tauschgeldmenge betrug in der Periode 1980-1986 durchschnittlich pro Jahr 23 v.H. und übertraf die Expansionsrate des Nationaleinkommens deutlich.
- Dominanten Anteil an der monetären Überversorgung hatten die Bankkredite an staatliche und genossenschaftliche Unternehmen, wobei die Expansion der Investitionskredite nur mit ca. 3 Prozentpunkten, die der Umlaufmittelkredite hingegen mit über 15 Prozentpunkten zu dem Geldmengenwachstum beigetragen haben. Nahezu 80 v.H. des gesamtwirtschaftlichen Geldmengenwachstums sind somit auf die Kreditexpansion im sozialistischen Unternehmenssektor zurückzuführen.
- Schließlich sind auch die nominalen Geldbestände im privaten Sektor drastisch angestiegen, wobei der überproportionale Anstieg der Bargeldbestände besonders beachtet wird, weil die in der monetären Zentralplanung verwendete „Normrelation“ des Bargeldkassenhaltungskoeffizienten deutlich übertroffen wurde.

Daß diese Schwierigkeiten einer zieladäquaten Geldangebotssteuerung nicht durch Reformen des Bankensystems allein lösbar sind, sondern der permanente Kreditnachfragesog nur wirksam reduziert werden kann, wenn der Produktionsaustritt insolventer Unternehmen erzwungen wird, ist in China erkannt: „Under such circumstances (der Konkursunfähigkeit von sozialistischen Unternehmen, H. J. T.), the bank had to meet these enterprises' demands except for the few that were shut down by the state. This was one of the chief reasons for the bank's failure to carry out the credit plans and for excessive money supply. The problem ... is that while enterprises are quite willing to be liable for their profits, it has been difficult, however, to make them accountable for their losses.“ (Li 1986, S. 60f., vgl. auch Tam 1986, S. 433f. und Yang 1986/87, S. 79). Immerhin haben diese Einsichten bewirkt, daß im Dezember 1986 ein Konkursgesetz für staatliche Unternehmen verabschiedet wurde. Obwohl die Einzelregelungen interpretationsbedürftig sind, keine detaillierten Erfahrungen über die Abwicklung von Konkursen vorliegen und die Rolle des Staates unklar ist (z. B. bei Ausnahmeregelungen des § 3 oder erforderlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des § 4), ist allein die zügige Verabschiedung des Gesetzes bemerkenswert. Ob und inwieweit das Gesetz zukünftig konsequent angewendet wird, bleibt abzuwarten.<sup>11</sup>

---

Monetary Statistics of the People's Republic of China, Beijing, verschiedene Jahrgänge; *China Statistical Information and Consultancy Service Centre, China: A Statistic Survey in 1985*, Beijing; *Economic Information and Agency, Statistical Yearbook of China 1983*, Hong Kong.

<sup>11</sup> Vgl. Perkins (1988), S. 616. Gao Shangquan, Vizedirektor der Reformkommission in China, verwies kürzlich in einem Interview darauf, daß bisher weniger als 10 Konkursfälle abgewickelt wurden. Er äußerte zugleich die Hoffnung, daß die eigentliche Sanktionswirkung im Vorhandensein des „Bankrottgesetzes“ bestehe und faktische Konkurse vermeidbar wären; vgl. *Der Spiegel* (1987), S. 112.

## II. Kapitalistische Marktwirtschaften

In Marktwirtschaften mit überwiegend privatem Produktionsmitteleigentum ist der Zusammenhang zwischen Strukturwandel, Unternehmens- und Marktverfassung sowie Geldangebotssteuerung weitaus weniger stringent als in sozialistischen Planwirtschaften, was verschiedene Ursachen hat:

- Erstens sind die Unternehmen in keinen zentralen Volkswirtschaftsplan eingebunden und in ihren Entscheidungen weitgehend autonom.
- Zweitens existieren Finanzmärkte, die es den Unternehmen erlauben, durch Eigenkapital- oder Kreditaufnahme mit Hilfe privater Geschäftsbanken die Zahlungsunfähigkeit ohne staatliche Hilfe abzuwenden, ohne daß der gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrahmen ausgeweitet wird.
- Drittens ist der Staat von einer Haftung für Insolvenzen des privaten Sektors befreit, die nicht über den Staatshaushalt, sondern über das Risikokapital der Anteilseigner abgedeckt werden.
- Viertens sind die Notenbanken zumindest in einigen Ländern, wie z. B. in der Bundesrepublik Deutschland, formal unabhängig und zur Finanzierung von Haushaltsdefiziten nicht verpflichtet, so daß der Staat keinen unmittelbaren Zugriff auf die Entstehungskomponenten der Basisgeldmenge hat.
- Fünftens schließlich kontrollieren die Geschäftsbanken aus Eigeninteresse ihre Kreditentscheidungen, da sie selbst Insolvenzgefahren ausgesetzt sind.

Im Gegensatz zu sozialistischen Planwirtschaften sind prinzipielle Defekte der Geldangebotssteuerung bei doppelstufigem Bankensystem mit autonomer Notenbank nicht erkennbar. Gleichwohl ist es lohnenswert, auf mögliche Gefährdungen einer effizienten Geldangebotssteuerung hinzuweisen, die aus — teilweise schon eingetretenen — Veränderungen von Unternehmens- und Marktverfassungen bei gleichzeitigem Erlahmen des staatlichen Insolvenzwillens entstehen können: Sie entstehen dann, wenn die Anpassungsfähigkeit der Unternehmen an veränderte Marktbedingungen durch Normen der Unternehmensverfassungen eingeschränkt wird, der Staat aus politischen Gründen Haftungsfunktionen auch für private Unternehmen übernimmt und die Notenbank veranlaßt wird, Haushaltsdefizite durch Geldproduktion zu finanzieren.

Die Unternehmensverfassung der Bundesrepublik Deutschland enthält bereits Regelungen, die es den Unternehmen erschweren, insbesondere ihre Lohnaufwendungen den bei einem Nachfragerückgang sinkenden Absatzerlösen anzupassen, indem sie entweder eine Senkung des Lohnsatzes oder eine Verringerung des quantitativen Arbeitskräfteeinsatzes verhindern. Diese Regelungen beschränken zwar das Einkommensrisiko der Arbeitnehmer, erhöhen jedoch die Insolvenzgefahr der Unternehmen und damit das Kapitalrisiko der Anteilseigner. Zu ihnen zählen beispielsweise gesetzlich garantierte Mitsprache- bzw. Mitbestimmungs- und insbesondere Kündigungsschutzrechte der Arbeitnehmer.

Die durch diese Normen der Unternehmensverfassung eingeschränkte Flexibilität der Unternehmen hat unterschiedliche gesamtwirtschaftliche Finanzierungskonsequenzen, je nachdem, wie die Geschäftsbanken ihre gesamtwirtschaftliche „Pufferfunktion“ erfüllen: Die Geschäftsbanken kontrollieren wegen ihrer eigenen Insolvenzgefahr die unternehmerischen Anpassungshandlungen; eine negative Kreditentscheidung der Geschäftsbanken erhöht die Insolvenzgefahr und beschleunigt den Marktaustritt der Unternehmen. Gelingt es den Unternehmen jedoch, ihr durch den Strukturwandel verursachtes Absatzrisiko auf die Geschäftsbanken als Unternehmensexterne zu übertragen, weil diese nicht willens oder in der Lage sind, vor allem Großkunden zahlungsunfähig werden zu lassen, erhöht sich deren Insolvenzgefahr wegen der Übernahme eines Teils der Verluste der Unternehmen. Die Möglichkeiten der Geschäftsbanken, den Marktaustritt der Unternehmen geldmengenneutral abzuwickeln, sind um so geringer,

- je größer der zu berichtigende Forderungsbestand in Relation zum haftenden Eigenkapital der Geschäftsbank ist;
- je geringer die internen oder externen Versicherungsmöglichkeiten des Kreditgewerbes gegen das Kreditausfallrisiko sind.

Wenn die Geschäftsbanken in diesen Fällen ihre volkswirtschaftliche „Pufferfunktion“ nicht erfüllen können, kann der Staat gefordert sein, anstelle des privaten Sektors Haftungsfunktionen zu übernehmen.

Der politische Druck auf den Staat, marktwirtschaftliche Austrittsrisiken einzuschränken und kumulierte Verluste zu übernehmen, wird um so stärker, je größer die regionale oder sektorale Bedeutung der austrittsreifen Unternehmen ist:

- Private Großunternehmen, wie in der Vergangenheit beispielsweise die AEG, Arbed Saarstahl oder die Neue Heimat, unterliegen faktisch nur geringen Insolvenzgefahren, weil ihr erzwungener Austritt den Arbeitsmarkt einer Teilregion kurzfristig stark belasten würde und der Staat aus außenökonomischen Gründen ein Interesse an ihrer Fortexistenz hat. Soziale Ziele, aber auch andere Sicherungsziele (z. B. Erhaltung der nationalen Energiebasis) sind dann die Motive der den Wahlspielregeln unterliegenden Parteien und Politiker, Insolvenzgefahren im Einzelfall zu beseitigen, wobei eine drastische Asymmetrie zwischen kleineren und größeren Unternehmen besteht.
- Auch Geschäftsbanken unterliegen reduzierten Insolvenzgefahren, weil infolge historischer Erfahrungen ein öffentlicher Vertrauensverlust in das private Kreditgewerbe mit der Folge einer Zerstörung des nationalen Kreditgebäudes befürchtet wird. Ob und inwieweit faktisch der Marktaustritt erzwungen wird, dürfte wesentlich vom vertrauensbildenden Gewicht der einzelnen Geschäftsbank und damit auch von der Unternehmensgröße abhängen.

Um diesem politischen Druck kurzfristig entgehen zu können, kann der Staat gehalten sein, den betroffenen Unternehmen Subventionen zu zahlen, die über den Staatshaushalt zu finanzieren sind, was durch Steuererhöhungen, Ausgabenreduktionen, die Emission von Staatsschuldtiteln am Wertpapiermarkt oder die Aufnahme von Notenbankkrediten geschehen kann. Die Konsequenz wäre eine reale Einkommensumverteilung zugunsten der subventionierten Unternehmen, die getragen wird von

- Konsumenten und Einkommensbeziehern, falls die indirekten oder direkten Steuern erhöht werden,
- Transfereinkommensbeziehern und potentiellen Nutznießern öffentlicher Güter, falls die Staatsausgaben gesenkt werden,
- kreditsuchenden Investoren und Konsumenten, die infolge der staatlichen Kreditnachfrage höhere Kreditzinsen zu zahlen haben („Insolvenz-Crowding Out“),
- Kassenhaltern, deren monetäres Vermögen infolge einer Geldmengenausweitung an Kaufkraft verliert und die damit einer Besteuerung ihrer Realkassenbestände unterliegen.

Der Staat präferiert in der Regel die letzte Alternative, weil sie politisch am leichtesten durchsetzbar ist: Steuererhöhungen und Ausgabenreduktionen werden von den Betroffenen unmittelbar bemerkt und stoßen während des parlamentarischen Entscheidungsprozesses auf den Widerstand ihrer Interessenvertretungen; ein weiterer Anstieg der Staatsverschuldung gegenüber dem privaten Sektor erscheint nicht opportun. Demgegenüber werden die negativen Umverteilungseffekte der geldpolitischen Lösung bei vorhandener Geldillusion von den Betroffenen nicht erkannt; Widerstände können auf Grund eines geringen Organisationsgrades politisch nicht artikuliert werden.

Für den Geldangebotsprozeß in der Bundesrepublik Deutschland mögen diese Überlegungen als konstruiert erscheinen, weil gegenwärtig

- der Staat wegen der Autonomie der Notenbank keinen direkten Zugriff auf die Basisgeldproduktion hat;
- der Umfang von Finanzierungshilfen für insolvenzgefährdete Unternehmen noch relativ gering ist und von der Notenbank neutralisiert werden kann, selbst wenn der Staat sie aus neu produzierten Geldbeständen (z. B. aus dem Notenbankgewinn) finanziert;
- die Praxis der Übernahme von staatlichen Bürgschaften keine unmittelbaren Geldmengeneffekte haben muß.

Gleichwohl wurde deutlich, welchen gesamtwirtschaftlichen Rang die Autonomie der Notenbank in einem doppelstufigen Bankensystem hat und auf welchen Wegen sie — auch schrittweise — eingeschränkt werden kann. Angesichts der bemerkenswerten Zunahme solcher staatlichen Finanzierungshilfen in den vergangenen zwanzig Jahren in der Bundesrepublik Deutschland,

aber auch in anderen Ländern der Europäischen Gemeinschaft, sind diese Zusammenhänge bei der beabsichtigten Neuordnung des europäischen Notenbank- und Geschäftsbankensystems besonders zu beachten.

### III. Sozialistische Marktwirtschaften

Wird als Beispiel einer sozialistischen Marktwirtschaft Jugoslawien gewählt, empfiehlt es sich, strikt zwischen dem Modell von arbeiter selbstverwalteten, nach dem Einkommensprinzip handelnden Unternehmen und der wirtschaftspolitischen Praxis zu unterscheiden.

Im Modell eines arbeiter selbstverwalteten Unternehmens gilt uneingeschränkt das Einkommensprinzip. Alle am Unternehmen beteiligten Personen erhalten Residualeinkommen, deren Höhe von den Inputaufwendungen und den Markterlösen (nicht von Plan-Ist-Vergleichen) abhängt und die ex post ermittelt werden. Es existieren keine Kontrakteinkommen; alle am selbstverwalteten Unternehmen Beteiligten tragen das unternehmerische Risiko in Form schwankender Einkommen.<sup>12</sup> Eine Nichtanpassung an Bedarfsverschiebungen reduziert die Residualeinkommen; eine „spezifische“ Insolvenzgefahr tritt nur ein, wenn Steuer-, Kredit- oder Lieferantenkontrakte nicht mehr erfüllt werden können. Der Idee der Arbeiterselbstverwaltung entspricht, daß bei Gesellschaftseigentum eine Staatshaftung nicht notwendig ist. Unabhängig von den allokativen Wirkungen dieses Unternehmensmodells und losgelöst davon, welche Konsequenzen es für die Bewältigung des Strukturwandels hat, bestehen formal günstige Voraussetzungen für die Effizienz der Geldpolitik: Wenn der Staat konsequent an der Nichthaftung festhält und das Bankensystem — unabhängig von ein- oder doppelstufiger Organisation — autonom ist, verursacht der Strukturwandel wegen der flexiblen Residualeinkommen keinen gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsbedarf, der eine zieladäquate Kredit- und Geldangebotssteuerung verhindert.

In der Realität — zumindest in der jugoslawischen Variante der sozialistischen Marktwirtschaft — blieben jedoch gerade jene Aspekte des Modells unverwirklicht, durch die die Effizienzbedingungen der Geldpolitik bestimmt werden: Anhaltende Inflationsakzeleration (auf ca. 120 v.H. in 1987) und niedrige Anpassungs- und Fortschrittsraten sind die beobachtbaren gesamtwirtschaftlichen Konsequenzen, die unterschiedliche Ursachen haben:

Die Verfassung der arbeiter selbstverwalteten Unternehmen bei Gesellschaftseigentum schafft auch in der Praxis bislang ungelöste Probleme des Marktaustritts alter Unternehmen (und auch des Markteintritts neuer Unternehmen). Im Gegensatz zum Modell bestehen in konkreten arbeiter selbstverwalteten Unternehmen Kontrakte (z. B. Mindestlohnkontrakte für unterschiedliche Gruppen von Gesellschaftsbeteiligten, Kreditkontrakte, Beteiligungskontrakte), durch

---

<sup>12</sup> Insofern kommt das jugoslawische Modell den Vorstellungen des Weitzman-Planes nahe.

die faktische Insolvenzgefahren bei Nichtanpassung an geänderte Marktbedingungen entstehen.

Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit, die zumindest teilweise durch die in der Unternehmensverfassung angelegten Marktzutrittsschranken für neue Gesellschafter verursacht ist, ist der staatliche Insolvenzwill gering, obwohl der Staat als Nichteigentümer der Produktionsmittel nicht zu haften braucht.

Obwohl seit 1965 eine „unabhängige“ Notenbank und gesetzlich seit 1971 mit Universal-(Geschäfts-)banken ein doppelstufiges Bankensystem etabliert wurde und der Notenbank auch ähnliche Instrumente der Geldmengensteuerung zur Verfügung stehen, wie sie in westlichen Marktwirtschaften üblich sind, ist die Notenbank (mit den Geschäftsbanken) faktisch gezwungen, die hohe Kreditnachfrage des Staates (zur Deckung der Haushaltsdefizite) und der arbeiter-selbstverwalteten Unternehmen (für Investitionen, aber auch zur Abwehr von Insolvenzen) durch entsprechende Kreditangebote und damit Geldproduktion zu alimentieren. Ein wesentlicher Grund hierfür ist das systembedingte Fehlen von Kapitalmärkten, die eine „geldmengen neutrale“ Finanzierung der staatlichen Defizite und der Investitionen der Unternehmen erlaubten. Dadurch ist dem Bankensystem die Doppelfunktion der Geldmengensteuerung und Kapitallenkung zugeordnet; zumindest in der Vergangenheit ist dies — wegen des staatlichen Insolvenzunwillens — zu Lasten einer stabilitätsadäquaten Geldmengenversorgung gegangen.

Ähnlich wie für China bleibt auch für Jugoslawien abzuwarten, ob das neue Konkursrecht für arbeiter-selbstverwaltete Unternehmen, das erstmals im August 1987 von einem Bauunternehmen mit immerhin 2000 Beschäftigten in Anspruch genommen werden mußte, konsequent angewendet wird.

#### IV. Konsequenzen

Die systemvergleichende Analyse hat die Interdependenz von Teilordnungen bestätigt. Diese Interdependenz ist nicht nur zu berücksichtigen, wenn eine Wirtschaftsordnung konzipiert oder eine Wirtschaftsverfassung konstituiert wird. Sie ist auch bei allen wirtschaftspolitischen Aktivitäten zu bedenken: Soll eine funktionsfähige Geldordnung geschaffen werden, die eine geldwertstabile Finanzierung des Wirtschaftsprozesses auf Dauer ermöglicht, müssen die Allokationsbedingungen des Wirtschaftssystems beachtet werden. Sie werden wesentlich durch die Unternehmens- und Marktverfassungen geprägt, die somit die Effizienz der Geldpolitik beeinflussen. Dies wurde besonders deutlich in sozialistischen Planwirtschaften, in denen privater Sektor und staatliche Unternehmen — trotz einstufigem Staatsbankensystem — eine geldwertstabile Geldangebotssteuerung auf Dauer gefährden. In Marktwirtschaften sind die Ordnungsbedingungen für die Verwirklichung dieses Ziels zwar günstiger; gleichwohl hängt der Erfolg vor allem von mindestens zwei Voraussetzungen ab, die in der Realität nicht immer verwirklicht sind: Erstens müssen geldmengenfi-

nanzierte Subventionen an marktaustrittsreife Unternehmen unterbleiben. Zweitens darf die Regierung keinen Durchgriff auf wichtige Entstehungskomponenten der Geldmenge haben, damit die Autonomie der Zentralbank nicht untergraben wird. Daß diese Zusammenhänge sehr bedeutsam sind, zeigen auch die Reformversuche in jenen sozialistischen Marktwirtschaften, die die administrative Zentralplanung des Wirtschaftsprozesses durch das marktwirtschaftliche Allokationssystem ersetzen wollen.

Die Analyse hat zugleich verdeutlicht, wie wichtig institutionelle Rahmenbedingungen für wirtschaftliches und politisches Verhalten und damit für die Prozeßabläufe sind. Mikro- und makroökonomische Theorien, die die Verhaltenseinflüsse von Institutionen, Regeln, Normen vernachlässigen, sind nicht geeignet, einzel- und gesamtwirtschaftliche Prozesse in der Realität zu erklären. Sie sind deshalb auch nicht als theoretisches Fundament wirtschaftspolitischer Handlungsempfehlungen geeignet. Den Einfluß von Ordnungsbedingungen auf wirtschaftliches Verhalten ökonomisch zu analysieren, bietet insofern neue Erkenntnischancen.

### Literaturverzeichnis

- Bender, D.; u. a. (1980), Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, Bd. 1, 3. A., München 1988.*
- Brunner, K. (1972), Hg., Proceedings of the First Konstanzer Seminar on Monetary Theory and Monetary Policy, Beihefte zu Kredit und Kapital, Heft 1, Berlin.*
- Brunner, K., Meltzer, A. H. (1968), Liquidity Traps for Money, Bank Credit and Interest Rates, in: Journal of Political Economy 76, S. 1 - 37.*
- (1972), A Monetarist Framework for Aggregative Analysis, in: Brunner (1972), S. 31 - 88.
- Burger, A. E. (1971), The Money Supply Process, Belmont.*
- Caesar, R. (1981), Der Handlungsspielraum von Notenbanken. Theoretische Analyse und internationaler Vergleich, Baden-Baden.*
- Der Spiegel (1987), 41, Nr. 33 vom 10. 08. 1987, S. 112.
- Ehlert, W., Kolloch, K., Schließer, W., Tannert, K. (1982), Geldzirkulation und Kredit im Sozialismus, Berlin.*
- Eickhof, N. (1982), Strukturkrisenbekämpfung durch Innovation und Kooperation, Tübingen.*
- Eucken, W. (1952), Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Tübingen.*
- Gröner, H. (1984), Marktsystem, Unternehmenskontrollen und Insolvenzen: Volkswirtschaftliche Überlegungen zur Reform des Insolvenzrechts, in: Ordo 35, S. 247-267.*
- Haffner, F. (1985), Monetäre Zentralplanung und Volkswirtschaftsplanung, in: Thieme (1985), 2. A. 1987, S. 194-215.*
- Hartwig, K.-H. (1983/84), Bundesbankautonomie und Inflationsbekämpfung: Politische Ökonomie des Notenbankverhaltens, in: List-Forum 12, S. 307-322.*

- (1985), Theoretische und empirische Ansätze zur Bestimmung der Geldnachfrage in sozialistischen Planwirtschaften, in: Thieme (1985), 2. A. 1987, S. 241 - 261.
- (1987, 1), Geldnachfrage in sozialistischen Planwirtschaften: Polen 1950-1984, in: Kredit und Kapital 20, S. 378-401.
- (1987, 2), Monetäre Steuerungsprobleme in sozialistischen Planwirtschaften, Stuttgart.
- Hartwig, K.-H., Thieme, H. J. (1985), Determinanten des Geld- und Kreditangebots in sozialistischen Planwirtschaften, in: Thieme (1985), 2. A. 1987, S. 217-239.
- Hensel, K. P. (1972), Das Profitprinzip — seine ordnungspolitischen Alternativen in sozialistischen Wirtschaftssystemen, in: Hensel, Wagner, Wessely (1972), S. 4-22.
- Hensel, K. P., Wagner, U., Wessely, K. (1972), Das Profitprinzip — seine ordnungspolitischen Alternativen in sozialistischen Wirtschaftssystemen, Stuttgart.
- Heuss, E. (1965), Allgemeine Markttheorie, Tübingen.
- Kath, D. (1985), Monetäre Steuerungsprobleme in parlamentarischen Demokratien, in: Thieme (1985), 2. A. 1987, S. 163-192.
- Li, C. (1986), Money Supply and Macroeconomic Controls, in: Social Sciences in China 3, S. 51-62.
- Perkins, D. H. (1988), Reforming China's Economic System, in: Journal of Economic Literature 26, S. 601-645.
- Pohl, R. (1981), Theorie der Inflation, München.
- Schultze, C. L. (1959), Recent Inflation in the United States: A Summary, in: Smith, Teigen (1965), 2. A. 1970, S. 163-169.
- (1960), Creeping-Inflation-Causes and Consequences, in: Business Horizons 3, S. 65-77.
- Siebke, J. (1985), Geldnachfragetheorie, in: Thieme (1985), 2. A. 1987, S. 41-71.
- Smith, W. L., Teigen, R. L. (1965), Hg., Readings in Money, National Income, and Stabilization Policy, 2. A., Homewood 1970.
- Tam, O.-K. (1986), Reform of China's Banking System, in: The World Economy 9, S. 427-440.
- Thieme, H. J. (1980), Wirtschaftssysteme, in: Bender, u. a. (1980), 3. A. 1988, S. 1-47.
- (1985), Hg., Geldtheorie. Entwicklung, Stand und systemvergleichende Anwendung, 2. A., Baden-Baden 1987.
- Tobin, J. (1972), Inflation and Unemployment, in: American Economic Review 62, S. 1-18.
- Weitzman, M. L. (1983), Some Macroeconomic Implications of Alternative Compensation Systems, in: Economic Journal 93, S. 763-783.
- (1984), The Share Economy. Conquering Stagflation, Cambridge, Mass.
- Yang, J. (1986/87), Market Mechanism and Macroeconomic Control, in: Chinese Economic Studies, S. 75-82.



# Geldmengenziele im internationalen Vergleich

Von *Egon Tuchfeldt*, \* Bern

## A. Geldmengenziele als neues Experiment monetärer Steuerung

Seit der Mitte der siebziger Jahre wird in einigen Industrieländern eine neue Form der monetären Steuerung praktiziert, die unter der Bezeichnung „Geldmengenziele“ (monetary targeting) figuriert. Die Notenbanken der betreffenden Staaten geben in der Regel am Jahresende ihre Zielvorstellungen für den Geldmengenzuwachs des nächsten Jahres bekannt (bezogen auf jeweils bestimmte Geldmengenaggregate). Dahinter steht die Auffassung, daß die Ankündigung solcher Geldmengenziele die Inflationserwartungen verringere, bessere Resultate im Hinblick auf die Preisniveaustabilität erreiche als diskretionäre Politik und damit insgesamt dazu beitragen könne, die wirtschaftliche Entwicklung zu verstetigen.

Den unmittelbaren Anlaß zu diesem Experiment bildeten die Turbulenzen, die 1973 entstanden waren durch den Zusammenbruch des ursprünglichen Bretton Woods-Systems mit seinen festen Wechselkursen, Überbrückungskrediten und Interventionsverpflichtungen sowie vor allem durch den ersten Ölpreisschock 1973/74.<sup>1</sup> In einen weiteren Zusammenhang gestellt, handelt es sich beim „Monetary Targeting“ um ein neues Kapitel in der alten Diskussion „Rules vs. Authorities“ — eine Formulierung, die H. C. Simons schon 1936 geprägt hatte (vgl. Simons 1936), welche sich aber, wenn man etwa an die Spielregeln des Goldstandards denkt, noch sehr viel weiter zurückverfolgen läßt. Auch die antizyklisch konzipierten Regelbindungen der Finanzpolitik (bekannt unter den Bezeichnungen „formula flexibility“, „built-in-flexibility“ und „konjunkturneutraler Haushalt“) sowie der Einkommenspolitik („produktivitätsorientierte“ und „kostenniveauneutrale Lohnpolitik“) gehören hierzu. Die Diskussion kulminierte Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre in Vorschlägen für soziokybernetische Systeme, die Geld-, Finanz-, Außenwirtschafts- und Einkommenspolitik zugleich umfassen im Sinne einer mittelfristigen (trendorientierten) Verstetigung der Entwicklung (vgl. Remsperger 1979 und Kloten 1980 sowie die dortigen Literaturangaben).

\* Der Verfasser dankt seinem Kollegen PD Dr. Thomas Straubhaar für die Zusammenstellung des Zahlenmaterials und kritische Anregungen zum Thema sowie den Ausschußmitgliedern für die konstruktive Kritik des Referates.

<sup>1</sup> 1978 wurde das Abkommen von Bretton Woods dahingehend abgeändert, daß jedem Mitglied freigestellt war, ein bestimmtes Wechselkurssystem zu wählen. Damit wurde das Floating international anerkannt.

Bei den hier zu behandelnden Geldmengenzielen geht es demgegenüber um partielle Regelbindungen der monetären Politik. Die dabei gesammelten Erfahrungen haben eine außerordentlich umfangreiche Literatur entstehen lassen. Viele Detailfragen sind diskutiert worden, die hier als bekannt vorausgesetzt werden können, zumal sie auch schon in die Lehrbuch-Literatur Eingang gefunden haben (vgl. beispielsweise Issing 1987 und Obst, Hintner 1988). Zu erwähnen sind etwa die Vor- und Nachteile der verschiedenen Geldmengenaggregate (Zwischenziele, Indikatoren).

## B. Länder mit Geldmengenzielen

Von den rd. 160 souveränen Staaten waren es nur einige wenige, die zu der neuen Form der Geldmengensteuerung übergingen. Im 45. Jahresbericht der BIZ für das Geschäftsjahr 1974/75 (1975) sucht man vergeblich nach einer Übersicht über Zielvorgaben für Geldmengenaggregate, wie sie in späteren Jahresberichten üblich geworden sind. Nur für die Bundesrepublik Deutschland heißt es, daß das Wachstum der Zentralbankgeldmenge auf 8% begrenzt werden sollte (S. 18). Als Begründung wird der höhere Bargeldbedarf des Publikums nach der Herstatt-Krise erwähnt (S. 20). Erst im nächsten Jahresbericht findet sich erstmals ein kleiner Abschnitt über „Die Praxis der Aufstellung monetärer Zielgrößen“ (46. Jahresbericht der BIZ, 1976, S. 35f.). In den späteren Jahren wurden die Darlegungen hierzu dann immer ausführlicher, insbesondere auch die Probleme der einzelnen Länder hervorgehoben.

Im wesentlichen hat außer der Schweiz nur die G7-Gruppe mit Geldmengenzielen experimentiert, wobei Kanada auch nur von 1976-1982 mitmachte. Hinzu kamen die Niederlande von 1977-1981 und wieder ab 1986 sowie Spanien ab 1986.

Damit ist die Länderabgrenzung der folgenden Ausführungen vorgegeben. Behandelt werden:

1. Schweiz
2. Bundesrepublik Deutschland
3. USA
4. Japan
5. Frankreich
6. Großbritannien
7. Sonstige (Italien, Niederlande, Kanada, Spanien).

Die weiteren Darlegungen zu jedem dieser Länder erfolgen jeweils in zwei Schritten. Zunächst wird anhand der Zielvorgabe, des realisierten Geldmengenzuwachses und der Veränderung des Preisniveaus überprüft, wie die monetäre Steuerung mittels Geldmengenzielen funktioniert hat, und zwar für die Jahre 1975-1987. Das Jahr 1988 konnte noch nicht einbezogen werden.

Da Preisniveaustabilität im Rahmen der Konjunkturpolitik nur ein Ziel darstellt (für dessen Erreichen die Notenbank mittels ihrer Geldangebotspolitik zuständig ist), soll dann in einem jeweils zweiten Schritt die Performance der gesamten Makropolitik berücksichtigt werden: die Veränderung des Preisniveaus (gemessen an der Inflationsrate), der Beschäftigungsgrad (gemessen an der Arbeitslosenquote), der Saldo der laufenden Transaktionen und die Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP), ebenfalls für die Jahre 1975-1987. Dabei wird von der Annahme ausgegangen, daß diese vier Makrogrößen nicht isoliert, sondern im Zusammenhang gesehen werden müssen.<sup>2</sup>

### C. Schweiz

Die Schweiz gehört nicht zu den großen Industrieländern („Siebenergruppe“, G7), spielt aber als „Finanzdrehscheibe“ eine Rolle, die weit über ihr realwirtschaftliches Gewicht in der Weltwirtschaft hinausgeht. Seit 1984 ist sie deshalb auch Mitglied des „Zehnerklubs“ (G 10)<sup>3</sup>. Mit dem Schweizer Finanzminister Otto Stich wurde Ende September 1988 in Berlin zum ersten Mal ein Schweizer zum Vorsitzenden dieser Gruppe für 1989 gewählt.

Die Schweiz ist unter den wenigen Ländern, die mit Geldmengenzielen experimentiert haben, besonders erfolgreich gewesen. Die vielschichtigen Gründe hierfür sind in einer umfangreichen Literatur ausgiebig untersucht worden<sup>4</sup>.

Der Übergang zur Geldmengenpolitik kam in der Schweiz nicht ganz von ungefähr. Man war sich wegen des Zustroms von Auslandsgeldern und der damit verbundenen Gefahren für den Geldwert durchaus des Zielkonflikts mit der prioritär verfolgten Wechselkursstabilität bewußt. Gentlemen's Agreements und Notrecht mußten immer wieder zur Drosselung des Inflationsimports herangezogen werden (vgl. Tuchtfeldt 1968 I und 1968 II, Schildknecht 1969 und

<sup>2</sup> Um die Probleme zu vermeiden, die sich aus der bekannten Inkonsistenz nationaler und internationaler Statistiken ergeben, wurden die Angaben über die Geldmengenziele und den tatsächlich realisierten Geldmengenzuwachs den Jahresberichten der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Basel, die Angaben über Inflationsrate, die Arbeitslosenquote, den Saldo der laufenden Transaktionen und die Veränderungen des realen BIP den Veröffentlichungen der OECD, Paris, entnommen.

<sup>3</sup> Die G7 umfaßt die USA, Japan, die Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien und Kanada, die G10 dazu noch die Niederlande, Belgien und Schweden. Seit dem Hinzukommen der Schweiz 1984 müßte man eigentlich von der G11 sprechen.

<sup>4</sup> Vgl. hierzu als Originalquellen die jährlichen Geschäftsberichte der Schweizerischen Nationalbank (zuletzt 80. Bericht 1987), ferner ab 1983 die unter dem Titel „Geld, Währung und Konjunktur“ erscheinenden Quartalshefte der Schweizerischen Nationalbank. In den wissenschaftlichen Fachzeitschriften, in den zahlreichen Bankpublikationen, in der Wirtschaftspresse und vor allem in der Forschung wird den Schweizer Währungsproblemen traditionell ein hoher Stellenwert beigemessen. Namhafte Geldtheoretiker an den Schweizer Hochschulen haben der Forschung immer wieder richtungsweisende Impulse gegeben. Hervorgehoben sei hier die Basler Dissertation von F. Haas 1986.

*Tabelle 1*  
**Geldmengenziele in der Schweiz, 1975-1987**

Jahr	Zielvorgabe <sup>a)</sup>	Realisierter Geldmengenzuwachs	Veränderung des Preisniveaus
1975	6	4,0	6,7
1976	6	7,8	1,7
1977	5	5,4	1,3
1978	5	16,6	1,1
1979	-	-	3,6
1980	4	-0,6	4,0
1981	4	-0,5	6,5
1982	3	2,6	5,6
1983	3	3,6	3,0
1984	3	2,5	3,0
1985	3	2,2	3,4
1986	2	2,0	0,7
1987	2	3,0	1,5

<sup>a)</sup> 1975-1978 M<sub>1</sub>

1980-1987 Bereinigte Notenbankgeldmenge (unter Ausschluß der Ultimokredite)

*Quelle:* Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, verschiedene Jahresberichte, für die Inflationsrate OECD.

1978, Tuchfeldt 1988). Zeitreihen für die Geldmengen wurden seit den sechziger Jahren berechnet. Der Übergang zum Floating 1973 schuf dann die Möglichkeit für die schon theoretisch seit längerem vorbereitete Geldmengenpolitik.

Über vierzehn Jahre hat man seither diese Politik betrieben (mit Ausnahme des Jahres 1979, für das kein Ziel fixiert wurde, da vorübergehend die Geldmenge infolge von Devisenmarktinterventionen erheblich stärker expandierte als geplant). Bemerkenswert ist, daß die Schweizer Nationalbank immer an einem Punktziel festgehalten hat, also trotz aller Probleme nicht den Versuchungen eines Zielkorridors erlegen ist. Die jahresdurchschnittliche Zielgröße wurde in mehreren Schritten von 6 auf 2% reduziert. Der Verstetigungseffekt, insbesondere auf die Erwartungen, konnte daher erreicht und die Inflationsrate als Endziel bis zur relativen Geldwertstabilität reduziert werden. 1988 ging man vorübergehend wieder auf 3%, um den Anpassungsprozeß an neue Liquiditätsvorschriften zu erleichtern. Da dieses Ziel erheblich unterschritten wurde, konnten für 1989 erneut 2% fixiert werden.

Bemerkenswert ist — gerade im Gegensatz zu einigen anderen Ländern — die allmähliche Verringerung der Zielgröße. Die Zielabweichungen sind meist nur gering und würden bei einem Zielkorridor von 2-3% noch innerhalb desselben liegen. Die Entwicklung 1978/79 kennzeichnet die wechselkursbedingten Probleme einer kleinen, stark weltmarktverflochtenen Volkswirtschaft. „Vom Mai 1977 bis Herbst 1978 erhöhte sich der exportgewichtete Kurs des Schweizer

**Tabelle 2**  
**Performance der Makropolitik in der Schweiz, 1975–1987**

Jahr	Inflationsrate <sup>a)</sup>	Arbeitslosenquote <sup>b)</sup>	Saldo der lfd. Transaktionen <sup>c)</sup>	Veränderung des realen BIP <sup>d)</sup>
1975	6.7	0.3	2.6	-7.3
1976	1.7	0.7	3.4	-1.4
1977	1.3	0.4	3.4	2.4
1978	1.1	0.3	4.4	0.4
1979	3.6	0.3	2.4	2.5
1980	4.0	0.2	-0.5	4.6
1981	6.5	0.2	2.7	1.5
1982	5.6	0.4	4.0	-1.1
1983	3.0	0.8	3.8	0.7
1984	3.0	1.0	4.4	1.8
1985	3.4	0.8	5.2	4.1
1986	0.7	0.7	6.7	2.7
1987	1.5	0.7	7.0	2.5

<sup>a)</sup> Veränderung der Konsumentenpreise gegenüber dem Vorjahr in %.

<sup>b)</sup> Nicht-standardisierte nationale Angaben gemäß OECD in %.

<sup>c)</sup> in Milliarden US-\$.

<sup>d)</sup> Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

*Quelle:* OECD, Economic Outlook 43, Paris 1988 (Juni).

OECD, Historical Statistics 1960–1986, Paris 1988.

Frankens nominal um fast 50% und real um gut 35%. Weite Teile der schweizerischen Exportwirtschaft — unter ihnen selbst renommierte Firmen — sahen sich in ihrer Existenz bedroht“ (Lusser 1984, S. 60). Der time-lag dieser Entwicklung ist auch beim Preisniveau deutlich erkennbar.

Tabelle 2 zeigt dann die Performance der schweizerischen Makropolitik als Ganzes. Die Verringerung der monetären Zielgröße und der *Inflationsrate* korrespondieren sogar grosso modo mit der jährlichen *Veränderung des realen BIP*. Der *Saldo der Laufenden Transaktionen* darf angesichts der dahinter stehenden Umsätze als nahezu ausgeglichen bezeichnet werden. Die *Arbeitslosenquote* kennzeichnet eine permanente Vollbeschäftigung (vgl. Tuchfeldt 1978).

Die Tabellen 1 und 2 könnten dazu verleiten, die Schweiz als Musterbeispiel für „Monetary Targeting“ anzusehen. Erwähnt sei daher abschließend, daß alle maßgeblichen Vertreter der Schweizerischen Nationalbank stets betont haben, zwar Anregungen der wissenschaftlichen Diskussion — soweit opportun — in die Praxis umgesetzt, aber stets eine eigenständige Politik betrieben zu haben.

## D. Bundesrepublik Deutschland

Nach einem über Jahre sich verstärkenden Inflationsprozeß wurde im Dezember 1974 erstmalig ein Geldmengenziel für 1975 bekanntgegeben (8% Zuwachs der Zentralbankgeldmenge). Die antizyklische Politik, wie sie vorher betrieben wurde, sollte von nun an am Wachstum des Produktionspotentials orientiert und damit verstetigt werden. Man war sich von vornherein darüber klar, daß die relativ hohe Inflationsrate (1975 noch 6%) nur schrittweise reduziert werden konnte und auch auf gewisse Änderungen in der Kreislaufgeschwindigkeit Rücksicht zu nehmen war (vgl. Ehrlicher 1988 II, S. 175). In der Praxis gab es denn auch eine Fülle von Problemen, die ständige Anpassungen und entsprechende diskretionäre Maßnahmen erforderlich machten. Tabelle 3 enthält die Entwicklung der Geldmengenziele in der Bundesrepublik Deutschland, die realisierten Geldmengenzuwächse und die Veränderung des Preisniveaus:

*Tabelle 3*  
**Geldmengenziele in der BRD, 1975-1987**

Jahr	Zielvorgabe <sup>a)</sup>	Realisierter Geldmengenzuwachs	Veränderung des Preisniveaus
1975	8	7,8	6,0
1976	8	9,3	4,3
1977	8	9,0	3,7
1978	8	11,4	2,7
1979	6-9	9,1	4,1
1980	5-8	4,8	5,5
1981	4-7	4,5	5,9
1982	4-7	4,9	5,3
1983	4-7	7,0	3,3
1984	4-6	4,6	2,4
1985	3-5	4,5	2,2
1986	3,5-5,5	7,7	-0,2
1987	3-6	8,1	0,2

<sup>a)</sup> Zentralbankgeldmenge

*Quelle:* Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, verschiedene Jahresberichte, für die Inflationsrate OECD.

Die Deutsche Bundesbank hat — im Gegensatz zur Schweizerischen Nationalbank — 1979 ihr Geldmengenziel nicht sistiert, sondern ist vom Punktziel zum Zielkorridor übergegangen. Der 1984-1986 unternommene Versuch, den Korridor von 3% auf 2% einzuziehen, wurde 1987 wieder aufgegeben zugunsten einer Bandbreite von 3%.

Der Übergang vom Punktziel zum Zielkorridor, den wir auch in anderen Ländern konstatieren, ermöglichte eine flexible Anpassung und Kompromisse

**Tabelle 4**  
**Performance der Makropolitik in der BRD, 1975–1987**

Jahr	Inflationsrate <sup>a)</sup>	Arbeitslosenquote <sup>b)</sup>	Saldo der lfd. Transaktionen <sup>c)</sup>	Veränderung des realen BIP <sup>d)</sup>
1975	6.0	3.6	4.3	-1.6
1976	5.4	3.7	3.7	5.4
1977	3.7	3.6	4.0	3.0
1978	2.7	3.5	8.9	2.9
1979	4.1	3.2	-5.4	4.2
1980	5.5	3.0	-13.8	1.4
1981	6.3	4.4	-3.6	0.2
1982	5.3	6.1	5.1	-0.6
1983	3.3	8.0	5.3	1.5
1984	2.4	7.1	9.7	2.8
1985	2.2	7.2	16.2	2.1
1986	-0.2	6.5	37.9	2.6
1987	0.2	6.5	44.3	1.7

<sup>a)</sup> Veränderung der Konsumentenpreise gegenüber dem Vorjahr in %.

<sup>b)</sup> Standardisierte nationale Angaben gemäß OECD in %.

<sup>c)</sup> in Milliarden US-\$.

<sup>d)</sup> Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

*Quelle:* OECD, Economic Outlook 43, Paris 1988 (Juni).

OECD, Historical Statistics 1960–1986, Paris 1988.

zwischen einer Geldmengensteuerung im regelgebundenen Sinne und einer praxisbedingten diskretionären Steuerung durch Einsatz der geldpolitischen Instrumente. Der tatsächliche Geldmengenzuwachs hielt sich fast immer im Rahmen des Korridors; die minimale Abweichung nach oben 1979 kann ebenfalls dazu gerechnet werden. Erst 1986 und 1987 findet ein Überschießen des oberen Zielbandes statt. Bei dem Endziel, der Veränderung des Preisniveaus, lässt sich ein noch günstigeres Bild als bei der Schweiz konstatieren. Praktisch wurde 1986 und 1987 eine „Nullinflation“ erreicht.

1988 wurde das Zwischenziel geändert. Von der Zentralbankgeldmenge ging man zu  $M_3$  über — eine Größe, die in anderen Ländern schon früher benutzt wurde (vgl. hierzu Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, März 1988: Methodische Anmerkungen zur geldpolitischen Zielgröße „ $M_3$ “, S. 18ff.). Über die Vor- und Nachteile der verschiedenen Geldmengenaggregate ist in der Literatur ausgiebig diskutiert worden. Ähnliches gilt für den Wechsel zwischen Jahresdurchschnittsziel und Jahresverlaufsziel, der ebenfalls erfolgt ist. Für 1989 wurde ein Zuwachs für  $M_3$  von „etwa 5%“ anvisiert. Damit wird der Korridor wieder aufgegeben, aber doch eine gewisse Flexibilität beibehalten, zumal  $M_3$  Spielraum lässt für Umschichtungen innerhalb des Geldvermögens.

Die Deutsche Bundesbank hat mit ihrer Politik der Geldmengenziele eine sehr gute Note verdient. Die Realisierung einer „Nullinflation“ ist nur noch in den Niederlanden und in Japan in ähnlicher Weise möglich gewesen. Allerdings zeigt die Performance der Makropolitik insgesamt ein weniger günstiges Bild.

Die *Arbeitslosenquote* (1974 erst 3,6%) stieg bis auf 8% (1983) und verharrete trotz Zunahme der Beschäftigung 1986 und 1987 bei 6,5%. Der *Saldo der Laufenden Transaktionen* schwankte im Berichtszeitraum beträchtlich, hat aber gerade in den letzten Jahren so stark zugenommen, daß Japan und die BRD heute als die „Hauptschuldigen“ am riesigen US-Defizit gelten (ob zu Recht oder nicht, soll hier nicht erörtert werden). Die jährliche *Veränderung des realen BIP* ist seit 1980 eher unbefriedigend (auch und gerade im Vergleich zu einigen anderen der hier behandelten Länder).

## E. USA

Die USA gelten gewöhnlich als das Geburtsland des modernen Experiments mit Geldmengenzielen. Die Anhänger des „Monetarismus“ mit ihren beiden geistigen Zentren, der University of Chicago und der Federal Reserve Bank of St. Louis, hatten schon während der sechziger Jahre durch intensive Wiederbelebung der geldtheoretischen Forschung und massive Kritik am Anspruch auf Feinsteuierung („fine-tuning“) der Wirtschaftsentwicklung den nachfrage theoretisch orientierten Postkeynesianismus immer wieder attackiert und schließlich erschüttert (Friedman 1956 und Friedman, Schwartz 1963). Bereits 1967 benutzte Milton Friedman in seiner Präsidialadresse auf der Jahrestagung der American Economic Association die Gelegenheit, sein Konzept der „monetaristischen Konterrevolution“ der wissenschaftlichen Welt vorzutragen. Er gebrauchte den Ausdruck „Counter-Revolution“ zwar erst später (Friedman 1970), doch ließen seine Ausführungen nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig. Ein Zitat hieraus mag stellvertretend für viele andere Äußerungen sein. Nach einer massiven Kritik der Stop-and-go-policy sagte er: „Mein eigenes Rezept besteht immer noch darin, daß die Währungsbehörde sich ganz dazu entschließen sollte, derartige Umschwünge zu vermeiden, indem sie sich öffentlich für eine Politik entscheidet, die auf die *Verwirklichung einer konstanten Wachstumsrate einer bestimmten monetären Gesamtgröße* gerichtet ist. Die adäquate Wachstumsrate ebenso wie die adäquate monetäre Gesamtgröße sind weniger ausschlaggebend als die *Annahme einer festen und bekannten Rate*. Ich selbst habe für eine Rate plädiert, die im Durchschnitt eine *ungefähre Stabilität des Preisniveaus der Endprodukte* sichern würde und die nach meinen Schätzungen ein etwa 3-5%iges Wachstum des umlaufenden Bargeldes zuzüglich aller Depositen der Geschäftsbanken erfordern würde oder eine etwas geringere Wachstumsrate des Bargeldes zuzüglich der Sichteinlagen. Es würde vorteilhafter sein, mit einer festen Rate zu arbeiten, auch wenn sie eine im Durchschnitt mäßige Inflation oder Deflation erzeugen würde, anstatt so weitreichende und willkürliche Erschütterungen hinzunehmen, wie wir sie erlebt haben“<sup>5</sup>.

Die grundlegenden Elemente kommen in diesen Passagen der Präsidialadresse von 1967 klar zum Ausdruck. Schon 1969 hat Milton Friedman sie in seinem Werk „The Optimum Quantity of Money and Other Essays“ (Chicago 1969) durch eine Fußnote dahingehend ergänzt, daß er im Falle der weiteren Definition, also  $M_3$  nach üblichem Sprachgebrauch, eine Zuwachsrate von 2% für besser halte. Bemerkenswert erscheint dabei, daß der jeweilige Indikator für Friedman kein Problem ist — im Gegensatz zu den Kontroversen, die darüber in der Literatur stattgefunden haben. Auch das Hervorheben einer festen und bekanntgegebenen Wachstumsrate der Geldmenge und des Ziels „Stabilität der Konsumentenpreise“ sind hervorzuheben.

Unter dem Einfluß der Friedman-Schule hat das Federal Reserve System intern schon seit 1970 Geldmengenziele als Orientierungsgrößen benutzt. Veröffentlicht wurden sie allerdings erst für 1975 (analog der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland). Gleichwohl sind die Vorschläge Friedmans niemals wirklich realisiert worden, ungeachtet der außerordentlich intensiven Diskussion. Das Federal Open Market Committee, 1933 durch eine Zusatz zum Federal Reserve Act von 1913 geschaffen, hat als die eigentliche Steuerungszentrale des Federal Reserve System stets seine eigene Politik betrieben, eine expansive oder kontraktive Geldversorgung verfolgt und seine Prioritäten wechselnd nach dem Zinsniveau, dem Dollarkurs oder nach realwirtschaftlichen Problemen der amerikanischen Binnenwirtschaft ausgerichtet (Agrarkrise, Exportindustrie, Bankenliquidität usw.). Die Bezeichnung „benign neglect“, die von europäischer Seite für dieses Verhalten benutzt wurde, war eine sehr freundliche Umschreibung.

Von Anfang an wurde nicht nur ein Geldmengenaggregat als Indikator verwendet, sondern mehrere<sup>5</sup>. Beispielsweise wurden durch Änderung der Definitionen allein zwischen 1978 und 1980 acht verschiedene Aggregate benutzt (vgl. 50. Jahresbericht der BIZ, 1980, S. 71). Auch erfolgte keine Festlegung für ein Jahr, sondern eine kürzerfristige Überprüfung und Abänderung. Zielkorridore bis zu 4% ließen der Geldpolitik einen relativ weiten Spielraum. Die Grundidee einer mittelfristigen Verfestigung der Geldmengenversorgung und damit der Erwartungen hatte deshalb keine echte Chance.

Dies kommt auch in der Performance der Makropolitik zum Ausdruck, wie Tabelle 5 zeigt.

<sup>5</sup> Diese Fassung der Präsidialadresse von M. Friedman, die zuerst unter dem Titel „The Role of Monetary Policy“ in: The American Economic Review, 58 (1968), S. 1-17, erschienen ist, enthält auch die Ergänzungen, die M. Friedman später hinzugefügt hat. Sie erschien in deutscher Übersetzung in Brunner, Monissen, Neumann 1974, S. 329.

<sup>6</sup> In den USA waren dies  $M_1$ ,  $M_2$ ,  $M_3$  und dazu GVINS als Warnbereich. Unter GVINS wurde die gesamte Inlandsverschuldung der nichtfinanziellen Sektoren verstanden. Für 1987 wurde  $M_1$  als Zielwert aufgegeben, weil das Open Market Committee der Auffassung war, daß diese Größe besonders von der Deregulierung und den Finanzmarktinovationen betroffen wurde (vgl. 58. Jahresbericht der BIZ, 1988, S. 172). Auf die tabellarische Gegenüberstellung der Zielvorgaben und der realisierten Geldmengenzuwächse mußte hier daher aus Vereinfachungsgründen verzichtet werden.

**Tabelle 5**  
**Performance der Makropolitik der USA, 1975–1987**

Jahr	Inflationsrate <sup>a)</sup>	Arbeitslosenquote <sup>b)</sup>	Saldo der lfd. Transaktionen <sup>c)</sup>	Veränderung des realen BIP <sup>d)</sup>
1975	9.1	8.3	18.1	-1.0
1976	5.7	7.6	4.2	4.9
1977	6.5	6.9	-14.5	4.4
1978	7.6	6.0	-15.4	5.1
1979	11.3	5.8	-1.0	2.0
1980	13.5	7.0	1.9	-0.1
1981	10.3	7.5	6.9	2.3
1982	6.1	9.5	-8.7	-2.6
1983	3.2	9.5	-46.3	3.9
1984	4.3	7.4	-107.0	7.2
1985	3.5	7.1	-116.4	3.5
1986	1.9	6.9	-141.3	3.0
1987	3.7	6.1	-160.7	3.1

<sup>a)</sup>) Veränderung der Konsumentenpreise gegenüber dem Vorjahr in %.

<sup>b)</sup>) Standardisierte nationale Angaben gemäß OECD in %.

<sup>c)</sup>) in Milliarden US-\$.

<sup>d)</sup>) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

*Quelle:* OECD, Economic Outlook 43, Paris 1988 (Juni).

OECD, Historical Statistics 1960–1986, Paris 1988.

Die *Inflationsrate*, die bei einigermaßen erfolgreicher Geldmengensteuerung zurückgeht (wie das schweizerische, das deutsche und das japanische Beispiel zeigen), weist während des Untersuchungszeitraumes beträchtliche Schwankungen auf. 1979–1981 gab es sogar zweistellige Raten. Der Rückgang in den achtziger Jahren bis 1986 auf 1,9% ist eher der Deregulierung und der dadurch gestiegenen Konkurrenzintensität zuzuschreiben. Ähnliches gilt für den Rückgang der *Arbeitslosigkeit*. Hingegen zeigt der *Saldo der Laufenden Transaktionen*, daß die Politik „aus dem Ruder gelaufen ist“. Das „Zwillingssdefizit“ beim Budget (1986 –220,7 Mrd., 1987 –150,4 Mrd. US-Dollar) bestätigt insgesamt eine eher schlechte Performance der Makropolitik.

## F. Japan

Bei diesem Land ist die Frage nach der Effizienz der Geldmengenziele und im weiteren nach der Performance der Wirtschaftspolitik schon darum besonders interessant, weil im Vordergrund des massenmedialen Interesses ziemlich einhellig der große Überschuß bei den Laufenden Transaktionen steht. Grosso modo heißt es, das halbe Defizit der USA entfalle auf Japans Überschüsse.

**Tabelle 6**  
**Geldmengenziele in Japan, 1979-1987**

Jahr	Zielvorgabe <sup>a)</sup>	Realisierter Geldmengenzuwachs	Veränderung des Preisniveaus
1979	11	11,2	3,6
1980	8	7,8	8,0
1981	7	10,6	4,9
1982	10	10,7	2,7
1983	7	6,8	1,9
1984	8	7,9	2,2
1985	8	9,0	2,1
1986	8-9	8,3	0,4
1987	11-12	11,8	-0,2

<sup>a)</sup>) M<sub>2</sub> + CD

*Quelle:* Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, verschiedene Jahresberichte, für die Inflationsrate OECD.

Japan hat sich erst 1978 dazu entschlossen, Zuwachsraten für die Geldmenge vorzugeben. Man bezeichnet sie ausdrücklich nicht als Ziele, sondern als Projektionen, um ihnen ein geringeres Gewicht zu geben als in den vorhergenannten Ländern. Seit 1979 wird ein sonst nicht üblicher Indikator verwendet, nämlich M<sub>2</sub> + CD, wobei CD Einlagenzertifikate einschließlich Postscheckguthaben sind. Bis 1985 wurden Punkt-, seither Korridorprojektionen angekündigt.

Betrachtet man das Endziel, die Preisniveaustabilität, so hat Japan ebenfalls eine sehr gute Politik betrieben. 1986 und 1987 wurde praktisch eine „Nullinflation“ erreicht. Aber auch die vorangegangenen Jahre 1983 bis 1985 können sich mit einem guten Ergebnis sehen lassen.

Aus Vergleichsgründen enthält die Tabelle 7 über die Performance der japanischen Makropolitik auch die Jahre 1975-1978. Sie zeigt bei den beiden Zielen Preisniveaustabilität und Saldo der Laufenden Transaktionen einen erstaunlichen Wandel in der Entwicklung. Die *Inflationsrate* betrug 1975 noch 11,8%, der *Saldo der Laufenden Transaktionen* zeigte bis 1982 keine auffälligen Besonderheiten. Erst 1983 setzten die starken Überschüsse ein, korrespondierend mit den Defiziten der USA, die ebenfalls 1983 kräftig anzusteigen beginnen. Die *Arbeitslosenquote* zeigt nach der Schweiz das beste Resultat, wenn sie auch leicht ansteigend ist (von 1,9% 1975 auf 2,8% 1987). Allerdings ist die niedrige Arbeitslosenquote Japans durch institutionelle Besonderheiten bedingt und kann nicht makropolitisch interpretiert werden (rd. ein Drittel der Arbeitnehmer sind immer noch lebenslänglich im gleichen Betrieb tätig, wenn dieser Anteil auch langsam sinkende Tendenz aufweist). Das *reale BIP* weist

**Tabelle 7**  
**Performance der Makropolitik Japans, 1975-1987**

Jahr	Inflationsrate <sup>a)</sup>	Arbeitslosenquote <sup>b)</sup>	Saldo der lfd. Transaktionen <sup>c)</sup>	Veränderung des realen BIP <sup>d)</sup>
1975	11,8	1,9	-0,7	2,6
1976	9,3	2,0	3,7	4,8
1977	8,1	2,0	10,9	5,3
1978	3,8	2,2	16,5	5,1
1979	3,6	2,1	-8,8	5,2
1980	8,0	2,0	-10,7	4,4
1981	4,9	2,2	4,8	3,9
1982	2,7	2,4	6,9	2,8
1983	1,9	2,6	20,8	3,2
1984	2,2	2,7	35,0	5,0
1985	2,1	2,6	49,2	4,7
1986	0,4	2,8	85,8	2,4
1987	-0,2	2,8	87,0	4,2

<sup>a)</sup> Veränderung der Konsumentenpreise gegenüber dem Vorjahr in %.

<sup>b)</sup> Standardisierte nationale Angaben gemäß OECD in %.

<sup>c)</sup> in Milliarden US-\$.

<sup>d)</sup> Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

*Quelle:* OECD, Economic Outlook 43, Paris 1988 (Juni).

OECD, Historical Statistics 1960-1986, Paris 1988.

**Tabelle 8**  
**Geldmengenziele in Frankreich, 1977-1987**

Jahr	Zielvorgabe <sup>a)</sup>	Realisierter Geldmengenzuwachs	Veränderung des Preisniveaus
1977	12,5	13,9	9,4
1978	12	12,2	9,1
1979	11	14,4	10,8
1980	11	9,8	13,6
1981	10	11,4	13,4
1982	12,5-13,5	12,0	11,8
1983	9	10,2	9,6
1984	5,5-6,5	6,5	7,4
1985	4-6	6,5	5,8
1986 <sup>b)</sup>	3-5	4,6	2,7
1987 <sup>c)</sup>	{ 4-6 3-5 }	{ 4,1 9,2 }	3,1

<sup>a)</sup> M<sub>2</sub>    <sup>b)</sup> M<sub>3</sub>    <sup>c)</sup> M<sub>2</sub> + M<sub>3</sub>

*Quelle:* Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, verschiedene Jahresberichte, für die Inflationsrate OECD.

*Tabelle 9*  
**Performance der Makropolitik in Frankreich, 1975–1987**

Jahr	Inflationsrate <sup>a)</sup>	Arbeitslosenquote <sup>b)</sup>	Saldo der lfd. Transaktionen <sup>c)</sup>	Veränderung des realen BIP <sup>d)</sup>
1975	11.8	4.0	2.7	-0.3
1976	9.6	4.4	-3.4	4.2
1977	9.4	4.9	-0.4	3.2
1978	9.1	5.2	7.0	3.4
1979	10.8	5.9	5.2	3.2
1980	13.6	6.3	-4.2	1.6
1981	13.4	7.4	-4.7	1.2
1982	11.8	8.1	-12.1	2.5
1983	9.6	8.3	-4.7	0.7
1984	7.4	9.7	-0.8	1.4
1985	5.8	10.2	-0.4	1.7
1986	2.7	10.4	2.9	2.1
1987	3.1	10.8	-4.5	1.9

<sup>a)</sup>) Veränderung der Konsumentenpreise gegenüber dem Vorjahr in %.

<sup>b)</sup>) Standardisierte nationale Angaben gemäß OECD in %.

<sup>c)</sup> in Milliarden US-\$.

<sup>d)</sup> Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

*Quelle:* OECD, Economic Outlook 43, Paris 1988 (Juni).

OECD, Historical Statistics 1960–1986, Paris 1988.

immer positive Werte auf und geringere Schwankungen als die übrigen hier betrachteten Länder.

## G. Frankreich

Frankreich hat mit Geldmengenzielen erst 1977 begonnen. Als Indikator wurde M<sub>2</sub> benutzt, 1986 M<sub>3</sub>, 1987 M<sub>2</sub> und M<sub>3</sub>. In der ersten Hälfte dieses Zeitraums verwendete man Punktziele, in der zweiten (mit Ausnahme von 1983) Zielkorridore.

Tabelle 8 zeigt, daß Frankreich — bekannt als Land, das seine Budgetdefizite über die Notenbank zu decken pflegt und deshalb auch im EWS immer wieder mit Problemen ringt — seine monetäre Disziplin unter der Ägide der Geldmengenziele erheblich verbessert hat. Man darf annehmen, daß die Diskussion über eine Europäische Währungsunion, bei der die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich die Hauptrolle spielen, dabei mitgewirkt hat. Für ein Land, das in manchen Jahren zweistellige *Inflationsraten* aufzuweisen hatte, ist der Rückgang auf + 2,7% 1986 und + 3,1% 1987 eine beachtliche Leistung. Allerdings zeigt die Performance der gesamten Makropolitik ein weniger günstiges Bild, wenn man den Anstieg der Arbeitslosenquote und das relativ geringe reale Wachstum betrachtet.

**Tabelle 10**  
**Performance der Makropolitik Großbritanniens, 1975-1987**

Jahr	Inflations-rate <sup>a)</sup>	Arbeitslosen-quote <sup>b)</sup>	Saldo der lfd. Transaktionen <sup>c)</sup>	Veränderung des realen BIP <sup>d)</sup>
1975	24.2	4.3	-3.5	-1.1
1976	16.5	5.6	-1.6	2.9
1977	15.8	6.0	-0.2	2.2
1978	8.3	5.9	1.9	3.6
1979	13.4	5.0	-1.3	2.7
1980	18.0	6.4	7.1	-2.4
1981	11.9	9.8	13.5	-1.2
1982	8.6	11.3	7.8	1.6
1983	4.6	12.5	5.7	3.3
1984	5.0	11.7	2.7	2.6
1985	6.1	11.2	4.2	3.6
1986	3.4	11.2	0.1	3.3
1987	4.2	10.3	-2.7	4.5

<sup>a)</sup>) Veränderung der Konsumentenpreise gegenüber dem Vorjahr in %.

<sup>b)</sup>) Standardisierte nationale Angaben gemäß OECD in %.

<sup>c)</sup>) in Milliarden US-\$.

<sup>d)</sup>) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

*Quelle:* OECD, Economic Outlook 43, Paris 1988 (Juni).

OECD, Historical Statistics 1960-1986, Paris 1988.

Ob Frankreich seine bisherige Politik durchhalten kann, bleibt abzuwarten, da die *Arbeitslosenquote* wohl die „Schmerzgrenze“ erreicht hat und eine Deregulierungspolitik wie in den USA aus innenpolitischen Gründen erst ansatzweise erfolgt. Bedenklich ist auch, daß die *Veränderung des realen BIP* 1979 letztmalig eine 3 vor dem Komma hatte. Die Zahlen sehen im internationalen Vergleich der hier betrachteten Länder recht ungünstig aus. Der meist negative *Saldo der Laufenden Transaktionen* spiegelt die außenwirtschaftlichen Probleme Frankreichs wider, die auch schon die mehrfachen Anpassungen im EWS induziert haben. Immerhin konnte die Inflationsdifferenz zur Bundesrepublik Deutschland wesentlich verringert werden.

## H. Großbritannien

Großbritannien hat bis 1977 dem Wechselkurs Priorität eingeräumt (exchange market management) und diese Politik später nie völlig aufgegeben (wobei die schwankenden Ölneinnahmen eine Rolle spielen; vgl. den Länderbericht in BIS, Exchange Market Intervention and Monetary Policy, 1988). Zielvorgaben für die Geldmenge sind seither relativ flexibel praktiziert worden (teilweise aufgegeben, so 1986, und dann wieder eingeführt). Als Indikatoren

**Tabelle 11**  
**Geldmengenziele in Italien, 1975–1987**

Jahr	Zielvorgabe <sup>a)</sup>	Realisierter Geldmengenzuwachs	Veränderung des Preisniveaus
1975	17,5	25,4	17,2
1976	17,5	19,9	16,5
1977	15	17,8	18,1
1978	16	20,9	12,4
1979	18,5	18,5	15,7
1980	17,5	18,5	21,1
1981	16	18,1	18,7
1982	15,5	20,8	16,3
1983	18	20,6	15,0
1984	17,4	20,0	10,6
1985	{ 12 (CPS) { 10 (M <sub>2</sub> )	{ 13,0 { 11,4	8,6
1986	{ 7 (CPS) { 7-11(M <sub>2</sub> )	{ 11,4 { 9,4	6,1
1987	{ 7 (CPS) { 6- 9(M <sub>2</sub> )	{ 10,2 { 8,4	4,6

<sup>a)</sup> 1975–1984 GIK = gesamte inländische Kreditgewährung

ab 1985 CPS + M<sub>2</sub>.

CPS = Kredite an den nichtöffentlichen Sektor (einschließlich bestimmter öffentlicher Unternehmen)

*Quelle:* Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, verschiedene Jahresberichte, für die Inflationsrate OECD.

wurden ein bis vier Größen zugleich benutzt, meist in Form von Korridoren und nicht immer deckungsgleich mit den Kalenderjahren. Auf eine besondere Tabelle soll hier daher verzichtet werden. Tabelle 10 bringt statt dessen die Performance der britischen Makropolitik.

Die zweistelligen *Inflationsraten* bis 1981 deuten auf die Vernachlässigung der Geldmengenpolitik hin. Immerhin ist eine zunehmende monetäre Disziplin in den letzten Jahren unverkennbar. Die hohe *Arbeitslosenquote* (1983 12,4%) sinkt seit 1984, ist aber auch 1987 immer noch zweistellig gewesen. Der *Saldo der Laufenden Transaktionen* weist erhebliche Schwankungen auf. Die *Veränderung des realen BIP* hat im Zeichen von Privatisierung und Deregulierung eine positive Entwicklung genommen, die 1986 und 1987 noch über derjenigen Japans liegt.

*Tabelle 12*  
**Performance der Makropolitik in Italien, 1975-1987**

Jahr	Inflationsrate <sup>a)</sup>	Arbeitslosenquote <sup>b)</sup>	Saldo der lfd. Transaktionen <sup>c)</sup>	Veränderung des realen BIP <sup>d)</sup>
1975	17.2	5.8	-0.6	-3.6
1976	16.5	6.6	-2.8	5.8
1977	18.1	7.0	2.5	1.9
1978	12.4	7.1	6.2	2.7
1979	15.7	7.6	5.5	4.9
1980	21.1	7.5	-9.9	3.9
1981	18.7	8.3	-9.0	1.1
1982	16.3	9.0	-6.2	0.2
1983	15.0	9.8	1.6	1.0
1984	10.6	10.2	-2.4	3.2
1985	8.6	10.5	-3.6	2.9
1986	6.1	10.3	2.8	2.9
1987	4.6	11.0	-0.7	3.1

<sup>a)</sup> Veränderung der Konsumentenpreise gegenüber dem Vorjahr in %.

<sup>b)</sup> Standardisierte (1986 und 1987 nichtstandardisierte) nationale Angaben gemäß OECD in %.

<sup>c)</sup> in Milliarden US-\$.

<sup>d)</sup> Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

*Quelle:* OECD, Economic Outlook 43, Paris 1988 (Juni).

OECD, Historical Statistics 1960-1986, Paris 1988.

## I. Sonstige

Unter den sonstigen Ländern, die mit Geldmengenzielen experimentiert haben, ist *Italien* zu nennen, das 1975 auf einem relativ hohen Inflationssockel begonnen hat (Inflationsrate 1975 17,2%). Nach einem weiteren Anstieg bis auf 21,1% 1980 konnte sie verhältnismäßig rasch bis 1987 auf 4,6% zurückgeführt werden. Italien hat nicht die üblichen Geldmengenaggregate verwendet, sondern von 1975-1984 die Größe GIK = gesamte inländische Kreditgewährung. Ab 1985 werden zwei Ziele angegeben, neben M<sub>2</sub> noch CPS = Kredite an den nichtöffentlichen Sektor (einschließlich bestimmter öffentlicher Unternehmen). Auch wurde für 1986 und 1987 bei M<sub>2</sub> ein Zielkorridor eingeführt. Über die Entwicklung gibt die Tabelle 11 Auskunft.

Angesichts der italienischen Praxis, Haushaltsdefizite über die Notenbank zu finanzieren, darf die Rückführung der *Inflationsrate* als großer Erfolg angesehen werden. Allerdings ist im gleichen Zeitraum — ähnlich wie in Frankreich — die Arbeitslosenquote stark gestiegen.

Wenn man vom Anstieg der *Arbeitslosenquote* einmal absieht, lassen der Rückgang der Inflationsrate und die relativ „normalen“ Werte beim *Saldo der*

*Laufenden Transaktionen* und bei der *Veränderung des realen BIP* den Schluß zu, daß sich Italien intensiv auf die Realisierung des Gemeinsamen Marktes vorbereitet und bessere Chancen hat, als dies noch vor einigen Jahren der Fall gewesen ist.

Zu den Ländern mit Geldmengenzielen gehören auch die *Niederlande*, allerdings nur temporär von 1977-1981 und wieder ab 1986. Als kleine, offene, stark weltmarktverflochtene Volkswirtschaft befinden sich die Niederlande in einer ähnlichen Situation wie die Schweiz. Auch die Niederlande haben unter der Ägide der Geldmengenziele in den letzten beiden Jahren (1986 und 1987) eine „Nullinflation“ erreicht:

*Tabelle 13*  
**Geldmengenziele in den Niederlanden, 1977-1987**

Jahr	Zielvorgabe <sup>a)</sup>	Realisierter Geldmengenzuwachs	Veränderung des Preisniveaus
1977	10	7,5	6,4
1978	7	5,5	4,1
1979	8,5	6,8	4,2
1980	7,5	7,8	6,5
1981	6,5	3,0	6,7
1982	-	-	6,0
1983	-	-	2,8
1984	-	-	3,3
1985	-	-	2,3
1986	5,5-6	9,6	0,2
1987	11-12 <sup>b)</sup>	13,6 <sup>b)</sup>	-0,5

<sup>a)</sup> 1977-1981 =  $M_2$

1986-1987 =  $DM_2$  (Zuwachs der Bankkredite an den privaten Sektor und der langfristigen Bankkredite an den öffentlichen Sektor, abzüglich der langfristigen Verschuldung des Bankensystems)

<sup>b)</sup> 1986 und 1987 zusammengefaßt (vgl. BIZ, 58. Jahresbericht 1988, S. 168).

*Quelle:* Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, verschiedene Jahresberichte, für die Inflationsrate OECD.

Die relativ hohen Zahlen für 1987 (im Vergleich zur Veränderung des Preisniveaus um -0,5%) hängen damit zusammen, daß neue Instrumente der Geldpolitik in den Niederlanden eingeführt wurden (vgl. BIZ, 58. Jahresbericht 1988, S. 168).

Hinsichtlich der Performance der Makropolitik fällt auf, daß die Arbeitslosenquote gerade in den Jahren ohne Geldmengenziele (1982-1985) eine zweistellige Höhe erreicht hat.

**Tabelle 14**  
**Performance der Makropolitik in den Niederlanden, 1975-1987**

Jahr	Inflationsrate <sup>a)</sup>	Arbeitslosenquote <sup>b)</sup>	Saldo der lfd. Transaktionen <sup>c)</sup>	Veränderung des realen BIP <sup>d)</sup>
1975	10.2	5.2	2.4	-0.3
1976	8.8	5.5	3.4	4.8
1977	6.4	5.3	1.2	2.6
1978	4.1	5.3	-1.2	2.4
1979	4.2	5.4	0.2	2.0
1980	6.5	6.0	-1.0	1.1
1981	6.7	8.5	3.6	-0.7
1982	6.0	11.4	4.5	-1.4
1983	2.8	12.0	4.9	1.5
1984	3.3	11.8	5.1	3.1
1985	2.3	10.6	5.3	2.3
1986	0.2	9.9	4.6	2.4
1987	-0.5	9.6	3.2	2.5

<sup>a)</sup>) Veränderung der Konsumentenpreise gegenüber dem Vorjahr in %.

<sup>b)</sup>) Standardisierte nationale Angaben gemäß OECD in %.

<sup>c)</sup>) in Milliarden US-\$.

<sup>d)</sup>) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

*Quelle:* OECD, Economic Outlook 43, Paris 1988 (Juni).

OECD, Historical Statistics 1960-1986, Paris 1988.

Zu erwähnen ist schließlich noch *Kanada*, das von 1976-1982 Zielkorridore für M<sub>1</sub> vorgegeben hat, dann aber wegen der raschen Zunahme der Finanzinnovationen wieder davon Abstand genommen hat. Auch die hohe Staatsverschuldung und der Abwertungsdruck auf den kanadischen Dollar spielten dabei eine Rolle. Im Hinblick auf das Freihandelsabkommen USA-Kanada, das Anfang 1989 in Kraft getreten ist, wurden seit 1987 ein restiktiver (diskretionärer) Kurs in der Geldpolitik eingeschlagen und umfangreiche Stützungskäufe des kanadischen Dollars vorgenommen, die auch — in Verbindung mit einer zunehmenden Zinsdifferenz gegenüber den USA — zu einer Höherbewertung des Kanada-Dollars geführt haben (im Verhältnis zum US-Dollar).

Als jüngstes Land hat *Spanien* 1986 einen Zielkorridor von 3% für den Geldmengenzuwachs eingeführt. Als Zwischenziel ist das Aggregat ALP (= liquide Mittel in der Hand privater Nichtbanken) deklariert (vgl. BIZ, 58. Jahresbericht 1988, S. 168). Angesichts der noch hohen Arbeitslosigkeit (rd. 20%) einerseits und der EG-bedingten Wachstumsdynamik andererseits wird man die Entwicklung in diesem Land mit Aufmerksamkeit verfolgen.

## J. Zur Beurteilung der Erfahrungen mit Geldmengenzielen

An der Richtigkeit des Konzepts, daß längerfristig das Preisniveau durch die Geldmengenversorgung bestimmt wird, besteht nach dem Stand unserer Erkenntnis kein Zweifel. Dem Preisniveau geht es damit ähnlich wie den Wechselkursen. Längerfristig kommen in ihnen die Kaufkraftparitäten zum Ausdruck (vgl. hierzu Moser 1983 und die dortigen Literaturangaben). Nun stellt sich die Frage, was „längerfristig“ in der Praxis eigentlich bedeutet, wenn diese Praxis sich aus lauter kurzen Perioden zusammensetzt, in denen ständig Unvorhergesehenes und Unvorhersehbares passiert, das dann zum Unter- oder Überschießen der Geldmengenziele wie der Wechselkurse führt. Mit Definitionen der verschiedenen Fristigkeiten kann diese Grundfrage nicht befriedigend beantwortet werden, weil der Zeitablauf immer ein Kontinuum bildet.

Rückblickend auf die seit 1975 vorliegenden Erfahrungen mit Geldmengenzielen darf man aber wohl feststellen, daß die Tabellen 1 (Schweiz), 3 (Bundesrepublik Deutschland), 6 (Japan) und 13 (Niederlande) die Möglichkeit beweisen, durch monetäre Steuerung das Ziel einer „Nullinflation“ zu erreichen. Gleichwohl gab es schon 1986 erhebliche Zweifel, ob man das Experiment mit Geldmengenzielen fortsetzen sollte. Ende 1987 sah es fast so aus, als ob die Übung abgebrochen würde (wozu der Börsen-Crash im Oktober 1987 nicht wenig beigetragen hat). „Es ist an der Zeit, die Politik der Geldmengenziele grundsätzlich in Frage zu stellen“ — dieser Satz C. C. von Weizsäckers vom 8. Januar 1988 stand in unmittelbarem Zusammenhang mit der verspäteten Bekanntgabe eines jährlichen Geldmengenziels durch die Deutsche Bundesbank (die erst kurz darauf erfolgte bei gleichzeitiger Änderung der Zielgröße von der Zentralbankgeldmenge auf  $M_3$  (vgl. hierzu ausführlich Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, Jg. 40, Nr. 3, März 1988, S. 18-21: „Methodische Anmerkungen zur geldpolitischen Zielgröße,  $M_3$ \“)). Weizsäcker bezweifelte grundsätzlich, ob Geldmengenziele die Zukunftserwartungen der Wirtschaftssubjekte koordinieren könnten, wobei die Performance der Makropolitik insgesamt ebenso als Begründung angeführt wurde wie der Rückgang der Umlaufgeschwindigkeit.

Damit sind jedoch zwei ganz verschiedene Probleme angeschnitten. Nach dem seit Tinbergen bekannten Satz, daß für jedes Ziel ein Instrument (bzw. eine Instrumentengruppe bei Grob- und Feinstreuierung) erforderlich ist, muß dem Ziel Preisniveaustabilität eindeutig die Geldpolitik zugeordnet werden. Für die anderen Ziele der Makropolitik kann sie bestenfalls subsidiäre oder flankierende Aufgaben übernehmen. Vollbeschäftigung, äußeres Gleichgewicht und Wachstum sind primär mit anderen Instrumenten bzw. Instrumentengruppen anzusteuern. Hierzu gehören in sehr wichtigem Umfang auch der Abbau von Rigiditäten im gesamten Mikrobereich (Tuchtfeldt 1986) und der nichttarifären Handelshemmnisse. Will man eine internationale Koordination der Makropolitik, müssen Ziele und Instrumente auf allen Gebieten stimmig sein.

Auf einem anderen Blatt steht, ob und inwieweit Geldmengenziele inhärente Probleme aufweisen und welche Verbesserungsmöglichkeiten bestehen. Hierzu gehört einmal die Frage, welches *Geldmengenaggregat als Zwischenziel* gewählt werden soll, um das Endziel Preisniveaustabilität am besten zu erreichen. Über die entsprechende Eignung von Zentralbankgeldmenge,  $M_1$ ,  $M_2$  oder  $M_3$  liegt eine umfangreiche Literatur vor, in welcher die verschiedenen Wirkungen analysiert werden. Die Vor- und Nachteile der einzelnen Aggregate sind unterschiedlich, wobei auch das jeweilige wirtschaftspolitische Umfeld eine wichtige Rolle spielt. Die USA konnten sich „benign neglect“ leisten, die stark weltmarktverflochtenen Volkswirtschaften können es nicht.

Eine zweite Frage betrifft die *Wahl zwischen Punktziel und Zielkorridor*. Ein Punktziel zu erreichen, dürfte eher ein Glücksspiel sein. Bei Abweichungen steht die Notenbank ständig unter Begründungzwang. Zielkorridore schaffen mehr Spielraum, wenn sie nicht zu breit sind. Glaubwürdigkeit der Notenbank, Berechenbarkeit der Politik und damit Verstetigung der Erwartungen wirken sich dann positiv auf das wirtschaftliche Klima aus. Verhaltensänderungen, erratische Schocks und dgl. sind nun einmal in offenen Volkswirtschaften nicht auszuschließen. Bei Zielkorridoren können sie leichter aufgefangen oder kompensiert werden.

Ein weiteres Problem liegt in den *Devisenmarktinterventionen*. Bei Kursflexibilität wird vorausgesetzt, daß sich der Wechselkurs als Marktpreis für Devisen aufgrund der jeweiligen Kaufkraftparitäten einspielt. Unterschiede in den Inflationsraten und Zinsniveaus der einzelnen Volkswirtschaften kommen in den Veränderungen der Wechselkurse zum Ausdruck. Kurzfristig (im Tagesablauf als Folge neuer Informationen, innerhalb einer Woche oder eines Monats) lassen sich Abweichungen von der Kaufkraftparität feststellen, die als „Überschießen“ oder „Unterschießen“ bezeichnet werden. Ähnliche stochastische Schwankungen können auch auf Aktien- und Rohstoffmärkten festgestellt werden. Da der Wechselkurs (trotz aller Absicherungsmöglichkeiten) ein entscheidender Faktor für die Konkurrenzfähigkeit einer Firma (Branche, Volkswirtschaft) ist, greifen die Notenbanken durch Devisenmarktinterventionen ein. Die wichtigsten Welthandelswährungen (US-Dollar, DM, Yen) haben seit 1973 teilweise starke Schwankungen erfahren. „Die Erfahrungen seit 1973 zeigen, daß die Notenbanken auch in einem System flexibler Kurse nicht umhin kommen, ihre unter binnennationale Gesichtspunkten abgeleiteten Zwischenziele (insbesondere Geldmengenziele) immer wieder darauf zu überprüfen, ob sie in Anbetracht der jeweiligen außenwirtschaftlichen Verhältnisse noch dazu geeignet sind, zur Erreichung der wirtschaftspolitischen Endziele (insbesondere des Stabilitätsziels) in ausreichendem Maße beizutragen. Die Geldpolitik entkommt also durch ein System flexibler Kurse nicht dem Konflikt zwischen binnennationalen und außenwirtschaftlichen Zielsetzungen“ (Kloten, Bofinger 1988, S. 136). Glättung erratischer Wechselkursschwankungen, Interventionsverpflichtungen im Rahmen des Paritätengitters des EWS oder die Realisierung wechselkurspolitischer Absichtserklärungen (z. B. der Schweiz oder Österreichs

gegenüber der DM) haben dazu geführt, daß aus dem „reinen Floating“ der Theorie ein „managed floating“ geworden ist.

Charakteristisch für Devisenmarktinterventionen ist der Tatbestand, daß „der Markt“ vorher nicht weiß, ob und in welchem Umfang interveniert wird. Erst post festum erfährt man, diese oder jene Notenbank sei mit geringeren oder größeren Beträgen „am Markt“ gewesen. Daneben gibt es auch Interventionen, die nicht „über den Markt“ laufen, wenn sie sich zwischen Währungsbehörden abspielen.

In welchem Umfang beispielsweise Devisenmarktinterventionen stattfinden, zeigt das Beispiel der Deutschen Bundesbank:

**Tabelle 15**  
**Veränderungen der Netto-Auslandsposition der Deutschen Bundesbank**  
**durch Devisenmarktinterventionen in Mrd. DM\***

Zeitraum	Netto-Auslandsposition insgesamt	Interventionen		Sonstige Devisenbewegungen
		DM-Dollar-Markt <sup>1</sup>	Europäischer Währungsverbund bzw. EWS <sup>2</sup>	
1973 April-Dezember	+ 6,6	- 0,4	+ 8,3	- 1,3
1974	- 1,6	+ 0,0	+ 0,2	- 1,8
1975	- 2,2	- 0,6	- 1,8	+ 0,3
1976	+ 8,9	+ 2,5	+ 17,0	- 10,6
1977	+ 10,5	+ 10,9	+ 1,5	- 2,0
1978	+ 20,1	+ 24,1	+ 7,9	- 11,8
1979	- 7,8	+ 7,3	+ 8,2	- 23,3
1980	- 25,4	- 18,3	- 10,5	+ 3,4
1981	- 3,2	- 21,5	+ 15,0	+ 3,3
1982	+ 3,2	- 6,6	+ 3,7	+ 6,2
1983	- 4,0	- 14,7	- 7,8	+ 18,5
1984	- 3,2	- 23,2	+ 3,6	+ 16,3
1985	+ 2,7	- 16,5	- 0,2	+ 19,4
1986	+ 5,2	+ 2,5	- 8,4	+ 11,1
1987	+ 41,8	+ 7,8	+ 18,1	+ 15,8

\* Ohne Liquiditätsswaps. Erfäßt zu laufenden Wechselkursen und nach dem Datum des Geschäftsbuchabschlusses, wodurch sich Abweichungen von den entsprechenden Angaben in der Zahlungsbilanzstatistik ergeben. -<sup>1</sup> Einschl. US-Operationen, soweit sie die Auslandsposition der Bundesbank berühren. -<sup>2</sup> Einschl. Operationen anderer Notenbanken, soweit sie die Auslandspositionen der Bundesbank berühren.

Quelle: Kloten, Bofinger 1988, S. 127 (1973–1985) und Dudler 1988, S. 71 (1986–1987).

**Tabelle 16**  
**Kreislaufgeschwindigkeit des Geldes ( $M_1$ ) in ausgewählten Ländern,**  
**1980–1986 (1980 = 100)**

Land	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986
Schweiz	100,0	104,0	106,8	102,3	100,1	100,5	104,8
Bundesrepublik							
Deutschland	100,0	99,5	97,2	95,5	95,5	95,1	94,7
USA	100,0	105,5	102,8	95,2	96,5	93,6	90,8
Japan	100,0	98,3	94,7	92,4	92,0	90,7	86,6
Großbritannien	100,0	90,2	83,5	80,2	76,8	74,7	-
Frankreich	100,0	100,8	103,1	103,7	103,9	106,4	-
Italien	100,0	107,0	111,4	109,3	111,5	115,3	133,1
Niederlande	100,0	96,3	94,7	93,9	91,6	90,2	-

Quelle: IMF, International Financial Statistics, 1987, S. 101.

Devisenmarktinterventionen können expansive oder kontraktive Liquiditätseffekte in den jeweiligen Ländern haben. Sie können „den Markt“ dazu veranlassen, „aus der schwachen in die starke Währung zu gehen“ (Deutsche Bundesbank, Geschäftsbericht für das Jahr 1986, S. 75). Wechselkurse sind nun einmal „politische Preise“ und damit eine Schwachstelle (deren Bedeutung bei funktionierender internationaler Kooperation verringert werden könnte).

Daneben gibt es Probleme, die sich erst seit dem Experiment mit Geldmengenzielen neu ergeben haben. In der Diskussion spielen sie teilweise eine größere Rolle als die eben erwähnten Schwierigkeiten.

So sind die *Globalisierung der Finanzmärkte* und die damit in Verbindung stehenden *Finanzmarktinovationen* intensiv diskutiert worden. Sie hängen vor allem mit der Deregulierung im Bankensystem der USA zusammen, die sich rasch ausgebreitet hat (1980 „Depository Institutions Deregulation and Monetary Control Act“). Die Volatilität der verschiedenen Möglichkeiten von Bankeinlagen wie auch der Zinsen hat in Verbindung mit den Fortschritten im „electroning banking“ die Steuerungsfähigkeit von  $M_1$  sehr viel schwieriger gemacht (vgl. Dale 1984, BIS 1984, Ketterer, Kloten 1985, Baltensperger, Dermine 1987 I und II, Herz 1987, Baltensperger 1987, Ketterer, Kloten 1988, Hasse 1988, Schäfer 1988).

In der Schweiz und in der Bundesrepublik Deutschland machte sich die gestiegene Volatilität am wenigsten bemerkbar. Dies hängt damit zusammen, daß in beiden Ländern die Finanzmarktinovationen mit einiger Zurückhaltung aufgenommen werden. Eine eher konservative Einstellung gegenüber neuen Anlageformen ist unverkennbar. In diesem Zusammenhang spielen auch die Geldmarktfonds eine Rolle, die nicht in die herkömmlichen Geldaggregate passen und, analog den Sichteinlagen völlig volatil, die Kontrolle der Geldmenge schwächen (vgl. Issing 1984, S. 132ff., Ketterer, Kloten 1988, S. 124ff.).

Die *Umlaufgeschwindigkeit*, ein altes Thema der Geldtheorie, wurde früher als relativ stabil angenommen. Das Experiment mit Geldmengenzielen ergab jedoch ein erhebliches Maß an kurzfristiger Inkonstanz (das allerdings bei von Weizsäcker 1988 nur im Sinne der Verlangsamung gesehen wird, nicht dagegen der Beschleunigung), die sich im internationalen Vergleich ebenfalls feststellen lässt.

Nicht quantifizierbar ist in diesem Zusammenhang die Frage, welcher Teil der *Banknoten* gar nicht im eigenen Land, sondern *als illegale Parallelwährung in anderen Staaten* im Umlauf ist. So wird der US-Dollar, dessen Umlaufgeschwindigkeit sich verlangsamt hat, in ganz Lateinamerika und in Israel als Zahlungsmittel benutzt. Für die DM gilt ähnliches im Ostblock, für den Yen in Ost- und Südostasien. In der Diskussion über die Probleme monetärer Steuerung werden diese Fakten kaum erwähnt.

Eine ebenfalls nicht voraussehbare Entwicklung war der *Trend zum „Multi-Currency-Standard“*. Vor Beginn des Floating (1973) und der Experimente mit Geldmengenzielen (1975) haben die Notenbanken ihre Devisenreserven vor allem in US-Dollars gehalten; daneben spielte das britische Pfund noch eine gewisse Rolle. Dann setzte eine Tendenz zur Diversifizierung ein, insofern DM, Yen und Schweizer Franken in die Funktion von Reservewährungen aufrückten. Die betroffenen Notenbanken haben sich energisch, aber erfolglos dagegen gewehrt. In der Literatur ist diese Entwicklung bis zum Beginn der achtziger Jahre ziemlich unbeachtet geblieben (vgl. Hasse 1984 und Horii 1986). Eine Langzeitschätzung der BIZ ergibt folgendes Bild:

*Tabelle 17*

Geschätzte Zusammensetzung der globalen Währungsreserven, 1970–1984,  
in Prozent am Jahresende

Währung	1970	1972	1976	1980	1982	1983	1984
US-Dollar	77,2	78,6	76,6	67,2	68,4	68,5	65,8
Deutsche Mark	1,9	4,6	8,8	14,8	12,4	11,2	12,1
Yen	–	0,1	2,1	4,3	4,6	4,7	5,4
Schweizer Fr.	0,7	1,0	2,2	3,2	2,7	2,3	2,0
Brit. Pfund	10,4	7,1	1,9	2,9	2,4	2,6	2,8
Franz. Fr.	1,1	0,9	1,6	1,7	1,3	1,1	1,0
andere	8,7	7,7	6,8	5,9	8,2	9,6	10,9
Total	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: A. Horii, The Evolution of Reserve Currency Diversification (BIS Economic Papers, No. 18), Basle 1986, S. 7.

Eine neuere Studie der BIZ beziffert den Anteil des US-Dollars für 1987 auf 69,0 denjenigen der DM auf 14,8 und des Yen auf 6,9 Prozent; alle anderen werden

mit 9,3 Prozent angegeben (BIS Economic Papers, No. 22: Reserves and International Liquidity, Basle 1988, S. 48).

Gewiß gäbe es noch manche andere Faktoren, die hier zu nennen wären. Ein Beispiel ist etwa der Abfluß von 90 Mrd. DM von Januar bis September 1988 aus der Bundesrepublik Deutschland, der mit der Ankündigung einer zehnprozentigen Quellensteuer in Verbindung gebracht wird. Sollte diese Motivation im wesentlichen zutreffen, zeigt sie ein bedenkliches Maß an Volatilität. Hat doch die Quellensteuer von 35% in der Schweiz umgekehrt den ständigen Kapitalzufluß nie gehemmt. Auch für das Experiment mit Geldmengenzielen, wie immer es weitergehen mag, gelten daher die Einsichten, mit denen Jürg Niehans sein Lehrbuch „Theorie des Geldes“ schließt: „Die Wirtschaftswissenschaft darf jedoch nicht der Illusion verfallen, daß die Zentralbankpolitik je zu einer Wissenschaft wird ... In der Geldpolitik wie auf dem Gefechtsfeld zählt das Unerwartete am meisten ... Wie weit die Geldtheorie auch fortschreiten mag, die Zentralbankpolitik wird wahrscheinlich eine Kunst bleiben“ (S. 336).

### Literaturverzeichnis

- Baltensperger, E., Böhm, P.* (1982), Stand und Entwicklungstendenzen der Wechselkurs-theorie — Ein Überblick, in: Außenwirtschaft 37, S. 109-157.
- Baltensperger, E., Dermine, J.* (1987 I), Banking Deregulation in Europe, in: Economic Policy 4, S. 63-109.
- (1987 II), The Rule of Public Policy in Ensuring Financial Stability: A Cross-Country Comparative Perspective, in: R. Portes, A. K. Swoboda, eds., Threats to International Financial Stability, Cambridge.
- Baltensperger, E.* (1988 I), Die Regulierung des Bankensektors, in: WIST 17, 53-57.
- Bank for International Settlements* (BIS; 1984), Financial Innovation and Monetary Policy, Basle.
- (BIS, 1986), Changes in Money-Market Instruments and Procedures; Objectives and Implications, Basle.
- (BIS 1988 I), Exchange Market Intervention and Monetary Policy, Basle.
- (BIS, 1988 II), Reserves and International Liquidity (BIS Economic Papers, No. 22), Basle.
- Bank für Internationales Zahlungsausgleich* (BIZ), Jahresberichte, Basel.
- Blinder, A. S.* (1987), The Rules-versus-Discretion Debate in the Light of Recent Experience, Weltwirtschaftliches Archiv 123, S. 399-414.
- Brunner, K., Monissen, H. G., Neumann, M. J. M.* (1974), Hg., Geldtheorie, Köln.
- Buomberger, P.* (1979), Theorie und Strategie der Geldpolitik in einer kleinen, offenen Volkswirtschaft. Theoretische und empirische Untersuchungen zur schweizerischen Geldpolitik, Zürich.
- Dale, R.* (1984), The Regulation of International Banking, Cambridge.

- Deutsche Bundesbank*, Geschäftsberichte (jährlich), Frankfurt a. M.
- Monatsberichte, Frankfurt a. M.
  - Auszüge aus Presseartikeln, Frankfurt a. M.
- Dudler*, H.-J. (1986), Geldmengenpolitik und Finanzinnovationen, Kredit und Kapital 19, S. 472-495.
- (1988), Country paper: Germany, in: BIS (1988 I), S. 65-96.
- Dürr*, E. (1968), Probleme der Konjunkturpolitik, Freiburg i. Brsg.
- (1971), Geld- und Bankpolitik, 2. Aufl., Köln.
- Duwendag*, D. (1986), Es gibt keine seriösen Alternativen, Wirtschaftsdienst 66, S. 596-598.
- Ehrlicher*, W. (1961), Die Geld-, Finanz- und Einkommenspolitik im volkswirtschaftlichen Systemzusammenhang, Jahrbuch für Sozialwissenschaft 12, S. 80-100.
- (1972), Die Geld-, Finanz- und Einkommenspolitik im volkswirtschaftlichen Systemzusammenhang, Kredit und Kapital 5, S. 407-437.
  - (1985), Ein neuer Methodenstreit? Jahrbuch für Sozialwissenschaft 36, S. 110-127.
  - (1988 I) Die Geld-, Finanz- und Einkommenspolitik im volkswirtschaftlichen Systemzusammenhang, Kredit und Kapital 21, S. 163-181.
  - (1988 II), Wandlungen in der Konzeption der Geld-, Finanz- und Lohnpolitik 1948-1986, in: W. Filc, L. Hübl, R. Pohl, Hg., Herausforderungen der Wirtschaftspolitik (Festschrift für Claus Köhler), Berlin, S. 315-336.
- Friedman*, M. (1956), Studies in the Quantity Theory of Money, Chicago.
- Friedman*, M., *Schwartz*, A. J. (1963), A Monetary History of the United States, 1876-1960, Princeton.
- Friedman*, M. (1968), The Role of Monetary Policy, American Economic Review 58, S. 1-17 (deutsche Übersetzung mit Ergänzungen in: K. Brunner u. a. (1974), S. 314-331).
- (1969), The Optimum Quantity of Money and Other Essays, Chicago.
  - (1970), The Counter-Revolution in Monetary Theory, London.
- Galli*, A. (1978), Der Geldangebotsprozeß in einer offenen Volkswirtschaft — dargestellt am Beispiel der Schweiz. Eine theoretische und empirische Analyse, Zürich.
- Giersch*, H. (1988), Hg., Macro and Micro Policies for More Growth and Development, Tübingen.
- Haas*, F., (1985), Die Geldpolitik der Schweizerischen Nationalbank unter dem Regime der Geldmengenziele, Basel.
- Hasse*, R. H. (1984), Multiple Devisenreserven, Stuttgart.
- (1988), Geld- und währungspolitische Voraussetzungen für den Fortschritt der europäischen Integration, in: R. Biskup, Hg., Europa — Einheit in der Vielfalt, Bern und Stuttgart, S. 193-210.
- Heise*, M. (1988), Geldmengenziele, WIST 17, S. 517-521.
- Herz*, B. (1987), Geldpolitik bei finanziellen Innovationen, Diss. Tübingen.

- Herz, B., Röger, W. (1988), Wechsel des monetären Zwischenziels, Wirtschaftsdienst 68, S. 163-168.*
- Horii, A. (1986), The Evolution of Reserve Currency Diversification, (BIS Economic Papers, No. 18), Basle.*
- Issing, O. (1981), Recent Developments in U.S. Monetary Policy, Kredit und Kapital 14, S. 550-560.*
- (1987), Einführung in die Geldpolitik, 2. Aufl., München.
- (1984), Einführung in die Geldtheorie, 5. Aufl., München.
- Ketterer, K.-H., Kloten, N. (1985), Finanzielle Innovationen, Geldmengenregeln und Struktur des monetären Sektors, in: H. Milde, H. C. Monissen, Hg., Rationale Wirtschaftspolitik in komplexen Gesellschaften (Festschrift für Gérard Gäfgen), Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz, S. 254-265.*
- (1988), Geldversorgung und Notenbankpolitik, in: G. Obst, H. Hintner, Hg., Geld-, Bank- und Börsenwesen, 38. Aufl., Stuttgart, S. 85-126.
- Kloten, N., Krelle, W., Meier-Preschany, M. (1980), Beiträge zur Geldtheorie und Geldpolitik, Königstein/Ts.*
- Kloten, N. (1985), Zur Regelbindung der Geldpolitik: Wie weit soll und kann die Verfestigung gehen? In: D. Cansier, D. Kath, Hg., Öffentliche Finanzen (Festschrift für Werner Ehrlicher), Berlin, S. 475-495.*
- (1987), Paradigmawechsel in der Geldpolitik? In: Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 67 v. 18. Sept. 1987.
- Kloten, N., Bofinger, P. (1988), Geldpolitik in der offenen Volkswirtschaft, in: G. Obst, H. Hintner, Hg., Geld-, Bank- und Börsenwesen, 38. Aufl., Stuttgart, S. 127-147.*
- Kloten, N. (1988 I), Die Steuerung des Geldmarktes als Reflex monetärer Konzeptionen, in: W. Filc, L. Hübl, R. Pohl, Hg., Herausforderungen der Wirtschaftspolitik (Festschrift für Claus Köhler), Berlin, S. 185-196.*
- (1988 II), Wege zu einem Europäischen Zentralbankensystem, Europa-Archiv 43, S. 185-198.
- Lusser, M. (1984), Die Grenzen der Geldpolitik in einer offenen Volkswirtschaft, Schweizerische Nationalbank, Geld, Währung und Konjunktur, Quartalsheft Nr. 4, Dezember, S. 59-63.*
- Meek, P. (1982), Central Bank Views on Monetary Targeting, New York.*
- Moser, B. (1983), Der Frankenkurs des Dollars 1973-1980. Ein Test der Kaufkraftparitätentheorie, Bern-Stuttgart.*
- Niehans, J. (1980), Theorie des Geldes. Synthese der monetären Mikro- und Makroökonomie, Bern und Stuttgart.*
- (1984), International Monetary Economics, Baltimore-London.
- Obst, G., Hintner, H. (1988), Hg., Geld-, Bank- und Börsenwesen, 38. Aufl., Stuttgart.*
- OECD (1986), Department of Economics and Statistics, Working Papers, No. 32, Paris.*
- (1987), Department of Economics and Statistics, Working Papers, No. 39, Paris.

- Remsperger, H.* (1979), *Geldmengenregel und trendorientierte Fiskalpolitik*, Frankfurt a. M.
- Schäfer, W.* (1988), Der EWS im Spannungsfeld zwischen Regionalisierung und Globalisierung, in: R. Biskup, Hg., *Europa — Einheit in der Vielfalt*, Bern und Stuttgart, S. 211-233.
- Schiltknecht, K.* (1969), Beurteilung der Gentlemen's Agreements und Konjunkturbeschlüsse der Jahre 1954-1966, Zürich.
- (1978), Von der Kreditpolitik zur Geldmengenpolitik. Die Geldpolitik der Schweizerischen Nationalbank in den letzten zehn Jahren, *Kredit und Kapital* 11, S. 287-307.
- Schweizerische Nationalbank*, Geschäftsberichte (jährlich), Zürich.
- Monatsberichte, Zürich.
- Geld, Währung und Konjunktur, Quartalshefte, Zürich.
- Simons, H. C.* (1936), Rules vs. Authorities in Monetary Policy, *Journal of Political Economy* 44, S. 1-30.
- Tuchfeldt, E.* (1968 I), Gentlemen's Agreements als Instrument der schweizerischen Geldpolitik, in: C. A. Andreae u.a., Hg., *Geldtheorie und Geldpolitik* (Festschrift für G. Schmölders), Berlin, S. 135-154.
- (1968 II), Die Abwehr von Auslandsgeldern mittels Gentlemen's Agreements in der Schweiz, *Kredit und Kapital* 1, S. 439-471.
- (1978), Die schweizerische Arbeitsmarktentwicklung — ein Sonderfall? in: O. Issing, Hg., *Aktuelle Probleme der Arbeitslosigkeit*, Berlin, S. 165-199.
- (1986), Mikroökonomische Voraussetzungen trendorientierter Politik, in: H. Körner, C. Uhlig, Hg., *Die Zukunft der Globalsteuerung* (Festgabe für Karl Schiller), Bern und Stuttgart, S. 177-200.
- (1988), Die Zahlungsbilanz der Schweiz, *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik* 37, S. 121-137.
- Weizsäcker, C. C. von* (1988), Ziellos ohne Mengenziel?, *Wirtschaftswoche*, Nr. 2 v. 8. 1. 1988.
- Zurlinden, M.* (1989), Interventionen am Devisenmarkt und das Sterilisationsproblem: Die Schweiz 1973-1985, Bern und Stuttgart 1989.



*Dritter Teil*

**Monetarisierung einer zentralgelenkten Wirtschaft:  
Das Beispiel der VR China**



# **Aspekte monetärer Instabilitäten in der VR China\***

Von *Werner Klein*, Köln

## **A. Einleitende Bemerkungen**

Mit der im Jahre 1978 beschlossenen und 1979 begonnenen Wirtschaftsreform in der VR China wurde ein Prozeß ordnungspolitischer Umgestaltung in Gang gesetzt, dessen Auswirkungen sich in eindrucksvollen Wachstumsziffern gesamtwirtschaftlicher und sektoraler Leistungsdaten niederschlugen.<sup>1</sup> Selbst unter Berücksichtigung des Basiseffekts solcher statistischer Daten in einem Entwicklungsland, wie es die VR China darstellt, deuten die Zahlen geradezu eine Entfesselung ökonomischer Potenzen durch die erfolgten Reformen an.

Dieses überaus positive Bild wird in den letzten Jahren, insbesondere seit 1984, zusehends getrübt durch einen inflatorischen Prozeß, der sich inzwischen in zweistelligen Wachstumsraten der Preisentwicklung manifestiert. Folgt man quantitätstheoretischen Überlegungen, so haben inflationäre Entwicklungen ein Wachstum des Geldangebots zur Voraussetzung, das dauerhaft größer ist als das des realen Sozialprodukts. Somit liegt es nahe, zunächst den institutionellen Rahmen nachzuzeichnen, innerhalb dessen sich der Geldangebotsprozeß vollzieht, nämlich Aufbau und Struktur des chinesischen Bankensystems darzustellen. Ein weiterer Abschnitt dieses Beitrags soll dann der Diagnose inflatorischer Prozesse in China im Verlaufe der Wirtschaftsreformen seit 1979 gewidmet sein. Abschließend wird einigen Aspekten institutioneller Ursachen dieser Entwicklung im Zusammenhang mit Geldangebot und Geldnachfrage nachgegangen.

---

\* Mein Dank für die Übersetzung chinesischer Originalliteratur und die interpretatorische Hilfe gilt Herrn Dipl.-Volkswirt Guo Wei. Verbleibende Unzulänglichkeiten hat selbstverständlich der Autor zu verantworten.

<sup>1</sup> Vgl. zu den ordnungspolitischen Grunddaten und Problemen der Reform Klenner (1984) sowie Kloten (1985) und die dort zitierte Literatur. Vgl. auch Louwen (1988). — Folgende jahresdurchschnittliche Wachstumsraten makroökonomischer Aggregatgrößen und sektoraler Produktionsleistungen im Zeitraum 1980–1985 werden berichtet: Gesellschaftlicher Bruttonproduktionswert: 11 v. H.; materielles Volkseinkommen: 9,7 v. H.; Bruttonproduktionswert der Landwirtschaft: 11,7 v. H.; Bruttonproduktionswert der Industrie: 10,8 v. H.; Bruttonproduktionswert der Leichtindustrie: 12,0 v. H.; Bruttonproduktionswert der Schwerindustrie: 9,6 v. H. (Klenner 1988, S. 626).

## B. Zu Struktur und Aufbau des Bankensystems in China

Abgesehen von teilweise erheblichen Unterschieden im Detail, lässt sich das Bankensystem, wie es in China bis zum Beginn der grundlegenden Reformen im Jahre 1979 bestand, prinzipiell als ein der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs entsprechendes verstehen, mit einer einen integralen Teil der Wirtschaftsverwaltung bildenden Staatsbank als Monobank, einem dieser direkt unterstellten nach regionalen oder branchenspezifischen Gesichtspunkten gegliederten „Geschäftsbankensystem“ und der Organisation der Geldzirkulation in zwei zentral geplanten und sich teilweise überlappenden Kreisläufen (Bargeld und Buchgeld).<sup>2</sup>

Im Unterschied zum sowjetischen wies das chinesische Wirtschaftssystem jedoch einige Besonderheiten auf, die auch das Bankensystem und die Planung der Geldzirkulation und der Kredite betraf. So wird die Wirtschaft Chinas im Gefolge der maoistischen Dezentralisierungs- und Autarkiepolitik als eine „cellular economy“ beschrieben (Donnithorne 1981, S. 506; Lyons 1985, S. 125ff.), mit den Provinzen als Hauptzellen des Ganzen, wobei der interregionale Gütertausch nur einen möglichst geringen Umfang erreichen sollte. Die nach dem „Doppelgleisprinzip“ organisierte Planung und Lenkung der Volkswirtschaft (Klenner 1979) implizierte, daß die regionalen und lokalen Verwaltungsorgane über ein erhebliches Maß an Entscheidungskompetenz in ihrem Zuständigkeitsbereich verfügten.

Abgesehen von der kurzen Zeit der Inflationsbekämpfung nach Gründung der Volksrepublik mit der Währungsreform von 1951 als Endpunkt und den Zeiten des „Großen Sprungs“, war auch das Bankensystem Chinas nach dem genannten Doppelgleisprinzip organisiert. Das Nebeneinander von regionalen und funktionalen Planträgern mit entsprechenden Entscheidungsbefugnissen dominierte auch in diesem Bereich. Die chinesische Volksbank (People's Bank of China: PBC) als Staatsbank war regional segmentiert, indem ihre Zweigstellen in den Provinzen jenen lokalen Verwaltungseinheiten unterstanden, deren Aufgabe es war, die Planung und Lenkung der regionalen Wirtschaftsprozesse zu bewirken (Herrmann-Pillath 1989a). Wie noch zu zeigen sein wird, wirkt sich diese auch prinzipiell heute noch im Bankensektor weiterhin bestehende zellulare Struktur in höchstem Maße negativ auf die Möglichkeiten einer straffen Geldpolitik der PBC aus.

Der institutionelle und funktionelle Wandel im Geld- und Bankwesen Chinas seit 1979 weist deutlich zwei Phasen auf, deren erste sich bezieht auf die Zeit von 1979 - 1983. Die zweite ist zu datieren mit der durch die mit der Umwandlung der Volksbank Chinas in eine Zentralnotenbank ab 1. 1. 1984 entstandene Zweistufigkeit des Bankensystems (Herrmann-Pillath 1985, Obersteller 1987). So begann die Reform des Bankwesens mit dem vom 5. Nationalen Volkskongreß

---

<sup>2</sup> Zu den Einzelheiten vgl. Haffner (1987).

im März 1978 gefaßten Beschuß, die Banken institutionell vom Finanzministerium zu trennen, d. h. den Zustand zu beenden, in dem die Banken lediglich als „Zahlstellen des Finanzministers“ (Klener 1981, S. 113) oder eben als Bankschalter des Finanzministeriums und der Staatlichen Plankomission agierten (Zhou, Zhu 1987, S. 399). Mit dem genannten Beschuß wurden Maßnahmen eingeleitet, die entweder die Funktionen bereits bestehender Banken veränderten, oder es wurden neue Banken gegründet bzw. vorher einmal bestehende Banken, nach ihrer faktischen Auflösung besonders zu Zeiten der Kulturrevolution, wiedergegründet.

Wenn im folgenden die Struktur des Bankensystems Chinas beschrieben wird, so war und ist, wie bereits angedeutet, die *Volksbank* (People's Bank of China: PBC) von zentraler institutioneller wie geldpolitischer Bedeutung. Im Zuge verschiedener Phasen der ordnungspolitischen Entwicklung in China (Kraus 1979) wurden ihre Kompetenzen bzw. auch funktionalen Zuständigkeiten entsprechend der jeweils herrschenden Auffassung über die Rolle der Finanzen in der Volkswirtschaft umgestaltet, begrenzt bzw. wieder erweitert. Insbesondere nach der Konsolidierung des Wirtschaftssystems in der Post-Mao-Ära bis zu ihrer Umwandlung in eine Zentralnotenbank im Jahre 1984 erfüllte die PBC prinzipiell alle Funktionen einer Staatsbank, indem sie die Implementation und Kontrolle der staatlichen Kredit- und Bargeldpläne zu gewährleisten hatte.

Nach einem Staatsratsbeschuß vom Oktober 1983, mit dem die bereits erwähnte zweite Phase der Reform des Bankensystems seit dem Beginn der Wirtschaftsreform eingeleitet wurde, soll die PBC ab 1984 nur noch als Zentralnotenbank fungieren (PBC 1984; Vetter 1985, S. 464; Zhou, Zhu 1987; Obersteller 1987). Nach diesem Beschuß besitzt die PBC das ausschließliche Recht der Noten- und Münzmission (Notenbank); sie agiert als kontoführendes Institut des Staates und finanziert evtl. entstehende Budgetdefizite (Bank des Staates), erstellt und überwacht die staatlichen Finanzpläne, was u. a. auch so gedeutet werden kann, daß sie als Trägerin der Geldpolitik agiert (Bank der Banken). Bei internationalen Finanztransaktionen vertritt sie die Regierung und verwaltet in letzter Kompetenz die Währungsreserven des Landes.

Die ehemals „kommerziellen“ Aufgaben der PBC wurden nach der funktionalen Umgestaltung der PBC in eine Zentralnotenbank einer Reihe von nach sektoralen oder funktionalen Gesichtspunkten tätigen Spezialbanken als „Geschäftsbanken“ übertragen. An erster Stelle zu nennen ist in diesem Zusammenhang die *Industrie- und Handelsbank Chinas* (Industrial and Commercial Bank of China: ICBC), die am 1. Januar 1984 gegründet wurde. Die ICBC dient nunmehr als Geschäftsbank für Handel und Industrie im städtischen Bereich und verwaltet darüber hinaus die Einlagen der städtischen Bevölkerung. Mit ihrem Anteil von ca. 80 v. H. am gesamten Kreditvolumen der Banken ist sie die größte Spezialbank Chinas (Zhao 1985, S. 16). Der ICBC unterstellt und zugeordnet sind auch die *städtischen Kreditgenossenschaften*, die über Einlagen und Kreditbeziehungen mit der ICBC verbunden sind.

9 Schriften d. Vereins f. Socialpolitik 191

Die bereits 1955 gegründete, im Verlauf der Kulturrevolution aufgelöste und 1979 wieder gegründete *Landwirtschaftsbank* (Agricultural Bank of China: ABC) soll die für die ICBC genannten Funktionen auf dem Lande übernehmen. Zu den Hauptaufgaben der ABC gehört die Abwicklung des Einlagen- und Kreditgeschäfts in diesem Bereich. Die zahlreichen *ländlichen Kreditgenossenschaften* sind ihrerseits wiederum der ABC zugeordnet und über Einlagen- und Kreditgeschäfte mit dieser verknüpft. — Während das Aktivgeschäft faktisch auf die Mitglieder beschränkt ist, steht das Passivgeschäft der Kreditgenossenschaften allen Privatpersonen offen.

Der *Bank of China* (BOC), bereits 1908 gegründet, obliegt u. a. die einheitliche Verwaltung der staatlichen Deviseneinnahmen und -ausgaben, die Abwicklung des internationalen Zahlungsverkehrs, die Gewährung von Außenhandelskrediten in heimischer oder fremder Währung. Sie betätigt sich darüber hinaus im internationalen Gold- und Devisenhandel, verwaltet die Emission von Schuldverschreibungen und von anderen Wertpapieren, die auf ausländische Währungen lauten, und führt die Konten der Einlagen von Auslandschinesen und Außenhandelsunternehmen.

Die *Volksaufbaubank* (People's Construction Bank of China: PCBC) hat die Aufgabe, Mittel für sogenannte Grundbauinvestitionen zu verwalten, die als Dotationen aus dem Staatshaushalt bzw. als staatliche Direktkredite zur Verfügung gestellt werden. Bei der Verteilung von Haushaltssmitteln zu diesen Zwecken ist die PCBC an die Weisung des Finanzministeriums gebunden. Bei der Finanzierung von Instandhaltungs- und Verbesserungsinvestitionen untersteht die PCBC der PBC.

Die 1981 gegründete *Chinesische Investitionsbank* (China Investment Bank: CIB), die administrativ der PCBC zugeordnet ist, hat die Aufgabe, ausländisches Finanzkapital für die Modernisierung des Landes aufzubringen. Ihr obliegt insbesondere der sachgerechte Transfer von Krediten mit mittleren und längerfristigen Laufzeiten von internationalen Organisationen, vornehmlich der Weltbank, für lohnende Entwicklungsprojekte im Lande.

Die *Bank of Communications* (BCOMM) soll aufgrund eines Beschlusses des Staatsrates von Ende 1986 nach 34jähriger Unterbrechung wieder eröffnet werden. Sie weist gegenüber den bisherigen Regelungen zwei Besonderheiten auf. Mit Ausnahme der Kreditgenossenschaften befinden sich prinzipiell alle chinesischen Banken in Staatseigentum. An der BCOMM soll dagegen der Staat nur 50 v. H. der Anteile halten, wohingegen der Rest der Anteile durch lokale Verwaltungen, staatliche und kollektive Betriebe sowie bis zu maximal 5 v. H. der Anteile durch Privatpersonen gezeichnet werden soll. Dadurch, daß die Geschäftstätigkeit der BCOMM nicht auf bestimmte Aktivitäten beschränkt sein wird, zeigen sich hier erste Anzeichen einer Konzeption dieser Bank als Universalbank. Dies kommt auch darin zum Ausdruck, daß zu ihrem Geschäftsbereich auch die Finanzierung internationaler Handelsgeschäfte gehören soll. Somit eröffnen sich hiermit möglicherweise erste Ansätze von Konkurrenz

zu der in diesen spezifischen Geschäftsbereichen hauptsächlich tätigen ICBC. Dies würde in der Tat eine Durchbrechung des Prinzips der strengen Spezialisierung im Bankwesen bedeuten.

Insbesondere die Akquisition ausländischer Finanzmittel im Rahmen der Gründung von joint-ventures, wozu auch die Emission von Schuldverschreibungen auf internationalen Kapitalmärkten gehört, ist Aufgabe der im Jahre 1979 gegründeten *Internationalen Treuhand- und Investmentgesellschaft Chinas* (China International Trust and Investment Company: CITIC). — Aufgrund relativ guter Geschäftsergebnisse der CITIC wurden auch durch regionale Verwaltungen ähnliche Institutionen mit Erfolg gegründet.

Wohl eher aus traditioneller Sicht des sozialistischen Finanzsystems, aber auch wegen ihrer administrativen Zuordnung zur PBC wird die *chinesische Volksversicherungsgesellschaft* (People's Insurance Company of China: PICC) dem chinesischen Bankensystem zugerechnet. Ihr Geschäftsgebiet umfaßt die für Versicherungen typischen Aufgaben der Abdeckung versicherbarer Risiken. Bis vor kurzem konnten die Reserven der PICC nur in Form von Termineinlagen gehalten werden. Ab 1986 ist die Anlage von Finanzmitteln auch in Form von Aktien bis zu einer Höhe von 10 v. H. der Reserven erlaubt. Weitere Finanzintermediäre, die in der nachfolgenden vereinfachten Abbildung 1 nicht erfaßt sind, stellen jene auf Initiative von örtlichen oder Provinzbehörden gegründeten Banken<sup>3</sup> in der Rechtsform von Aktiengesellschaften dar, die nicht unmittelbar einer Spezialbank unterstehen und im Gegensatz zu dieser die Funktionen von Universalbanken ausüben können. Daneben finden sich auch Kreditvereinigungen, die meist in Städten von privaten Kleinunternehmen gegründet wurden. Selbst Privatbankiers betätigen sich inzwischen (in illegaler Weise) als Finanziers.

### C. Zur Diagnose von Inflationsprozessen in der VR China seit 1979

Ausgehend von einer Symptomdefinition von Inflation lassen sich auf der Basis quantitätstheoretischer Überlegungen generell drei Inflationstypen unterscheiden: Preisinflation, Kassenhaltungsinflation und die eines gemischten Typs von Preis- und Kassenhaltungsinflation (Thieme 1980, Cassel 1988, S. 261). Unter der Annahme langfristiger Konstanz des Kassenhaltungskoeffizienten ergibt sich, daß eine *Preisinflation* entsteht, wenn die Wachstumsrate der nominellen Geldmenge größer ist als die des realen Sozialprodukts. Unter den gemachten Annahmen ist also eine permanente Überversorgung mit Geld Voraussetzung für eine Preisinflation. Das durch Überversorgung mit Geld entstehende Inflationspotential würde nur bei völlig flexiblen Preisen und

<sup>3</sup> Vgl. z. B. die Meldung in der Zeitschrift China Daily vom 7. September 1988 über die Gründung der Guangdong Development Bank, deren Aktiensitz sich in den Händen von Institutionen in staatlichem Eigentum befindet. Eine Übernahme von Aktien auch durch Private aus dem In- und Ausland ist vorgesehen.

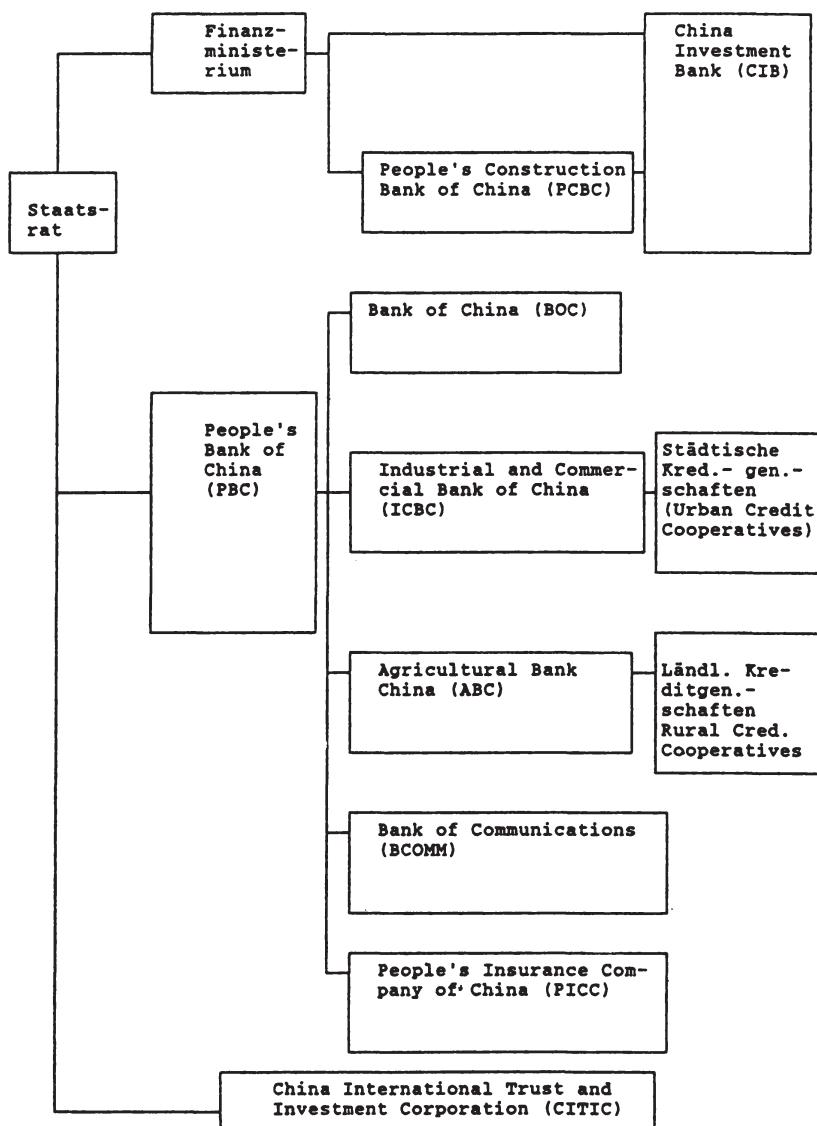


Abb. 1: Struktur und Aufbau des chinesischen Bankensystems  
— vereinfachte Darstellung —

Quelle: Zhou, X., Zhu, Li 1987, S. 400 sowie Harnischfeger-Ksoll, J. Wu, 1986, S. 41;  
einige Ergänzungen.

vollkommener Adaption vollständig durch entsprechende Preissteigerungen ausgeschöpft werden.

Besteht hingegen ein völlig starres Preissystem, muß sich aus dieser Sicht eine permanente Überversorgung mit Geld in einer entsprechenden positiven Wachstumsrate des Kassenhaltungskoeffizienten ausdrücken, was mit dem Begriff *Kassenhaltungsinflation* zu belegen ist. — Jener dritte Typ der *gemischten Inflation* zeigt sich darin, daß ein entstandenes und permanentes Inflationspotential durch sowohl einen permanenten Anstieg des Preisniveaus als auch eine dauernde positive Wachstumsrate des Kassenhaltungskoeffizienten abgebaut wird. Wie noch zu zeigen ist, scheint dieser Inflationstyp charakteristisch für die derzeitige chinesische Situation zu sein.

Allerdings erweist es sich als außerordentlich schwierig, auf der Grundlage dieser Überlegungen Inflationsprozesse im konkreten Fall der Volksrepublik China hinreichend quantitativ zu erfassen. Dies betrifft u.a. die Identifikation eines problemadäquaten Geldmengenaggregats wie auch die Bestimmung eines entsprechenden Preisindex, an dessen Veränderungen das Phänomen der Preisinflation exemplifiziert werden kann. Dies impliziert zugleich auch das Problem, ob positive Wachstumsraten des Kassenhaltungskoeffizienten, der auf der Basis des verwendeten Geldmengenaggregats sowie einer dem Problem angemessen erscheinenden makroökonomischen Repräsentanzgröße für das Sozialprodukt zu bestimmen ist, als Kassenhaltungsinflation zu deuten sind.

In den bisher vorliegenden Untersuchungen zum Inflationsproblem in China wurden, je nach Analysezweck, verschiedene Geldmengenaggregate definiert, die als Basis des Nachweises und der Messung inflationärer Prozesse dienen sollen. — In der einschlägigen chinesischen Literatur werden prinzipiell nur die Geldmengenaggregate  $M_1$  und  $M_2$  voneinander abgegrenzt (Zhao 1985, S. 15; Zhou, J. 1986, S. 76; Liu 1986, S. 66).

Von der Verwendungsseite her gesehen wird nach diesen Quellen  $M_1$  wie folgt definiert:

$$(1) \quad M_1 = B^P + D^N \text{ mit}$$

$$(2) \quad D^N = D^U + D^I + D^O .$$

Hierbei bedeuten

- $B^P$ : Bargeldmenge bei Nichtbanken
- $D^N$ : Summe der Sichteinlagen der Nichtbanken bei den Kreditinstituten
- $D^U$ : Sichteinlagen der Betriebe (Staats- und Kollektivbetriebe); sie werden bei der jeweils zuständigen Filiale der IBC und ABC gehalten
- $D^I$ : Einlagen für Grundbauinvestitionen, die den jeweiligen Investitionsträgern zweckgebunden zugewiesen, jedoch noch nicht verausgabt sind und die bei PCBC gehalten werden
- $D^O$ : Einlagen auf der Basis bewilligter und zugewiesener, jedoch noch nicht verausgabter Mittel staatlicher Organisationen und Institutionen. Die Kontoführung dieser Finanzmittel obliegt der PBC.

Tabelle 1

**Geldmengenaggregate in der VR China und deren Wachstumsraten 1979–1985  
in Mrd. Yuan; g.. in v. H. des Vorjahres**

	B <sub>P</sub>	gB <sub>P</sub>	M <sub>1</sub>	gM <sub>1</sub>	M <sub>2</sub>	gM <sub>2</sub>	M <sub>3</sub>	gM <sub>3</sub>
1979	26,77	—	105,28	—	148,25	—	300,20	—
1980	34,62	29,3	132,05	25,4	188,20	27,0	370,78	23,5
1981	39,63	14,5	157,44	19,2	229,31	21,8	423,81	14,3
1982	43,91	10,8	177,32	12,6	262,44	14,5	490,83	15,8
1983	52,97	20,6	204,87	15,5	313,48	19,5	568,28	15,8
1984	79,21	49,5	278,23	35,8	416,34	32,8	718,27	24,6
1985	98,78	24,7	309,51	11,2	503,95	21,0	853,56	16,5
1986	121,84	23,6	425,77	37,6	680,67	35,1	1121,00	31,0
1987	145,50	19,4			1351,6	20,6		

Quelle: Hermann-Pillath (1987, S. 36); State Statistical Bureau, People's Bank of China, A Statistical Survey, S. 79 f.; eigene Berechnungen.

Die Geldmenge  $M_2$  wird gebildet aus der Summe von  $M_1$  und den Finanzaktiva, die als Quasigeld betrachtet und von den staatlichen Banken erfaßt werden.

$$(3) \quad M_2 = M_1 + S + D^G + T^U + T^O$$

wobei

$$(4) \quad S = ST^P + SD^P.$$

Hierbei bedeuten:

- $S$ : Spareinlagen der privaten Haushalte mit
- $ST^P$ : Spareinlagen mit Befristungen zwischen einem und acht Jahren
- $SD^P$ : Sparguthaben, die jederzeit in Bargeld transferiert werden können.
- $T^U$  und  $T^O$ : Termineinlagen der Betriebe ( $T^U$ ) und staatlichen Organisationen ( $T^O$ ).
- $D^G$ : Guthaben des Staates, die noch auf die Konten der staatlichen Organisationen und Institutionen zu überweisen sind.

Weil die so aus der offiziellen Bankenstatistik der PBC und der Spezialbanken ermittelten Aggregatgrößen nicht alle Teile der tatsächlichen Geldmenge erfassen können, bestimmt Hermann-Pillath (1987, S. 26ff.) im Anschluß an Hartwig (1987, S. 28ff.) ein  $M_3$ -Konstrukt, in das neben den bereits genannten Komponenten ergänzend Finanzaktiva eingehen, die in anderen Bankstatistiken erfaßt werden (Spar- und Sichteinlagen bei ländlichen Kreditgenossenschaften) oder als von Gebietskörperschaften gehaltene „Fonds außer Bilanz“ die dementsprechende Qualität von Finanzaktiva aufweisen und inzwischen eine beträchtliche Finanzsumme darstellen.

Ein erster Überblick zeigt, daß die Zuwachsrate der hier betrachteten Aggregate relativ hohe Werte aufweisen. Das anfänglich relativ starke Wachstum der verschiedenen Geldaggregate dürfte vor allen Dingen mit der im Zuge der Reform des Wirtschaftssystems erfolgten „Monetarisierung“ der Volkswirtschaft zusammenhängen. Hierbei ist zu beachten, daß die Zahl der Betriebe, insbesondere in der Landwirtschaft (spezialisierte Haushalte), aber auch diejenige im Handwerk und Handel erheblich zugenommen hat, die ihre Markttransaktionen traditionell im Austausch gegen Bargeld abwickeln, was das entsprechende Wachstum der Bargeldmenge erklären kann. Die erheblichen Zuwachsrate der Aggregatgrößen ab dem Jahre 1984 hängen offensichtlich mit der zum 1. 1. 1984 erfolgten Bankenreform zusammen, worauf noch später einzugehen sein wird.

Im folgenden soll nun anhand einiger Indikatoren über die in jüngerer Zeit beobachtbaren inflationären Prozesse in China berichtet werden.

#### D. Preis- und Kassenhaltungsinflation in China

Ein generelles Problem des Nachweises von Preisinflationen stellt sicher die Wahl eines als repräsentativ oder aber unter sozialen Gesichtspunkten bedeutsamen Preisindex dar, an dessen Veränderungen in der Zeit inflationäre Entwicklungen diagnostiziert werden können (Cassel 1988, S. 262f.). Dies gilt in besonderer Weise für den Nachweis von Preisinflationen in China. So nennt der Weltentwicklungsbericht 1988 der Weltbank (Weltbank 1988, S. 260) für China eine durchschnittliche jährliche Inflationsrate im Sinne des impliziten Deflators des Bruttoinlandsprodukts von 0,0 v. H. für den Zeitraum der Jahre 1965-1980 und eine entsprechende Ziffer von 3,8 v. H. für die Jahre 1980-1986.

Betrachtet man hingegen die Veränderungen der Werte der offiziellen Zeitreihen des Einzelhandelspreisindex einerseits und der Lebenshaltungskosten von Arbeitern und Angestellten andererseits (Tabelle 2), so zeigen sich in den Veränderungen der Indexwerte im Jahre 1980 und nach 1984 deutliche Hinweise auf inflationäre Prozesse. Die angegebenen offiziellen Werte können aber, mit Ausnahme der Jahre ab 1985, als vergleichsweise moderat gegenüber den Entwicklungen einzelner Geldmengenaggregate angesehen werden.

Kritisch ist zu beiden Indizes anzumerken, daß ihnen ein Wägungsschema zugrunde liegt, das einem für die fünfziger Jahre repräsentativen Warenkorb unbekannter Art und Gewichtung entspricht. Erst in jüngster Zeit scheint sich insofern die Güte des statistischen Materials verbessert zu haben, als nunmehr ein umfangreicherer Warenkorb berücksichtigt wird und in stärkerem Maße neben den offiziellen Listenpreisen von Konsumgütern, die von staatlichen Handelsorganisationen vertrieben werden, auch die meist vergleichsweise höheren staatlichen Aufkaufpreise für Agrarprodukte und die Preise von Gütern, die sich auf freien Märkten bilden, in die Indexberechnungen eingehen (Chow 1987, S. 323).

*Tabelle 2*

**Wachstum des Einzelhandelspreisindex ( $P_E$ ) und des  
Lebenshaltungskostenindex von Arbeitern und Angestellten ( $P_L$ ) 1979–1986 in v. H.  
gegenüber dem jeweiligen Vorjahr**

Jahr	$P_E$	$P_L$
1979	2,0	1,9
1980	6,0	7,5
1981	2,4	2,5
1982	1,9	2,0
1983	1,5	2,0
1984	2,8	2,7
1985	8,8	11,9
1986	6,0	7,0

*Quelle:* China aktuell, Heft 2/1987, S. 159.

Genauere Angaben zur Bildung der genannten Indizes liegen auch heute noch nicht vor, so daß deren „repräsentative Güte“ auch weiterhin kaum abzuschätzen ist. Über Preisinflationen in China wird meist im Zusammenhang mit der teilweise drastischen Erhöhung einzelner Konsumgüterpreise berichtet.<sup>4</sup> Ob und welcher Zusammenhang zwischen den dargestellten Entwicklungen verschiedener monetärer Aggregatgrößen und den Preisen, insbesondere den Einzelhandelspreisen, besteht, wurde in jüngster Zeit auf der Basis verschieden strukturierter ökonometrischer Modelle getestet (Chow 1987; Feltenstein, Farhadian 1987; Portes, Santorum 1987), deren Spezifikationen jedoch erheblichen methodischen Einwänden unterzogen werden können. Diese beziehen sich insbesondere auf die in diesen Modellen verwendeten Geldmengenaggregate zur Bestimmung des Geldangebots sowie die Zeitreihen dieser Aggregate, die teilweise bis in die fünfziger Jahre zurückreichen, wobei unter Verwendung dieser langen Frist institutionelle Umgestaltungen im monetären wie im realen Sektor infolge von Reformen nicht explizit berücksichtigt werden.<sup>5</sup>

Im Ansatz von Chow (1987) wird in kurzer und langer Frist auf der Basis quantitätstheoretischer Überlegungen der Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Bargeldmenge, dem Realeinkommen und dem Einzelhandelspreisindex getestet. Langfristig wird die quantitätstheoretische Version der Inflationserklärung in mäßig befriedigender Weise bestätigt, kurzfristig erlauben die Ergebnisse allerdings nur die Aussage, daß eine statistisch signifikante Bezie-

<sup>4</sup> Vgl.z. B. die Angaben in China aktuell, März 1988, S.. 196f. Einen groben Hinweis auf das dem Einzelhandelspreisindex zugrunde liegende Wägungsschema erhält man durch die dort gemachten Angaben, daß zum Anstieg der Einzelhandelspreise im Jahre 1987 die Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln zu 64 v. H., bei Kleidung zu 8,2 v. H. und bei Gebrauchsartikeln (Seife, Kochtöpfe etc.) zu 9,6 v. H. beigetragen haben.

<sup>5</sup> Zu einer eingehenden Kritik dieser Modelle vgl. Herrmann-Pillath (1989a).

hung in der quantitätstheoretisch begründeten Weise zwischen den Variablen Bargeldmenge und Einzelhandelspreisindex besteht.

Den Tatbestand, daß dem Einzelhandelspreisindex weitgehend staatlich fixierte Preise zugrunde liegen und ein inflationäres Wachstum des Geldangebots in der Entwicklung dieses Index nicht voll reflektiert wird, versuchen Felsenstein und Farhadian (1987) zu fassen. Im Ergebnis ihrer ökonometrischen Schätzung kommen sie zu dem Resultat, daß die tatsächliche Inflationsrate etwa das 2,5fache des offiziellen Einzelhandelspreisindex beträgt. Zu diesem Ergebnis gelangt im wesentlichen auch Herrmann-Pillath (1987, S. 44). — Der Ansatz von Portes und Santorum (1987) versucht in Form eines Index, dessen ökonometrische Basis eine Verknüpfung des Verhältnisses von offiziellem und „eigentlichem“ Preisniveau invers zur Umlaufgeschwindigkeit des Geldes bildet, die inflationären Prozesse in China nachzuweisen. Der so gewonnene Index weist insbesondere seit 1979 markant hohe Werte auf, ein Hinweis auf seit dieser Zeit verstärkt beobachtbare inflationäre Entwicklungen.

Die oben skizzierte monetäre Überexpansion läßt sich auch anhand der Veränderung der Wachstumsraten verschiedener Kassenhaltungskoeffizienten nachweisen. Der Kassenhaltungskoeffizient ( $k_B$ ) wird durch das Verhältnis der jeweiligen Bargeldmenge ( $B_P$ ) zum Einzelhandelsumsatz gebildet. Der Kassenhaltungskoeffizient ( $kM_1$ ) ist der Quotient aus Geldmenge  $M_1$  und nominellem Bruttoinlandsprodukt. Beide Koeffizienten sind dann nicht problemlos als Meßziffern einer inflatorischen Entwicklung zu interpretieren, wenn, wie in China derzeit beobachtbar, in den transitorischen Stadien struktureller Wandlungen im Wirtschaftssystem, verursacht durch permanente Reformen (Kloten, 1990), sich kaum eine stabile Geldnachfragefunktion spezifizieren lassen dürfte. So wird eine Zunahme der Kassenhaltung nur dann als Ausdruck eines inflationären Prozesses zu interpretieren sein, wenn die dahinterstehende Ersparniszunahme *ceteris paribus* als Zwangssparen gedeutet werden kann. Gerade im Gefolge der Wirtschaftsreformen werden Bargeldbestände nicht mehr nur zu Transaktionszwecken gehalten, sondern diese können nunmehr auch in ausgesuchten Gebieten in dauerhaft ertragbringende Finanzanlagen in Form von Belegschaftsaktien oder Obligationen umgewandelt werden. — Auch werden beispielsweise u. a. Kapitalnachweise von potentiellen Unternehmen gefordert, die kleinere staatliche Betriebe pachten wollen, womit bei entsprechender Intention ehemals evtl. unfreiwillig gehaltene Bargeldbestände zu freiwillig gehaltenen werden. Ein gleicher Effekt ergibt sich auch im Bereich der neueren bäuerlichen Betriebe, die Kauf und Verkauf von Produktionsmitteln (Saatgut, Dünger, kleinere Maschinen) nun gegen Bargeldtransfers abwickeln, wo hingegen vorher nahezu nur das naturale Zuteilungssystem herrschte (Herrmann-Pillath 1987, S. 59).

Wie bereits betont, können die hier wiedergegebenen Entwicklungen von Kassenhaltungskoeffizienten in Ermangelung besserer Daten nur einen groben Hinweis auf Ausmaß und Richtung von inflationären Prozessen in China im

*Tabelle 3*

**Entwicklung von Kassenhaltungskoeffizienten (k) und  
von deren Wachstum (g) in der VR China 1979–1985**

Jahr	$k_B^P$	$gk_B^P$	$kM_1$	$gkM_1$
1979	0,149	–	0,138	–
1980	0,162	8,7	0,155	12,3
1981	0,169	4,3	0,174	12,3
1982	0,171	1,2	0,178	2,3
1983	0,186	8,8	0,184	3,4
1984	0,235	26,3	0,212	15,2
1985	0,229	-2,6	0,190	-10,4

*Quelle:* Statistisches Jahrbuch China 1985, 1986; eigene Berechnungen.

betrachteten Zeitraum geben. Unter Berücksichtigung der Ausführungen zur Preisentwicklung läßt sich zusammenfassend schließen, daß mehr als deutliche Hinweise dafür vorliegen, daß in China seit Beginn der Wirtschaftsreform sich insbesondere in den letzten Jahren der Typ der gemischten Inflation herausgebildet hat.

Für diese Feststellung lassen sich im wesentlichen zwei Gründe anführen. Zum einen können sich die durch adaptives Verhalten der Wirtschaftssubjekte ausgelösten Anpassungsreaktionen als nicht ausreichend im Sinne der Ausschöpfung des tatsächlichen Inflationspotentials über entsprechende Preissteigerungen erweisen mit dem Effekt unerwünschter zusätzlicher Kassenhaltung. Zum anderen aber kann sich im Falle Chinas eine monetäre Überversorgung nicht unmittelbar und vollständig, selbst bei vollkommener Voraussicht der Wirtschaftssubjekte, in einer reinen Preisinflation auswirken, weil das Preissystem in erheblichem Maße staatlich administriert ist.

Als ein erster Schritt und Zwischenschritt in Richtung einer Preisreform, der die allmähliche Ablösung des überkommenen Festpreissystems einleiten sollte, gilt das jetzt praktizierte „*Doppel-Preissystem*“. Im Prinzip sind damit zwei Preistypen gemeint, die gleichzeitig und nebeneinander für die gleichen Produkte und Faktoren bestehen können. So gelten sowohl für den Teil der Inputfaktoren als auch für denjenigen der Outputgüter der Industrie, deren Produktion und Verteilung sich nach einem vollzugsverbindlichen Plan richtet, andere, in der Regel niedrigere fixierte Preise als für die gleichen Faktoren und Güter, die jeweils über die plandeterminierten Mengen hinaus produziert und verwendet werden. Die Preise dieses Teils der Produktion sind marktbestimmt. Wie sich die relativen Anteile planbestimmter Fixpreise und marktdeterminierter freier Preise gestalten, ist nicht näher bekannt. Generell läßt sich aber feststellen, daß beispielsweise der Umfang zentraler Materialplanung erheblich reduziert wurde und der Anteil von Rohstoffen und Materialien, wie z. B. von Stahl, Kohle,

Zement und Roheisen, der über Märkte vermittelt wird, bei unterschiedlichen Anteilen in verschiedenen Provinzen, stetig gestiegen ist. Die Unterschiede zwischen plandeterminierten Fixpreisen und freien Marktpreisen können ganz erheblich sein, wobei die Marktpreise in der Regel um ein Mehrfaches höher liegen als die staatlichen Fixpreise (Wu, Zhao 1987, S. 312f.).

Prinzipiell finden sich die gleichen Preisformen auch im Agrarsektor. Die mit den staatlichen Handelsorganisationen vertraglich vereinbarten Aufkaufpreise landwirtschaftlicher Produkte liegen in der Regel weit unter denen, die für die gleichen Produkte auf dem freien Markt aus dem Verkauf der Produktionsmenge erzielt werden können, die über die vertragliche Ablieferungsmenge hinaus produziert wird. Ähnlich stellt sich die Situation auch bei den Preisen landwirtschaftlicher Inputfaktoren dar (z. B. Saatgut und Düngemittel), deren Bezugspreise bei staatlichen Handelsorganisationen wesentlich niedriger liegen als diejenigen, die auf dem freien Markte zu zahlen sind (Schinke 1985, S. 144ff.; Wiens 1987, S. 372ff.).

In welchem Ausmaß und mit welcher Wirkung sich inflatorische Prozesse in diesem Doppelpreissystem auswirken, darüber lassen sich derzeit kaum verlässliche Aussagen treffen. So ist z. B. der relative Anteil derjenigen Güter- und Faktormengen, die zu fixen und derjenige, der zu Marktpreisen angeboten und nachgefragt wird, nicht bekannt. Unter diesen Umständen läßt sich nur unter Plausibilitätsgesichtspunkten argumentieren, daß aufgrund der zeitlichen Verzögerung bei Anpassungen staatlich administrierter Preise sich die Ausschöpfung eines inflationären Potentials, unter Berücksichtigung entsprechender Elastizitätsstrukturen, dominant in vergleichsweise hohen Preissteigerungen bei Gütern und Faktoren durchsetzen wird, die der freien Marktkoordination unterliegen. Dies kann dazu führen, daß sich die Schere zwischen staatlich fixierten Preisen und Marktpreisen weiter öffnet.

Eine solche Entwicklung verstärkt offensichtlich die ohnehin vorhandene Tendenz, die betrieblich profitablere Marktallokation zu Lasten der planbestimmten Allokation auszudehnen (Byrd 1987, S. 299ff.). Um diesen spezifischen „crowding-out“-Effekt zumindest zu mildern, sehen sich die staatlichen Planungsinstanzen offenbar gezwungen, in einer Art Adoptionsreaktion an die inflationäre Entwicklung im Marktbereich auch die Preise für staatliche Plangüter und -faktoren bzw. die staatlichen Ankaufpreise für landwirtschaftliche Produkte zu erhöhen (Wiens 1987, S. 375ff.). Verzögerte Preisanpassungen dieser Art als Anpassungsreaktion an inflationär wirkende Geldmengenausweiterungen münden dann *ceteris paribus* notwendigerweise in steigende Kassenhaltung.

Ist schon der quantitative Nachweis inflationärer Prozesse in China mit erheblichen Problemen behaftet, so gilt dies um so mehr für das äußerst komplexe Feld inflationsverursachender Faktoren. Die Ausführungen des abschließenden Abschnittes sollen in einigen Aspekten schwerpunktmäßig dem Problem gewidmet sein, welche Systemkonstanten bzw. Veränderungen im

institutionellen Arrangement des Bankensektors und der Unternehmensverfassung als ursächlich für die empirisch grob nachgewiesenen Inflationsprozesse erkannt werden können.

### E. Aspekte institutioneller Ursachen der Inflationsprozesse in der VR China

Für die in diesem Kontext zu behandelnden Probleme sind die mit den seit 1979 durchgeführten Reformmaßnahmen verknüpften institutionellen Änderungen, vor allem des Bankensystems, der Unternehmensverfassung und die Wandlungen im Bereich der staatlichen Institutionen der Wirtschaftspolitik von besonderer Bedeutung. Unter institutionentheoretischem Aspekt haben sich gegenüber der Zeit vor 1979, insbesondere nach 1983 erhebliche Änderungen hinsichtlich der Zuordnung des sets von Verfügungs- und Nutzungsrechten mit Bezug auf die genannten Institutionen ergeben. Ursächlich hierfür ist der ordnungspolitische Versuch, in der VR China ein Wirtschaftssystem der „geplanten Warenwirtschaft“ einzuführen<sup>6</sup>, dessen Kerngedanke darin besteht, den Umfang zentraler direktiver Planung auf ein als wirtschaftsstrategisch wichtig erachtetes Sortiment von Inputfaktoren und Endprodukten zu beschränken, darüber hinaus die generell nach den Prinzipien der Marktallokation ablaufenden übrigen Wirtschaftsprozesse durch indikative Planung und Nutzung von Preisen, Löhnen, Steuern, Subventionen, Krediten und Zinssätzen als wirtschaftspolitische Instrumente (ökonomische Hebel) zu steuern bzw. daneben auch von diesen Formen staatlicher Planung nicht direkt berührte Prozesse der Marktallokation zuzulassen<sup>7</sup>. Wesentliche Voraussetzung für diese ordnungspolitische Entwicklung war eine neue Sicht der ökonomischen Qualität des staatlichen Eigentums an den Produktionsmitteln. Diese besteht in der Idee, daß eine Trennung von Eigentümerschaft des Staates und Leitungs- und Nutzungsbefugnis nicht im Widerspruch zu der Kategorie des Staatseigentums stehe. So werden hieraus folgend im industriellen Sektor dem Management staatlicher Betriebe weitgehende und nunmehr auch rechtlich gesicherte Planungs- und Leitungskompetenzen in Form entsprechender Verfügungs- und Nutzungsrechte zugestanden (Unternehmensgesetz 1988 Art. 2 und 22ff.). Im landwirtschaftlichen Sektor wurde die genannte Trennung bereits mit dem Beginn der Reformen durch die Verpachtung des (staatlichen) Bodens an entsprechende bäuerliche Betriebe vollzogen (Schinke 1985, S. 144). Nicht zuletzt existieren und entwickeln sich weiterhin kollektivwirtschaftliche Unternehmensformen sowie solche privatwirtschaftlicher Art in Form meist kleinerer Produktions- und Dienstleistungsbetriebe.

<sup>6</sup> Vgl. zu den Einzelheiten dieser Ordnungskonzeption z. B. *Klenner* (1984); *Kloten* (1985) sowie *Louven* (1988).

<sup>7</sup> Zum chinesischen Planungssystem vgl. den Überblick bei *Chen* (1987).

Instrumentell wird versucht, die staatlichen Planabsichten direktiver wie indikativer Art durch das sogenannte „Verantwortungssystem“ (cheng bao) durchzusetzen. Hierbei handelt es sich um vertragliche Vereinbarungen zwischen Unternehmen bzw. bäuerlichen Betrieben einerseits und den zuständigen Institutionen der Wirtschaftsadministration andererseits. Inhaltlich werden durch das „Verantwortungssystem“ wichtige unternehmerische Leistungs- und Finanzparameter vertraglich fixiert, wie z. B. die von den bäuerlichen Betrieben an die entsprechenden staatlichen Handelsorganisationen bzw. Kommunen abzuliefernden Produktionsmengen (Schinke 1985, S. 142f.) oder der Umfang von Gewinn- und Steuerabführungen im Rahmen indikativer Planung sowie darüber hinaus auch konkrete Planvorgaben im Rahmen direktiver Planung von Produktionsmengen und Investitionsvorhaben bestimmter Größenordnung bei staatlichen Industriebetrieben (Herrmann-Pillath 1989 b, S. 2f.).

Eingebunden in das System staatlicher Planung bleibt die im Kontext dieses Beitrages zu behandelnde Problematik der Gestaltung finanzieller Transaktionen, wobei die planmäßige Steuerung des Geldangebots durch die PBC, die Planungs- und Leitungskompetenzen der Spezialbanken sowie der staatlichen Betriebe mit Bezug auf die Gestaltung der je eigenen Finanzsphäre von zentraler Bedeutung für die Auslösung und Stärke inflatorischer Prozesse ist.

Unter institutionentheoretischem Aspekt<sup>8</sup> lässt sich die Allokation knapper Ressourcen auch in einer wie auch immer ordnungspolitisch gestalteten Planwirtschaft nicht transaktionskostenlos bewirken. Unter diesem Gesichtspunkt kann die chinesische Wirtschaftsreform auch als ein Versuch gedeutet werden, durch Neuarrangements wirtschaftlicher Institutionen, insbesondere auch der Unternehmensverfassung und des Bankwesens, die bekannten spezifischen Ineffizienzen eines Systems zentraler Planung abzubauen.

Zur Charakterisierung und Analyse des derzeitigen Plansystems in der VR China und speziell mit Bezug auf die beobachtbaren Inflationsprozesse eignet sich aus institutionentheoretischer Sicht in besonderer Weise die Anwendung des Konzepts des relationalen Vertrages (Macneil 1974). Als Vertragspartner fungieren in dem hier interessierenden Zusammenhang und bei Beschränkung der Betrachtung auf diese die staatlichen Betriebe einerseits und die Spezialbanken andererseits wie auch deren vertragliches Verhältnis zur PBC als Zentralnotenbank. Schließlich sind deren Beziehungen zur Regierung (Staatsrat, Finanzministerium) unter vertragstheoretischem Aspekt zu analysieren. Grundidee des Konzepts des relationalen Vertrages ist, daß die Vertragspartner wegen der Ungewißheit künftiger Ereignisse im Gegensatz zum klassischen Vertrag bewußt Lücken in den Vertragsvereinbarungen akzeptieren. Inhalt solcher Festlegungen sind auch die Verfahren, nach denen man sich nötigenfalls neu zu vereinbaren gedenkt. Der relationale Vertrag als transaktionskostensparendes

<sup>8</sup> Ein instruktives Beispiel der Nutzbarmachung dieses Ansatzes zur Analyse ökonomisch verwandter Probleme unter den Ordnungsbedingungen der Marktwirtschaft bietet Richter (1988).

Verfahren bietet sich darüber hinaus in Fällen von auf Dauer angelegten Beziehungen an, die sich häufig wiederholen und/oder auch spezifische Investitionen zur Begründung und Aufrechterhaltung solcher Beziehungen erfordern (Williamson 1985).

Das derzeit in der VR China verwirklichte System direktiver und indikativer Planung in Form von Fünfjahr- und Jahresvolkswirtschaftsplänen lässt sich als ein instrumentell durch die Vereinbarung von relationalen Verträgen zwischen den involvierten Institutionen zustande kommendes Verfahren der Ressourcenallokation deuten. — Zur Analyse des Verhältnisses staatlicher Planträger (PBC, Wirtschaftskommission, regionale Planungsinstanzen auf Provinz- und Kommunalebene) zu den Unternehmen und Spezialbanken kann der principal-agent-Ansatz (Berle und Means 1968) in das Konzept der relationalen Verträge integriert werden. Als „principals“ wären im hier interessierenden Kontext die staatlichen Planträger, als „agents“ die Unternehmungen und Spezialbanken zu identifizieren. Wesentliche Charakteristika der principals-agent-Problematik bestehen in dem Tatbestand ungleich verteilten Wissens, so daß notwendigerweise auch unter den gegenwärtigen Ordnungsbedingungen in der VR China Betrieben und Banken (bewußt) diskretionäre Handlungsspielräume eröffnet werden. Hiermit verbunden ist die Gefahr von „adverse selection“ aufgrund asymmetrischer Information bei Vertragsschluß (Planung) bzw. von „moral hazard“ nach Vertragsabschluß (Planverwirklichung). Asymmetrische Informationen eröffnen Gelegenheit zu opportunistischem Verhalten, das nach Williamson (1985, S. 47) in unvollständiger oder verzerrter Informationsweitergabe und spezifischen Anstrengungen zum Zwecke der Informationsverdrehungen verschiedener Art im Dienste der eigenen Interessenverfolgung besteht.

Opportunistisches Verhalten lässt sich unter dem Aspekt der Unsicherheit zukünftiger Ereignisse nicht gänzlich vermeiden, jedoch gibt es institutionelle Vorkehrungen, die dem Opportunismusproblem *ex ante* entgegenwirken. Erstens kann der Ermessensspielraum von agents durch eindeutig bestimmte property rights begrenzt werden. Zweitens können durch Implementation von entsprechenden incentives Umstände geschaffen werden, die das Verhalten der agents mit den Interessen der principals verknüpft. Schließlich geht es drittens um die Schaffung einer die entsprechenden Institutionen regulierenden Verfassung, durch die quasi die Erbringung der vertraglichen Leistungsverpflichtungen auch ohne Anwendung rechtlicher Zwangsmittel unterstützt wird. In den beiden letzten Fällen ist der Wettbewerb innerhalb von Institutionen wie auch der Wettbewerb um die Entdeckung und Durchsetzung entsprechend strukturierter Institutionen von erheblicher Bedeutung.

Bei Anwendung des geschilderten Ansatzes für die Analyse inflationärer Prozesse in China sollen sich die folgenden Ausführungen nur auf einige wesentliche Aspekte beziehen. In diesem Kontext von besonderer Bedeutung ist die Finanzierung staatlicher Betriebe. Bis zum Beginn erster Reformen gestaltete sich diese nach traditionell planwirtschaftlichem Muster. Danach wurden den

Betrieben die Mittel für Anlageinvestitionen vollständig in Form von Dotationen aus dem Staatshaushalt zur Verfügung gestellt, an den evtl. plan- und überplanmäßige Gewinne und Abschreibungen abzuführen waren. Die Umlaufmittelfinanzierung geschah in gemischter Form dadurch, daß ein Teil der dafür benötigten Finanzmittel nach branchendurchschnittlichen Normkriterien für den Bestand an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sowie Halb- und Fertigprodukten (normative Umlaufmittel) ebenfalls durch den Staatshaushalt bereitgestellt wurden. Übernormative Umlaufmittelbestände waren dagegen durch entsprechende Bankkredite zu finanzieren (Ma 1982, S. 347ff.; De Wulf, Goldsbrough 1986, S. 2f.). Es sei in diesem Zusammenhang bereits darauf hingewiesen, daß selbst durch straffe Planung der Geld- und Kreditnachfrage in Verknüpfung mit entsprechender Planung des Angebots an Geld und Kredit inflationäre Prozesse nicht vermieden werden können (Thieme 1980; Haffner 1987; Hartwig 1987; Hartwig, Thieme 1987).

Erste Reformen in der Finanzierung staatlicher Betriebe erfolgten schon 1979 dadurch, daß zur Finanzierung von Anlageinvestitionen, insbesondere von Rationalisierungsinvestitionen, nunmehr auch kurz- und mittelfristige Bankkredite dienen konnten. Darüber hinaus werden seit 1983 aus Mitteln des Staatshaushalts finanzierte Grundbauinvestitionen nicht mehr als Dotationen, sondern als Kredite über die PCBC ausgereicht. — Eine weitere wesentliche Reformmaßnahme bestand darin, daß laut einem Beschuß des Staatsrats von 1983 die Umlaufmittelfinanzierung, soweit sie nicht aus eigenen Mitteln erfolgen konnte, und mit Ausnahme der Erstfinanzierung neu errichteter Staatsbetriebe, nunmehr vollständig über Bankkredite zu erfolgen hat. Allerdings wurde eine Begrenzung für die Kreditgewährung zur Umlaufmittelfinanzierung dadurch verfügt, daß der Anteil aus der Summe von noch verbliebenen Staatshaushaltssmitteln und eigenen Mitteln für die Umlaufmittelfinanzierung nicht weniger als 70 v. H. der Gesamtfinanzierung in diesem Bereich betragen soll (China's Almanach 1985, S. X-84).

Offensichtlich haben die bis dato vorgenommenen Umgestaltungen im Bereich der Finanzierung staatlicher Betriebe in zwei wesentlichen Punkten sowohl im Planungs- wie auch Planerfüllungsprozeß opportunistisches Verhalten, das ursächlich über deren Geld- und Kreditnachfrage zur Inflationsentstehung beiträgt, nicht verhindern können. Dies betrifft zum einen die Planung und Finanzierung von *Investitionen* und zum anderen die Entwicklung der *Lohn- und Prämieneinkommen* der Betriebsangehörigen. Trotz der Umstellung der Finanzierungsmodalitäten für Investitionen besteht weiterhin das Phänomen des „Investitionshungers“. Soweit Staatshaushaltssmittel auch jetzt zur Finanzierung größerer Investitionsprojekte planmäßig beansprucht werden können, sind die dafür zu zahlenden Zinsen so niedrig, daß sie faktisch kein ökonomisch relevantes Rentabilitätskriterium bilden (negative Realzinsen). Zinszahlungen mindern zudem den zu versteuernden Gewinn. Eine ökonomisch begründete Kontrolle der Investitionsprojekte durch die zuständige Filiale der PCBC findet nicht statt, da diese lediglich als Kassenverwalterin fungiert; die Planung

budgetfinanzierter Projekte erfolgt durch die staatliche Planungskommission bzw. heute durch die Wirtschaftskommission. — Mit der Übertragung der Planungskompetenz für Investitionsprojekte mittlerer Größenordnung auf Provinzbehörden und entsprechende Ministerien wurde die Kreditnachfrage der Betriebe nicht gedämpft. Ausgesprochenes „Autarkiestreben“ der betroffenen Bürokratien verknüpfte sich mit dem Versuch, über entsprechende Budgetausweitungen die je eigenen Planungskompetenzen zu erweitern. Auf diese Weise verbinden sich in fataler Weise opportunistisches Verhalten von Betrieben und Planbehörden, das darin gipfeln kann, daß Provinzbehörden und Betriebe Großprojekte, die eigentlich in die Planungskompetenz der staatlichen Zentralbehörden fallen würden, in viele kleine zergliedern, um so der Kontrolle durch die zentralen Planträger zu entgehen. Absichtlich zu niedrig angesetzte Finanzmittel bei der Planung von Investitionsprojekten, die dann tatsächlich erheblich höhere finanzielle Aufwendung erfordern und deswegen auch nachträglich durchgeführt werden, um „Investruinen“ zu verhindern, sind ein anderes Beispiel erfolgreichen opportunistischen Verhaltens zu Lasten der monetären Stabilität.

Daneben darf als nachfragebedingte Inflationsursache auch die Entwicklung der *Einkommen* und damit verbunden eine entsprechende inflationär wirkende Konsumgüternachfrage gelten. Während die Nettoeinkommen insbesondere aufgrund entsprechender Erhöhungen staatlicher Aufkaufspreise für landwirtschaftliche Produkte von 1978 bis 1984 im Jahresschnitt um rund 18 v. H. stiegen, betrug das reale Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion gerade etwas mehr als die Hälfte hiervon. — Die Einkommen der städtischen Bevölkerung, vornehmlich aus zusätzlichen Lohn-, Gehalts- und Prämienzahlungen der staatlichen und genossenschaftlichen Betriebe, wuchsen im gleichen Zeitraum um über 12 v. H., während das Wachstum des Realwerts des Nationaleinkommens bei etwas mehr als 8 v. H. lag. Das Wachstum des Lohnniveaus betrug mit durchschnittlich mehr als 8 v. H. mehr als das Doppelte der Arbeitsproduktivität der Industrie.<sup>9</sup>

Offensichtlich haben die bei den staatlichen Betrieben eingeleiteten Reformmaßnahmen, die u. a. die Auszahlung von Prämien entsprechend einem mit den staatlichen Planungsinstanzen zu vereinbarenden Gewinnverteilungsplan vorsehen, diese Entwicklung begünstigt. Da nach der Steuerreform von 1983 den staatlichen Betrieben nach Abführung einer 55%igen Einkommensteuer und einer individuell mit den Planungsinstanzen zu vereinbarenden Regulierungssteuer der verbleibende Gewinn in freier Disposition steht, wird auch in China das von jugoslawischen gesellschaftlichen Betrieben bekannte Verhalten beobachtet, diese Finanzmittel möglichst in Form von Löhnen und Prämien auszuschütten (Wei 1986, S. 91 f.). An diesem inflationäre Entwicklungen fördernden Verhalten dürfte sich auch durch die Vorschriften des neuen

---

<sup>9</sup> Zahlenangaben aufgrund von Berechnungen nach entsprechenden Angaben des State Statistic Bureau (1985).

Unternehmensgesetzes (1988) kaum etwas ändern, im Gegenteil hat nunmehr ein *Angestellten- und Arbeiterrat* nach Art. 52 das Recht, u. a. über die Lohn- und Prämien gestaltung sowie generell über die durch den Direktor vorgeschlagene Geschäftspolitik zu befinden. Selbst in die Prozedur der Ernennung des Betriebsdirektors durch die zuständigen staatlichen Behörden ist dieses Betriebsorgan nach Art. 44 in entscheidender Weise involviert. Damit dürfte die Durchsetzung kurzfristiger Einkommensinteressen zu Lasten einer die langfristige Investitionsfinanzierung aus eigenen Mitteln fördernde Unternehmenspolitik institutionell begründet sein.

Die enge rechtliche Normierung der Unternehmensverfassung staatlicher Betriebe sowie die traditionelle Dominanz von Verkäufermärkten lässt institutioneninternen Wettbewerb wie auch Wettbewerb im Sinne der Erfindung von opportunistisches Verhalten reduzierenden Institutionen derzeit in China nicht erkennen.

Zur Analyse der durch eine die geschilderten inflationären Prozesse alimentierenden *Politik des Geld- und Kreditangebots* sei im folgenden auf die institutionelle Ausgestaltung des Bankensystems eingegangen. Wie bereits eingangs dargestellt, besteht dieses heute aus der Zentralbankfunktionen ausübenden PBC und dem faktisch sektormonopolistisch gestalteten Geschäftsbankenapparat der Spezialbanken. Eine der entscheidenden Änderungen in der institutionellen Ausgestaltung des Geschäftsbankensektors im Zuge der Reformen in den Jahren 1979 bis 1983 — noch vor der Einführung des zweistufigen Bankensystems — dürfte die entsprechende Verfügungs- und Nutzungsrechte einschließende Möglichkeit der *Giralgeldschöpfung* im Geschäftsbankensektor sein. Umfang und Entwicklung des Kreditvolumens war zwar weiterhin Gegenstand der staatlichen Kreditplanung, die in die administrative Zuständigkeit der PBC fiel. Jedoch wurde mit der Einführung des „Verantwortungssystems“ auch im Finanzsektor die Kreditplanung in Abstimmung mit den ebenfalls jeweils regional zuständigen Planbehörden, den entsprechenden Provinz- und Kreisfilialen der PBC zugeordnet und auf diese Weise formal dezentralisiert. Die Verantwortlichkeit der regionalen und lokalen Bankfilialen sowie der örtlichen Planbehörden sollte darin bestehen, für Deckung von Finanzierungslücken selbst zu sorgen, so daß nur noch die verbleibende Differenz zwischen geplanten Kreditausreichungen und Einlagen einschließlich Eigenkapital durch Refinanzierungskredite bei der PBC zu schließen war. Entscheidend für die Ingangsetzung eines Giralgeldschöpfungsprozesses war aber nunmehr die Vorschrift, daß Bankfilialen, unabhängig von den im Kreditplan vorgesehenen Kreditausreichungen, zusätzliche Kredite gewähren konnten, wenn sie einen entsprechenden Einlagenzuwachs aufwiesen.

An dem Prinzip der Kreditgewährung durch Verknüpfung mit der Entwicklung der Einlagen hat sich auch mit der Einführung des zweistufigen Bankensystems ab 1984 nichts geändert. So sind für Aktiv- und Passivgeschäft mit Nichtbanken nur noch die Spezialbanken bzw. die ihnen zugeordneten Kredit-

genossenschaften zuständig, während die PBC lediglich die Refinanzierung von Deckungslücken zu übernehmen hat. Eine wichtige institutionelle Neuerung besteht in diesem Zusammenhang auch darin, daß innerhalb der Netze der jeweiligen Spezialbanken zwecks Liquiditätsausgleich die Gewährung von Interbankkrediten zu frei vereinbarten Zinskonditionen ermöglicht wurde. Eine strikte Durchplanung soll lediglich noch im Bereich der bereits erwähnten, aus Staatshaushaltsmitteln finanzierten und über die PCBC auszureichenden Kredite für sogenannte Grundbauinvestitionen erfolgen (Herrmann-Pillath 1987, S. 23f.).

Mit diesen institutionellen Veränderungen im Geld- und Kreditwesen wird auch in China nunmehr dominant das Wachstum der Geldmenge durch die Entwicklung des Kreditvolumens bestimmt. Aus diesem Grunde versucht die PBC insbesondere über die Steuerung der Refinanzierungskredite instrumentell die Geldmengenentwicklung zu beeinflussen und das dem geplanten Geldmengenwachstum entsprechende Kreditvolumen der Spezialbanken zu limitieren. Planungstechnisch gesehen sind die Spezialbanken verpflichtet, einen Kreditplan, der Einlagen und Kreditausreichungen ausweist, auszuarbeiten, der vor der PBC zu verteidigen und von dieser zu genehmigen ist.

Die Verfügungs- und handlungsrechtliche institutionelle Gestaltung des Geschäftsbankensystems der VR China fördert eher eine inflationäre Prozesse alimentierende Entwicklung des Kreditangebots, indem sich partikuläre Interessen von Planträgern auf lokaler und Provinzebene mit jenen der staatlichen Betriebe und Bankfilialen zwecks Erlangung ökonomischer und politischer Vorteile durch entsprechenden Zugang zu Krediten verbinden.

Voraussetzung des Zugriffs der Banken auf Finanzierungs-, insbesondere Refinanzierungsmöglichkeiten bietet die derzeitige institutionelle Gestaltung der *PBC als Zentralnotenbank*. Für eine stabilitätsgerechte Steuerung des Geldangebots wäre die Bestimmung eines entsprechenden Zwischenziels der Geldpolitik (Neumann 1971) sowie eines zieladäquaten geldpolitischen Instrumentariums Voraussetzung. Mit dieser Problematik sollen sich die abschließenden Darlegungen befassen.

Chinesische Autoren beschreiben die Aufgabe der *Geldpolitik in China* damit, daß sie eine Doppelzielsetzung, nämlich der Währungsstabilität und der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung, gleichzeitig zu dienen habe (Liu 1985, S. 26f.; Wang, J. 1986, S. 25). Diese Doppelbestimmung wird als das Ergebnis eines Kompromisses zweier kontroverser Auffassungen interpretiert, wonach zum einen begründet wird, daß durch eine bewußt expansive Geldpolitik, auch unter Inkaufnahme inflationärer Prozesse, eine als Primärziel anzusehende beschleunigte Wirtschaftsentwicklung erst ermöglicht werde. Im Gegensatz dazu steht zum anderen die Auffassung, daß wirtschaftliche Entwicklung eine stabile Währung zur Voraussetzung habe mit der Folgerung, daß die Geldpolitik der PBC nur dem Ziel der Währungsstabilität verpflichtet sein dürfe (Wang, G. 1986, S. 16).

Die offizielle Formulierung der Aufgaben, denen die Geldpolitik der PBC zu dienen habe, betont zwar das Ziel der Geldwertstabilität im binnengesetzlichen Sinne, doch werden auch andere gesamtwirtschaftliche Ziele in den Aufgabenkatalog der PBC aufgenommen, indem die PBC „sowohl die Inflation unter Kontrolle zu bringen als auch die koordinierte Entwicklung der Wirtschaft und den Aufbau der rationalen Wirtschaftsstruktur zu fördern“ habe (Vorschläge 1985, S. XXIV). Aus dieser Formulierung läßt sich zumindest keine Priorität für das Ziel binnengesetzlicher Geldwertstabilität in Situationen möglicher Zielkonflikte ableiten.

Als in stabilitätspolitischer Sicht ebenso problematisch erweist sich aber auch die institutionelle Eingliederung der PBC sowie deren Stellung innerhalb der Wirtschaftsadministration der VR China. Zwar ist Unabhängigkeit und Selbständigkeit einer Zentralnotenbank nicht eine notwendige Voraussetzung für eine stabilitätsgerechte Geldversorgung der Volkswirtschaft, wie sich an Beispielen historischer Geldordnungen nachweisen läßt (Meyer, Schüller 1976), doch zeigt es sich, daß Volkswirtschaften, in denen eine gewisse Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Notenbank bei gleichzeitigem Verzicht der Finanzierung von Budgetdefiziten durch die Notenbank besteht, vergleichsweise erheblich niedrigere Inflationsraten und eine bessere finanzwirtschaftliche Disziplin aufweisen (Parkin 1987, S. 310ff.).<sup>10</sup>

Trotz gegenteiliger reformpolitischer Intention ist die PBC weder selbständig noch unabhängig in ihren geldpolitischen Entscheidungen. Formal hat sie zwar den Status eines Ministeriums und ist nur dem Staatsrat verantwortlich, doch ergibt sich schon aus der Zusammensetzung des obersten geldpolitischen Entscheidungsgremiums, dem Zentralbankrat, ein ganz anderes Bild. Diesem gehören nämlich neben dem Präsidenten und einigen Experten und Beratern der PBC auch an einstellvertretender Finanzminister, einstellvertretender Minister der Staatlichen Plankommission, die Präsidenten der Spezialbanken sowie der Präsident der chinesischen Versicherungsgesellschaft. Den Vorsitz in diesem Gremium führt der Präsident der PBC, dessen Stimme bei Patsituationen ausschlaggebend sein soll. In volkswirtschaftlich bedeutenden Angelegenheiten behält sich allerdings der Staatsrat die Entscheidung selber vor (Zhao 1985, S. 14).

Es bedarf wohl kaum näherer Begründungen, daß sich aufgrund der beschriebenen derzeit bestehenden institutionellen Strukturen in den Entscheidungsprozeß über die Entwicklung des durch die PBC zu steuernden Geld- und Kreditangebots die Interessen der „agents“ (Spezialbanken) zu Lasten des Ziels der Geldwertstabilität durchzusetzen vermögen. Dies um so eher, je besser es diesen gelingt, das Argument der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes mittels entsprechend großzügiger Gestaltung des Geld- und

<sup>10</sup> Gesetzlich oder verfassungsrechtlich garantierte Unabhängigkeit der Notenbank bedeutet nicht, daß Notenbankpolitik unbeeinflußt von der Politik der Regierung oder von der öffentlichen Meinung bleibt. Vgl. hierzu *Frey, Fischer* (1981).

Kreditangebots über das der Geldwertstabilität zu stellen. Eine solche Situation ist durchaus wahrscheinlich in bezug auf die Interessenlagen der Präsidenten der Spezialbanken und insbesondere auch der von diesen repräsentierten Provinzialzentralen der gleichen Institutionen. Die Gewährung von Zentralbankkrediten an die die Finanzierung der jeweiligen Sektoren bzw. von speziellen Aufgaben durchführenden Spezialbanken geschieht auch heute noch nach den überkommenen planwirtschaftlichen Methoden. Das bedeutet, daß sich das jeweilige Volumen an Zentralbankkrediten, das diesen Institutionen planmäßig zugeteilt wird, nach den im Vorjahr beanspruchten Kreditbeträgen richtet. Damit sind von vornherein Möglichkeiten eines aus ex ante opportunistischem Verhalten hervorgehenden „soft budgeting“ eröffnet, die eine wirksame Kontrolle des Geldmengenwachstums zumindest erschweren, wenn nicht gar verhindern dürften. Bei der Beschußfassung über den nationalen Kreditplan, dessen Ausarbeitung in die Kompetenz des Zentralbankrates fällt und der vom Staatsrat zu genehmigen ist, entsteht für die Spezialbanken die klassische Situation eines Gefangenendilemmas. Eine daraus hervorgehende überschießende Kreditexpansion erzeugt negative externe Effekte, die dann in den Wirkungen inflationärer Prozesse sozialisiert werden.

Als besonders problematisch erweist sich in diesem Kontext die Verknüpfung ökonomischer Interessen regionaler und lokaler Verwaltungsbehörden mit denen der jeweils unterstellten Betriebe durch das bereits erwähnte „Verantwortungssystem“ und der daraus hervorgehende Einfluß von Behörden und Betrieben auf die regionalen und lokalen Filialen, Zweig- und Geschäftsstellen der Spezialbanken und der PBC. Die Kompetenzerweiterung regionaler und lokaler Verwaltungsorgane im Gefolge der Dezentralisierungsprozesse in Verbindung mit dem bereits erwähnten Verantwortungssystem lassen faktisch jede geplante ökonomische Aktivität auf dieser Ebene zu einer verhandelbaren Angelegenheit zwischen den Beteiligten werden (Tidrick 1987, S. 198f.; China's Economy 1987, S. 15 ff.). Dies betrifft nicht zuletzt auch die über Bankkredite zu finanziierenden Investitionen öffentlicher wie betrieblicher Art, soweit die eigenen Mittel hierzu nicht ausreichen. Aufgrund dieser korporativistischen Vernetzung der Entscheidungsstrukturen im Wirtschaftssystem Chinas ist auf keiner Ebene des chinesischen Bankensystems die wichtige Voraussetzung für eine funktionsfähige Geldordnung erfüllt, daß nämlich kreditpolitische Entscheidungen möglichst autonom gefällt werden können (Herrmann-Pillath 1989a). Im Gegenteil ist die Praxis gang und gäbe, daß lokale und regionale Behörden die Kreditpolitik der Spezialbankfilialen und -zweigstellen und auch der PBC-Filialen massiv beeinflussen.

Die Planung von Umfang und regionaler Zuteilung der Refinanzierungskredite erfolgt weiterhin im Wege der traditionellen Mustern folgenden Planabstimmung zwischen PBC und Spezialbanken. Somit hat die 1984 eingeführte Zweistufigkeit im Bankensystem materiell nicht zu der Trennung von Zentralbankfunktionen und Geschäftsbanktätigkeit geführt. Schon aus diesem Grunde dürfte der Einsatz des der PBC zur Verfügung stehenden geldpolitischen

Instrumentariums weitgehend wirkungslos bleiben, ausgenommen evtl. die Maßnahmen der Kreditrationierung, falls diese durchsetzbar ist. Wie sich aber leicht an der Entwicklung des Wachstums verschiedener Geldmengenaggregate nach 1984 zeigen ließ, war die PBC nach einem Jahr strikter Kreditrationierung offenbar auf mannißfachen Druck der am geldpolitischen Entscheidungsprozeß beteiligten Institutionen gezwungen, ihren restriktiven Kurs wieder aufzugeben, mit dem Ergebnis einer entsprechend höheren Geldmengenexpansion in dem betreffenden Folgejahr.

Die geldpolitischen Durchsetzungsmöglichkeiten der PBC werden in nicht unerheblichem Maße auch durch den faktisch auf sie ausgeübten Zwang unterminiert, daß sie beispielsweise die offensichtlich nicht anders finanziierbaren und seit drei Jahren jeweils mit 8 Mrd. Yuan angegebenen Budgetdefizite zu decken hat (Country Report 1988, S. 11).

Bei der Umsetzung ihres geldpolitischen Ziels bedient sich die PBC gegenwärtig eines einfachen Geldmengenkonzepts, das die seit den Reformen im Bankwesen bestehenden Giralgeldschöpfungsmöglichkeiten im Geschäftsbankensektor berücksichtigt. Als monetäres *Zwischenziel der Geldpolitik* fungiert das Wachstum der Summe aus Bargeld und Depositen ( $M_1$  im Sinne der chinesischen Definition) unter Berücksichtigung des realen Wirtschaftswachstums, der erwarteten Inflationsrate und der erwarteten Veränderung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes (Herrmann-Pillath 1989b). Der Erfolg einer diesem Konzept folgenden Politik hängt aber u. a. davon ab, daß die geldpolitisch erwünschte Entwicklung des  $M_1$ -Aggregats als geeignete Zwischenzielvariable fungieren kann. Dieses dürfte eines der schwierigsten Probleme sein, dem sich die chinesische Geldpolitik heute gegenüber sieht. Die reformpolitisch bewirkten Strukturumbrüche im Wirtschaftssystem im allgemeinen und im Bankensystem im besonderen sind weder beendet, noch ist eine Stabilisierung von neuen Ordnungsstrukturen infolge der weiter fortschreitenden Reformbemühungen in nächster Zukunft zu erwarten. Ist schon der Grad an Unsicherheit in der Zielerreichung, der auch in ordnungspolitisch vergleichsweise verfestigten Wirtschaftssystemen mit der Steuerung der Geldmenge über eine Zwischenzielvariable verknüpft ist, relativ hoch, wie das Beispiel der jüngsten konzeptionellen Änderungen in der Geldpolitik der Bundesbank belegt, um so mehr dürfte dies für die chinesische Geldpolitik in den jetzigen Zeiten dauernder reformpolitischer Veränderungen gelten. Dies kann zur Folge haben, daß schon die Wahl einer geldpolitischen Zwischenzielvariablen nicht problemadäquat im Sinne der Stabilisierung des Geldwertes erfolgte.

Als im stabilitätspolitischen Sinne unzureichend erweist sich aber auch das der PBC zur Verfügung stehende *geldpolitische Instrumentarium*.

Als noch eines der wirksamsten Instrumente zur Steuerung des Kreditangebots der Banken gilt das der *Kreditplafondierung*. Sowohl deren passive als auch aktivseitige Form wird durch die PBC praktiziert. In der Zeit von 1979-1983, als die PBC auch noch Geschäftsbankenfunktionen ausübte, wurde den einzelnen

Filialen der PBC die Differenz zwischen Einlagen und Kreditausreichungen genau vorgegeben. Eine Ausweitung des Kreditangebots war, wie bereits erwähnt, nur möglich bei entsprechendem Einlagenzuwachs. Nach der Einführung des zweistufigen Bankensystems wird das entsprechende Verhältnis von Einlagen zu Kreditausreichungen nunmehr für jede einzelne Spezialbank festgelegt, wiederum mit der Maßgabe, daß eine Vergrößerung des Kreditangebots darüber hinaus an ein entsprechendes Einlagenwachstum gebunden ist. Die Aufschlüsselung der planmäßigen Kreditplafonds auf die Filialen erfolgt durch die jeweiligen Spezialbankzentralen, wobei die Filialen ihrerseits die entsprechenden Plafonds ihrer Geschäftsstellen bestimmen. — Die aktivseitige Plafondierung in Form der absoluten Plafondierung ist typischerweise das Instrument planwirtschaftlicher Lenkung der Kredite. So wurde im sogenannten umfassenden Kreditplan der PBC bis zum Jahre 1979 das gesamte Kreditvolumen, die Obergrenzen der Kreditvergabe der Filialen der PBC und Limite zu der Kreditausreichung an bestimmte Wirtschaftszweige verbindlich vorgegeben (Asian Development Bank 1987, S. 71). Heute gilt die absolute Plafondierung faktisch als ultima ratio und wurde deshalb auch eingesetzt, als das Geldmengenwachstum insbesondere nach 1984 offensichtlich anders nicht mehr zu kontrollieren war.

Als weiteres Instrument der Geldpolitik fungiert die *Refinanzierungspolitik* der PBC. Refinanzierungskredite dienen der kurzfristigen Liquiditätsbeschaffung durch die Spezialbanken bei der PBC. Der generell als Jahreskredit im Jahreskreditplan der Spezialbanken auszuweisende Finanzbedarf zur Deckung einer Finanzlücke zwischen genehmigter Kreditvergabe und Einlagen stellt die eine Form des Refinanzierungskredits dar, der derzeit mit 6,48 v. H. p.a. zu verzinsen ist. Der Finanzierung von saisonal bedingten bzw. aus Schwankungen im regulären Zahlungsverkehr zwischen einzelnen Banken hervorgehenden Liquiditätsengpässen dienen entsprechende Kredite mit kurzer Laufzeit bei differenzierten Zinssätzen. — In den Bereich kurzfristiger Kreditgewährung fällt auch die in einigen Städten experimentell eingeführte Rediskontierung von Bank- und Handelswechseln durch die PBC. Die *Wechselrediskontpolitik* kann aber so lange noch nicht als wirksames Mittel der Geldpolitik dienen, wie der Gebrauch des Wechsels als Finanzierungsinstrument noch nicht generell zugelassen ist. Doch ist geplant, die Wechselwirtschaft weiter auszudehnen (Herrmann-Pillath 1989a).

Mit der institutionellen Umwandlung der PBC in eine Notenbank wurden als neues Instrument der Geldmengensteuerung allerdings verzinsliche *Mindestreserveverpflichtungen* der Spezialbanken gegenüber der PBC eingeführt. Dadurch sollten nach ersten Vorstellungen 40-50 v. H. der Einlagen der Spezialbanken bei der PBC zentralisiert werden. Der Mindestreservesatz beträgt heute einheitlich 10 v. H. der Einlagen bei den Spezialbanken, mit Ausnahme eines entsprechenden Satzes von 30 v. H. für die PBC (Zhou, Zhu 1987, S. 40).

Auch die *Zinsgestaltung* in Form der Festlegung von Soll- und Habenzinsen fällt in die Kompetenz der PBC und kann als geldpolitisches Instrumentarium genutzt werden. Zinsfestlegungen dieser Art bedürfen allerdings der Genehmigung durch den Staatsrat. Je nach Laufzeit bestehen differenzierte Habenzinssätze für Spareinlagen der Bevölkerung sowie auch für Einlagen der Betriebe, wobei diese Zinssätze infolge der Geldentwertung in den letzten Jahren mehrfach erhöht wurden. Eine differenzierte, durch die PBC vorgegebene Zinsstruktur ist auch für die Kreditausreichungen der Spezialbanken vorgeschrieben. Eine gewisse Flexibilität erhält die Zinsgestaltung dadurch, daß die Spezialbanken von festgelegten Standardzinssätzen in einer Marge von maximal 20 v. H. abweichen können (Zhou, Zhu 1987, S. 401). Das derzeitige Zinsniveau liegt jedoch wesentlich unter der Inflationsrate, so daß real sowohl negative Soll- als auch Habenzinsen bestehen.

Der infolge der Inflation inzwischen beobachtbare „run“ auf Sachgüter hatte in jüngster Zeit zu einem erheblichen Abzug von Spareinlagen geführt. Um dieser Entwicklung entgegenzutun und die Sparquote auf dem erreichten Niveau zu halten, hat der Staatsrat zahlreiche Maßnahmen beschlossen. So soll für langfristige Termineinlagen über die Zahlung eines Bonus nach Ablauf der Festlegungsfrist ein Ausgleich für den inzwischen eingetretenen Geldwertverlust gewährt werden. Ebenso wurden die Zinssätze für Spareinlagen von 7,2 v. H. auf 8,6 v. H. und diejenigen für langfristige Anlagen auf 12,4 v. H. angehoben. Dagegen blieben die Kreditzinsen offensichtlich unverändert.

Bei einer zusammenfassenden Beurteilung der gegenwärtigen institutionellen Struktur der chinesischen Geldverfassung liegt der Schluß nahe, daß diese erhebliche ordnungspolitische Defekte aufweist, so daß es offensichtlich nicht gelingt, eine stabilitätsgerechte im Sinne einer möglichst inflationäre Prozesse vermeidende Geldmengensteuerung zu bewirken. Wenn es die Intention der chinesischen Wirtschaftsreformen ist, die plandeterminierte Allokation auf wenige Produkte zu beschränken — darauf deutet das von der Regierung beschlossene wirtschaftliche Aktionsprogramm für die Jahre 1989 bis 1993 hin (NZZ 1988, S. 10) — und im übrigen prinzipiell marktbestimmte, wenn auch in erheblichem Maße durch indikative Planung gesteuerte Wirtschaftsabläufe zu institutionalisieren, so hängt der Erfolg der Reformpolitik in China wesentlich auch davon ab, ordnungspolitisch eine funktionsfähige Geldverfassung durchzusetzen, d. h. dafür zu sorgen, daß durch strikte Funktionentrennung einerseits eine durch den Staat bzw. die Notenbank zu bewirkende Geldmengensteuerung zwecks „Sicherung der Währung“ gelingt, zum anderen aber gewährleistet ist, daß sich das eigentliche Bankgeschäft unter wettbewerblichen Bedingungen autonom vollziehen kann. Eine Lösung im Sinne der beiden Aspekte des Lutzschen Grundproblems der Geldverfassung (Lutz 1962a, S. 33) konnten die bisherigen Reformbemühungen offensichtlich nicht bewirken.<sup>11</sup> So ist das

<sup>11</sup> Eine ausführliche Diskussion dieser Problematik findet sich bei Herrmann-Pillath 1988.

Geldangebot derzeit in China weitgehend dadurch endogen bestimmt, daß hierauf auch noch zahlreiche zentrale, regionale und lokale politische Entscheidungsträger Einfluß nehmen.<sup>12</sup>

Wettbewerb als Gestaltungsprinzip einer funktionsfähigen Geldordnung zwecks Entdeckung und Durchsetzung effizienter Institutionen im monetären Sektor der Volkswirtschaft ist aufgrund der bestehenden Bankenstruktur in den von den Spezialbanken zu bedienenden Geschäftsbereichen faktisch ausgeschlossen. In Verbindung damit führen die institutionelle Gestaltung der PBC, das derzeit verfolgte geldpolitische Konzept sowie die mangelnde Ausstattung der PBC mit einem wirksamen geldpolitischen Instrumentarium dazu, daß gegenwärtig eine stabilitätsgerechte Geldmengensteuerung an den geschilderten mannigfachen Ordnungsdefiziten der bestehenden Geldverfassung der VR China scheitern muß.

### Literaturverzeichnis

- Asian Development Bank* (1987), Economic Report on the People's Republic of China (internal paper), o.O.
- Bender*, D. u. a. (1988), Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, Bd. 1 und 2, 3. A., München.
- Berle*, A. A., G. C. *Means* (1968), The Modern Corporation and Private Property, New York.
- Buchanan*, J. M., C. K. *Rowley*, R. D. *Tollison* (1987), Hg., Deficits, New York.
- Byrd*, W. A. (1987), The Impact of the Two-Tier Plan / Market System in Chinese Industry, in: Journal of Comparative Economics, vol. 11, no. 3, S. 295-308.
- Cassel*, D. (1984), Hg. Wirtschaftspolitik im Systemvergleich, München.
- (1988), Inflation, in: D. *Bender* u.a. (1988), S. 260-314.
- Chen*, J. (1987), The Planning System, in: G. *Tidrick*, J. *Chen* (1987), S. 148-174.
- China's Almanach* (1985), China's Almanach, Beijing.
- China's Economy* (1987), The Economist. A Survey of China's Economy, 1 August.
- Chow*, G. C. (1987), Money and Price Level Determination in China, in: Journal of Comparative Economics, vol. 11, no. 3, S. 319-333.
- Country Report* (1988), The Economist Intelligence Unit (Hg.): Country Report no. 2, China, North Korea.
- De Wulf*, L., D. *Goldsborough* (1986), The Evolving Role of Monetary Policy in China. International Monetary Fund, in: American Research Departments DM/86/2.
- Donnithorne*, A. (1981), China's Economic System, 2. A., London.

---

<sup>12</sup> Vgl. zu beiden Aspekten z.B. die bei *Zhou* und *Zhu* 1987, S. 402ff. berichteten Problembereiche.

- Feltenstein, A., Z. Farhadian* (1987), Fiscal Policy, Monetary Targets and the Price Level in a Centrally Planned Economy: An Applicacy to the Case of China, in: *Journal of Money, Credit and Banking*, vol. 19, S. 137-156.
- Frey, B. S., F. Schneider* (1981), Central Bank Behavior. A Positive Empirical Analysis, in: *Journal of Monetary Economics*, no. 2, S. 291-315.
- Haffner, F.* (1987), Monetäre Zentralplanung und Volkswirtschaftsplanung, in: H. J. Thieme (1987), Hg., S. 194-215.
- Harnischfeger-Ksoll, M., J. Wu* (1986), Hg. *China Handbuch für die Wirtschaft*, München-Beijing.
- Hartwig, K.-H.* (1987), Monetäre Steuerungsprobleme in sozialistischen Planwirtschaften, Stuttgart, New York.
- Hartwig, K.-H., H. J. Thieme* (1987): Determinanten des Geld- und Kreditangebots in sozialistischen Planwirtschaften, in: H. J. Thieme (1987), Hg., S. 217-239.
- Herrmann-Pillath, C.* (1985), Zum institutionellen Rahmen der chinesischen Wirtschaftsreform: Geplante Warenwirtschaft und Bankensystem. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 23, Köln.
- (1987), Inflationsprozesse in der VR China seit 1979, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 44.
- (1988), Das Grundproblem der Geldverfassung in den jüngsten wirtschaftspolitischen Erfahrungen der Volksrepublik China, in: *Wirtschaftspolitische Chronik*, H. 2/3, Köln.
- (1989a), Die chinesische Wirtschaftspolitik in der Phase beschleunigter Inflation: Neue theoretische und empirische Analysen. Bericht des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 2, Köln.
- (1989b), Neue Wege der chinesischen Wirtschaftsreform: Märkte für Eigentumsrechte an Betrieben? Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, aktuelle Analysen, Nr. 4, Köln.
- Höhmann, H. H., G. Seidenstecher* (1988), Hg., *Die Wirtschaft Osteuropas und der VR China 1980-1990*, Hamburg.
- Klenner, W.* (1979), *Ordnungsprinzipien im Industrialisierungsprozeß der VR China*, Hamburg.
- (1981), Der Wandel in der Entwicklungsstrategie der VR China, Hamburg.
- (1984), China: Wirtschaftspolitik zwischen Utopie und Pragmatismus, in: D. Cassel (1984), S. 233-347.
- (1988), VR China, in: H.-H. Höhmann, G. Seidenstecher (1988), Hg., S. 595-643.
- Kloten, N.* (1985), Der Plan-Markt-Mechanismus Chinas. Das Koordinationssystem in Theorie und Praxis, in: A. Schüller (1985), Hg., S. 11-61.
- (1990), Monetäre Steuerung in den transitorischen Stadien eines Wirtschaftssystems: der Fall China, S. 157-183 in diesem Band.
- Kraus, W.* (1979), *Wirtschaftliche Entwicklung und sozialer Wandel in der Volksrepublik China*, Berlin, Heidelberg, New York.

- Liu, G. (1985), Rückblick und Ausblick auf die Forschungen der Geldtheorie in China, in: Wirtschaftsforschung (JJYJ), H. 4, S. 20-28 (chin.).*
- (1986), Die Reform des chinesischen Finanzsystems, in: Monetäre Forschung (RRYR), H. 4, S. 62-66 (chin.).
- Louwen, E. (1988), Reform und Modernisierung der chinesischen Wirtschaft seit 1976, in: Ostkolleg (1988), S. 100-117.*
- Lutz, F. (1962), Geld und Währung. Gesammelte Abhandlungen, Tübingen.*
- (1962a), Das Grundproblem der Geldverfassung, in: *derselbe* (1962), S. 28-102.
- Lyons, T. P. (1985), China's Cellular Economy: A Test of the Fragmentation Hypothesis, in: Journal of Comparative Economics, vol. 9, S. 125-144.*
- Ma, H. (1982), Hg., Ein Quellenbuch über die heutige Wirtschaft Chinas, Beijing (chin.).*
- Macneil, J. R. (1974), The Many Features of Contract, in: Southern California Law Review, vol. 47, S. 691-816.*
- Meyer, F. W., A. Schüller (1976), Spontane Ordnung in der Geldwirtschaft und das Inflationsproblem, Walter Eucken Institut (1976), Hg., Vorträge und Aufsätze, Nr. 59, Tübingen.*
- Neumann, J. M. (1971), Zwischenziele und Indikatoren der Geldpolitik, in: Kredit und Kapital, Jg. 1971, S. 398-420.*
- NZZ (1988), Preis- und Lohnreform in China, in: Neue Zürcher Zeitung vom 21./22. August, Fernausgabe Nr. 193, S. 10.*
- Obersteller, Ch. (1987), Das Finanz- und Banksystem der Volksrepublik China, Studienreihe der Stiftung Kreditwirtschaft an der Universität Hohenheim, Hg., Hohenheim.*
- Ostkolleg (1988), Ostkolleg der Bundeszentrale für politische Bildung, Hg., VR China im Wandel, Schriftenreihe, Bd. 267, Bonn.*
- Parkin, M. (1987), Domestic Monetary Institutions and Deficits, in: J. M. Buchanan, C. K. Rowley, R. D. Tollison, (1987), Hg.*
- PBC (1984), People's Bank of China, Hg., The People's Bank of China — Its Functions and Organization, Beijing.*
- Portes, R., A. Santorum (1987), Money and the Consumption Goods Market in China, in: Journal of Comparative Economics, vol. 11, no. 3, S. 354-371.*
- Richter, R. (1988), Bankenregulierung aus der Sicht der Neuen Institutionenökonomik, Referat zur Sitzung des Ausschusses für Geldtheorie und Geldpolitik des Vereins für Socialpolitik am 4./5. November.*
- Schenk, K.-E. (1980), Hg., Lenkungsprobleme und Inflation in Planwirtschaften, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 106, Berlin.*
- Schinke, E. (1985), Der Agrarsektor in der Volksrepublik China: Wandlungen und Möglichkeiten, in: A. Schüller (1985), Hg., S. 141-157.*
- Schüller, A. (1985), Hg., China im Konflikt zwischen verschiedenen Ordnungskonzepten. Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 150, Berlin.*
- State Statistic Bureau (1985), Statistic Survey, Beijing.*

- Thieme, H. J. (1980), Probleme der Definition und Messung von Inflation in Systemen zentraler Planung, in: K.-E. Schenk (1980), Hg., S. 45-70.*
- (1987), Hg., Geldtheorie, 2. A., Baden-Baden.
- Tidrick, G. (1987), Planning and Supply, in: G. Tidrick, J. Chen (1987), Hg., S. 175-209.*
- Tidrick, G., J. Chen (1987), Hg., China's Industrial Reform, Washington D.C.*
- Unternehmensgesetz (1988), The law of the People's Republic of China on Industrial Enterprises Owned by the Whole People, 13. April, in: China Daily Business Weekly vom 15. Mai, pp 2 u. 3.*
- Vetter, H. F. (1985), Das chinesische Bankwesen, in: Die Bank, Nr. 9.*
- Vorschläge (1985), Vorschläge des ZK der KP Chinas für die Erstellung des 7. Fünfjahrplans für die volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung, in: Beijing Rundschau, Nr. 40, Beilage S. VI-XXVIII.*
- Wang, G. (1986), Zur Einigkeit des Ziels der Zentralbankpolitik, in: Monetäre Forschung (JRYR), H. 1, S. 15-18 (chin.).*
- Wang, J. (1986), Zum Ziel der Zentralbankpolitik, in: Monetäre Forschung (JRYJ), H. 8, S. 24-26 (chin.).*
- Wei, J. (1986), Das Problem der Expansion des Konsumfonds, in: Finanz- und Geldwesen (CZJR), H. 2, S. 91-96 (chin.).*
- Weltbank (1988), Hg., Weltentwicklungsbericht 1988, Washington D.C.*
- Wiens, Th. B. (1987), Issues in the Structural Reform of Chinese Agriculture, in: Journal of Comparative Economics, vol. 11, no. 3, S. 372-384.*
- Williamson, O. E. (1985), The Economic Institutions of Capitalism, New York und London.*
- Wu, J., R. Zhao (1987), The Dual Pricing System in China's Industry, in: Journal of Comparative Economics, vol. 11, no. 3, S. 309-318.*
- Zhao, H. (1985), Einführung in die Theorie des Geldes und der Banken, Beijing (chin.).*
- Zhou, J. (1986), Geldangebot und makroökonomisches Gleichgewicht, in: Finanz- und Geldwesen (CZJR), H. 9, S. 75-83 (chin.).*
- Zhou, L. (1986), et. al., Expansion des Investitionsvolumens und Reformvorstellungen, in: Wirtschaftsforschung (JJYJ), Heft 2, S. 22-29 (chin.).*
- Zhou, X., L. Zhu (1987), Chinas Banking System: Current Status, Perspective on Reform, in: Journal of Comparative Economics, vol. 11, no. 3, S. 399-409.*



# **Monetäre Steuerung in den transitorischen Stadien eines Wirtschaftssystems: Der Fall China\***

Von *Norbert Kloten*, Stuttgart/Tübingen

## **A. Zur Thematik und einigen verfahrenstheoretischen Aspekten**

1. Mit dem Thema wird unterstellt, daß Wirtschaftssysteme Stadien transitorischer Natur durchlaufen können, und daß sich das, was diese Stadien inhaltlich ausmacht, auf Stil und Formen der monetären Steuerung erstreckt, auf deren konzeptionelle Basis, auf die Organisation des Notenbankwesens, auf das geldpolitische Instrumentarium und die Implementation der Geldpolitik. Dies aber besagt, daß die Veränderungen den gesamten finanziellen Sektor beeinflussen, sei es durch Entwicklungen, die von Reformen endogen ausgelöst werden, sei es durch staatliche Maßnahmen einer Transformation der monetären Steuerung. Das Thema impliziert zudem, daß eine derartige Transformation nicht zufälliger Natur ist, sondern daß sie zumindest in ihrem Kern ökonomisch zwingende Sachverhalte reflektiert.

2. Im Falle der chinesischen Wirtschaftsordnung handelt es sich bei den transitorischen Stadien insoweit um „systeminterne“ Veränderungen<sup>1</sup>, als im Grundsatz am sozialistischen System festgehalten wird — manifestiert durch die vier Grundprinzipien: sozialistischer Weg, demokratische Diktatur des Volkes, Führung durch die Kommunistische Partei wie die Leitideen von Marx, Lenin und Mao. Dadurch, daß es sich um systeminterne Veränderungen handeln soll, sind ihnen auch systembedingt Grenzen gesetzt. Das mußte sich in den konkreten Ausformungen der Transformationsphasen auswirken.

Die transitorischen Stadien markieren einen Wandel, der durch ordnungspolitische Entscheidungen ausgelöst wurde und dann wesentlich durch die Reaktionen der Beteiligten auf allen Ebenen in ihren jeweiligen Funktionen

---

\* Frau Diplom-Volkswirt Sermin Kirelli danke ich für die Unterstützung bei der Erarbeitung dieses Beitrags.

<sup>1</sup> Die Unterscheidung zwischen „systeminternen“ bzw. „systemerhaltenden“ und „systemexternen“ bzw. „systemübergreifenden“ Veränderungen ist insofern nicht unproblematisch, als die Abgrenzung von dem jeweils gewählten Katalog an Merkmalen, an denen verschiedene Systeme festzumachen sind, abhängt; auch sind die Grenzen vielfach fließend. So gesehen könnte man bei einer alternativen Definition politischer und wirtschaftlicher Systeme durchaus die Ansicht vertreten, es handle sich im Falle Chinas um „systemübergreifende“ Veränderungen.

seine Gestalt gefunden hat. Der Wandel vollzog sich in größeren und kleineren Schritten, die durchaus ein strategisches Konzept erkennen lassen, das aber in seinen Inhalten die Charakteristika einer Politik des trial and error widerspiegelt. Worauf die systeminterne Transformation letztlich hinauslaufen wird, bleibt der Zukunft überlassen. Ein kapitalistisch-marktwirtschaftliches System im westlichen Sinne soll es allerdings nicht sein. Daher ist es auch methodisch unzulässig, das jeweils Erreichte allein am marktwirtschaftlichen Funktionsmodell<sup>2</sup> zu messen.

3. Gleichwohl ist es sinnvoll, insofern von transitorischen Stadien zu sprechen, als sich mit ihnen und in ihnen die Qualität wirtschaftlicher Prozesse innerhalb der sozialistischen Wirtschaftsordnung Chinas ändert. Anders ausgedrückt: In jedem Stadium wandeln sich die Planungs- und Abstimmungsprozesse, das Entscheidungssystem, das Motivations- wie das Kontrollsystem<sup>3</sup> der chinesischen Volkswirtschaft derart, daß sie nach den getroffenen Maßnahmen nicht mehr das gleiche sind wie zuvor. Das Neue zu erfassen, bedingt eine Orientierung an geeigneten Kriterien. Doch bislang fehlt es an einer Theorie der Transformation von Wirtschaftsordnungen, die solche Kriterien anbietet. Die Merkmale, die etwa den systemkonstituierenden Prinzipien Eucken's zu entlehnen sind, erlauben es, alternative Wirtschaftsordnungen voneinander abzugrenzen. Um wenigstens die Übergänge zwischen den polaren Ordnungen deutlich werden zu lassen, habe ich schon vor Jahrzehnten die Kriterien der Dominanz der öffentlichen oder der privaten Wirtschaftsführung (Primärkriterium) und der Eigentumsordnung (Sekundärkriterium) eingeführt (Kloten 1955a, S. 123ff.)<sup>4</sup>, den Ansatz aber nicht weiter verfolgt. Beide Kriterien wären auch im Falle Chinas hilfreich, doch sich allein an ihnen orientieren zu wollen, würde das Spektrum der die transitorischen Stadien ausmachenden Sachverhalte allzusehr einengen, zumal es um die Typisierung gleitender Übergänge geht, die im einzelnen nur schwer an bestimmten Merkmalen festzumachen sind und insofern oftmals erst im nachhinein erkennen lassen, daß Quantität in Qualität umschlug (vgl. hierzu Kloten 1973, S. 221ff. und 1977, S. 85ff.). Ein Erschwernis spezifischer Art begründet die Heterogenität der jeweils nebeneinander sich auswirkenden Elemente einer direkten Planung, einer eher indikativen Lenkung und einer Koordinierung über die Märkte (allerdings wiederum nur innerhalb administrativ festgelegter Grenzen).

Bei der Transformation innerhalb des sozialistischen Systems Chinas betreffen die Neuorientierungen

<sup>2</sup> Zu systemkonstitutiven Bedingungen einer Marktwirtschaft siehe *Kloten* (1987, Sp. 1017f.).

<sup>3</sup> Zu systemtypischen Merkmalen von Wirtschaftsordnungen siehe *Leipold* (1988, S. 12ff.).

<sup>4</sup> Zur Bedeutung der Eigentumsordnung für das Wirtschaftssystem siehe auch *Kloten* (1955b, S. 76ff.).

- das Koordinationssystem: Das System zentraler Planung der Wirtschaftsprozesse, insbesondere die bindende Mengenplanung, wird zunehmend abgelöst von Formen einer indirekten Planung, so von „anleitenden Plänen“, die über Instrumente einer indirekten ökonomischen Beeinflussung (Wirtschaftshebel) das wirtschaftliche Geschehen lenken. Der Staat beschränkt sich derart auf die „Rahmenplanung“ und die Kontrolle der wenigen verbliebenen Kennziffern. Dieser substantielle Wandel in Zielen und Formen staatlicher Planung — wenngleich ohne Identität mit dem, was im westlichen Sinne indikative Planung ist — geht zwangsläufig einher mit dem Übergang von Zentralität der Entscheidungsbefugnisse zu mehr dezentralen Formen. Auch werden in bestimmten Bereichen immer mehr Formen einer marktmäßigen Koordination mit Preisen zugelassen, die durch Angebot und Nachfrage bestimmt werden.
- das Entscheidungssystem: Neben das dominierende Gemeineigentum treten (durch Übertragung von Verfügungs- bzw. Nutzungsrechten an staatlichen Produktionsmitteln auf die einzelnen Haushalte und Betriebe) mit wachsendem Gewicht privateigentumsähnliche Rechtsverhältnisse, ohne daß von Privateigentum im westlichen Sinne gesprochen werden kann.
- das Motivations- und Kontrollsystem: Im Zuge des Reformprozesses wirken sich immer mehr marktwirtschaftliche Motivationsfaktoren, vor allem das eigenverantwortliche Handeln gekoppelt mit materiellen Anreizelementen (z. B. Erfolgsbeteiligung) aus, während die einzelwirtschaftliche Leistungskontrolle noch vorwiegend durch staatliche Kontrollen erfolgt. Eine Kontrolle der „Interessen durch Interessen“ setzt wettbewerblich geordnete Marktbeziehungen voraus, die in der Volksrepublik noch nicht gegeben sind. Bei der Einkommensverwendung wird mehr Dispositions- und Konsumtionsouveränität zugestanden, ohne daß in westlichen Maßstäben gedacht würde.

4. Die durch ordnungspolitische Datensetzungen bewußt ausgelösten Anpassungsprozesse und Neuorientierungen beheben Defekte im Koordinationsmechanismus, begründen aber auch Inkonsistenzen anderer Art, zumal wenn — wie in der Volksrepublik — das Preissystem als die Summe der Preisrelationen im Ausgangsstadium alles, nur nicht Ausdruck realer Knappheitsverhältnisse ist. Was sich auswirkt, ist neben den transformationsbedingten Reibungsverlusten die Inkompatibilität zwischen Elementen von im Grunde disparaten Wirtschaftsordnungen und Lenkungs- wie Koordinationsmechanismen solcher Ordnungen (vgl. hierzu Kloten 1985, S. 36 ff.).

Die transitorischen Stadien voneinander abzugrenzen, ist nicht einfach. Und doch muß es ein Anliegen sein, eine Stadienfolge aufzuzeigen und deren Inhalte — soweit möglich — als prozeßendogen zu interpretieren. Das bedingt Einblicke in Dependenz- und Interdependenz des Reformprozesses. In der Natur der Sache liegt, daß die zentralen Reformanstöße aus dem güterwirtschaftlichen Bereich kommen. Im monetären Sektor primär ansetzen zu wollen,

würde also ein Vorpreschen im Sinne der Schaffung eines Überbaus ohne den zugehörigen Unterbau beinhalten.

## B. Wirtschaftsreform und monetäre Steuerung

### I. Das planzentralistische Regelungssystem

1. Gemäß den Lehren von Marxismus-Leninismus wurden in der Volksrepublik China nach der Machtergreifung der Kommunistischen Partei im Jahre 1949 unverzüglich ein leistungsfähiges, hierarchisch-gegliedertes und alle Regionen des Landes umfassendes Verwaltungssystem sowie eine nach dem Subordinationsprinzip strukturierte Parteiorganisation aufgebaut, zugleich umfangreiche Maßnahmen zur Abschaffung bzw. Verstaatlichung des Privateigentums in Stadt und Land wie zur Herstellung egalitärer Einkommensverhältnisse eingeleitet und schließlich auch die kapitalistische „Anarchie der Produktion“ durch „planmäßige Leitung der Volkswirtschaft“ ersetzt.

Eine planzentralistische Steuerung der Produktion bedingt eine Planung über alle Ebenen hinweg und die Dominanz der Planansätze der Administration. Zentrale staatliche Planung beinhaltet in erster Linie Aggregatplanung. Inhaltlich geht es darum, „Art, Zusammensetzung, Umfang und Verwendung der Produktion von Sachgütern und Dienstleistungen für eine bestimmte Planperiode zentral zu bestimmen“ (Gutmann/Klein 1984, S. 97). Dabei versucht man mittels spezifischer Planungsinstrumente (Bilanzierungsmethode) und der „mehrstufigen Wirtschaftsadministration den volkswirtschaftlichen Gesamtprozeß auf die durch die politischen Entscheidungsträger formulierten Ziele“ (Gutmann/Klein 1984, S. 98) auszurichten<sup>5</sup>. Oberster Zweck allen wirtschaftlichen Handelns ist die Planerfüllung durch die Realisierung der vorgegebenen Standards und Kennzahlen.

2. Nicht nur die Finanzpolitik (der Haushaltsplan wird bei staatlichem Eigentum an Produktionsmitteln zum „Hauptfinanzplan“ der Volkswirtschaft), sondern auch das Banken-, Geld- und Kreditsystem stehen ausschließlich im Dienste der Planerfüllung und -kontrolle. Das bedingt ein streng zentralistisch strukturiertes staatliches Bankensystem. So nahm die People's Bank of China sowohl die Funktionen einer Notenbank als auch jene von Geschäftsbanken wahr. Daneben bestanden — z. T. vorübergehend — einige wenige zentrale Institute für besondere Finanzierungszwecke: Die Bank of China für das

---

<sup>5</sup> Im einzelnen geplant werden: die Produktionsmengen, die in Form von verbindlichen Kennziffern bis an die einzelnen Betriebe weitergeleitet werden; die Preise für Vor-, Zwischen- und Endprodukte, landwirtschaftliche Produkte etc., die z. T. in Form von Korridoren, z. T. in Form von fixen Kennzahlen vorgegeben werden; die notwendigen Arbeitskräfte nach Zahl, Altersaufbau, beruflichen Fähigkeiten etc.; die technische Ausstattung der Betriebe wie der erforderliche, einzusetzende technische Fortschritt; das Einkommen der Arbeitskräfte wie der gesamte Lohngruppenkatalog und das Prämienystem.

Auslandsgeschäft, die Agricultural Bank of China für das Einlagen- und Kreditgeschäft im Agrarsektor und die People's Construction Bank of China für Investitionsfinanzierung. Die Banken hatten bei der Vorbereitung der geldwirtschaftlichen Planung mitzuwirken, die für die geplante Güterproduktion erforderliche Geldmenge bereitzustellen, als „Zahlstellen des Finanzministeriums“ (Klenner 1981, S. 113) den einzelnen Betrieben jeweils genau festgelegte Beträge in Form von Dotationen zuzuleiten und deren planmäßige Verwendung zu kontrollieren.

Den Organisationsprinzipien einer sozialistischen Planwirtschaft entsprechend war die Geldversorgung in China zentralisiert. Produzent von Bargeld und Buchgeld war allein die People's Bank of China mit ihren Filialen; ihren Geldschöpfungsmöglichkeiten waren praktisch keine Grenzen gesetzt, da sie ihre Kreditbilanz jederzeit beliebig verlängern konnte (Hartwig 1987, S. 39 ff.). Die Hauptaufgabe der Geld- und Kreditpolitik bestand neben der Festlegung des Geldangebotes in der „materiellen Sicherung“ aller ausgelegten Kredite<sup>6</sup>. Der Bargeldumsatzplan<sup>7</sup> weist auf der einen Seite den Bargeldbedarf und auf der anderen die umlaufende Notenmenge aus. Die Bankkredite dienen der Finanzierung geplanter Warenströme und Güterbestände sowie der Überbrückung unvorhergesehener Liquiditätsengpässe (Kreditpolitik als „Hebel“ zur Planerfüllung und Anzeiger von Planstörungen). Die Kreditbilanz bestimmt das geplante Kredit- und Geldvolumen und ist zugleich Emissionsdirektive des Staates für Umfang und Veränderung der Bar- und Buchgeldmenge. Aus ihr wird das jeweilige Kreditlimit für die Bankinstitute abgeleitet, die ihrerseits die Kreditlimits für die einzelnen Betriebe festlegen, indem sie 1. selektive Kreditfinanzierungsbedingungen in Form von Kennziffern vorgeben, 2. die monetäre Planung und Planverwirklichung der sozialistischen Betriebe kontrollieren (und notfalls in diese eingreifen), 3. die Kreditzinsen bestimmen und 4. Kreditkontingente wie Mengensanktionen festlegen. Die Kreditpolitik wird durch die Zinspolitik unterstützt (nicht als ein Instrument zur Steuerung der monetären Gesamtnachfrage, sondern zwecks Einhaltung der Planvorgaben, etwa durch die Erhebung von Strafzinsen als „ökonomischem Hebel“ und disziplinarischer Maßnahme).

<sup>6</sup> Dabei wird die geldwirtschaftliche Planung, d.h. die ex-ante-Bestimmung der monetären Ströme, der Bestände und Bestandsveränderungen, nach dem Marxschen Geldumlaufgesetz aus dem naturalen Plansystem abgeleitet, indem zunächst die geplanten naturalen Größen anhand festgesetzter Preise in Geldgrößen umgerechnet werden, sodann „ein System aggrgiierter finanzieller und monetärer Strom- und Bestandsbilanzen entwickelt (wird), das im wesentlichen die Positionen: Bilanz des Staatshaushalts, Bilanz der Geldeinnahmen und -ausgaben der Bevölkerung, Bilanz der Geldeinnahmen und -ausgaben der sozialistischen Wirtschaft, Bilanz der Geldeinnahmen und -ausgaben der Kassen in den Betrieben, Banken und staatlichen Institutionen, Finanzbilanz des Staates, Kreditbilanz und Zahlungsbilanz, umfaßt“ (Hartwig 1987, S. 45).

<sup>7</sup> Zum System der monetären Planung siehe Hartwig (1987, S. 44 ff.) und Haffner (1985, S. 189 ff.).

3. Kann der Bargeldbedarf einer Periode anhand der Bilanz der Geldeinnahmen und -ausgaben der Bevölkerung<sup>8</sup> noch relativ genau ermittelt werden, so bildet der Rücklauf von Bargeld an die Notenbank ein Hauptproblem der monetären Planung. Planwidrige Gelddispositionen können die güterwirtschaftliche Planung bzw. das Gleichgewicht zwischen Waren- und Kauffonds erheblich stören. Der Kreditplanung ist insofern eine inflationistische Tendenz systemimmanent, als einerseits das Wachstum des Konsumfonds zugunsten der Investitionen begrenzt werden soll und andererseits die Kreditplanung nicht an der tatsächlich abgesetzten Warenmenge orientiert ist, sondern am geplanten Handelsvolumen, das nicht notwendigerweise in der Planperiode realisiert wird (vgl. Hettkamp 1974, S. 278).

Die in den 70er Jahren in fast allen sozialistischen Planwirtschaften durchgeführten Wirtschaftsreformen, die eine Dezentralisation und damit die Gewährung von begrenzten Entscheidungs- und Handlungsspielräumen auf Betriebs-ebene bezweckten, änderten an der Grundkonzeption wie an Aufgaben der Geld- und Kreditpolitik nur wenig. Der vereinzelte Rückgriff auf „marktwirtschaftliche“ Verfahren blieb weitgehend ohne erkennbaren Einfluß auf eine effiziente Kapitalallokation. Im Gegenteil: Mit den Neuerungen wurde die Koordination von Bargeldumsatzplanung, Konsumgüterplanung, Kreditplanung, Investitionsplanung, Staatshaushaltsplanung und Planung der Geldeinkommen der Bevölkerung zu einer ständigen, im bestehenden System kaum noch lösbarer Aufgabe.

## II. Die transitorischen Phasen

### Erste Phase: Die Anfänge

4. Das zentrale Anliegen des Ende 1978 eingeleiteten Reformkurses war es, eine „geplante sozialistische Warenwirtschaft chinesischer Prägung“ (Beschluß 1984, S. 9) zu verwirklichen. Die politische Führungsspitze hatte erkannt, daß das alte direkte Planungs- und Lenkungssystem nicht in der Lage war, den Übergang zu einer effektiveren Nutzung der vorhandenen Produktionsfaktoren, der Teilhabe an der internationalen Arbeitsteilung und einer raschen Umsetzung des technischen Fortschritts zu vollziehen. Die ihm immanente Tendenz zu einer Überzentralisierung und Verbürokratisierung in Planungsorganisation wie Leitungsstruktur, zu verkrusteten Strukturen in der Wirtschaft und zu einer Gleichmacherei in der Verteilung erwies sich vielmehr als das größte Hindernis für einen solchen Übergang. So war es nur konsequent, mit den Reformbeschlüssen erste Schritte in Richtung auf eine Dezentralisierung des Systems einzuleiten, indem Entscheidungskompetenzen für Haushalte und Betriebe — bei sukzessiver Aufhebung bindender staatlicher Gesamtpläne zugunsten „anleitender“ Pläne als Instrumente einer indirekten Einflußnahme

---

<sup>8</sup> Der Bargeldumlauf ist auf den privaten Sektor beschränkt — Zahlungsströme im gesamten öffentlichen und betrieblichen Sektor werden bargeldlos abgewickelt.

auf das wirtschaftliche Geschehen — vorgesehen und marktwirtschaftliche Elemente eingeführt wurden. Zugleich sollte ein Spielraum für leistungsgerechte Entgelte der Arbeiter und Angestellten wie auch für individuelle Erwerbstätigkeit Schritt für Schritt geschaffen werden.

Der Einstieg in das Reformprogramm war ein genialer Schachzug; er erfolgte über die Landwirtschaft mit einer schlagartigen Dezentralisation der Produktionsplanung, indem die über 70000 Volkskommunen als alles umfassende Einheiten aufgelöst, die traditionellen Dörfer wieder zum bestimmenden Faktor des bäuerlichen Lebens und die einzelnen Bauernhaushalte zur Grundeinheit des Arbeitseinsatzes wie der Erlöszurechnung gemacht wurden<sup>9</sup>. Der Markt gewann im „vertragsgebundenen Verantwortungssystem“ als Koordinationsebene und der Preis als Koordinationsmedium rasch an Boden. Parallel hierzu wurde in einigen Provinzen ausgewählten Betrieben versuchsweise das Recht eingeräumt, nicht nur wie bisher an der Festlegung der Plandaten, sondern auch bei der Auswahl der Produktionstechniken, bei der Anstellung und Entlassung von Personal wie bei der Festlegung des innerbetrieblichen Lohn- und Prämienstocks mitzuwirken, einen Teil des erzielten Gewinns nach eigenem Ermessen für Investitionen, Prämien oder soziale Ausgaben zu verwenden und die Endverbraucherprodukte teilweise eigenverantwortlich zu vertreiben; kleinere staatliche Betriebe wurden an die Belegschaft zur Eigenwirtschaft vermietet und die Gründung von kleineren Kollektivbetrieben wie privaten Unternehmen gefördert; die bis dahin geltende Gewinnabführungs pflicht wurde durch Zahlung von Steuern auf die Gewinne ersetzt (vgl. hierzu Kraus 1985, S. 3 ff.; Hagemann 1985, S. 69 ff.; De Wulf 1985a, S. 8 ff.).

5. Die chinesischen Ökonomen erkannten bald, daß die Reformmaßnahmen in Land und Stadt eine Umgestaltung des Bank- und Finanzwesens bedingten, daß zunächst vor allem das herkömmliche, ganz auf Planungserfordernisse zugeschnittene Bankensystem zugunsten einer im Ansatz dezentralen Struktur zu entflechten sei. Den Anfang machte der vom V. Nationalen Volkskongreß bereits im März 1978 gefaßte Beschuß, das Geld- und Bankwesen vom Finanzministerium institutionell zu lösen. Nach und nach wurden dann verschiedene, im Zuge der Kulturrevolution aufgelöste Spezialbanken wieder eingerichtet, auch neue Finanzinstitute gegründet. Mit dem Beschuß des Staatsrates vom 17. 9. 1983 verlor die People's Bank of China ihre Geschäftsbankfunktionen; sie wurde derart ausschließlich als Zentralbank und damit als

<sup>9</sup> Jedem Bauernhaushalt wurde von der Dorfverwaltung ein bestimmtes Stück Land für längere Zeit zur Nutzung zugewiesen; auch wurden in bestimmten Grenzen Verfügbungsrechte an Produktionsmitteln wie Maschinen, Zugtiere, Bewässerungssysteme etc. zugestanden. Ein Vertrag zwischen der Dorfverwaltung und dem Bauernhaushalt regelt seitdem die Dauer der Bewirtschaftung, die Quantität und Qualität der Leistung, die als Quote von der gesamten Produktion zum amtlichen Ankaufspreis an den Staat abzuliefern ist, ferner die Steuerzahlungen und die Beiträge zu verschiedenen Fonds. Der Bauernhaushalt ist berechtigt, die das Liefer soll übersteigende Produktmenge zu höheren Preisen an den Staat oder aber privat auf den „freien Märkten“ zu verkaufen, so daß die Entlohnung dann hauptsächlich aus erwirtschaftetem Erlös besteht.

Träger der Geld- und Kreditpolitik wie als Kontrollorgan der übrigen Banken konstituiert (vgl. Etgen 1988, S. 11f.). Die üblichen Bankgeschäfte, vor allem die Kreditfinanzierung bei Investitionsvorhaben, hatten von nun an allein die Spezialbanken wahrzunehmen. Die neuen Strukturen auf mikroökonomischer Ebene verlangten nach zu ihnen passenden Formen der Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Aggregate; der Verzicht auf bindende zentrale Planvorgaben begründete einen Bedarf an neuen geld-, finanz- und einkommenspolitischen Instrumenten. Die People's Bank of China erhielt den Auftrag, die konzeptionelle Grundlage für eine effiziente Geld- und Kreditpolitik auszuarbeiten und Regeln für deren Implementierung festzulegen.

#### **Zweite Phase: Industriereform und unkontrollierte Expansion**

6. Die Reformmaßnahmen auf dem Land erwiesen sich schon bald als sehr erfolgreich; die Dekollektivierung und gleichzeitige Einführung des auf den Bauernhaushalten basierenden, vertragsgebundenen Verantwortlichkeitssystems löste geradezu einen Boom in der Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte aus. Die Versorgung der Bevölkerung verbesserte sich rasch; der Wohlstand unter den Bauern nahm zu.

Im industriellen Bereich wurde zunächst noch gezögert, die versuchsweisen Reformansätze landesweit durchzusetzen. Wichtige Rahmenbedingungen wie ein die Knappheitsrelationen in etwa anzeigenches Preissystem, Wettbewerbsregeln, ein ausgebautes Steuersystem oder ein flächendeckendes Netz an Banken waren nicht vorhanden. Doch nicht nur die dynamische Entwicklung in der Landwirtschaft ermutigte, auch die ersten Experimente in den Staatsbetrieben hatten Fortschritte mit sich gebracht. Vor allem aber hatte die Ende 1978 eingeleitete „Readjustierungspolitik“ zwischen den florierenden Dörfern und den stagnierenden Industriestädten eine „Schere“ entstehen lassen, die die politische Führungsspitze in der Volksrepublik China, in der die langjährige Propagierung egalitärer Ziele nicht spurlos an der Bevölkerung vorbeigegangen war, zu Recht als ein Konfliktpotential ersten Ranges identifizierte. Überdies bedurfte die steigende Agrarproduktion neuer Absatzmärkte, die größere Kaufkraft der Bauern eines größeren und reichhaltigeren Angebots an gewölblichen Erzeugnissen (vor allem der Agrartechnik) wie an Konsumgütern (vgl. Louven 1988, S. 23ff.).

So war es nur konsequent, mit dem Reformprogramm vom 20. Oktober 1984 auch die städtische Wirtschaft, damit Industrie und Handwerk auf breiter Front dem Prinzip der „Eigenverantwortlichkeit“ zu unterwerfen (vgl. Bohnet/Jahne 1986, S. 142ff.; Perkins 1988, S. 601ff.). Die Betriebe sollten von nun an als juristische Personen mit definierten Rechten und Pflichten zu relativ unabhängigen Wirtschaftseinheiten werden, derart aus der engen Verflechtung mit der Staatsverwaltung herausgelöst und dem freien Wettbewerb ausgesetzt werden. Sie sollten eigene Entscheidungen ohne staatliche Anordnung und Einmischung treffen, sich an Verbraucherwünschen orientieren und nicht länger auf staatliche

Subventionen und Rohstofflieferungen verlassen, somit für Gewinn und Verlust verantwortlich zeichnen. Der Eigenverantwortlichkeit der Betriebsdirektoren sollte ein „leistungsbezogenes“ Lohnsystem für Arbeiter und Angestellte zur Seite gestellt, so die egalitäre Praxis des „alle essen aus dem gleichen Reistopf“ (Bericht 1985, S. IX) schrittweise abgeschafft werden. In der städtischen Wirtschaft sollte ein „organisches Nebeneinander“ (Bohnet/Jahne 1985, S. 2) verschiedener Eigentumsformen verwirklicht werden, indem „Privateigentum“ und „privateigentumsähnliche Rechtsverhältnisse“, insbesondere im Kleingewerbe, im Handel und im Dienstleistungssektor, als notwendige und nützliche Ergänzung zum dominierenden gesellschaftlichen Eigentum hinzutreten. Den neuen Verhältnissen in den Städten und auf dem Lande entsprechend sollten zudem das „irrationale Preissystem“ und das zentralisierte Preiskontrollsystem reformiert, der Umfang der staatlich festgesetzten einheitlichen Preise schrittweise verringert, für die Mehrzahl industrieller Erzeugnisse ein gewisses „Preisfloating“ und in beschränktem Maße „ungebundene“ Preise für Güter des täglichen Bedarfs wie einige landwirtschaftliche Produkte zugelassen werden. Die staatliche Befehlsplanung sollte nur noch auf Güter von strategischem Rang für die Volkswirtschaft und den Lebensstandard der Bevölkerung angewendet werden. Für eine zweite Gruppe von Gütern, die zwar als gesamtwirtschaftlich bedeutend eingestuft, aber in ausreichenden Mengen vorhanden sind, sollten zunehmend „anleitende Pläne“ gelten, die sich vorwiegend ökonomischer Regulatoren (Preispolitik, Geld-, Kredit- und Zinspolitik, Steuerpolitik) bedienen, die die einzelnen Unternehmensentscheidungen in der Weise beeinflussen, daß sie mit den von der Partei anvisierten Zielvorstellungen konsistent sind. Für weite Teile der Agrarproduktion, für tägliche Gebrauchsartikel wie für Reparatur- und Dienstleistungssektor schließlich war eine weitgehende „Regulierung durch den Markt“ vorgesehen<sup>10</sup>.

7. Die Reformmaßnahmen in Land und Stadt ließen die Neuordnung des Geld- und Finanzsystems zu einem unabdingbaren und vorrangigen Anliegen werden (vgl. hierzu Obersteller 1987; Vetter 1985, S. 463 ff.; Herrmann-Pillath 1985). Mit dem Einbau von Marktelementen in die Planwirtschaft waren die Lenkungs- und Kontrollmechanismen der zentralen Mengenplanung ihrer Funktionsbedingungen weitgehend beraubt. Neuentstehende, kleinere ländliche Betriebe und Handelsgenossenschaften kauften die Produkte landwirtschaftlicher Nebentätigkeit auf, was dazu führte, daß sich die Bargeldtransaktionen zunehmend auch in den nicht-konsumtiven Bereich verlagerten; die

<sup>10</sup> Auch die Leiter der Betriebe, die sich an die rahmensetzenden Staatswirtschaftspläne halten und staatlicher Aufsicht unterstellen müssen, sollten das Recht erhalten, die Produktion über das Plansoll hinaus auszuweiten und den Überschuß eigenständig zu „Vereinbarungspreisen“ innerhalb bestimmter Grenzen zu verkaufen, Lieferanten von Gütern und Materialien in Eigenverantwortung auszuwählen, den Gewinn in verschiedene Fonds einzufließen zu lassen, nicht verwendete Anlagen zu vermieten oder zu transferieren, über die Organisationsstruktur, Personalzuweisung und die Besetzung der mittleren Verwaltung weitgehend selbstständig zu entscheiden sowie das innerbetriebliche Lohn- und Prämiensystem festzulegen.

hohen und flexiblen Lohn- und Prämienzahlungen an die Arbeitnehmer für die Unternehmen erforderten die Haltung größerer Bargeldbeträge; die Planung der Geldeinnahmen und -ausgaben der Bevölkerung drohte zu einem unkalkulierbaren Risiko zu werden. Der reformbedingt sinkende Anteil staatlicher Einnahmen und Ausgaben am Sozialprodukt wie die Lockerung von Preisbindungsrichtlinien für Güter und Dienstleistungen begrenzten zusätzlich die effektive zentrale Kontrolle des Geldumlaufs.

Mit dem Übergang vom Zuweisungs- auf das Kreditsystem erhielt die Tätigkeit der Banken zwangsläufig eine neue Ausrichtung. Der Zentralbank obliegt es, das monetäre Geschehen über Bankenaufsicht und geldpolitisches Handeln zu kontrollieren und so die „finanzielle Balance auf Makroebene“ (De Wulf 1985b, S. 20) sicherzustellen. Mittels ihrer geld- und kreditpolitischen Instrumente veranlaßt sie die spezialisierten Banken zu Kreditaktivitäten, die mit der gesamtwirtschaftlichen Lage und dem zentralen Entwicklungsplan konsistent sind. Innerhalb des von der Zentralbank vorgegebenen Rahmens wirken die Banken mit ihrer Kreditgewährung und ihren Zinskonditionen auf eine effiziente Ressourcenallokation hin. Das Bankensystem mit der Notenbank an der Spitze soll die dynamischen Kräfte der Reformen im Agrarsektor und mehr noch in der städtischen Wirtschaft mobilisieren und damit zu jener wirtschaftlichen Belebung beitragen, die die Überlegenheit der „geplanten Warenwirtschaft chinesischer Prägung“ dokumentiert.

Der Aufbau eines effizienten Geld-, Banken- und Finanzsystems als integrales Element des gesamten Reformkurses hatte auf einem immer noch höchst ungenügenden Fundament zu erfolgen. Der Beschuß des Staatsrates vom 17. 9. 1983, die People's Bank of China ausschließlich als Zentralbank zu konstitutieren — direkt dem Staatsrat als dem höchsten Entscheidungsorgan der chinesischen Volksrepublik unterstellt und für ihre Zwecke mit einer großen Zahl von Filialen und Zweigstellen ausgestattet —, war ein wichtiger, doch eben nur ein erster Schritt auf dem Wege zu einer umfassenden Reorganisation des bis dahin einstufigen Bankensystems gewesen. Die „vorläufigen Bestimmungen zur Bankenordnung der Volksrepublik China“ vom 7. 1. 1986 erweiterten die Lenkungs- und Kontrollfunktionen der Zentralbank und gaben ihr zusätzliche geldpolitische Instrumente.

Der Zentralbank stehen sechs Spezialbanken und zwei Quasi-Banken gegenüber, die als staatliche Geschäftsbanken genau umrissene Aufgaben wahrzunehmen haben: die People's Construction Bank of China, die für Kreditfinanzierung von staatlichen Großprojekten zuständig ist; die Agricultural Bank of China mit dem Auftrag, das Einlagen- und Kreditgeschäft landwirtschaftlicher Betriebe zu betreiben; weiter die traditionell auf das Auslandsgeschäft spezialisierte Bank of China; die 1981 errichtete China Investment Bank, die für die Modernisierung des Landes ausländische Finanzmittel aufbringt; ferner die Anfang 1984 zwecks Übernahme der von der chinesischen Zentralbank aufgegebenen Geschäftsbankfunktionen im Industrie- und Handelssektor ge-

gründete Industrial and Commercial Bank of China mit Filialen in Wirtschaftssonderzonen (wo ihnen auch die Devisentransaktionen obliegen), und schließlich die im April 1987 reaktivierte Bank of Communications, die sowohl das inländische Einlagen- und Kreditgeschäft betreibt als auch an chinesische Unternehmen Devisenkredite gewährt. Als Quasi-Banken operieren die im Jahre 1979 errichtete China International Trust and Investment Corporation und die Anfang 1984 aus der früheren chinesischen Volksbank hervorgegangene People's Insurance Company of China. Auslandsbanken ist es wieder möglich, in China Repräsentanzen und — seit 1985 — in den Wirtschaftssonderzonen Filialen zu unterhalten.

Sache der People's Bank of China, die alle traditionellen Aufgaben einer Notenbank wahrt, ist es nach wie vor, den gesamtwirtschaftlichen Kreditplan aufzustellen und seine Einhaltung wie die Tätigkeit der Spezialbanken zu überwachen. Im Zuge einer mehr und mehr indirekten Steuerung des monetären Geschehens befindet sie über die Zinssätze für Einlagen und Kredite bzw. die Bandbreiten für variable Zinssätze einiger Kreditarten, reguliert die Mindestreservesätze und gewährt den Banken neben den planmäßigen auch außerplanmäßige Kredite zu variablen Zinssätzen.

8. Innerhalb dieses Rahmens können die spezialisierten Banken (als Wirtschaftsunternehmen mit eigenem Management und eigener Rechnungslegungsverantwortung ausgestattet, aber direkten Weisungen des Staatsrates unterworfen) selbstständig operieren. Sie können nach eigenem Ermessen über Kreditvergabe bzw. -verweigerung wie über die Gestaltung der Konditionen entscheiden. Innerhalb noch enger Grenzen dürfen sie die Kreditzinsen in Ansehung der finanziellen und wirtschaftlichen Situation des Darlehensnehmers wie des Umfangs und der Art des Investitionsvorhabens variieren. Auch wurden ihnen weitgehende Kontrollkompetenzen zugewiesen, u. a. Inspektionsbefugnisse gegenüber kreditaufnehmenden Betrieben durch Überwachung des Managements und die Einsichtnahme in die Bücher oder den materiellen Bestand. Die zuständigen Volksbanken und die übergeordneten Einheiten der Spezialbanken erhielten gegenüber den örtlichen Geschäftsbanken Aufsichtsrechte, aber keine Weisungsbefugnisse; das auf regionaler Ebene vorhandene Wissen sollte im Dienste einer optimalen Verwendung von knappen finanziellen Mitteln möglichst ungestört genutzt werden. Bei einem Anstieg des Einlagengeschäfts ist es den Banken gestattet, zusätzliche Kredite zu gewähren (Prinzip der Kreditvergabe nach Einlagen) und kurzfristig Geldmittel bei anderen Kreditinstituten zu einem internen Zinssatz anzulegen bzw. auszuleihen (Interbankgeschäfte).

Im Spezialbankensystem mit seiner klaren Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Instituten ist es in den letzten Jahren zu ersten Ansätzen einer Überwindung der starren Grenzen gekommen. Mit der Wiederaktivierung der Bank of Communications wurde im Auslandsgeschäft das traditionelle Monopol der Bank of China erstmals durchbrochen. Im Inlandsgeschäft sind es vor allem die ländlichen Kreditgenossenschaften, die im Zuge der Wirtschaftsrefor-

men einem fundamentalen Wandel unterlagen und nunmehr als selbständige Finanzinstitutionen mit autonomer Rechnungsführung — bei Berichterstattungs-, Rechnungslegungs- und Reservehaltungspflicht der Landwirtschaftsbank gegenüber — verstärkt zu der Agricultural Bank of China in Konkurrenz treten, insbesondere im Geschäft mit Kleinanlegern und mit einzel- wie kollektivwirtschaftlichen Kleinkreditnehmern. In verschiedenen Städten werden eher versuchsweise Kapitalmärkte entwickelt, um Sparer und Investoren zusammenzuführen, derart die längerfristige Kapitalnachfrage mit dem Kapitalangebot abzustimmen. So dürfen Unternehmen mit Genehmigung (festverzinsliche) Anteilscheine an Betriebsangehörige wie an private Anleger und andere Unternehmen herausgeben, die Dividenden und andere Rechte beinhalten. Die Anteilscheine können grundsätzlich nicht gehandelt, aber bei Beachtung bestimmter Regeln übertragen werden. Neben Spezialbanken, die das Recht erhalten haben, festverzinsliche Wertpapiere zu emittieren und aus den so aufgebrachten Mitteln Kredite an Unternehmen zu gewähren, werden auch vermehrt vom Staat festverzinsliche Anleihen ausgegeben. Darüber hinaus hat die Volksrepublik zunehmend ausländische Wertpapiermärkte in Anspruch genommen. 1986 wurde gar begonnen, in verschiedenen chinesischen Städten Börsen — allerdings noch nicht im westlichen Sinne — einzurichten, um „ungenutztes Kapital einer investiven Verwendung zuzuführen“.

9. Die chinesischen Ökonomen konnten zunächst wiederum auf große Erfolge der Reformmaßnahmen verweisen. Die weitgehende Dezentralisation der mikroökonomischen Entscheidungsfindung, die verstärkte Einführung von Marktelementen wie materieller Anreizsysteme und die Öffnung nach außen hatten enorme Produktivitätsreserven freigesetzt<sup>11</sup>. Doch schon bald sahen sich die politischen Entscheidungsträger mit kräftigen Überhitzungsscheinungen in der Wirtschaft und einer Vielzahl „unliebsamer“ Nebenwirkungen konfrontiert: Die neuen und leicht zugänglichen Finanzierungsquellen führten zusammen mit wachsenden Einkommen — vor allem im Jahre 1985 — zu einem Investitions- und Konsumboom. Die einheimische Industrie vermochte die überschießende Nachfrage nicht zu decken; die Regierung sah sich gezwungen, den Produktionsengpässen durch Importe zu begegnen. Zugleich gingen die Exporte zurück, da die meisten Unternehmen lieber für den bequemeren Binnenmarkt produzierten; die Devisenreserven nahmen merklich ab. Die explosive Ausweitung des Geld- und Kreditvolumens wie der Lohn- und Prämienfonds begründete im Zusammenhang mit der Lockerung der Preisbindung — trotz des kräftigen realen Wachstums — Teuerungswellen. Die verfügbaren Techniken der Globalsteuerung erwiesen sich als unfähig, das Geschehen wieder unter Kontrolle zu bringen; dem Staat blieb nichts anderes

<sup>11</sup> Zwischen 1980 und 1985 konnten das Bruttonsozialprodukt, die staatlichen Finaneinnahmen wie auch das Durchschnittseinkommen in Land und Stadt beinahe verdoppelt, das Verhältnis zwischen den wichtigen Sektoren der Volkswirtschaft ausgeglichener gestaltet, viele neue Arbeitsplätze geschaffen und die Versorgung der Bevölkerung mit Kleidung und Nahrung sichergestellt werden.

übrig, als erneut auf dirigistische Maßnahmen zurückzugreifen. Die administrativen Bremsen erfüllten zwar ihren unmittelbaren Zweck. Der Anstieg des realen Bruttosozialprodukts sowie der des industriellen Bruttoproduktionswertes konnten 1986 merklich gedrosselt, der Preisauftrieb gedämpft und das Defizit im Außenhandel deutlich reduziert werden, doch das beinhaltete einen beträchtlichen Rückschlag für die Reformpolitik; zudem war die Phase der Konsolidierung von nur kurzer Dauer.

Im Jahre 1987 kam es erneut zu gravierenden Fehlentwicklungen. Pekings Führung legte, auch angeschlagen von ideologischen Konflikten, eine Atempause ein. Dem Staat waren beim Versuch, das starre planwirtschaftliche Konzept durch leitende Pläne und Marktelemente zu ersetzen, die Kontrollmechanismen entglitten. Die von örtlichen Behörden betriebenen außerplanmäßigen Investitionen gingen weit über den Staatsplan hinaus, das Zentralbudget mußte rote Zahlen schreiben; die Wachstumsrate des Konsumtionsfonds hatte diejenige des verfügbaren Nationaleinkommens und die durchschnittlichen Lohn- wie Prämienröhungen hatten die Zunahme der Arbeitsproduktivität überschritten. Struktur und Qualität der Industrieerzeugnisse konnten mit der veränderten Nachfrage, die Staatseinnahmen mit den Staatsausgaben, die Exporterlöse mit den Importen nicht Schritt halten.

Unmittelbare Folge war, daß die Wirtschaftsreformen revidiert, in einigen Teilbereichen sogar ad acta gelegt wurden, nachdem bereits gegen Ende 1986 wichtige Einzelmaßnahmen in der Initialphase gestoppt oder wesentlich verlangsamt worden waren. Das gilt vor allem für die Preisreformen, die aus Sorge, die eingetretenen Preissteigerungen insbesondere im Konsumgüterbereich könnten zu größeren sozialen Spannungen und damit auch zu politischen Frontstellungen führen, mehr oder weniger suspendiert worden sind. Ende August 1987 sah sich die Regierung veranlaßt, für eine Vielzahl von Produkten wieder Preisobergrenzen einzuführen und die Preiskontrollen zu verschärfen. Auch wurden in mehreren Provinzen für wichtige Grundnahrungsmittel wie Zucker, Eier und Schweinefleisch Rationierungsvorschriften eingeführt und für neue Betriebe und Fertigungsabteilungen verbindliche Mindestnormen für Produktionskapazitäten verfügt. Zugleich ist die weitere Verlagerung der Entscheidungskompetenzen von den Wirtschaftsverwaltungen auf die Betriebe gestoppt worden. Die Verabschiedung des Konkursgesetzes wurde hinausgeschoben.

10. Im monetären Sektor haben die Veränderungen des institutionellen Rahmens wie die funktionellen Reformen durchaus Verbesserungen des Banken- und Finanzsystems bewirkt, doch es kam nicht zu dem erhofften Durchbruch auf breiter Front. Die Spezialbanken konnten so nicht die Position einnehmen, die ihnen zugedacht war, nämlich als Schaltstelle für eine optimale Faktorallokation zu fungieren. Trotz des ihnen gesetzlich vorgegebenen Status als unabhängig und eigenverantwortlich handelnde Institute waren und sind sie aufgrund von Einmischungen und Direktiven der örtlichen Kader, des begrenz-

ten Handlungsspielraums in ihrer Geschäftspolitik, der noch immer beträchtlichen Mittelzuweisung von ihrer Zentrale und einer weitgehend fehlenden Infrastruktur (ausgebildetes Personal, Telekommunikationsnetz etc.) nach wie vor nicht in der Lage, im Sinne westlicher Finanzinstitute zu agieren. Da die zentralen Geldströme weiterhin zum größten Teil über die Planungsbehörden in Peking ließen, der Interbankenmarkt wie auch die Geld- und Kapitalmärkte unterentwickelt waren (und noch sind) und Kapitalsammelstellen erst in rudimentären Formen existieren, sahen sich die Banken nur unzureichend mit finanziellen Aktiva ausgestattet (vgl. Rowley 1987). Die Zinssätze sind trotz mehrmaliger Korrekturen und auch einer Differenzierung nach Einlage- und Kreditarten immer noch zu niedrig, um einerseits die Bevölkerung den wachsenden Einkommen entsprechend zu höheren Sparleistungen zu veranlassen und die Unternehmen anzuregen, verfügbare Mittel bei den Banken zu deponieren, und um andererseits den Zins als Kalkulationsgröße für Investitionen zur Geltung zu bringen. Die Mindestreservepolitik wurde recht inflexibel gehandhabt; nachdem die Mindestreserveanforderungen 1985 für alle Einlagen auf 10 % gesenkt worden waren, wurden sie in den folgenden Jahren auf diesem Niveau gehalten. In allem erwies sich, daß die Bedingungen für ein effizientes Bankensystem wie für ein durchgängiges geldpolitisches Konzept als Basis einer monetären Steuerung noch nicht erfüllt waren; auch fehlt es bislang an einem umfassenden bankaufsichtlichen Regelungssystem.

Das mußte weiteren gesamtwirtschaftlichen Fehlentwicklungen Vorschub leisten. Die Inflationsrate erreichte 1987 — vor dem Hintergrund kräftig steigender Lohn- und Prämienzahlungen wie expandierender Finanzausgaben des Staates, einer starken Ausweitung des Kreditvolumens und einer übermäßigigen Zunahme der Geldmenge bei produzierten Gütermengen, die mit der überschäumenden Nachfrage nicht Schritt halten konnten — mit (eher noch geschönten) 9,1 % in den Städten einen neuen Höchststand. Beigetragen hierzu haben die Monopolstellung staatseigener Industrie- und Handelsbetriebe, die die Preise willkürlich in die Höhe trieben, und Engpässe in der Versorgung mit wichtigen Nahrungsmitteln, da sich in den Dörfern (im Zusammenhang mit bewußt niedrig gehaltenen staatlichen Ankaufspreisen bei marktbedingt steigenden Aufwendungen für Futter und Düngemittel) die Einsicht durchsetzte, mit Kleinindustrie, mit Handel und Dienstleistungen sei mehr zu verdienen als mit dem Anbau von Getreide oder der Aufzucht von Schweinen. Die Preissteigerungen führten zu einer Umkehr in der Entwicklung des realen Lebensstandards breiter Bevölkerungsschichten. Die Zentralbank vermochte angesichts noch weitgehend fehlender institutioneller Rahmenbedingungen wie mangels eines wirksamen geld- und kreditpolitischen Instrumentariums nicht, das monetäre Geschehen unter Kontrolle zu halten. Im Zusammenhang mit den Fehlentwicklungen wurden die vom Nationalen Volkskongress bereits auf seiner 4. Tagung im April 1986 beschlossenen Maßnahmen für den 7. Fünfjahresplan: die Stärkung der Rolle und der Unabhängigkeit des bestehenden Systems der Zentralbank, die Gestaltung von angemessenen Überschneidungen der Aktivi-

täten von Spezialbanken und auch eines Wettbewerbs zwischen ihnen und den übrigen Finanzinstituten, verbesserte Möglichkeiten einer zinspolitischen Steuerung und der Ausbau von Geld- und Kapitalmärkten, auf unbestimmte Zeit verschoben.

### Dritte Phase: Neue Initiativen

11. Die akuten Probleme führten im Vorfeld des XIII. Parteitages der Kommunistischen Partei Chinas im Oktober 1987 (vgl. Bericht 1987, D 62 ff.) zu ideologischen Auseinandersetzungen in der politischen Führungsspitze. Die einen plädierten für einen verstärkten Einsatz von Marktmechanismen, die nach einer kurzen, schmerzvollen Periode für Geldwertstabilität und stetiges Wachstum sorgen würden, die anderen riefen nach zentraler Planung und direkten staatlichen Eingriffen, um die Inflationsrate wie überhaupt die gesamte Entwicklung unter Kontrolle zu halten. Nach heftigen Diskussionen gab der Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Zhao Ziyang, in einer programmatischen Rede auf der Plenarsitzung des Zentralkomitees der Partei im März 1988 ein klares Signal für die Fortsetzung der eingeleiteten Reformmaßnahmen. Mit ihm sahen viele Reformpolitiker die gegenwärtigen Probleme durch Halbherzigkeiten im Reformkurs verursacht.

Peking hat erkannt, daß durch administrative Maßnahmen und Kontrollen bisherigen Stils die Probleme nicht zu lösen sind. So sollen den Landwirten durch Subventionen und höhere staatliche Ankaufspreise wieder neue Anreize gegeben werden. Anfang 1988 sind in einigen Großstädten die staatlichen Lebensmittelpreise zwischen 30 % und 60 % angehoben worden; damit sollte einerseits das Angebot gesteigert und andererseits die private Nachfrage in engeren Grenzen gehalten werden. Um das beschleunigte Inflationstempo (in der ersten Jahreshälfte zogen die Lebenshaltungskosten gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 13 % an) in den Griff zu bekommen und dessen negative Auswirkungen zu lindern, wollte man die Preise für die Mehrzahl der Güter mit Ausnahme von „einigen wenigen Schlüsselprodukten“ — bei allerdings verschärfter Überwachung und nach „Maßgabe der jeweiligen Situation wie der praktischen Möglichkeiten“ — verstärkt dem Marktmechanismus überlassen. Den Arbeitern und Angestellten in den Städten wurden Lohnerhöhungen (nach individueller Leistung wie der realen Ertragslage des Betriebs) zugestanden und auch Zuschüsse gezahlt (vgl. Bericht 1988).

Mit dem Anfang 1988 verabschiedeten Betriebsverfassungsgesetz wurden in den staatlichen Betrieben die Verantwortung für die Produktion, die Erwirtschaftung ausreichender Finanzmittel sowie für die Erweiterung der Produktionsanlagen endgültig den Unternehmensleitungen übertragen. Die „provisorische Verordnung über das Vertragssystem des volkseigenen Industrieunternehmens“ vom 28. Februar 1988 ersetzt die Befehlswirtschaft von oben durch ein Vertragssystem (vgl. Bohnet 1988, S. 2ff.) zwischen den Betrieben und der zuständigen Behörde<sup>12</sup>. Nachdem im Zuge des Reformprozesses zunächst

Individualeigentum an Produktionsmitteln zugelassen und unter den Schutz des Staates gestellt worden war, ist nunmehr auch Privatwirtschaft zulässig und verfassungsmäßig geschützt<sup>13</sup>. Das Landnutzungsrecht wurde dahingehend geändert, daß es in Zukunft für Chinesen wie für Ausländer möglich ist, gegen entsprechende Zahlung Bodennutzungsrechte für 20-50 Jahre zu erwerben und diese auch auf andere Personen zu übertragen; Gebäude auf gepachtetem Boden dürfen frei verkauft werden. Dem Volkskongreß lag zudem ein umfangreiches Paket zur Reform des zentralen Regierungsapparates vor<sup>14</sup>. Während die Zentralverwaltung insgesamt gestrafft werden soll, wird eine weitere Abkehr von der staatlichen Planung angekündigt. In zwei bis drei Jahren sollen nur noch etwa 30 % der gesamten Wirtschaft Chinas der Kontrolle durch den Staatsapparat unterliegen und überhaupt die Aufgaben der gesamten Bürokratie<sup>15</sup> auf „Richtlinienkompetenzen“ beschränkt werden. Im Außenhandel sind weitere Dezentralisierungsmaßnahmen vorgesehen. Weitere Schwerpunkte der Reformen sind die Öffnung des gesamten Küstengebietes Chinas für ausländische Investitionen und den Außenhandel, die Entwicklung der Insel Hainan zur größten Wirtschaftssonderzone in der Volksrepublik, die Herstellung von provinzübergreifenden „horizontalen“ Wirtschaftsverbindungen, die Ausdehnung der Landverpachtung, Aktienbeteiligung, Eigentum-Transfers und Joint-Ventures.

12. Im Finanzsektor sollen zur Abschöpfung der übermäßig ansteigenden Geldmenge im Inland staatliche Bonds in Höhe von 9 Mrd Yuan ausgegeben, der offene Handel mit Schatzbriefen für chinesische Bürger legalisiert, Ende des Jahres ein landesweiter Anleihemarkt für Geschäfte mit Rentenpapieren zugelassen, die Funktionen der Zentralbank als Oberaufseher der untereinander konkurrierenden verschiedenen Finanzinstitute verstärkt, die Geld- und Kapitalmärkte weiter ausgebaut, zur Förderung des Wettbewerbs neue Banken und Finanzdienstleistungsunternehmen zugelassen, die vielfältigen Möglichkeiten

<sup>12</sup> Verantwortlich für die Vertragserfüllung ist der Direktor des Betriebes, der nicht mehr vom zuständigen Minister ernannt, sondern vielmehr aufgrund einer Ausschreibung von einem Gremium gewählt wird, dem neben der zuständigen staatlichen Instanz auch Arbeitnehmervertreter der jeweiligen Unternehmen angehören. Die staatlichen Betriebe haben bei anhaltenden Liquiditätsschwierigkeiten ihre Tore zu schließen (Konkursgesetz); die Direktoren können Arbeiter und Angestellte bei guter Leistung über ein gestaffeltes Prämiensystem belohnen und bei unbefriedigender Leistung entlassen.

<sup>13</sup> Die Vorschriften über Beschränkungen auf bestimmte Bereiche sowie jene über Beschäftigtenzahlen sind aufgehoben worden.

<sup>14</sup> Danach sollen 14 Ministerien (insgesamt 72) aufgelöst, weitere umorganisiert und zehn neu geschaffen werden. Eine der wichtigsten Neurungen ist die Zusammenlegung von Wirtschaftskommission und Planungskommission. Verfolgtes Ziel ist es, den bürokratischen Apparat — bei einem Abbau von rund 10.000 Stellen — flexibler und effizienter zu gestalten.

<sup>15</sup> Mit der Einführung von Eigenverantwortung für exportorientierte Unternehmen sollen sie über einen Teil der erwirtschafteten Deviseneinnahmen frei verfügen können. Parallel hierzu werden das Beschaffungssystem liberalisiert und ein neues Ausschreibungsverfahren eingeführt.

der internationalen Finanzmärkte besser ausgenutzt und auch zur indirekten Steuerung der Wirtschaft zunehmend die Geld- und Zinspolitik eingesetzt werden. Als erste praktische Schritte haben Ende August Regierung und Zentralbank eine spürbare Erhöhung der Einfuhrzölle für hochwertige Konsumgüter wie auch eine Anhebung der Spar- und Kreditzinsen um durchschnittlich 2 % und der Mindestreservesätze von 12 % auf 13 % zur Eindämmung der extrem kräftigen monetären Expansion (im 1. Halbjahr 1988 stieg das Geldvolumen M2 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 40 %) verfügt.

Doch war derart die überhitze Konjunktur nicht unter Kontrolle zu bringen. Die Industrieproduktion wuchs von Januar bis September 1988 im Durchschnitt um 17,5 %; im September erreichte sie gegenüber dem Vorjahresmonat einen Spitzenwert von 20,2 %. Das verstärkte die ohnehin bestehenden Ungleichgewichte zwischen industrieller Entwicklung, Energieproduktion und Transportkapazitäten. Das Minus in der Handelsbilanz weitete sich aus — von 1,2 Mrd Dollar im ersten Halbjahr auf 3,4 Mrd Dollar Ende September 1988; es erreichte damit schon fast das Niveau des gesamten Vorjahrs (3,7 Mrd Dollar).

Die People's Bank of China sah und sieht sich außerstande, die Entwicklung der Geldmenge wirksam zu kontrollieren. Ihr fehlen die Regulative zur Begrenzung des Rückgriffes staatlicher Unternehmen auf Bankkredite; de facto ist sie gehalten, die staatlichen Geschäftsbanken zwecks Erfüllung ihrer Funktionen über die Planangaben hinaus zu refinanzieren; sie hatte und hat die in den Jahren 1987 und 1988 mit jeweils 8 Mrd Yuan angegebenen Defizite des Zentralhaushaltes — vor dem Hintergrund der Ersetzung der Gewinnabführung durch eine Körperschaftssteuer von 55 % für größere Unternehmen, steigender Zuweisungen an die „Verlustbetriebe“ und Unterstützungszahlungen vor allem an die Landwirtschaft wie stark expandierender Preissubventionen bzw. Ausgleichszahlungen an die Verbraucher — letztlich über die Banknotenemission zu finanzieren; regionale und örtliche Behörden, die im Zuge der Dezentralisierung wesentlicher Budgetkomponenten erweiterte Fiskalrechte (Prinzip der autonomen Ausgabentätigkeit nach Einnahmenvolumen) erhalten hatten, tätigten Investitionsausgaben, die die Planansätze weit überstiegen. Kein Wunder, daß die Verbraucherpreise wie überhaupt alle Preise kräftig anzogen. Nach Angaben des statistischen Amtes hatten die Konsumenten in den ersten drei Quartalen 1988 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum durchschnittlich um 16 % und in 32 ausgewählten Großstädten um 18,3 % (nach westlichen Schätzungen um mindestens 30 %) höhere Preise zu zahlen; für die Monate August und September wurden Steigerungsraten von 23 % bzw. 25 % ausgewiesen. Vergleichsweise moderat wachsende Löhne ließen das reale durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der Stadtbevölkerung kaum über das Niveau des vorangegangenen Jahres (+ 0,5 %) hinaus steigen. Die explosiv zunehmenden Verbraucherpreise bewirkten empfindliche Kaufkrafteinbußen. Die ohnehin seit Jahren mehr und mehr sich durchsetzenden Unterschiede in der Einkommensverteilung verstärkten sich.

All das erschütterte das Vertrauen in die Fähigkeit der Regierung, die Geldentwertung in Schranken zu halten. Als Ende Juli dann noch die Preise für Tabakwaren und Spirituosen freigegeben wurden, setzten Panikkäufe ein. Das Plädoyer von Zhao Ziyang für die Fortsetzung von Preisreformen Mitte August leistete den Inflationserwartungen in der Bevölkerung zusätzlich Vorschub. Nach einem Ansturm der Sparer auf ihre Bankguthaben sah sich die Regierung veranlaßt, rigoros auf Methoden der direkten administrativen Lenkung zurückzugreifen (vgl. Bericht 1988): Im laufenden Jahr werden die Preise eingefroren, und auch im nächsten Jahr soll es bei der Preisreform „keine großen Schritte“ geben; vielmehr sollen die Preiskontrollen verschärft und die freien Märkte für Nahrungsmittel wie für überplanmäßig produzierte Industriegüter wieder strikter staatlicher Kontrolle unterworfen werden. Die Anlageinvestitionen in „nicht produktive“ öffentliche Gebäude einschließlich Hotels, Theatereinrichtungen werden aufgeschoben und Großprojekte in einer Reihe von Industriezweigen (insbesondere Textilverarbeitung, Herstellung von Elektrohaushaltsgeräten und Kunststoffen) zurückgestellt. Ferner ist vorgesehen, die Produktion von Primärgütern des täglichen Bedarfs zu steigern, die Kaufkraft bestimmter Bevölkerungsgruppen einzudämmen, das Wachstum des Kreditvolumens wie der Geldmenge drastisch einzuschränken und nicht zuletzt die an Schieber- und Spekulationsgeschäften Beteiligten hart zu bestrafen. Der Schwerpunkt der Reformpolitik — so der Beschuß des XIII. Zentralkomitees der KPCh auf seiner dritten Plenartagung Ende September 1988 — müsse in den kommenden zwei Jahren vor allem auf die Umgestaltung der Staatsbetriebe mit dem Ziel der Steigerung von Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit wie auch auf die Bekämpfung der Inflation gelegt werden, um — wie es heißt — die Voraussetzungen für ein weitgehend „marktorientiertes Preissystem“ als wichtigstem Grundpfeiler des angestrebten neuen Wirtschaftssystems zu schaffen.

### C. Theoretische Interpretation

1. Das erste Jahrzehnt eines Reformkurses in China belegt den erklärten Willen der chinesischen Führungskader um Deng Xiaoping, die Wirtschaft des Landes durch Dezentralisierung in allen Formen zu modernisieren und Schritt für Schritt dem internationalen Standard anzunähern. Hinter allen Entscheidungen, mögen sie zunächst auch kontrovers erscheinen, ist ein strategisches Konzept zu erkennen. Das bedingt weder klare Konturen in den Details noch eindeutige, *ex ante* festgelegte Positionen. Trial and error ist bei allem im Spiel, auch hier.

Im Zeitablauf zeichnen sich drei transitorische Stadien ab. Die ersten beiden: von den Anfängen bis zum Oktober 1984 und dann bis zum Oktober 1987, sind das Ergebnis ordnungspolitischer Basisentscheidungen. Es waren die Reform auf dem Lande und dann die Reform in der Stadt, die Transformationsprozesse auslösten. Das dritte transitorische Stadium ist demgegenüber eher das Resultat der Wiederaufnahme und Intensivierung der Reformbemühungen vom Oktober

1984, also Ausdruck einer politischen Reaktion auf nicht gewollte Entwicklungen; diese reflektierten ihrerseits die Wirkungsmacht der Kräfte, die durch die Reformen ausgelöst worden waren. Das impliziert aber zugleich das Unvermögen staatlicher Instanzen, den Prozeß der Transformation in jeder einzelnen Phase kontrollieren zu können.

2. Der Übergang von Formen einer direkten Lenkung zu Formen einer indirekten Steuerung, verbunden mit Elementen einer marktmäßigen Koordination, hat in den beiden ersten transitorischen Stadien seine motorischen Zentren eindeutig in Vorgängen auf der Mikroebene. Die Energien, die die Wirtschaftsreformen spontan freisetzten, dynamisierten den gesamten Wirtschaftsablauf. Das veränderte fast zeitgleich die traditionellen Formen der Zahlungsströme und der Anforderungen an das Bankensystem. Das wiederum verlangte nach neuen Formen einer Kontrolle des monetären Geschehens.

Die reformbedingten Anpassungen waren also zweifacher Natur: Einerseits war das Bankensystem unter institutionellen Aspekten neu zu ordnen. Das umschloß sowohl die Trennung zwischen Finanzministerium und Notenbank sowie zwischen dieser und den Geschäftsbanken mit jeweils voneinander abgegrenzten Kompetenzen als auch den Aufbau eines flächendeckenden Netzes von Instituten. Unter funktionellem Aspekt mußten die Voraussetzungen für einen Zahlungsverkehr auf der mikroökonomischen Ebene wie für neue Formen der Geldanlage und der Kreditgewährung geschaffen werden. Auf makroökonomischer Ebene galt es, die Voraussetzungen für eine geldpolitische Steuerung zu schaffen und zugleich für die Politikbereiche, vor allem die Finanz- und Geldpolitik, neue Regeln einer Arbeitsteilung zu entwerfen. Beide, die institutionellen wie die funktionellen Anpassungen beinhalteten eine gewaltige Herausforderung und enorme Anstrengungen konzeptioneller, personeller und organisatorischer Natur. Jeder Schritt war Ausdruck eines erstaunlichen Lernprozesses, der allerdings nicht nur von Erfolgen begleitet sein konnte, sondern auch Mißerfolge mit sich bringen mußte.

Die Transformationsprozesse waren insoweit Folge exogener Anstöße, als sie durch politische Grundentscheidungen bewirkt wurden; insoweit die Anpassungsprozesse durch Vorgänge gekennzeichnet sind, die sie gleichsam selbst, sei es über marktmäßige Reaktionen, sei es durch Entsprechungen der Politik auslösten, handelte es sich um endogene Wirkungsmechanismen. Das gilt allerdings im zweiten Fall nur, insofern das politische Handeln allein konstatiertender Reflex war.

Die Anpassungen betrafen das Koordinierungssystem, das Entscheidungssystem und auch das Motivations- und Kontrollsysteem. Es erwies sich, daß Veränderungen auf der Ebene der Produktion und der Distribution von Gütern Anpassungen im Bankensystem wie im finanziellen Sektor schlechthin erforderten und schließlich auch erzwangen. Es erwies sich ferner, daß die neuen Formen der Koordination auf der Mikroebene entsprechende Formen einer makroökonomischen Politik notwendig machten (vgl. hierzu Kloten 1971, S. 339 ff.). Im

ganzen belegt das chinesische Experiment die Einsicht, daß das Gefüge der Beziehungen in einer arbeitsteiligen Volkswirtschaft, ordnungspolitisch gesehen, konforme Lösungen auf der Mikroebene sowie zwischen dieser und der Makroebene bedingt. Anders gewendet: Reformbedingte Modifikationen in einer Teilordnung verlangen nach konformen Veränderungen in anderen Teilordnungen.

3. Was sich also auswirkte, waren durchaus zwingende ökonomische Zusammenhänge. Das belegen auch die Fehlentwicklungen, zu denen es vor allem von 1985 ab gekommen ist. Gewiß, die chinesische Führung hatte schon früh die Notwendigkeit kompatibler Reformen des Finanzsektors gesehen. Es wurden — auch unter Nutzung des Sachverständes ausländischer Experten — durchaus respektable Anstrengungen unternommen, um sich der Zusammenhänge und der Konsequenzen, die zu ziehen sind, bewußt zu werden. Dennoch sind die dynamischen Kräfte unterschätzt worden, die sich auf der Mikroebene, ausgelöst durch die Reformen, auswirkten. Die Selbstverstärkungskräfte waren stärker, als sie — auch als Folge eines traditionellen Denkens in Planungskategorien — erwartet und gesehen worden waren. Zu gering geschätzt wurden die destruktiven Kräfte, die sich aus der jeweiligen Konstellation an heterogenen Elementen ergaben. Überschätzt wurde demgegenüber die Fähigkeit, das Geschehen zu kontrollieren und so auszurichten, wie es der perspektivischen Planung entsprach. Einen makroökonomischen Überbau zu schaffen, der für die einzelwirtschaftlichen Aktivitäten den gesamtwirtschaftlich ausgerichteten Rahmen absteckt, bedarf schon in entwickelten Volkswirtschaften westlichen Typs tiefer Einsichten und adäquater organisatorischer Vorkehrungen. Um so schwieriger sind die Probleme, die es in einer Volkswirtschaft zu lösen gilt, die sich in einem — wie man es auch immer sieht — fundamentalen Transformationsprozeß befindet und noch die gesamte Erblast eines Systems der direkten Planung mit sich zu schleppen hat. Reformen auf der Mikroebene in Gang zu setzen, fällt vergleichsweise leicht. Hier wurde Bewundernswertes geleistet. Die Politik der gesamtwirtschaftlichen Steuerung hat schon insofern eine ganz andere Dimension, als die Makroökonomik stets Sache des Staates ist, somit nicht auf spontane Kräfte (wie auf der Mikroebene) vertraut werden kann. Im Gegenteil, diese können aus gesamtwirtschaftlicher Sicht die aggregierten Leistungs- und Zahlungsströme verzerrn. Zudem wird bei einem Reformkurs wie dem chinesischen relativ schnell der Punkt erreicht, wo ein effizienter Finanzsektor zu einem eigenständigen Agens der wirtschaftlichen Entwicklung wird. Was zuvor eher komplementäre Bedingung war, wird nun selbst zum motorischen Zentrum. Allerdings ist auch die makroökonomische Politik, soll sie effizient sein, auf einen funktionierenden Marktmechanismus angewiesen. Den Ausschlag gibt dabei ein Preissystem, das wenigstens in etwa die Knappheitsrelationen widerspiegelt.

4. Bei der Aufgabe eines bislang dominanten Systems der gesamtwirtschaftlichen Koordination, im Falle Chinas der direkten Planung, zugunsten neuer Formen der Koordination von Wirtschaftsplänen sind alle transitorischen

Stadien durch jeweils spezifische Potentiale an Konflikten charakterisiert. Diese resultieren aus Teilordnungen, die weder in sich stimmig sind, noch zueinander passen. Das, was sie ausmacht, ist das Resultat des Sichauswirkens heterogener Elemente. Einen Reformkurs verfolgen, heißt geradezu, dem jeweiligen Konfliktpotential durch konfliktlösende Maßnahmen zu begegnen. Jede reformerische Anstrengung korrigiert bestehende Inkonsistenzen, schafft aber derart auf anderer Ebene und in anderer Weise neue Konflikte. Das Gewicht der Konflikte und damit die Auswirkungen des jeweiligen Konfliktpotentials auf den Wirtschaftsprozeß und dessen Ergebnis wird in dem Maße substantiell abgebaut, in dem eine innere Konsistenz aller Elemente der Wirtschaftsordnung erreicht wird, die Teile also zum Ganzen passen. Dies zu erreichen, ist die wesentliche Aufgabe der Ordnungspolitik.

Zu den Problemen, die aus den einem Transformationsprozeß immanenten Konflikten resultieren, kommen im Falle Chinas weitere hinzu. Es handelt sich hierbei um die Folgen von Konstellationen heterogener Elemente, die sich aus dem Festhalten an einer im Grundsatz sozialistischen Wirtschaftsordnung ergeben. Auch aus der Vorrangstellung der Kommunistischen Partei Chinas als letzter Entscheidungsinstanz in Wirtschaftsfragen erwachsen trotz der beabsichtigten Trennung zwischen Partei-, Regierungs- und Unternehmensfunktionen Belastungen für Faktorallokation und Politikeffizienz.

Die Folge ist eine Bündelung von transformationsbedingten und konzeptionsbedingten Inkonsistenzen. Was solche Inkonsistenzen verursacht, hat die Theorie der Wirtschaftsordnung aufgezeigt: Zentrale Planung und Koordination der einzelwirtschaftlichen Handlungen über den Markt beinhalten zwei antagonistische Techniken der Abstimmung von wirtschaftlichen Entscheidungen im Hinblick auf vorgegebene Ziele. Durch die gleichzeitige Nutzung des einen wie des anderen Koordinationsverfahrens entstehen Konflikte; sie finden ihren Niederschlag in Entscheidungsfehlern und Mängeln der Faktorallokation. Markt und Plan sind also nicht beliebig kombinierbar. Die historischen Wirtschaftsordnungen präsentieren sich zwar alle als verschiedenartig ausgeprägte Mischungen der beiden grundlegenden Prinzipien, doch sind nicht alle Kombinationen gleichermaßen geeignet, auf lange Frist eine möglichst reibungslose Koordination von einzelwirtschaftlichen Wirtschaftsplänen und staatlichem Handeln zu gewährleisten. Hayek, Eucken u.a. hegen daher einen Instabilitäts- und Suboptimalitäts Verdacht für eine mixed economy. Bei einem Nebeneinander von Ordnungselementen kommt man also nicht umhin, sich für ein dominantes Ordnungsprinzip, derart für einen ordnungspolitischen Schwerpunkt zu entscheiden. Die Zusammenfügung verschiedenartiger Ordnungselemente zu einer funktionstüchtigen wirtschaftlichen Gesamtordnung ist in jedem Fall eine sehr schwierige ordnungspolitische Aufgabe (vgl. hierzu Kloten 1980, S. 323 ff.). Bei schrittweiser Umgestaltung der Wirtschaftsordnung erlangt das Problem einer adäquaten zeitlichen Abstimmung der Reformmaßnahmen ein besonderes Gewicht.

5. Was die gegenwärtige Lage ausmacht, ist eine brisante Konfiguration aus (1) spannungsgeladenen Inkonsistenzen auf der Mikroebene, (2) dem reformkursbedingten Zwang, für die drängenden Probleme auf der Makroebene situationskonforme Lösungen zu finden, (3) den sich überall auswirkenden Defiziten an zugehöriger institutioneller wie personeller Infrastruktur und (4) den Schwächen des konzeptionellen Unterbaus. Die systemimmannten Spannungen zurückfahren wollen heißt — soll der Reformimpetus nicht auf der Strecke bleiben — am Reformkonzept beharrlich festhalten. Das kann nur sinnvoll sein, wenn die chinesische Führung bereit ist, alle sich daraus ergebenden Konsequenzen zu tragen; das aber umschließt sehr viel, auch die weitere Relativierung ideologischer Positionen. Den Funktionsbedingungen, die für eine effiziente Geldpolitik unabdingbar sind, kann man nicht ausweichen. Gleiches gilt im Grundsatz für die Finanzpolitik. In der Makropolitik muß nun einmal in jeder Phase des Transformationsprozesses hinreichende Effizienz gewährleistet sein. Die Alternative dürfte, so wie die Dinge liegen, nur ein Stop and Go sein, wie es im Grundsatz seit 1985 praktiziert wird.

#### D. Der Fall China in komparativer Sicht

1. Mehr als ein Jahrzehnt ist vergangen, seit die politische Führung der Volksrepublik China unter Deng Xiaoping den Reformkurs eingeschlagen hat. Die neue Politik zeichnet sich im ganzen durch eine erstaunliche Konsequenz in der Abwendung vom bislang dominierenden System einer sozialistischen Planwirtschaft sowjetischer Prägung aus. China, das sich — anders als die mittel- und osteuropäischen Volksdemokratien — nicht im politischen und im militärischen Einflußbereich einer Großmacht befindet, hat es in der Hand, seinen eigenen Weg zu wählen und ihn auch zu gehen. Die Reform kennzeichnet bis heute eine Politik des trial and error, orientiert an einem im Grundsätzlichen für richtig erkannten Pfad. Verwirklicht werden soll — in Etappen — eine „geplante sozialistische Warenwirtschaft chinesischer Prägung“, ohne daß allerdings der erstrebte Endzustand bislang ordnungspolitisch genau definiert wurde.

2. Unbeschadet aller Besonderheiten belegt der chinesische Reformkurs zentrale Einsichten klassischen ordnungstheoretischen Denkens.

- Es erwies sich, daß Reformen auf der Mikroebene, mögen sie sich zunächst auch nur auf einzelne Sektoren wie die Agrarwirtschaft erstrecken, schon bald die volkswirtschaftlichen Güter- und Geldströme insgesamt verändern, und zwar um so mehr, je enger die jeweiligen sektoralen Beziehungen sind.
- Reformen auf der Mikroebene, die auf eine marktwirtschaftliche Koordinierung abstellen, schließen ein bislang brachliegendes Potential an Wachstumskräften auf; das Ergebnis sind Selbstverstärkungsprozesse, die

der wirtschaftlichen Entwicklung eine ungeplante, auch unerwartete Dynamik verleihen.

- Reformbedingte Anpassungen in Teilbereichen mindern schon bestehende Inkonsistenzen, begründen aber ihrerseits neue in noch nicht reformierten oder im Reformprozeß nachhinkenden Bereichen.
- Fortschritte einer Koordinierung via Märkte und Preise bedingen eine Neuformierung der Preisrelationen unter Annäherung an die realen Knappheitsverhältnisse von Gütern und Faktoren. Somit befinden Erfolge und Mißerfolge bei der Reform des Preissystems letztlich über den Gesamterfolg des Reformkurses.
- Durch Reformen ausgelöste realwirtschaftliche Veränderungen führen zeitgleich zu Neuformationen in den Geldströmen. Das erfordert adäquate organisatorische Vorehrungen im Bank- und Geldwesen, auch die Schaffung von Geld- und Kapitalmärkten.

3. Die Umorientierungen auf der Mikroebene wie überhaupt die Aufgabe der Formen einer direkten Planung begründen eine zur marktwirtschaftlichen Koordinierung passende makroökonomische Politik. Gefragt sind ebenso neue Techniken der geldpolitischen Steuerung des monetären Geschehens wie neue Formen der Budget-, der Einnahmen- und der Ausgabenpolitik des Staates. Ein Versagen hier gefährdet den Erfolg der Reformen auf der mikroökonomischen Ebene. Die Konsequenz sind Preisauftrieb und eine nicht leistungsgerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen. So wie eine effiziente makroökonomische Politik auf eine funktionierende Allokationsmechanik (via Märkte und Preise) angewiesen ist, bedingt eine Reform des Preissystems, wenn sie ihr Ziel erreichen soll, eine effiziente Geldpolitik und eine ihr nicht entgegenstehende Finanzpolitik. Ähnliches gilt für die Außenwirtschafts-, für die Einkommens-, die Struktur- und die Regionalpolitik, überhaupt für alle Politikbereiche. Auch so erweist sich, daß in jeder Phase des Reformprozesses der Zusammenhang zwischen den Teilordnungen zu beachten und im konkreten Geschehen zu wahren ist.

4. Auf der Mikroebene ist in China viel bewegt worden, wenn auch in einer ausgeprägten sektoralen wie regionalen Differenzierung, zudem verbunden mit starken leads und lags. Vor allem sind es Halbheiten, also Schritte in Richtung auf eine marktmäßige Koordinierung bei einem gleichzeitigen Festhalten an dirigistischen Praktiken, auch Schritte nach vorne und wieder zurück, was dem Reformatiegen allenthalben Grenzen setzt und Fehlallokationen auslöst. Mindestens ebenso zu Buch schlagen das Nachhinken im finanziellen Sektor und die Defekte der Geld- wie der Finanzpolitik; sie zu vermeiden, fällt viel schwerer, als das zunächst gesehen worden war. Gewiß gelang es auf vielen Feldern, schon im ersten Anlauf und in einem sehr respektablen Maße die mit der direkten Planung gegebenen Inkongruenzen aufzuheben, doch eben nicht durchgängig. Auch wurden mit dem Reformkurs, so wie er sich vollzog,

12\*

insbesondere mit jedem Rückgriff auf dirigistische Praktiken, potentielle Konfliktherde neu geschaffen. Ob sich die chinesische Regierung mit ihrem jüngsten Anlehnern an überkommene Interventionismen wirklich eine Atempause verschafft hat, bleibt abzuwarten. Skepsis ist angebracht. Um so mehr gilt es, schnell und wirksam zu handeln. Noch identifiziert sich die Bevölkerung Chinas mit der Reform, aber die kritischen Stimmen mehren sich. Die in den Kategorien direkten Planens eingebüttet und durch den Reformkurs nahezu „depossedierten“ Behörden warten nur darauf, die Überlegenheit obrigkeitlicher Direktiven unter Beweis stellen zu können. Auf dem Spiel steht die Reform selbst. Das zeitliche Raster der Reformschritte ist nicht beliebig wählbar.

5. Der Fall China legt die Frage nahe, wie und mit welchen theoretischen Hilfsmitteln das reformpolitische Geschehen in den sozialistischen Volksrepubliken, also die Transformation eines Wirtschaftssystems des orthodoxen Typs direkter Planung und Lenkung hin zu einer Wirtschaftsordnung vom Typ Sozialistischer Marktwirtschaft, zu beschreiben und zu interpretieren ist. In Zhao Ziyangs suggestiver Formel: „Der Staat reguliert den Markt und der Markt leitet die Betriebe“ (Bericht 1987, D 74) liegt die Crux im ersten Halbsatz; er lässt offen, welcher Art die staatlichen Regulierungen des Marktes sein sollen. Gewollt ist einerseits ein Sichauswirken von Marktkräften als begrüßtes Vehikel einer — verglichen mit dem bisherigen Zustand — effizienteren Faktorallokation und zunehmender wirtschaftlicher Dynamik, doch andererseits möchte der Staat das Geschehen im Griff behalten und derart auch den Märkten durch staatliche Regulierungen ihre Wirkungseinrichtung gleichsam vorgeben. Die wirtschaftliche Entwicklung wird also letztlich trotz des Bekenntnisses zu einer marktwirtschaftlichen Koordination nicht als ein Suchprozeß verstanden, der sich über Märkte und Preise vollzieht und das reale Wachstum wie die Strukturen der Wirtschaft bestimmt, sondern als ein Anliegen, dessen Lösung im Grunde dem Staat obliegt.

All das am Fall China zumindest in Ansätzen zu verdeutlichen, war das Anliegen des Beitrages. Eine umfassende theoretische Durchdringung des Geschehens hat indes weit mehr zu leisten. Bislang fehlt es an überzeugenden begrifflichen Systemen und den zugehörigen theoretischen Hebeln für eine erschöpfende Analyse der Transformation von Wirtschaftsordnungen und auch dessen, was die transitorischen Stadien ausmachen. In der traditionellen Ordnungstheorie (vgl. etwa Blaich/Gutmann/Hensel 1971) wird zumindest von „Transformation“ gesprochen, wenn in einer Wirtschaftsordnung das jeweils realisierte Koordinierungssystem durch ein anderes ersetzt wird; „Reformen“ werden dagegen Veränderungen genannt, die unter Beibehaltung des jeweils realisierten Planungssystems nur die ordnungs- oder die prozeßpolitische Ausgestaltung einer Wirtschaftsordnung betreffen. Aus dem reformpolitischen Geschehen in China, das in jedem Fall mehr ist als nur eine Reform in diesem Sinne, das andererseits keineswegs den Übergang zu einer kapitalistischen Marktwirtschaft bewirken soll, ergibt sich schon, daß es nicht leicht sein kann, die Veränderungen ordnungstheoretisch in die eine oder die andere Kategorie

einzuordnen. Zudem ist das Gesamtbild der Reformanstrengungen — wie sich zeigte — heterogen. Es bedarf also einer differenzierten Betrachtung, die es nahelegt, die neueren konkurrierenden Ansätze dahingehend zu überprüfen, ob und inwieweit sie eigenständige Erklärungen der Transformation von Wirtschaftssystemen offerieren. Das Ziel muß allemal sein, die eigentlichen motorischen Kräfte in den Transformationsprozessen zu bestimmen, so auch die zugehörigen Zwangsläufigkeiten bzw. die jeweils verbleibenden Freiheitsgrade aufzuzeigen.

6. Jede komparative Betrachtung erweist, daß zwischen dem Verlauf der chinesischen Wirtschaftsreform und den Erfahrungen mit Reformen in anderen sozialistischen Volkswirtschaften durchaus Entsprechungen existieren. Allen Reformen lag die Einsicht zugrunde, daß den systemimmanenten Mängeln und Widersprüchen einer zentralen Planung der Wirtschaftsprozesse nur durch eine prinzipielle Änderung der Koordinationsmechanismen beizukommen ist. Die Reformen empfahlen sich also schon aus triftigen ökonomischen Gründen; doch stets waren auch politische Motive mit im Spiel. Ausgelöst wurden die Reformen, die im einzelnen durchaus unterschiedlich angelegt und schon angesichts der gesetzten Ziele von divergierender Reichweite waren, durch ordnungspolitische Entscheidungen, die ausnahmslos auf der mikroökonomischen Ebene ansetzten. Ausgangspunkt aller Anstrengungen war dabei die Stärkung der Stellung des Betriebes (mehr Selbständigkeit und Kompetenzen) in der Gesamtwirtschaft. So war es in der DDR, dem ersten Land des Ostblocks, das aus der Reformdiskussion zu Beginn der fünfziger Jahre praktische Konsequenzen zog; so war es in Polen, wo der Zykluscharakter von Reformen de facto in ein regelrechtes Stop and Go ausmündete, in der Tschechoslowakei, das in den siebziger Jahren unter Dubcek und Ota Šik die Idee eines demokratischen Sozialismus zu verwirklichen suchte, auch in Ungarn, dem einzigen Land im sozialistischen Lager, das eine marktorientierte Reform nicht nur einzuführen, sondern auch trotz aller zwischenzeitlichen Blockierungen bis zum heutigen Tage durchzuhalten vermochte (zu Reformen in den einzelnen Ländern vgl. Leipold 1975); und so ist es in der UdSSR, wo unter dem Terminus „Perestrojka“ Veränderungen an Haupt und Gliedern vorgesehen sind (vgl. Schüller/Peterhoff 1988, S. 323 ff.). Die durch Reformen ausgelösten Anpassungsprozesse begannen allenthalben im realwirtschaftlichen Bereich, erfaßten dann aber mehr und mehr den monetären wie den gesamten finanziellen und staatlichen Sektor.

Das, was zu beobachten ist, belegt die Interdependenz ökonomischer Prozesse ebenso wie den „Zwang zum wirtschaftspolitischen Experiment in zentralgeleiteten Wirtschaften“ (Hensel 1977, S. 173); es belegt zudem die Bezüge, die nun einmal zwischen den jeweiligen Ordnungen von Wirtschaft, Gesellschaft, Staat und Politik bestehen. So gesehen, greift eine Beschäftigung mit Reformprozessen in sozialistischen Volkswirtschaften stets weit über das traditionelle Erkenntnisobjekt der Wirtschaftswissenschaften hinaus.

### Literaturverzeichnis

- Bericht (1985) über die Tätigkeit der Regierung, erstattet auf der 3. Tagung des VI. Nationalen Volkskongresses am 27. März 1985, von *Zhao Ziyang*, Ministerpräsident des Staatsrates, in: *Beijing Rundschau*, 16/1985.
- Bericht (1987) des Zentralkomitees, erstattet vom amtierenden Generalsekretär, *Zhao Ziyang*, auf dem XIII. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas am 25. Oktober 1987, abgedruckt in: *Europa-Archiv*, 3/1988, D 62-D 82.
- Bericht (1988) über die Tätigkeit der Regierung, erstattet auf der 1. Tagung des VII. Nationalen Volkskongresses am 25. März 1988, von *Li Peng*, amtierender Ministerpräsident des Staatsrates, in: *Beijing Rundschau*, 17/1988.
- Beschluß (1984) des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas über die Reform des Wirtschaftssystems vom 20. Oktober 1984, in: *Beijing Rundschau*, 44/1984.
- Blaich*, F., G. *Gutmann*, K. P. *Hensel* (1971), Hg., *Wirtschaftssysteme zwischen Zwangsläufigkeit und Entscheidung*, Stuttgart.
- Bohnet*, A. (1988), Chinas Wirtschaftsordnung im Wandel — Tendenzen und Grenzen, in: *KAS-Auslandsinformationen*, 7/88, S. 2-19.
- Bohnet*, A., G. *Jaehne* (1985), Chinas neue Wirtschafts- und Unternehmenspolitik, Deutsche Fassung eines Beitrags für *Intereconomics*.
- (1986), China's Reform of Socialism on Trial, in: *Intereconomics*, 3/1986, S. 142-149.
- De Wulf*, L. (1985a), Wirtschaftsreform in China. Die Perspektiven der jüngsten Veränderungen, in: *Finanzierung und Entwicklung*, 1/1985, S. 8-11.
- (1985b), Finanzreformen in China, in: *Finanzierung und Entwicklung*, Dezember 1985, S. 19-22.
- Etgen*, B. (1988), Stand und Perspektiven der chinesischen Bankreformen, in: *Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen*, 1/88, S. 11-12.
- Gutmann*, G., W. *Klein* (1984), Wirtschaftspolitische Konzeptionen sozialistischer Planwirtschaften, in: *Cassel*, D., Hg., *Wirtschaftspolitik im Systemvergleich*, München, S. 94-116.
- Haffner*, F. (1985), Monetäre Zentralplanung und Volkswirtschaftsplanung, in: *Thieme*, H. J., Hg., *Geldtheorie*, Baden-Baden, S. 189-209.
- Hagemann*, E. (1985), Zum Stand der Wirtschaftsreformen in China: Erfolge auf dem Lande — Neubeginn in den Städten, in: *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung*, Jan./März 1985, S. 69-84.
- Hartwig*, K. H. (1987), Monetäre Steuerungsprobleme in sozialistischen Planwirtschaften, Stuttgart, New York.
- Hedtkamp*, G. (1974), *Wirtschaftssysteme — Theorie und Vergleich*, München.
- Hensel*, K. P. (1977), *Systemvergleich als Aufgabe. Aufsätze und Vorträge*, Stuttgart, New York.
- Herrmann-Pillath*, C. (1985), Zum institutionellen Rahmen der chinesischen Wirtschaftsreform: Geplante Warenwirtschaft und Banksystem, *Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien*, 23/1985.

- Klenner, W.* (1981), Der Wandel in der Entwicklungsstrategie der VR China, Hamburg.
- Kloten, N.* (1955a), Zur Typenlehre der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen, in: *ORDO*, Bd. 7, S. 123-143.
- (1955b), Das Eigentum in der Wirtschaftsordnung, in: *Wirtschaftsdienst*, 35. Jg., Heft 2, S. 76-83.
- (1971), Mikro- und Makroanalyse als Grundlage wirtschaftspolitischer Entscheidungen, in: Jochimsen, R., Knobe, H., Hg., *Gegenstand und Methoden der Nationalökonomie*, Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Köln, S. 339-353.
- (1973), Die Zukunft unserer Wirtschaftsordnung, in: Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen, Hg., *Unsere Wirtschaft — Basis, Dschungel, Dogma. Marktwirtschaft in der gegenwärtigen Auseinandersetzung*. Köln, S. 221-234.
- (1977), Die Zukunft der Marktwirtschaft, in: Kaiser, K., Schwarz H. P., Hg., *Amerika und Westeuropa, Gegenwarts- und Zukunftsprobleme*, Stuttgart, S. 85-98.
- (1980), *Wirtschaftsdemokratie — Eine ordnungspolitische Alternative?*, in: Hartmann, K., Hg., *Die Demokratie im Spektrum der Wissenschaften*, Freiburg und München, S. 323-356.
- (1985), Der Plan-Markt-Mechanismus Chinas. Das Koordinationsystem in Theorie und Praxis, in: Schüller, A., Hg., *China im Konflikt zwischen verschiedenen Ordnungskonzeptionen*, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. 150, Berlin, S. 11-61.
- (1987), Marktwirtschaft, in: *Staatslexikon*, Band 3, 7. Auflage, Freiburg, Basel, Wien, Sp. 1017-1023.
- Kraus, W.* (1985), Wirtschaftsreformen in der Volksrepublik China, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 39/85, S. 3-16.
- Leipold, H.* (1975), Hg., *Sozialistische Marktwirtschaften*, München.
- (1988), Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme im Vergleich. Grundzüge einer Theorie der Wirtschaftssysteme, Stuttgart.
- Louven, E.* (1988), Die Wirtschaftspolitik der Volksrepublik China. Von der Befehlsplanung zum Mischsystem, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 1/88, S. 23-33.
- Obersteller, Ch.* (1987), Das Finanz- und Bankensystem der Volksrepublik China, Studienreihe der Stiftung Kreditwirtschaft an der Universität Hohenheim 4, Hohenheim.
- Perkins, D. H.* (1988), Reforming China's Economic System, in: *Journal of Economic Literature*, Vol. XXVI, pp. 601-645.
- Rowley, A.* (1987), Financial Centre Shanghai. Achievements, Problems, Prospects, Friedrich Ebert Foundation, *China Economic Papers Series*, September 1987.
- Schüller, A., R. Peterhoff* (1988), Gorbatschow-Reform-Modell für Osteuropa?, in: Giger, H., Linder, W., Hg., *Sozialismus. Ende einer Illusion*, Zürich, S. 323-355.
- Vetter, H. F.* (1985), Das chinesische Bankwesen, in: *Die Bank*, 9/85, S. 463-467.



*Vierter Teil*

## **Sektorale Probleme**



# Funktionsprobleme der gemeinsamen Währung des RGW (Transferabler Rubel)

Von *Hermann Clement*, München

## Einleitung

Die wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftspolitische Diskussion in den sozialistischen Ländern ist seit Gorbačevs Kampagne für Glasnost', Perestrojka und Uskorenie vehement in Bewegung geraten. Analysen zu Funktionsproblemen einzelner Steuerungsinstrumente der sozialistischen Wirtschaften, die vor noch nicht allzu langer Zeit als antisozialistisch und antisowjetisch galten, werden jetzt in pointierter Form „ex cathedra“ verkündet und abgesegnet.

Damit erfolgt gleichzeitig eine Wiederannäherung der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion in den sozialistischen Ländern. Wirtschaftstheoretische Positionen und wirtschaftspolitische Forderungen, die bisher nur in Polen und Ungarn von der Mehrheit der Ökonomen eingenommen bzw. gefordert wurden, sind nun — ausgehend von der Sowjetunion — mehrheitsfähig geworden. Gleichzeitig wurde die Uniformität der Argumentation in den „orthodoxen Ländern“ in vielen Bereichen durchbrochen.

Ein interessantes Beispiel dafür ist die Analyse der Funktionsprobleme der gemeinsamen Währung des RGW, des Transferablen Rubels (TRbl). Noch in einem 1986 vom Institut der Wirtschaft des sozialistischen Weltsystems herausgegebenen Buch zur „Kritik der bürgerlichen Ansichten über die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Länder des RWG“ wird den „bourgeois“ Autoren zum Vorwurf gemacht, daß sie dem TRbl die Geldfunktion absprechen und ihm lediglich eine reine Verrechnungsfunktion zubilligen.<sup>1</sup>

Dieser westlichen Einschätzung wird die bisherige offizielle sowjetische Position, die in abgeschwächter Form und unter vorsichtiger Andeutung der Funktionsprobleme<sup>2</sup> in den meisten RGW-Ländern bis zuletzt geteilt und

<sup>1</sup> „Unter diesem Gesichtspunkt wird der Transferable Rubel in Arbeiten bourgeois Autoren betrachtet als:

1. rudimentär,
2. umstritten, nur mit Schwierigkeiten seine Funktionen erfüllend, und das nur im begrenzten geplanten Rahmen und nicht insgesamt,
3. nur in Form der Saldierung der bilateralen Warenströme erscheinend,
4. Clearingsmittel und nicht als neue Valutaform. In den letzten beiden Fällen wird die Geldfunktion des Transferablen Rubels verneint.“ *Burova, Voinov, Sejnin* 1986, S. 68.

<sup>2</sup> Vgl. z.B. *Brendel, Dubrowsky, Schicksam* 1985, S. 126ff., wo die Probleme bei der Ausübung der einzelnen Funktionen angedeutet werden.

ernsthaft nur in Polen und Ungarn in Frage gestellt wurde, gegenübergestellt (Dietrich u. a. 1986, S. 64). Es werden dem TRbl alle Geldfunktionen im Sinne der sozialistischen Geldtheorie zugesprochen.<sup>3</sup>

Deshalb hielten die sowjetischen Wirtschaftswissenschaftler bis vor kurzem eine Revision des Systems der Verrechnung in TRbl nicht für erforderlich.

Wohl nicht zuletzt unter dem Einfluß der Neugestaltung der Außenwirtschaftsbeziehungen der UdSSR begann eine Diskussion über die Funktion des TRbl und der nationalen Währungen der RGW-Länder. In kurzer Zeit führte diese bei den progressivsten Verfechtern bis zu einer völligen Umkehr der bisherigen Argumentation und einer Annäherung an die ungarischen und polnischen Positionen, die sich wiederum weitgehend mit westlichen Analysen decken.<sup>4</sup> Auf der Vorbereitungssitzung für das ZK-Plenum im Juni 1987 forderte z. B. Šmelev, durch einen konvertierbaren Rubel — statt des „totgebo- renen Kindes“ Transferabler Rubel — sollte ein „gemeinsamer Markt“ der RGW-Staaten geschaffen werden.<sup>5</sup> Bogomolov schloß sich der Forderung nach einem konvertiblen Rubel, der nicht auf die lange Bank geschoben werden dürfe, an (FAZ vom 11. 7. 87).

Dies sind zwar Vorreiterpositionen, und es gibt noch genug Wissenschaftler, denen dies zu weit geht, inzwischen werden die Argumente aber auch von anderen sowjetischen Wissenschaftlern aufgenommen.

Ende 1987 und Anfang 1988 wurde die Frage der Funktionsfähigkeit des TRbl auch politisch relevant. Die bereits im Komplexprogramm von 1971 als Aufgabe gestellte Konvertibilität des TRbl wurde erneut akut. Die 43. RGW-Tagung (Oktober 1987) faßte den Beschuß, die in diesem Zusammenhang auftretenden Probleme zu prüfen und auf der 44. RGW-Tagung Anfang Juli

<sup>3</sup> „Der Transferable Rubel erfüllt folgende Funktionen:  
Maß der Werte — durch die Festlegung der Kontraktpreise im gegenseitigen Handel der RGW-Länder, bei der Bewertung gemeinsam errichteter Objekte und auf einigen anderen Gebieten der gegenseitigen Zusammenarbeit;  
als Zahlungsmittel dient er bei der gegenseitigen Abrechnung des Handels, der Kredite und anderer Operationen zwischen den RGW-Ländern, als Mittel der Zirkulation der Waren auf dem Markt der Länder des RGW tritt ihre kollektive Währung sowohl als Zahlungs- als auch als Kaufmittel auf. Als Akkumulationsmittel dient der Transferable Rubel der Akkumulation bei der laufenden Verrechnung und für Einlagen bei der IBWZ“. Burova u. a. 1986, S. 69f.

<sup>4</sup> Schon in der ersten Hälfte der 80er Jahre wurden diese Probleme in einigen Artikeln angesprochen, vgl. u. a. Grinberg, Ljubskij 1985, S. 99 ff.

<sup>5</sup> Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 10. 7. 87. In seinem Artikel in Novy Mir schreibt er: „Es ist selbstverständlich, daß die Öffnung des sowjetischen Marktes und die Schaffung eines gemeinsamen Marktes der RGW-Länder nicht möglich ist ohne Änderung des derzeitigen Rubelkurses und der Einführung seiner freien Konvertierbarkeit im RGW. Man muß sich stufenweise lösen, von derzeit herrschenden zahllosen Zweig-Valutakoeffizienten übergehen zu einem einheitlichen Kurs des Rubels und einen freien Umlauf der nationalen Valuten im RGW herbeiführen. Diese Angelegenheit ist längst herangereift, absolut unumgänglich, und es hat keinen Sinn, dies aufzuschieben insbesondere weil heute nicht wir die Schuldner sind, sondern die anderen“.

1988 zu diskutieren. Trotz sowjetischen Drängens und eines Appells des sowjetischen Ministerpräsidenten konnte keine Einigung erreicht werden, wie die Konvertierbarkeit des TRbl erzielt werden soll. Die Interessen der einzelnen RGW-Staaten gehen noch zu weit auseinander. Die DDR und Rumänien stehen den Plänen derzeit besonders ablehnend gegenüber.

Da jedoch die angestrebten Direktbeziehungen zwischen den Betrieben der einzelnen RGW-Länder ohne eine wenigstens partielle Konvertierbarkeit der Währungen nicht realisierbar sind, hat z. B. die Sowjetunion mit der CSSR, Polen und Bulgarien in diesem Jahr Abkommen geschlossen, die eine Konvertierbarkeit der jeweiligen nationalen Währungen im Rahmen der Direktbeziehungen und bei Joint Ventures vorsehen. Allerdings scheinen die schwierigen Probleme der Preisgestaltung und der Kurse noch nicht gelöst zu sein. Der TRbl wurde als ungeeignetes Mittel zur Abrechnung dieser Beziehungen erkannt. Diese Länder kündigen auch — ebenso wie Ungarn — immer wieder an, daß ihre nationalen Währungen in absehbarer Zeit konvertibel werden sollen. Jedoch gehen die Ansichten über den Zeitpunkt, in dem dies erreicht werden kann, in den Ländern noch weit auseinander. Das Beispiel Ungarns zeigt, daß dies ein sehr langer Prozess sein wird.

Angesichts dieser Entwicklung muß gefragt werden, wo die Funktionsprobleme des TRbl liegen, ob diese überwunden werden können oder ob das System in seiner jetzigen Konstruktion überhaupt nicht funktionsfähig ist, also tatsächlich das „totgeborene Kind“ Šmelev's darstellt, für das nur noch ein Begräbnis erster Klasse arrangiert werden muß.

### A. Funktionsbereich des TRbl

Der TRbl wurde 1964 mit dem Ziel eingeführt, den Zahlungsverkehr der RGW-Länder zu multilateralisieren und den Handel durch Überwindung der Bilateralität flexibler und effizienter zu gestalten. Der nichtkommerzielle Zahlungsverkehr spielte noch keine große Rolle und Kredite wurden nur in geringem Umfang gewährt. Der Kapitalverkehr war somit ebenfalls von untergeordneter Bedeutung.

Auch heute noch resultieren etwa 94 % der Operationen in TRbl aus dem Warenverkehr der RGW-Länder untereinander (IBEC, 1986, S. 9), 3-4 % der Verrechnungen in TRbl entfallen nach Angaben von DDR-Wissenschaftlern auf zwischenstaatliche Kredite und 2 % auf nichtkommerzielle Zahlungen (Dietrich u. a. 1986, S. 76).

Der TRbl existiert nur als Buchgeld und wird ausschließlich durch Ziehungen auf die IBWZ, die 1963 zur Abwicklung der Verrechnungen in TRbl gegründet wurde, emittiert.

Obwohl die Verrechnungstechnik bei der IBWZ so gestaltet ist, daß die Abwicklung der Zahlungsströme multilateral erfolgen könnte und damit auch

ein multilateraler Handel der RGW-Länder möglich wäre (Clement 1986, S. 4ff.), blieben sowohl die Verrechnung als auch der Handel weitgehend bilateral. Dies wird heute auch nur noch von wenigen osteuropäischen Autoren bestritten. Je nach Stand der „Glasnost“ wird, wie etwa bei DDR-Autoren, der Mangel an Multilateralität versteckt kritisiert<sup>6</sup> oder es wird offen bemängelt, daß die Bilateralität erhalten blieb. Csaba faßt die Erkenntnis im RGW wie folgt zusammen: „Practise in the past two decades, however, has revealed that the intention embodied in the agreement and the institution has not turned reality: it has been pointed out by numerous Bulgarian, Czechoslovakian, GDR, Hungarian, Polish, and Soviet economists that bilateral balancing has survived virtually intact, and so have to other features outlined above of the mechanism of intra CMEA economic cooperation, in planning as well as in actual trade and hence also in accounting and settlements“ ... „the ‚transferable ruble, can be transferable in name only ...?“ Der Trend zum Bilateralismus hat sich in den 80er Jahren sogar noch verstärkt (Csaba 1985, S. 21) 7, 8.

## B. Geldfunktion des TRbl

Sein Ziel, Multilateralität in den Wirtschaftsbeziehungen der RGW-Staaten herbeizuführen, könnte der TRbl nur erreichen, wenn er die drei wichtigsten Geldfunktionen

- a) allgemeines Tauschmittel
- b) Recheneinheit und
- c) Wertaufbewahrungsmittel

erfüllen würde. Dazu ist er aber bisher nicht in der Lage.

---

<sup>6</sup> „Bisher wird in der Praxis der o. g. Hauptvorteil des multilateralen Verrechnungssystems noch nicht voll genutzt. Untersuchungen zeigen, daß sich die Zahlungen am Jahresende auch zwischen zwei RGW-Ländern fast völlig ausgleichen, ... Von der Möglichkeit, in den zweiseitigen Handels- und Zahlungsbeziehungen Salden entstehen zu lassen und diese Salden mit Hilfe des multilateralen Verrechnungssystems auszugleichen, machen sie — bezogen auf den Ausgleich zum Jahresende — kaum Gebrauch.“ Brendel u. a., S. 137.

<sup>7</sup> Csaba 1985, S. 26; ähnlich schreibt Pesci 1976, S. 275: „Folglich ist der Transferable Rubel nur formal multilateral, seinem Inhalt nach ist er bilateral.“ (Übersetzt aus dem Russischen). Vencovsky 1983, S. 11, schreibt: „Er (der TRbl) blieb vorläufig im wesentlichen eine beiderseitige Verrechnungseinheit“.

<sup>8</sup> Botos 1980, S. 4 schreibt: „Die erste Frage haben wir schon beantwortet: Im Hinblick auf den Wert gibt es keinen einheitlichen transferablen Rubel, ...“ und Levcik 1978, S. 69 formuliert: „For that reason the transferable rouble may have a differing purchasing power in different transactions“.

### I. Nicht vorhandene Tauschmittelfunktion

Als allgemeines Tauschmittel muß Geld — in diesem Falle der TRbl — in der Lage sein, sich zwischen die Tauschakte zu schieben und diese voneinander materiell und zeitlich zu entkoppeln. Da das Geld damit gleichzeitig mittelbar zur Verteilung der Werte beiträgt, muß es in allen Tauschakten einen einheitlichen Wert besitzen, wenn es von allen Partnern akzeptiert werden soll.

Diesen einheitlichen Wert besitzt der TRbl jedoch nicht. Das bisherige Verfahren der Preisbildung für den Intra-RGW-Handel führt dazu, daß der TRbl in allen bilateralen Handelsbeziehungen einen spezifischen Wert erhält. Bei den derzeit zehn Mitgliedsstaaten der IBWZ also 45 unterschiedliche Wertniveaus.

Nach dem seit 1975 gültigen Preisbildungsverfahren, dem sog. Moskauer Prinzip, werden die Preise grundsätzlich auf der Basis der Weltmarktpreise der vorangegangenen fünf Jahre jährlich neu festgelegt. (Im Grundsatz entspricht dies weiter dem bis dahin gültigen sog. Bukarester Prinzip, bei dem lediglich die Periode, für die die Preise fixiert werden, von fünf auf ein Jahr verkürzt wurde).

Da die Verhandlungen jedoch bilateral geführt werden, der Weltmarktpreis für viele Güter schwer feststellbar ist, zumal oft die Vergleichsprodukte kaum zu definieren sind und zudem von einigen Ländern darauf verzichtet wurde, ihre Preise jährlich anzupassen, ergaben sich für jedes gleichwertige Produkt unterschiedliche Preise, je nachdem, in welcher der 45 Handelsbeziehungen es gehandelt wird. Hinzu kommt, daß die immer noch vorhandene unzureichende Leistungsfähigkeit der sozialistischen Volkswirtschaften dazu führt, daß die Warenströme in sog. „harte Waren“ und „weiche Waren“ zerfallen, die gegenseitig ausgeglichen werden. Zuletzt wies Rybalko in einem Artikel auf dieses Problem hin (Rybalko 1987). Damit entstehen zusätzliche Wertniveau-Ebenen, die den Wert des Transferablen Rubels für die einzelnen Transaktionen nochmals, je nachdem, ob ‚harte‘ oder ‚weiche‘ Waren getauscht werden, differenzieren. In dem gültigen Preisbildungssystem des RGW existiert jedoch kein Mechanismus, der einen Zwang dahingehend ausübt, daß das Preisniveau aller gehandelten Güter sich in den einzelnen Handelsbeziehungen gegenseitig anpaßt (vgl. hierzu auch Hewett, in: Abouchar (ed.) 1979, S. 104). Unter Bezug auf Dubrowsky-Zschockelt und Zhivkova-Kazandzhieva bemerkt Csaba (1983, S. 241) daher richtig: „In spite of the explicit regulations under the pricing principle, there can in practice be no unity of prices for identical products in different bilateral relations. Consequently there is no uniform purchasing power for the common currency.“

Der Weltmarktpreis dient demnach zwar als Leitlinie für die Verhandlungen, er hat sich aber nicht als allgemeines Wertmaß durchsetzen können. „There is no guarantee that CMEA ftps (foreign trade prices, d.V.) will reflect wmps (world market price, d.V.)“ (Hewett 1979, S. 105) „... to the effect that CMEA ftps are not unified. This has been confirmed in the work of both CMEA and non

CMEA economists ... It seems likely, therefore, that there are indeed many CMEA ftp systems, possibly as many as the twenty-one (bei damals 7 Mitgliedern, d.V.) mentioned earlier.“ (Hewett 1979, S. 107). Botos und Patai (1980, S. 39) formulieren: „Es ist eine bekannte Tatsache — ... —, daß der Bukarester Preisgrundsatz in seiner idealen Form nie realisiert wurde, und es gab nie ein Preissystem, das diesen Grundsatz verkörpert hätte. Die Praxis der Vertragspreisbestimmung des RWG war letzten Endes in jedem Fall — ... —, ein Preishandel.“ Nach Šastitko sind die Preisdifferenzen bei einigen sowjetischen Rohstofflieferungen in die anderen RGW-Länder mit 1 - 3 % für Manganerz, Kalierz, Zement und Baumwolle zwar relativ gering. Seine zusätzlichen Angaben, daß die Spannen bei verarbeiteten Gütern und Maschinen viel höher seien (7-10 % bei der Sowjetunion für 1957-1965 nach einer Studie von Tornovskij und Mitrofanova (Šastitko 1980, S. 170)), und daß S. Ausch im Außenhandel Ungarns für 1964 und 1965 unter 1020 Produkten, die in mehr als ein RGW-Land geliefert werden, bei 169 Preisspannen von über 50 % und bei 293 von über 25 % nachweist, zeigen die Problematik jedoch sehr deutlich. „Die Streuung der Preise hat sich in letzter Zeit sogar noch erhöht.“ (Botos, Patai 1980, S. 19). Dadurch erhält der TRbl unterschiedliche Werte, je nachdem in welcher Handelsbeziehung das Guthaben oder die Schuld entstanden sind.“

Somit besteht weder unter den ernstzunehmenden osteuropäischen Wissenschaftlern noch zwischen ihnen und ihren westlichen Kollegen ein Unterschied in der Beurteilung der Wertrelationen des TRbl.

Der TRbl, in dem die Preise im RGW-Handel festgelegt werden, drückt demnach keinen einheitlichen Wert aus und verliert damit seine universelle Funktion und den Geldcharakter.<sup>9</sup> Die Handelsvorteile lassen sich mit diesen in TRbl ausgedrückten Preisen nicht messen.<sup>10</sup>

Für die fortbestehende Bilateralität der Handelsbeziehungen im RGW ist damit in erster Linie der nicht vorhandene einheitliche Wert des TRbl verantwortlich.<sup>11</sup> Der TRbl kann somit ausschließlich eine Verrechnungsfunktion in den bilateralen Beziehungen zwischen zwei Ländern aber keine Geldfunktion wahrnehmen.

<sup>9</sup> „The Universal equivalent — money — lacks the attribute of universality.“ Chvojka 1980, S. 297.

<sup>10</sup> TR (transferable rouble) prices do not reflect a common denominator of value. The gains to a given country from exporting or importing particular goods cannot be measured by the TRbl prices used; the gains depend on the outcome of bilateral bartering of goods during trade negotiations.“ Brainard, in: Marer, Montias 1980, S. 523.

<sup>11</sup> Diese Bewertung wird jedoch nicht von allen Beobachtern geteilt. Prof. A. Schüller, Marburg führte z. B. bei der Diskussion zu dem vorliegenden Beitrag aus, daß nach seiner Ansicht die fortbestehende Bilateralität in den Handelsbeziehungen der RGW-Staaten nicht primär auf den nicht vorhandenen einheitlichen Wert des TRbl zurückzuführen, sondern nur Symptom der Existenz eines staatlich administrativen Außenhandels sei. Auch Prof. F. Levcik, Wien, möchte in dem nicht vorhandenen einheitlichen Wert des TRbl weniger die Ursache sondern die Folge bilateraler Handelsbeziehungen sehen.

Viele RGW-Ökonomen wollen dem TRbl trotzdem im Prinzip die Wertfunktion zugestehen. Für die mangelnde Transferierbarkeit und die fortbestehende Bilateralität des Verrechnungsverkehrs machen sie die bilateralen Handelsströme verantwortlich. Die Bilateralität der Handelsbeziehungen bestehe wegen des Mangels an „harten Waren“. Kein Inhaber von „harten Waren“ sei bereit, TRbl zu akzeptieren, wenn er nicht sicher sein könne, daß er dafür auch wieder „harte Waren“ erhalten könne. Dies ist jedoch nur Ausdruck dafür, daß die Preise in TRbl keine einheitlichen Werte darstellen, denn wäre dies der Fall, so müßten die Wertrelationen der einzelnen Güter so beschaffen sein, daß sie gegeneinander getauscht würden. Die „harten Waren“ würden gegenüber dem jetzigen System einen höheren Wert und damit auch höheren Preis in TRbl erhalten, die „weichen Waren“ einen entsprechend niedrigeren. Damit würde ein äquivalenter Tausch ermöglicht.

Das derzeit praktizierte Preisbildungsverfahren erlaubt aber diese Anpassung nicht, da es nicht die Knappheitsverhältnisse auf dem RGW-Markt widerspiegelt und zudem nicht auf Veränderungen dieser Knappheiten reagiert. Der TRbl besitzt damit die wichtigste Voraussetzung eines allgemeinen Tauschmittels, den einheitlichen Wert, nicht und kann diese unter den derzeitigen Bedingungen auch nicht erlangen. Wegen der in den meisten RGW-Ländern noch vorherrschenden Mengenplanung fehlt zudem eine ausreichende Flexibilität für Mengenanpassungen. Da der RGW-Markt vom übrigen Weltmarkt weitgehend abgeschottet ist, kann auch über den Außenhandel keine ausreichende Mengenanpassung an die vorhandenen Wertrelationen erfolgen. Der größte Teil des Handels mit Drittländern erfolgt im Bereich der „harten Waren“ und trägt somit nur in Phasen negativer Handelsbilanzen tendenziell zur Beseitigung der Globaldefizite bei „harten Waren“ bei.

## II. Nur formale Recheneinheit

Da der TRbl keinen einheitlichen Wert besitzt, kann er auch die Funktion einer Recheneinheit nur formal erfüllen.

95 % des RGW-Handels werden in TRbl fakturiert und abgerechnet. Ebenso wird ein Teil der Kredite im RGW in TRbl verrechnet und die Salden des nichtkommerziellen Zahlungsverkehrs werden in TRbl mit den Handelssalden ausgeglichen. Insofern übt der TRbl tatsächlich die formale Rechenfunktion aus, mit der viele sozialistische Wissenschaftler seine Geldfunktion begründen.

Was er aber nicht leistet, ist, „als Recheneinheit die rationale Haushaltsplanung und Unternehmensführung“ (HdWW 1981, S. 377) zu ermöglichen. Solange die Handels- und Leistungsströme auf Makroebene ausbalanciert werden und die Betriebe nahezu ausschließlich mit Hilfe mengenmäßiger Kennziffern gesteuert sowie über Preisausgleichsverfahren vom Weltmarkt abgekoppelt waren, konnte dies noch hingenommen werden. In der binnengesetzlichen Allokationspolitik entstanden dadurch keine zusätzlichen Fehlsteuerungen.

Für den RGW insgesamt besteht allerdings kein einheitlicher Maßstab, um eine optimale Allokationspolitik zu gewährleisten. Hilfsgrößen müssen herangezogen werden, um den Umfang, die Art und die Struktur der im Integrationsraum anstehenden Investitionen zu begründen. Da damit keine eindeutigen Ergebnisse erzielbar sind, bleibt der Integrationsgrad gering. Jede internationale Allokationsentscheidung muß auf höchster Ebene ausbalanciert werden. Für jedes einzelne gemeinsame Objekt müssen gesonderte Kurse entwickelt werden (vgl. Abschnitt Kurse).

Die unzureichende Rechenfunktion des TRbl wird aber auch zu einem binnengewirtschaftlichen Steuerungsproblem, seit die RGW-Länder dazu übergehen, durch die Einbeziehung des Außenhandels in den Leitungs- und Sanktionsmechanismus der Betriebe und eine teilweise Verlagerung der Allokationsentscheidungen auf die Mikroebene den dezentralen Entscheidungsträgern größere Freiheiten einzuräumen. Ohne ein einheitliches Wertesystem muß es dann zwangsläufig zu Fehlallokationen kommen. Es zeigt sich, daß die angestrebten Direktbeziehungen zwischen Betrieben der RGW-Länder mit diesem Verrechnungssystem praktisch nicht realisierbar sind. Diese Problematik wird nun in verstärktem Maße diskutiert und führte zu den dramatischen Änderungen in der sowjetischen Position gegenüber dem Transferablen Rubel.

### **III. Unzureichende Wertaufbewahrungsfunktion**

Die Wertaufbewahrungsfunktion erfüllt der TRbl nur ungenügend. Auch dies ist darauf zurückzuführen, daß er keinen einheitlichen Wert besitzt. Damit ist es diesem „Geld“ nicht möglich, sich vom materiellen Prozeß zu lösen. Ein eigenständiger Geld- und Kapitalmarkt kann nicht entstehen. Dieser Mangel wird in Teilen der sozialistischen Literatur allerdings zu „sozialistischen Kreditprinzipien“ hochstilisiert. Dietrich u.a. (1986, S. 95) schreiben dazu:

„Für den sozialistischen Kredit werden in der ökonomischen Literatur vor allem folgende allgemeine Prinzipien genannt:

1. Prinzip der Einheit von Kreditgewährung und Plan.
2. Prinzip der Einheit des Kredits mit den materiellen Prozessen.
3. Prinzip der Erwirtschaftung, Rückzahlung und Verzinsung des Kredits.

Diese Prinzipien gelten, da sie von den grundlegenden Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Produktionsweise ausgehen, auch für den internationalen Kredit.“

Die „Prinzipien“ kaschieren lediglich die unzureichende Erfüllung der Geldfunktionen durch den TRbl. Die nicht vorhandene Warenkonvertibilität dieser Währung, die Ausdruck des nicht vorhandenen einheitlichen Wertes und der materiellen Planung der einzelnen RGW-Staaten ist, verlangt, daß für jeden Kreditakt (Kreditausreichung, -tilgung und Zinszahlung) zwischen Kreditnehmer und Kreditgeber gleichzeitig die damit verbundenen materiellen Güterströ-

me synchron und wertgleich geplant werden. Ein reiner Finanzkredit in TRbl selbst der IBWZ oder der IIB ist nicht möglich. Es muß von vornherein der Refinanzier auch bereit sein, die Refinanzierung materiell vorzunehmen<sup>12</sup>, da der TRbl nicht in der Lage ist, die materiellen Tauschakte zu entkoppeln.

Bei der Kreditgewährung durch die IIB müssen die Kreditnehmer daher nachweisen, daß bereits Kaufvereinbarungen über die benötigten Ausrüstungen vorliegen. D. h. es muß sich ein Land bereit erklärt haben, die entsprechenden materiellen Werte gegen TRbl bereitzustellen. Es bedarf demnach jeweils einer individuellen Anerkennung des TRbl als Zahlungsmittel.

Bei der IBWZ entstehen Kredite grundsätzlich erst nach Bereitstellung der Güter, die vereinbarungsgemäß erfolgen kann oder bei Lieferverzug eines Partners in Form von Zwangskrediten bewerkstelligt wurde.

Für Kredite der IIB werden im zugrundeliegenden Warengeschäft die Rückzahlung des Darlehens und die Tilgung der Zinsen durch die entsprechenden Lieferverträge unabhängig von der finanziellen Transaktion abgesichert.

Ein Problem der zusätzlichen materiellen Absicherung besteht in diesen Fällen daher nicht.

Anders ist dies bei den Zinsen für die durch Lieferprobleme eines Partners entstandenen Kredite der IBWZ. Hier fehlt die direkte materielle Deckung. Ähnliche Probleme der nicht vorhandenen Warendeckung von Guthaben in TRbl entstehen bei den Gewinnausschüttungen der IBWZ und der IIB sowie bei der Verrechnung von Guthaben aus dem nichtkommerziellen Zahlungsverkehr mit dem Handelsverkehr in TRbl.

In den Bereichen, bei denen der Kreditnehmer und der Kreditgeber anhand der materiellen Prozesse feststanden, konnte versucht werden, die entstandenen Kredite bilateral in den Handelsprotokollen des nächsten Jahres zu verrechnen. Für den Gläubiger brachte dies aber zwei entscheidende Nachteile. Zum ersten war er gezwungen, bis zum nächsten Jahr einen Zwangskredit einzuräumen, zum zweiten war seine Verhandlungsposition als Gläubiger äußerst ungünstig. Bei Güterknappheit in allen RGW-Ländern ist er bei der Auflösung seines Guthabens gezwungen, nahezu alle Güter zu möglicherweise überhöhten Preisen zu akzeptieren.

Für die nichtkommerziellen Zahlungen wurde daher ab 1975 eine neue Regelung eingeführt.<sup>13</sup> Die Verrechnung erfolgt nicht erst am Jahresende, sondern die Staatsbanken kaufen gegenseitig die entsprechenden Valutabeträge

<sup>12</sup> „Es ist eine Besonderheit des Kredits im Sozialismus, daß er stets eng an die materiellen Prozesse gebunden ist und ihnen dient ... auch in den Kreditbeziehungen zwischen den RGW-Ländern die Einheit zwischen Kredit und materiellen Prozessen zu sichern, besteht darin, Kredite nur dann auszureichen, wenn die entsprechenden materiellen Fonds planmäßig zur Verfügung stehen.“ Dietrich 1986, S. 95f.

<sup>13</sup> Vgl. Abkommen über die Ordnung der Verrechnung und Kontenführung für nichtkommerzielle Zahlungen vom 23. Mai 1973 (Leningrader Abkommen).

und verrechnen jeden Akt direkt mit der IBWZ in TRbl.<sup>14</sup> Gleichzeitig wurde die Verhandlungsposition der Länder mit Überschüssen im nichtkommerziellen Zahlungsverkehr gestärkt. In die jährlichen Handelsprotokolle werden die erwarteten Defizite mit aufgenommen. Die Gläubiger können damit zu einem Zeitpunkt verhandeln, in dem auch ihre Leistung noch nicht festgelegt ist, haben also auch noch die Möglichkeit der Leistungsverweigerung, falls die gebotene Gegenleistung des Partners nicht ausreichend erscheint.

Das Problem der Verwertung der Beträge aus der Gewinnausschüttung der beiden RGW-Banken in TRbl ist damit jedoch noch nicht gelöst. Diese Gewinne entstehen durch Zinsdifferenzen. Auf diese haben zunächst die beiden Banken einen Anspruch. Sie ziehen ihre Forderung auf die Gläubiger, ohne diese aber zu realisieren, sondern sie verteilen diesen Anspruch in der abstrakten Form von TRbl-Guthaben an ihre Eigentümer. Eine direkte Verbindung zwischen Gläubigern und Schuldner besteht damit nicht mehr. Der TRbl hat sich verselbständigt. Da ihm aber der allgemeine Geldcharakter fehlt, können diese Guthaben nur beschränkt verwendet werden. Es kann davon ausgegangen werden, daß damit Verpflichtungen aus den Zinsdifferenzen der IBWZ und IIB getilgt werden können, wodurch ein Teil dieser Guthaben „vernichtet“ wird. Die danach noch vorhandenen positiven Salden können von den Inhabern aber nur realisiert werden, wenn sie einen Partner finden, der für die TRbl-Guthaben bereit ist, Güter bereitzustellen. Nur im Idealfall ist dies der entsprechende TRbl-Schuldner, wodurch sich die Salden bei der IBWZ auflösen würden.

Aufgrund dieser notwendigen, engen Bindung von finanziellem und materiellem Prozeß bei der Kreditgewährung im RGW ist es verständlich, daß die Kreditoperationen in TRbl eine äußerst geringe Rolle spielen, was allgemein bemängelt wird.

Der Kreditmechanismus der IBWZ und der IIB war auch nicht fähig, die im Gefolge der Terms-of-Trade-Verschiebungen entstandenen Finanzierungsprobleme im Intra-RGW-Handel zu lösen. Der Bankapparat und der TRbl zeigten sich unfähig, als Instrument des Recycling zu dienen. Nur durch direkte Kreditvereinbarungen zwischen der Sowjetunion und den einzelnen RGW-Ländern konnten die Handelsbilanzungleichgewichte finanziert werden.

Die aufgezeigten Funktionsmängel des TRbl lassen sich somit auf zwei entscheidende Elemente reduzieren:

1. Den nicht vorhandenen einheitlichen Wert des TRbl aufgrund des speziellen Preisbildungsverfahrens im RGW.
2. Die nicht vorhandene Wahlfreiheit aufgrund des materiellen Planungsprozesses, wodurch verhindert wird, daß die Zahlungsströme in TRbl sich von den Waren- und Dienstleistungsströmen lösen (mangelnde Warenkonvertibilität).

---

<sup>14</sup> „Das hat vor allem den Vorteil, daß keine gegenseitige Kreditierung mehr bis zum Zahlungsausgleich erfolgen muß“. Dietrich 1986, S. 82.

### C. Die Kurse als Verteilungsproblem<sup>15</sup>

#### I. Überbewertung des TRbl — ein Verteilungsproblem?

Neben den angeführten Problemen, die aus der nicht vorhandenen Geldfunktion des TRbl entstehen, verhindert die Kursbildung im RGW die Etablierung des TRbl als internationales Geld, denn die Kurse entsprechen anerkanntermaßen nicht den Wertrelationen. Im wesentlichen sind zwei Kurssysteme für den TRbl zu unterscheiden, die Kurse für den Handelsverkehr und die Kurse für den nichtkommerziellen Zahlungsverkehr.<sup>16</sup>

Für die Verteilungswirkung zwischen den RGW-Ländern im Handelsverkehr ist allein der Kurs des TRbl zum US \$ entscheidend. Die Kurse der nationalen Währungen zum TRbl werden von den einzelnen Ländern autonom festgelegt. Sie sind nur für die interne Steuerung der Wirtschaft relevant.

Sie dienen im traditionellen System ausschließlich der Berechnung der Devisenrentabilität. In den Ländern, in denen den Betrieben größere Selbständigkeit eingeräumt wurde und die Ergebnisse der außenwirtschaftlichen Tätigkeit auch in das Betriebsergebnis eingehen, haben sie jedoch einen erheblichen Einfluß auf die Steuerung der Außenhandelsströme und die Effizienzberechnung der betrieblichen Tätigkeit.

Seit Aufhebung des Goldstandards für den US \$ wird der Kurs des TRbl zum \$ nicht mehr aufgrund der Goldparitäten festgelegt. 1978 wurde auf der Grundlage eines Kaufkraftvergleichs ein Basiskurs als Durchschnittskurs zwischen US \$ und TRbl fixiert, der in bestimmten Zeitabschnitten neu bestimmt werden sollte. Für die wichtigsten anderen westlichen Währungen wird der Kurs anhand deren Kurse zum US \$ errechnet (RGW-Lexikon 1981, S. 140 und Dietrich 1986, S. 113).

Um die Veränderung der Wertverhältnisse der einzelnen westlichen Währungen gegenseitig zu berücksichtigen, ermittelt die IBWZ monatlich den Kurs der westlichen Währungen anhand eines Währungskorbes, in den 13 konvertible Währungen einbezogen werden.<sup>17</sup> Diese Korrektur nimmt die IBWZ autonom vor.

Es besteht heute auch unter östlichen Ökonomen nahezu Einigkeit darüber, daß der Kurs der TRbl gegenüber dem US \$ überbewertet ist (Botos, Patai 1980, S. 52). Im Westen wird vermutet, daß bereits bei der Kaufkraftparitätsfestle-

<sup>15</sup> Obwohl die Relationen zwischen dem TRbl und den anderen Währungen mit Ausnahme im nichtkommerziellen Zahlungsverkehr keine echten Kurse sondern Koeffizienten darstellen, wird hier der Begriff Kurse verwendet.

<sup>16</sup> Daneben existieren weitere „Sonderkurse“; vgl. Clement 1986, S. 28 ff.

<sup>17</sup> Dies sind der US \$, das Englische Pfund, die DM, die Schweizer, Belgischen und Französischen Franken, der Holländische Gulden, die Italienische Lira, der Österreichische Schilling, der Kanadische Dollar, die Dänische und Schwedische Krone und der Yen. Nazarkin (ed.) 1984, S. 47 f.

gung politische Gründe mitspielten, bzw. „monetäre Eitelkeit“ (M. Lavigne) zu einer Überbewertung geführt hat. Selbst wenn dies aber nicht der Fall war, dürfte inzwischen eine Überbewertung eingetreten sein, denn für eine Neubewertung der Parität ist ein Konsens zwischen allen RGW-Ländern erforderlich. Da es dabei zu Friktionen kommt, unterbleibt die Anpassung zumeist. Venkovsky (1983, S. 14) schreibt dazu: „Das Problem dieser Kurspraxis besteht darin, daß die Kursentwicklung des transferablen Rubels nicht die Fluktuationen des Preisniveaus, also die Entwicklung der Preise im Dollarbereich auf der einen und im Rubelbereich auf der anderen Seite widerspiegelt.“ Botos und Patai (1980, S. 52) zeigen die Problematik noch genauer, wenn sie feststellen, daß bei dem gewählten Anpassungsverfahren zwar „... die durchschnittliche Wertminderung des Dollars, also die Wirkung der Erhöhung des Preisniveaus durch die relative Aufwertung des Transfer-Rubels gegenüber dem Dollar anerkannt, aber diese Aufwertung durch die durchschnittliche Erhöhung des vertraglichen Preisniveaus nicht reduziert“ werde.

Der Grad der Überbewertung kann anhand der polnischen und ungarischen Statistik annäherungsweise ermittelt werden. Dabei wird unterstellt, der TRbl habe dem Rubelkurs<sup>18</sup> im August 1986 mit  $1 \$ = 0,68 \text{ TRbl}$  entsprochen (*Ekonomičeskaja gazeta*, Nr. 35, August 1986). Zum gleichen Zeitpunkt hat die polnische Nationalbank folgende Kurse festgelegt:  $0,5 \$ = 100 \text{ Zloty}$  und  $1,05 \text{ TRbl} = 100 \text{ Zloty}$  (Handelsblatt vom 2. 9. 86), woraus sich ein Kreuzkurs von  $1 \$ = 2,10 \text{ TRbl}$  errechnet. Aus der ungarischen Statistik ergibt sich für den 2. Juli 1986 ein Kurs von  $1 \$ = 1,63 \text{ TRbl}$  (*Statisztikai évkönyv* 1985, 1986, S. 378).

Beide Länder setzten somit den Wert des TRbl nur zwischen der Hälfte und einem Drittel seines offiziellen Wertes fest. Selbst wenn angenommen werden kann, daß der Kurs zum US \$ in diesen Ländern bewußt zur Exportförderung in den Bereich der konvertiblen Währungen eingesetzt wird, muß von einer starken Überbewertung des offiziellen Kurs des TRbl ausgegangen werden.

Für die Funktion des TRbl ist jedoch die Frage entscheidend, ob die unrealistische Kursfestsetzung einen Verteilungseffekt zwischen den einzelnen RGW-Ländern bewirkt.

Dies ist bei ausgeglichenen, nach „harten“ und „weichen“ Waren ausbalancierten, bilateralen Handelsströmen zwischen den einzelnen RGW-Ländern nicht der Fall. Er erfüllt dann lediglich die Aufgabe eines Koeffizienten. Die gegenseitig zu übertragenden Werte werden ausschließlich durch die vereinbarten Preise in konvertibler Währung festgelegt. Welche nominale Höhe der Kurs annimmt, ist dann prinzipiell von geringerem Interesse. Die gehandelten Werte sind gegenseitig ausbalanciert. In diesem System vorgegebener, real ausbalanzierter Handelsstrukturen kommt daher die Funktion der „Neuaufteilung des Nationaleinkommens“ allein den jährlichen Preisrevisionen zu. Daher erfolgen

---

<sup>18</sup> Er ist nicht ganz identisch. Vgl. hierzu Clement 1986, S. 32 ff.

die Preisdiskussionen auf einer immer höheren Ebene (Botos, Patai 1980, S. 24). Der Wertausgleich wird somit für den gesamten bilateralen Handel zwischen zwei Ländern global hergestellt. Die einzelnen Preise können nicht als isolierte Werte betrachtet werden. „Es gibt keine bedeutende Sphäre des Warenaustausches, bei der die Lieferungen tatsächlich in Abhängigkeit von den Preisverhandlungen stattfinden würden (wenn ja, dann machen beide Partner das Geschäft vom Preis abhängig, und die Bezahlung erfolgt in konvertierbarer Währung).“ (Botos, Patai 1980, S. 22) Dem Kursniveau kommt daher bei ausgeglichenen und ausbalancierten Handelsbilanzen keine Bedeutung zu.<sup>19</sup> Es kann auch gezeigt werden, daß eine Kursänderung allein bzw. parallel mit Preisverhandlungen keinen Einkommensübertragungseffekt hat.<sup>20</sup>

Die Verteilungswirkung der Preise wird aber dann relevant, wenn diese zwar angepaßt, der Kurs des TRbl aber nicht verändert wird. Dann profitiert ebenso wie innerhalb der nationalen Wirtschaften der Schuldner. (Im Falle deflationärer Entwicklung also der Gläubiger).

Die Praxis im RGW entspricht, wie oben gezeigt, weitgehend diesem Fall, da der Kurs des TRbl zum US \$ in unzureichendem Maße genutzt wird, um inflationäre Tendenzen auf dem Weltmarkt von den RGW-Ländern fernzuhalten (Clement 1986, S. 47ff.). Bei den geringen Zinssätzen und der Kapitalknappheit im RGW versucht daher jedes Land, möglichst nicht in die Gläubigerposition zu geraten. (Die oben angeführte Äußerung Šmelevs „insbesondere weil heute nicht wir die Schuldner sind, sondern die anderen“, zeigt diese Interessenslage). Dies ist ein weiterer wesentlicher Grund, warum das Kreditniveau im RGW in TRbl sehr niedrig ist und im wesentlichen nur in bilateralen Staatskrediten besteht.

---

<sup>19</sup> Botos 1980, S. 2: „Der Kurs des transferablen Rubels ist theoretisch nur ein Koeffizient und wird zur Umrechnung der Preise benutzt. Der Kurs des transferablen Rubels ist also ein Koeffizient, egal ob wir ihn höher oder niedriger bestimmen.“

<sup>20</sup> Brendel u. a. 1985, S. 113 schreiben z. B. dazu: „Erstens gebührt der Verminderung des Einflusses inflationistischer Faktoren auf das RGW-Preisniveau verstärkte Aufmerksamkeit. So werden zum Beispiel die durch Inflation hervorgerufenen Wertveränderungen der kapitalistischen Währungen im Kurs des transferablen Rubels zu diesen Währungen bisher nur zum Teil berücksichtigt. Über die Umrechnung der in kapitalistischen Landeswährungen notierten Dokumentationen in transferable Rubel werden somit die inflationär bedingten Veränderungen des Niveaus der Weltmarktpreise nur unzureichend abgefangen. Daher wäre zu untersuchen, auf welche Weise zukünftig besser gesichert werden kann, daß der Kurs des transferablen Rubels einerseits das reale Kaufkraftverhältnis zur betreffenden kapitalistischen Währung als Grundlage hat und andererseits um eine zwischen den RGW-Ländern abgestimmte „internationale Inflationsrate“ der jeweiligen kapitalistischen Währungen korrigiert werden kann.“

## II. Überbewertung und unterschiedliche Vorleistungsanteile von Weltmarktimporten

Problematisch ist die Überbewertung des TRbl aber dann, wenn in den gegenseitigen Lieferungen der RGW-Länder unterschiedlich hohe Anteile von Komponenten, Absetzungen für Abschreibungen und Vorleistungen enthalten sind, die gegen harte Devisen auf dem Weltmarkt erworben werden mußten bzw. müssen. In diesem Fall kommt der Kursgestaltung zwischen US \$ und TRbl eine wertübertragende Funktion zu. Die TRbl-Werte haben dann nicht nur Verrechnungscharakter, denn ein Teil der dafür gelieferten Werte muß auf dem Weltmarkt für den Bezug dieser Vorleistungen aufgewendet werden. Sofern der TRbl tatsächlich entscheidend überbewertet ist, entstehen für die Länder, deren Exporte hohe Anteile an Komponenten enthalten, die gegen konvertible Währungen bezogen wurden, erhebliche Verluste, wenn sie keine entsprechenden Waren mit ähnlichen Inhalten konvertibler Vorleistungen erhalten.

Dies sei an einem Beispiel verdeutlicht: Angenommen, in einer bilateralen Beziehung zwischen zwei RGW-Ländern liefert bei ausgeglichener Handelsbilanz das eine Land Waren, die 50 % Vorleistungen aus Westimporten enthalten, während es im Gegenzug Waren erhält, die nur zu 25 % aus Westimporten bestehen. Der offizielle Kurs sei, wie derzeit etwa gültig, 1 \$ = 0,7 TRbl, die nationalen Kurse, die nach den Ausbeutungskoeffizienten berechnet wurden, betrügen 200 M = 1 \$ und 100 M = 1 TRbl. Der Preis je Einheit sei auf dem Weltmarkt 100 \$. Gehandelt werden 10 Einheiten.

Demnach kommt ein Handel für 1000 \$ zustande. Dieser stellt einen offiziellen Gegenwert von 700 TRbl dar. Davon entfallen 50 % = 350 TRbl auf den binnengesetzlich erstellten Anteil. Für die restlichen 350 TRbl mußten für 500 \$ Vorleistungen auf dem Weltmarkt bezogen werden. In Aufwendungen sind für Export somit entstanden:

$$\begin{aligned} 350 \text{ TRbl} \times 100 &= 35000 \text{ M für nationale Leistung} \\ 350 \text{ TRbl} = 500 \$ \times 200 &= 100000 \text{ M für die Importe} \\ \hline &= 135000 \text{ M} \end{aligned}$$

Vergütet erhält das Land dafür ebenfalls 700 TRbl. Davon entfallen 75 % auf interne Leistungen vergleichbare Werte = 525 TRbl, und 175 TRbl bestehen aus westlichen Vorleistungen. Der Gegenwert in nationalem Aufwand beträgt nach den Ausbeutekosten demnach:

$$\begin{aligned} \text{Eigenleistungen entsprechende Werte } 525 \text{ TRbl} \times 100 &= 52500 \text{ M} \\ \text{West-Importkostenersatz } 175 \text{ TRbl} = 250 \$ \times 200 &= 50000 \text{ M} \\ \hline &= 102500 \text{ M} \end{aligned}$$

Nach dieser Rechnung macht das Land erhebliche Verluste. Es mußte 100000 M aufwenden, um die konvertiblen Devisen zu erwirtschaften, die für den TRbl-Export erforderlich waren. Als Vergütung für die Eigenleistung bleiben ihm gerade noch 2500 M. Aufgewendet hat es aber 35000 M.

Aufgrund dieses Zusammenhangs sind Meldungen von Anfang der 80er Jahre zu verstehen, die davon ausgingen, daß z. B. Polen beim Schiffbau mehr für den Erwerb notwendiger Komponenten in harten Devisen aufzuwenden hatte, als es insgesamt bei Schiffsexporten in den RGW-Ländern dafür erlöste.

Als isolierte Aussage kommt dieser Erkenntnis zwar ein spektakulärer Charakter zu, sie läßt aber keinerlei Schluß über die Vor- und Nachteile Polens im RGW-Handel zu. Entscheidend für die Bewertung wäre, ob im Gesamthandel mit einem Partner die Vorleistungen, die in konvertibler Währung erbracht wurden, ausgeglichen sind oder nicht. (Ein Ausgleich könnte auch in der Lieferung von einem höheren Anteil harter Waren gegeben sein.)

Zur Lösung des Problems auf Teilesktoren wurden von einigen Ländern daher bereits Hilfskonstruktionen geschaffen. So sollen Polen und Ungarn vereinbart haben, sich bei Produktionskooperationen gegenseitig die in konvertiblen Währungen angefallenen Aufwendungen zu ersetzen.

Es zeigt sich also, daß bei dem derzeitigen System der Wechselkurs des TRbl zum \$ im Handelsbereich nur unter bestimmten Bedingungen eine Verteilungsfunktion zwischen den RGW-Staaten besitzt. Dies gilt jedoch nur so lange, wie die Handelsströme bilateral auf Makroebene ausbalanciert werden. Sollten mikroökonomische Direktbeziehungen angestrebt werden, bei denen nicht sowohl die Mengen als auch die Preise der gehandelten Waren zentral fixiert werden, müßte dieses System zu ungerechtfertigten Wertübertragungen führen. Das Äquivalenzprinzip würde verletzt.

### **III. Die Verteilungsproblematik der Kurse bei Integrationsmaßnahmen**

Auch bei Integrationsmaßnahmen und im nichtkommerziellen Zahlungsverkehr gibt es Bereiche, bei denen zunächst von nationalen Preisen und Tarifen ausgegangen werden muß (Bau gemeinsamer Objekte, gemeinsame Betriebe, internationale Organisationen, Formen der Direktbeziehungen u. a.), die dann in TRbl zu überführen sind. Dabei spielen die Kurse eine bedeutende Rolle.

Deshalb kamen die RGW-Länder überein, Kurse ihrer nationalen Währungen zum Transferablen Rubel nach einheitlichen Kursbildungsprinzipien festzulegen, abzustimmen und gegenseitig auszutauschen (Karl-Marx-Städter Abkommen). Sie wurden mehrfach den Kaufkraftveränderungen angepaßt.

Sie sollten für die Effektivitätsberechnung von gemeinsamen Maßnahmen, bei Investitionsbeteiligungen usw. eingesetzt werden (Dietrich 1986, S. 111). Es zeigte sich aber, daß diese Durchschnittskurse nicht in der Lage sind, das Äquivalenzprinzip zu sichern. „Die RGW-Länder haben sich deshalb verständigt, bei den jeweiligen Vorhaben, bei denen eine Umrechnung von Aufwendungen in nationalen Währungen in transferable Rubel erfolgen muß, besondere Umrechnungskoeffizienten zu bilden, die nur die betreffenden Lieferungen und Leistungen berücksichtigen.“ (Dietrich u. a. 1986, S. 111f.). Dabei können

gesonderte Koeffizienten für Material, Ausrüstungen, Baustoffe usw. angewendet werden. (Dies wurde auf der 61. Sitzung des Exekutivkomitees des RGW beschlossen).

Dieser gescheiterte Versuch eines einheitlichen Kurses für mehrere Maßnahmen zeigt, daß es die völlig isolierten, strukturell voneinander abweichenden Preissysteme der RGW-Staaten nicht erlauben, einen einheitlichen Durchschnittskurs zu definieren, ohne bei Abweichungen von dem zugrundeliegenden Waren- und Leistungskorb erhebliche Verletzungen des Äquivalenzprinzips hervorzurufen. Auch ein für den begrenzten Wirkungsbereich der gemeinsamen Integrationsmaßnahmen geschaffener Kurs konnte das Problem demnach nicht lösen.

#### **IV. Partiell gelungener Interessenausgleich im nichtkommerziellen Zahlungsverkehr**

Für den nichtkommerziellen Zahlungsverkehr gingen die RGW-Länder einen ähnlichen Weg. Sie haben zunächst im sogenannten Prager Abkommen 1963 vereinbart, anhand eines einheitlichen Warenkorbs Kurse der nationalen Währungen untereinander festzulegen. Diese müßten bei unterschiedlicher Entwicklung der Preise in den einzelnen Ländern und bei Veränderungen der Angabenstrukturen (z. B. Anstieg der Leistungen für Touristen gegenüber den vorher vorherrschenden Diplomatenausgaben) revidiert werden.

Entsprechend einem Abkommen vom 28. Dez. 1974 werden diese Kurse nun mit Hilfe von Zu- bzw. Abschlägen zum offiziellen Kurs gebildet. Daraufhin erfolgte zum 1. 1. 75 eine Revision der Kurse. Da aber auch damit die Äquivalenz nicht gesichert werden konnte, wurde den einzelnen Ländern zugestanden, daß sie aufgrund bilateraler Abkommen die Kurse zusätzlich um jeweils 10 % verändern können (Komissarov 1976, S. 204). Diese Spanne ist inzwischen auf 20 % erweitert worden (Csaba 1983, S. 245).

Die Äquivalenzprobleme werden aber noch größer, wenn die Salden des nichtkommerziellen Zahlungsverkehrs mit dem Handelsverkehr verrechnet werden sollen. Dafür ist ein Kurs zwischen den nationalen Währungen und dem TRbl erforderlich. Dieser wurde bisher nur für den sowjetischen Rubel festgelegt. Daher werden die übrigen Währungen zunächst in den sowjetischen Rubel umgerechnet und von diesem in den TRbl (Dietrich u. a. 1986, S. 115). Der Kurs, der quasi die unterschiedlichen Preisniveaus zwischen Produzenten- und Konsumentenpreisen in der Sowjetunion und den Kursunterschied zwischen sowjetischem Rubel und TRbl berücksichtigt, war immer wieder Anlaß für Äquivalenzdebatten. Die Länder mit Überschüssen im nichtkommerziellen Zahlungsverkehr fühlten sich benachteiligt. Der Koeffizient wurde daher von 3,4 Rubel : 1 TRbl 1963 über 2,3 : 1 1971 auf inzwischen 1,6 : 1 geändert.

Trotzdem funktioniert dieses System noch am besten, weil es sich um einen eng begrenzten Warenkorb, also relativ homogene Leistungen handelt.

Die Kursproblematik des TRbl zeigt, daß kein einheitlicher ökonomischer Maßstab existiert, der den RGW-Ländern eine wirtschaftliche Bewertung der Integrationsmaßnahmen oder des gegenseitigen Handels erlaubt. Für die Mikroebene fehlt dieser Maßstab ganz. Es sind daher für alle wirtschaftlichen Maßnahmen gesonderte politische Entscheidungen notwendig (z. B. Festlegung von Spezialkursen, Preisverhandlungen auf höchster Ebene). Direktbeziehungen oder Joint Ventures in größerem Umfang sind mit diesem System daher nicht möglich.<sup>21</sup>

## D. Ist eine Überwindung der Funktionsprobleme möglich?

Damit die wirtschaftliche Zusammenarbeit im RGW verstärkt sowie Joint Ventures (JV) und Direktbeziehung im größerem Umfang eingeführt werden können, muß ein funktionsfähiges Währungssystem zur Verfügung stehen. Nur dann kann sich ein multilateraler Handel entwickeln und den Betrieben die notwendige Entscheidungsfreiheit eingeräumt werden, ohne Gefahr zu laufen, daß zwar mikroökonomisch rationale Entscheidungen getroffen, es aber makroökonomisch zu Fehlallokationen kommt. Ist dies nicht der Fall, werden auch weiterhin nur JV und Direktbeziehungen zustande kommen können, bei denen der Nutzenausgleich auf Makroebene hergestellt wurde, und der Handel wird sich weiterhin fast ausschließlich in bilateralen Bahnen vollziehen.

### I. Bedingungen für die Übernahme der Geldfunktion durch den TRbl

Damit der TRbl in diesem Sinne Geldfunktion übernehmen kann, müßte er einen einheitlichen Wert für alle Tauschbeziehungen im RGW erhalten und er müßte für die TRbl-Inhaber auf Mikroebene frei verwertbar sein (hierzu u.a. Zverev 1986). Dies zeigt, daß dafür Maßnahmen im Finanzsystem nicht ausreichen, sondern daß der materielle Hintergrund geändert werden muß.<sup>22</sup> Einen einheitlichen Wert erhält der TRbl nur, wenn die in den Preisen ausgedrückten Wertrelationen von allen Partnern für alle Güter anerkannt werden. Solange die administrativen nationalen Preissysteme strukturell weiterhin stark voneinander abweichen und daher für eine Nutzung im RGW ungeeignet sind, stehen dafür bei festgelegten Preisen für den RGW-Handel zwei

<sup>21</sup> Vgl. dazu z. B. die Diskussion auf der 42. Ratstagung des RGW. Eine zusammenfassende Darstellung gibt Levcik 1987.

<sup>22</sup> „Aus diesem Grunde gehen Vorschläge, die auf eine Erhöhung der Wirksamkeit der Währungsbeziehungen im RGW durch monetäre Maßnahmen abzielen (z. B. durch Einführung der Konvertierbarkeit des transferablen Rubels in kapitalistische konvertierbare Währungen oder durch Schaffung einer neuen internationalen Währung, die konvertierbar sein soll und parallel zum transferablen Rubel fungiert), am Kern des Problems vorbei. Der Lösungsansatz muß vorrangig im Ausbau der materiellen Fundamente der kollektiven Währung und in der Planungszusammenarbeit gesucht werden. Dazu gehört auch die weitere Verbesserung der materiellen Warendeckung.“ Dietrich u. a. 1986, S. 68.

Wege offen: Entweder die Übernahme der Weltmarktpreise oder die Entwicklung einer eigenen allgemeingültigen Preisbasis, die für alle Partner verbindlich ist.

Die Entwicklung einer eigenen Preisbasis wurde im RGW in den 60er Jahren diskutiert (Mikrofanova 1978). Die Vertreter dieser Position argumentieren nicht ganz zu Unrecht, daß im RGW andere Bedingungen als auf dem Weltmarkt herrschten und es daher notwendig sei, die Preise den Bedingungen auf dem RGW-Markt anzupassen (u. a. Dychenko in: Földi and Kiss (ed.) 1969, S. 13).

Als Preisbildungsmodelle waren diskutiert worden:

- a) die Bildung eines Systems von Kontraktpreisen auf der Basis der durchschnittlichen internen Kosten der Produktion in den RGW-Ländern. Dabei sollten die inneren Großhandelspreise der RGW-Länder herangezogen werden, gewichtet entweder nach der Gesamtproduktion oder nach dem Umfang des Exports.
- b) Die Bildung der Kontraktpreise unter Zugrundelegung der internen Großhandelspreise eines der Länder des RGW, z. B. der UdSSR.
- c) Bildung des Systems der Kontraktpreise ausgehend von den Produktionskosten des Hauptexporteurs der einzelnen Waren auf dem sozialistischen Weltmarkt (u. a. Mitrofanova 1978 und Brzak, Chalupsky, Neustadt 1968, S. 37).

Es zeigt sich aber, daß bei den herrschenden Preisstrukturen im RGW für die Bildung einer eigenen Preisbasis kein Konsens zu finden ist. Die Versuche, eine solche Preisbasis zu schaffen, wurden daher eingestellt. Das RGW-Lexikon (1981, S. 45) stellt dazu 1981 fest:

„...Die Ergebnisse der mehrjährigen theoretischen und praktischen Arbeit (vor allem im Rahmen der ehemaligen ökonomischen Kommission des RGW) zeigten, daß es allgemeine und zeitlich begrenzt gültige Einwände gegen die Schaffung einer eigenen Preisbasis im dargestellten Sinne gibt. Sie würde nicht ausreichend den wissenschaftlich-technischen Fortschritt, hohe Arbeitsproduktivität und niedrige Selbstkosten stimulieren und eine bestimmte Isolierung des RGW-Marktes herbeiführen. Hinzu kommen Probleme, die sich infolge spezifischer wirtschafts- und sozialpolitischer Zielvorstellungen der einzelnen RGW-Mitgliedsländer aus der unterschiedlichen Methodologie der Bildung der Inlandspreise (Unterschiede im Preistyp, der Kostenerfassung, der Reineinkommensberechnung) ergeben und die die Vergleichbarkeit der Inlandspreise verschiedener RGW-Mitgliedsländer erschweren würden.“

Bogomolov (1980) wies zudem darauf hin, daß sich bei einem Anteil des Intra-RGW-Handels am Welthandel von 6 % kein besonderer Wert für den regionalen Markt entwickeln könne. Es sei auch keine andere praktikable Basis für die Preisbildung vorhanden, als die Preise der restlichen 94 % des

Welthandels, insbesondere wenn die Teilnahme am Ost-West-Handel eine reale Alternative für die RGW-Länder ist, zu übernehmen. Damit bleiben also die Weltmarktpreise als Grundlage für die Preisbildung im RGW-Handel unter Ausnutzung des TRbl. Um einen einheitlichen Wert zu garantieren, muß aber die vorgegebene Wertstruktur den Wertrelationen der gehandelten Güter in den Vorstellungen aller am Handel beteiligten Länder entsprechen.

Es müßte somit eine von allen RGW-Staaten akzeptierte Preisliste erstellt werden, die in relativ kurzen Abständen den Veränderungen in den Weltmarktpreisstrukturen anzupassen wäre. Grundsätzlich könnte davon ausgegangen werden, daß eine solche Liste für den größten Teil der Güter die anzustrebenden relativen Preise angibt, die Wertrelationen daher von allen Partnern anerkannt werden könnten.

Multilaterale Preisverhandlungen haben sich aber als praktisch nicht durchführbar erwiesen. Sie sind im Rohstoffsektor und bei börsenfähigen Gütern nicht vorstellbar. Angesichts der enormen Schwierigkeiten bei der Definition von Vergleichsgütern im verarbeitenden Sektor und der Qualitätsunterschiede zwischen den einzelnen Ländern sind multilaterale Verhandlungen mit der Durchsetzung eines einheitlichen Preissystems für alle RGW-Beziehungen, die zudem so gestaltet sein müssen, daß das Problem der „harten“ und „weichen“ Waren gelöst wird, in diesem Bereich wohl nicht realisierbar.

Da die RGW-Länder im Westhandel engagiert sind, müßte zusätzlich der Kurs des TRbl zu den westlichen Währungen realistisch festgelegt werden, damit das Äquivalenzprinzip auch bei unterschiedlichen Inhalten von Vorleistungen vom Weltmarkt gewahrt bleibt. Aufgrund der unterschiedlichen Produktionsstruktur der einzelnen Länder ist jedoch zu erwarten, daß bei der Festlegung eines einigermaßen realistischen Durchschnittskurses für die einzelnen Länder gravierende Vor- und Nachteile entstehen werden, von denen ein enormer Druck ausgehen würde, den Handel erneut bilateral auszubilanzieren.

Die Interessenkonflikte bei derartigen Verhandlungen erscheinen so gewaltig, daß nicht davon ausgegangen werden kann, daß auf diesem Wege die Geldfunktion des TRbl zu erreichen ist.

Die mangelnde Konsensfähigkeit der RGW-Länder bei der Schaffung eines multilateral anerkannten Preissystems sind demnach primär zurückzuführen auf:

- a) die völlig unterschiedlichen und strukturell stochastisch voneinander abweichenden nationalen Preissysteme und
  - b) die systemar bedingt nicht vorhandene Warenkonvertibilität des TRbl.
- ad a) Die Preisbildungsregeln und die Preisstrukturen der einzelnen RGW-Länder weichen stark voneinander ab<sup>23</sup>, wobei ihnen meist ein rationaler Bezug

---

<sup>23</sup> „For example, the structure of producer prices is significantly and (what is more important) arbitrarily different from country to country.“ Vgl. *Brainard* 1980, S. 132.

fehlt, da sie weder die Kostenstrukturen (gesellschaftlich notwendiger Arbeitsaufwand) noch die Knappheitsverhältnisse widerspiegeln. Den RGW-Ländern fehlt somit ein enger Maßstab, um die in TRbl ausgedrückten Werte einheitlich bewerten zu können. Die Äquivalenz ist nur in äußerst kleinen Segmenten oder bei weitgehend homogenen Güter- und Dienstleistungspaketen möglich. Es ist daher nicht verwunderlich, daß das Prager Abkommen für nichtkommerzielle Zahlungen weitgehend funktioniert und eine partielle Finanz- und Warenkonvertibilität der nationalen Währungen untereinander und zum TRbl brachte<sup>24</sup>, während das Abkommen von Karl-Marx-Stadt keinen Erfolg hatte. Jedes einzelne gemeinsame Projekt besitzt eine andere Güterstruktur, die bei den einzelnen Ländern unterschiedliche Interessen aufgrund der unterschiedlichen Preisstrukturen hervorruft. „The only way around this problem at present is to use various ad hoc coefficients for individual joint undertakings on a case-by-case basis.“ (Brainard 1980, S. 132). Die Bindung von internationalen Wirtschaftsorganisationen in Form von gemeinsamen Unternehmen wurde dadurch stark behindert.<sup>25</sup> Eine Überwindung dieses Problems wäre nur möglich, wenn sich die RGW-Länder auf einheitliche Preisbildungsregeln für ihre Binnenwirtschaften einigen könnten.<sup>26</sup>

In fast allen Ländern wurde diskutiert, hierfür die Weltmarktstrukturen zu übernehmen. Ungarn hatte das Modell bereits erprobt, ist im Frühjahr 1987 aber offiziell davon wieder abgegangen.

Der Übernahme der Weltmarktpreisstrukturen liegt die Überlegung zugrunde, daß sich bei einer stärkeren Einbindung in die internationale Arbeitsteilung mit einer konvertiblen Währung (Finanzkonvertibilität) über den internationalen Preiszusammenhang die Binnenpreisstrukturen an die Weltmarktpreisstrukturen anpassen müssen, wenn die höchsten Wohlfahrtsgewinne erzielt werden sollen.

Die administrative Einführung eines solchen Preissystems in den sozialistischen Ländern am Anfang des strukturellen Anpassungsprozesses hat jedoch — abgesehen von den theoretischen Bedenken — einige schwerwiegende wirtschaftspolitische Nachteile:

Die Betriebe, welche bei den Weltmarktpreisstrukturen angepaßten Preisen nicht gewinnbringend arbeiten, müßten aufgelöst werden, und diejeni-

---

<sup>24</sup> Daß aber auch dabei aufgrund der Unterschiede in den Preisstrukturen eine volle Ausländerkonvertibilität nicht möglich ist, zeigen die gescheiterten Beispiele des freien Reiseverkehrs einiger osteuropäischer Länder.

<sup>25</sup> Vgl. hierzu die Beschwerden des Direktors eines sowjetisch-bulgarischen Joint Ventures, der sich beklagte, daß der Mangel an einem einheitlichen Wechselkurs ihn zwinge, bis auf die Ebene der Politbüros zu gehen, um z. B. Reise- und Finanzierungshindernisse zu beseitigen, damit die Belegschaft ihre bulgarischen Partner besuchen kann. *Kabaide 1986*.

<sup>26</sup> Vgl. u. a. *Brainard 1980, S. 133; Vencovsky 1983, S. 16*, geht noch weiter, indem er „die konsequente Koordinierung der Wirtschaftspolitik im weitesten Sinne“ für erforderlich hält.

gen, die hohe Gewinne erzielen, ihre Produktion ausdehnen können, d. h. die Preise müßten Allokationsfunktion erfüllen. Die nicht rentabel herstellbaren Güter müßten von dem Außenmarkt bezogen werden, rentable Güter wären dort abzusetzen.

Aus ideologischen, macht- und sozialpolitischen Gründen werden die Führungen der RGW-Länder aber nicht bereit sein, innerhalb relativ kurzer Fristen Firmenschließungen mit allen Konsequenzen für den Arbeitsmarkt durchzusetzen. Sie werden auch weit größere Bereiche der Volkswirtschaft autonom steuern wollen, als dies bereits in den Marktwirtschaften der Fall ist (z. B. Landwirtschaft, Energiewirtschaft, die militärisch relevanten Bereiche des Maschinenbaus usw.). Zudem werden sie auf ihre generelle Planungshoheit nicht verzichten. Dies führt aber dazu, daß eine Anpassung der nationalen Produktionsstrukturen an die Weltmarktpreisrelationen äußerst träge erfolgt, aller Wahrscheinlichkeit nach mit den Planvorstellungen in Konflikt geraten wird und einen umfangreichen Ausgleichsmechanismus in Form von Subventionen und Abschöpfungen erfordert. Die Informations- und Leitungskosten sowie die Verluste an nationaler Souveränität bei den wirtschaftspolitischen Entscheidungen werden daher dazu führen, daß die Einführung von Weltmarktpreisstrukturen am Anfang eines Anpassungsprozesses verhindert wird, da das Kosten-Nutzenverhältnis dieser Maßnahme nicht besonders günstig erscheint. Trotzdem hat auch die Sowjetunion für ihre geplante Preisreform diese Maßnahme wieder vorgesehen. Die ungarischen Erfahrungen sollten jedoch zur Vorsicht mahnen (u. a. Laki 1986).

ad b) Ein wesentlicher Grund für die Nichtakzeptanz des TRbl als Geld ist die oben ausgeführte, nicht vorhandene Warendeckung, d. h. die mangelnde Warenkonvertibilität. Diese ist zum einen auf einen generellen Mangel an qualitativ konkurrenzfähigen Gütern zurückzuführen. Kein Partner ist bereit, den TRbl zu akzeptieren, da er nicht sicher ist, die den hingeggebenen Werten entsprechenden Werte wieder zu erhalten.

Nicht zu Unrecht wird daher von vielen osteuropäischen Wissenschaftlern die Steigerung der Leistungsfähigkeit der eigenen Wirtschaften als Grundvoraussetzung für die Herbeiführung des Geldcharakters, der Warenkonvertibilität und in deren Gefolge der Finanzkonvertibilität des TRbl gesehen (Dietrich u. a. 1986, S. 68, Botos 1980, S. 35). Auch Brainard hält dies für die wichtigste Voraussetzung für die Warenkonvertibilität (Brainard 1980, S. 136).

Der zweite Grund für die nicht vorhandene Warenkonvertibilität des TRbl ist das Planungssystem in den RGW-Ländern.<sup>27</sup> Der Besitz von Geldmitteln eines

<sup>27</sup> „However, the basic cause of the problem lies not in the financial system itself, but in the nature of centrally planned economies (CPE) and in the bilateralism that characterizes their mutual trading relationships“, Brainard 1980, S. 134. Csaba 1981, S. 367 schreibt: At the same time, it is clear, that if products are distributed generally by the centre and in physical terms, including the system of detailed quotas defined in terms of value, the convertibility makes no sense.“ Vgl. auch Levcik 1978, S. 70. Zverev 1986 weist auf dieses

anderen RGW-Landes oder von TRbl gibt im gewerblichen Bereich noch keinen Anspruch auf Waren. Es müssen zusätzlich die erforderlichen Lizzenzen, die auf den Plänen basieren, vorhanden sein. Deshalb wird kein osteuropäisches Land „willingly buy or hold the currency of another because of the difficulties of using such currencies to buy goods.“ (Holzmann 1980, S. 140). Dies gilt in besonderem Maße für den TRbl, denn „The TR is even less desirable than national currencies since, while in theory the TR can be spent in any CMEA nation, in fact it has no real home.“ (Holzmann 1980, S. 140).

## II. Übernahme der internationalen Geldfunktion durch die nationalen Währungen der RGW-Länder

Die enormen Schwierigkeiten bei der Herbeiführung der Geldfunktion und der Warenkonvertibilität des TRbl, die in zunehmenden Maße auch von RGW-Ökonomen für nicht erreichbar gehalten wird<sup>28</sup>, haben daher schon seit längerer Zeit bei RGW-Ökonomen zu Überlegungen geführt, den nationalen Währungen im RGW eine größere Bedeutung einzuräumen. Es wird unterstellt, daß dabei schnellere Fortschritte zu erzielen sind.<sup>29</sup> Während Autoren wie Chvoika (1980, S. 303), Botos u. a. dem Transferablen Rubel für Bereiche, in denen der Handel weiterhin in physischen Einheiten ausbalanziert wird, eine Chance weiter zu existieren einräumen, scheinen andere Autoren seinen völligen Ersatz durch konvertible nationale Währungen im Auge zu haben. Mit der Diskussion der Direktbeziehungen hat diese Idee auch in der Sowjetunion stärkeren Auftrieb erhalten (u. a. Konstantinov 1987, S. 60, Sil'vestrov 1987, S. 130).

Daß diese Überlegung nur konsequent ist, zeigt Brainard.<sup>30</sup> Sofern tatsächlich die nationalen Währungen im Sinne der Warenkonvertibilität konvertibel gemacht werden können, wofür die Steigerung des Qualitätsniveaus des Angebots der RGW-Länder erforderlich, ein weitgehender Ersatz des Verteilungssystems für die Produktionsmittel durch ein Großhandelssystem in den

Problem auch im Zusammenhang mit dem neuen sowjetischen Außenhandelsmechanismus hin.

<sup>28</sup> Kruzinski, zitiert nach Botos 1982, S. 243, „The dilemma concerns not the path by which we may achieve convertibility: our present economic system offers no possibility of achieving real convertibility“.

<sup>29</sup> Vgl. hierzu u. a. Botos 1982, S. 237 ff. Csaba 1983, S. 248 schreibt: „Consequently I would agree with those who do not see the convertibility of the TR achievable in the 1980s. ... Real convertibility of the common requires the same set of preconditions as convertibility of a national currency, but it is more difficult to achieve because of the multiplicity of interests.

<sup>30</sup> Ähnlich wird dies von Ljakin 1987, S. 212 gesehen: „Notwendige Voraussetzung für die Einführung der Konvertibilität des transferablen Rubels in die nationalen Währungen der RGW-Länder und deren gegenseitige Konvertibilität sind die Festlegung abgestimmter, realer Devisenkurse, die Annäherung der Systeme der Inlandspreisbildung der RGW-Länder und die Einführung eines ausreichend flexiblen Großhandelsmarktes für Produktionsmittel ..., die Erweiterung der Exportproduktion“.

einzelnen RGW-Ländern notwendig, und die Einführung von einheitlichen Preisbildungsregeln (Brainard 1980, S. 136) Voraussetzung wäre, die die nationalen Knappeheiten berücksichtigen und in irgendeiner Weise mit den internationalen Wertrelationen verbunden sind (Holzman 1980, S. 141), wäre dies multilateralen Beziehungen gleichzusetzen.

RGW- und Weltmarktgüter wären dann gegeneinander austauschbar. Der Handel wäre multilateral. Allerdings wäre keine Notwendigkeit für die Existenz des TRbl mehr gegeben, da die einzelnen RGW-Währungen dann konvertibel wären. Das „totgeborene Kind“ Transferabler Rubel könnte seine wohlverdiente Ruhe erhalten.

Das Beispiel der Sowjetunion zeigt, daß die wirtschaftspolitische Entwicklung derzeit in diese Richtung verläuft. Sowohl das Betriebsgesetz als auch die Außenhandelsverordnung sehen Verhandlungspreise vor, die zwischen den Anbietern und Nachfragern von Waren auf dem Binnenmarkt (Frunder, Schrett 1987), als auch bei Direktbeziehungen im RGW Anwendung finden sollen (Clement 1987, S. 33). Zwar müssen zumindest die angestrebten binnenwirtschaftlichen Preise weiterhin von den Aufsichtsorganen bestätigt werden und sind dann fixiert. Sie würden aber, wenn sie realisiert werden, den Einstieg in ein Preissystem darstellen, das die Knappeheiten in den Volkswirtschaften berücksichtigen würde.

Gleichzeitig soll ein Großhandelssystem für Produktionsmittel geschaffen werden, und die Qualitätssteigerung der Produkte wurde erneut als Ziel vorgegeben.<sup>31</sup> Sollten diese Ziele erreicht werden, woran allerdings nicht unerhebliche Zweifel anzumelden sind, und die anderen RWG-Länder diesen Regeln folgen, wäre zumindest eine Konvertibilität der einzelnen RGW-Währungen untereinander, die die Warenkonvertibilität einschließt, denkbar.

Wenn Verhandlungspreise dann auch über den Bereich der Direktbeziehungen hinaus, wo sie nun Eingang finden sollen, zugelassen würden, würden davon auch Signale für eine rationale Allokationspolitik im Integrationsraum ausgehen.

Ein so funktionierendes Finanzsystem wäre auch Voraussetzung für die angestrebten Direktbeziehungen, denn derzeit kann „die Effektivität keiner einzigen Variante festgestellt werden“ ... „Die zwischenbetrieblichen Direktbeziehungen können sich erst nach der Entwicklung des integrierten Geldsystems, aber nicht anstelle dessen oder davor entfalten.“ (Csaba 1986, S. 36).

Die Existenzgrundlage für den TRbl wäre dann allenfalls noch durch seine integrationspolitische Signalwirkung gegeben. Eine ökonomisch begründete Existenzberechtigung hätte er nicht mehr.

---

<sup>31</sup> Šmelev 1987 meldet allerdings erhebliche Zweifel an, daß die Planvorgabe von 80 bis 90 % Produktion mit „Weltniveau“ erreicht wird. Derzeit seien dies bei „patriotischer“ Einschätzung allenfalls 17-18 %.

### Literaturverzeichnis

- Ausch, S.* (1972), Theory and practice of CMEA cooperation, Budapest.
- van Brabant, J. M.* (1985), World Prices and Price-Formation in Intra-CMEA Trade: Selected Empirical Evidence, in: Osteuropa-Wirtschaft, 30. Jg., Heft 3, S. 163-180).
- Bogomolov, O. T.* (1980), Meždunarodnyj rynok stran SEV, in: Voprosy ekonomiki, Nr. 4.
- Botos, K.* (1982), On the Further Development of the Currency and Financial System of the CMEA, in: Soviet Studies, Vol. XXXIV, No. 2, S. 228-253.
- (1980), A transzferábilis rubel reális árfolyama (Der reale Kurs des Transferablen Rubel), in: Közgargasági szemle, Nr. 9. Jeweils zitiert nach einem Übersetzungsmanuskript.
- Botos, K., Patai, M.* (1980), Árak és árfolyamok a KGST-ben, in: Zeitschrift des finanzökonomischen Forschungsinstituts, Nr. 1. Jeweils zitiert nach einer deutschen Übersetzung, (Botos, K., Patai, M.: Preise und Kurse in den Ländern des RGW).
- Brainard, L. J.* (1980), CMEA Financial System and Integration, in: Marer, P., Montias, J. M., East European Integration and East-West Trade, Bloomington, S. 121-138.
- Brendel, G., Dubrowsky, H. J., Schicksam, K.* (1985), Ware-Geld Beziehungen zwischen den RGW-Ländern, Berlin (O).
- Brzak, V., Chalupsky, Z., Neustadt, A.* (1968), Problémy tvorby zahraničněobchodních cen ve výjemném obchodě členských zemí RVHP (Die Probleme der Bildung der Außenhandelspreise im gegenseitigen Handel der Mitgliedsländer des RWG), Praha.
- Burova, S. E., Voinov, A. M., Šejnin, E. Ja.* (1986), Kritika buržuažných vzgljadov na ekonomičeskoe sotrudničestvo stran SEV, Moskau.
- Chvojka, P.* (1980), General Problems of Interdependence among Individual Components of the CMEA International Monetary System, in: Acta Oeconomica, Vol. 25 (3-4), S. 291 - 306.
- Clement, H.* (1986), Transferabler Rubel und Hartwährungsverrechnung im Intra-RGW- und im Ost-West-Handel, Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft, München.
- (1987), Änderungen im sowjetischen Außenwirtschaftssystem zu Beginn des Jahres 1987, Arbeiten aus dem Osteuropa-Institut München (Working Papers) Nr. 120.
- Csaba, L.* (1981), Planning and Finances in the Decade after the Adaption of the Comprehensive Programme in the CMEA, in: Acta Oeconomica, Vol. 27 (3-4), S. 351 - 372.
- (1983), The Transferable Rouble and Convertibility in the CMEA, in: Ch. T. Saunders, Regional Integration in East and West, London und Basingstoke, S. 237-256.
- (1985), Fundamental Issues of the CMEAs Interregional Monetary System, in: Trends in World Economy, No. 52.
- (1986), Interessenabstimmung im RGW, Europäische Rundschau, Nr. 2, S. 27-40.
- Dietrich, H., Dubrowsky, H.-J., Kolloch, K., Thümmler, W.* (1986), Valutaökonomie, Grundriß, Berlin (O).

- Dyachenko, V. P. (1969), Improvement of Price Formation in the Intra-CMEA Trade: A Task for Economic Science, in Földi, T. and Kiss, T. (ed.): Socialist World Market Prices, Leyden.
- Frunder, G., Schrettl, W. (1987), Das sowjetische Betriebsgesetz, Arbeiten aus dem Osteuropa-Institut München (Working Papers), Nr. 121.
- Grinberg, R., Ljubskij, M. (1985), Ceny i valjutnye otноšenija v sotrudničestve stran SEV, in: Voprosy ekonomiki, Nr. 6, S. 99-107.
- HdWW, Geldtheorie und Geldpolitik.
- Hewett, E. A. (1979), Prices and Resource Allokation in Intra-CMEA Trade, in: Abouchar, A. (ed.), The Socialist Price Mechanism, Durban, S. 94-128.
- Holzmann, E. D. (1980) in seinem Diskussionsbeitrag zu Brainard, L. J.: CMEA Financial System and Integration, in: Marer, P., Montias, J. M., East European Integration and East-West Trade Bloomington, S. 139-141.
- IBEC (1987), Annual report 1986, Moskau.
- Komissarov, V. P.: Meždunarodnye valutno-kreditnye otноšenija SSSR i drugich socialističeskikh stran, Moskau 1976.
- Konstantinov, Ju. A. (1987), Prjamye zvjazi v ramkach SEV: ich valjutno-finansovoe obespečenie, in: Finansy SSSR, Nr. 4, S. 54-60.
- Kružinski, Z. (Diss. Budapest 1979), hier zitiert nach Botos, K.: On the Further Development of the Currency and Financial system of the CMEA, in: Soviet Studies, Vol. XXXIV, No. 2, April 1982.
- Laki, M. (1986), Das Verhalten der Zentralorgane der ungarischen Wirtschaft und die Wichtigkeit des Gewinns (oder der Rentabilität) der Unternehmen, Vortragsmanuskript.
- Levcik, F. (1987), Neue Akzente bei der 42. Ratstagung des RGW in Bukarest ?, in: WIIW, Reprint-Serie, Nr. 99.
- (1978), Transferable Rouble and Convertibility, WIIW, Reprint-Serie, Nr. 37.
- Ljakin, W. (1987), Die IBWZ und die neuen Aufgaben der Integration, in: Außenhandel, Nr. 5, S. 18-21.
- Mitrofanova, N. M. (1978), Ceny v mechanizme ekonomičeskogo sotrudničestva stran členov SEV, Moskva.
- Nazarkin, K. J. (ed. 1984), MBES 1963-1983, Moskau.
- Pesci, K. (1976), K razvitiyu meždunarodnoj socialističeskoy valutnoj sistemy, in: Acta Oeconomica, Vol. 16.
- RGW-Lexikon (1981), Leipzig.
- Rybalko, G. (1987), Aktivnaja rol' valjutnogo mechanizma, in: Ekonomičeskaja gazeta, Nr. 11.
- Šastitko, V. M. (1980), Meždunarodnyj rynok SEV v uslovijach integracii, Moskau.
- Sil'vestrov, S. (1987), O prjamych zvjazzach predprijatij v socialističeskem sotrudničestve, in: Voprosy ekonomiki, Nr. 3, S. 127-130.

*Vencovsky, F. (1983), Die Vervollkommnung des Währungsmechanismus im Prozeß der internationalen sozialistischen Wirtschaftsintegration, in: Tschechoslowakische Wirtschaftsrundschau, Nr. 2, S. 3-16.*

*Zverev, A. (1986), Valjutnye fondy i otčislenija, in: Èkonomièeskaja gazeta, Nr. 31.*

# **Finanz- und kreditpolitische Steuerung der Landwirtschaft in der Sowjetunion und in der Europäischen Gemeinschaft**

Von *Eberhard Schinke*, Gießen

## **A. Vorbemerkung**

In der Diskussion um Form und Intensität wirtschaftspolitischer Steuerung nimmt der Sektor Landwirtschaft überall auf der Welt einen besonderen Raum ein. Davon machen auch die sonst sehr unterschiedlichen Wirtschaftssysteme der Sowjetunion und der EG keine Ausnahme. Die Gründe für die Aktualität der Agrarpolitik sind in diesen beiden Fällen freilich verschieden. Ist in der Sowjetunion die Produktion der Landwirtschaft zu niedrig, um den Bedarf des Binnenmarktes an Nahrungsmitteln zu befriedigen, so ist sie in der EG größer als die auf weit höherem Niveau liegende Nachfrage.

Die jeweils für die Wirtschaftspolitik Verantwortlichen hat das veranlaßt, die vom theoretischen Modell der Zentralplanung bzw. der Marktwirtschaft her im Vordergrund stehenden, sozusagen klassischen Instrumente der Mengenplanung bzw. der Finanz- und Kreditpolitik durch zentrale Preissetzung für Agrarprodukte zu ergänzen. Preissetzung in Produktion, Verarbeitung oder Distribution von Nahrungsgütern aber beeinflußt nachhaltig die Verwendung der Einkommen aller privaten Haushalte und damit Sparquote und Geldhaltung in der Volkswirtschaft. Dieser Einfluß wird noch verstärkt, wenn — wie in der Sowjetunion und in der EG — die Landwirtschaft zu hohen Kosten produziert, die ihr mit Hilfe der Preispolitik ersetzt werden.

## **B. Steuerung in der sowjetischen Landwirtschaft**

### **I. Indirekte Instrumente als Ergänzung der Mengenplanung**

Das System der Zentralplanung in der Sowjetunion ist vom Prinzip her nicht monetär, sondern auf Mengensteuerung aufgebaut. Das wird am deutlichsten im klassischen staatlichen Sektor bei zentraler Verfügungsgewalt über alle Produktionsfaktoren und Produkte. Hier reduziert sich die Funktion des Geldes darauf, Recheneinheit zu sein. In der Praxis entstehen jedoch Lücken in der Mengenplanung, z. B. bei unvollkommener Zuteilung von Faktormengen oder bei unvollkommener zentraler Verfügung über Produktmengen. Diese Lücken werden durch Zuhilfenahme von Geld überbrückt, das dann auch die Funktion

des Tauschmittels übernimmt, eventuell sogar die Funktion des Wertaufbewahrungsmittels.

Damit wächst dem Geld eine modelltheoretisch in der zentral geplanten Wirtschaft nicht vorhergesehene Aktivität zu. Diese ist sicherlich geringer als in einer monetär organisierten Marktwirtschaft, aber prinzipiell vorhanden. Die Passivität des Geldes ist mithin zwar größer als in der Marktwirtschaft, aber nicht total.

Diese „Aufwertung“ des Geldes nimmt zu, wenn den Wirtschaftssubjekten Dispositionsräume bei der Gestaltung ihrer Tätigkeit und bei der Verwendung des erwirtschafteten Ertrages zur Verfügung stehen, die durch die zentral vorgegebenen Daten nicht ausgefüllt werden. Mengenplanung allein genügt nicht mehr zur Steuerung der Wirtschaft. Es ergibt sich die Notwendigkeit, Geldpolitik zu betreiben; monetäre Steuerungselemente gewinnen an Bedeutung und treten stärker in den Vordergrund. Sie bleiben aber in ihrer Wirksamkeit durch die exogen von der Mengenplanung gezogenen Grenzen beschränkt. Im Falle der sowjetischen Wirtschaft besitzt diese weiterhin Primat, indirekte Steuerung tritt lediglich ergänzend hinzu.<sup>1</sup>

## II. Finanzierung des Agrarsektors

Zur Finanzierung der Agrarproduktion stellt die Planungszentrale eine bestimmte Geldmenge zur Verfügung. Diese setzt sich zusammen aus den Erlösen der Produzenten für verkaufte Erzeugnisse, den direkten Investitionen des Staats aus Haushaltssmitteln und dem Kreditvolumen der staatlichen Bank.

### a) Verkaufserlöse

Die Geldeinnahmen der Produzenten aus ihren Verkäufen von agrarischen Rohstoffen an die Erfassungsorgane werden zentral geplant, und zwar sowohl nach ihrer absoluten Höhe als nach ihrer saisonalen und regionalen Verteilung. Die Planung erfolgt durch Vorgabe von Mengen und Preisen für den Verkauf jedes einzelnen Produktes. Theoretisch scheint damit die auf diesem Wege den Produzenten zugeteilte Geldmenge genau vorgegeben, praktisch ist sie jedoch nicht exakt planbar. Dafür sorgen schon die im landwirtschaftlichen Produktionsprozeß unvermeidbaren Ertragsschwankungen infolge natürlicher Einflüsse. Aber auch bei Eliminierung derartiger Faktoren, beispielsweise durch Planung in gleitenden Mehrjahresperioden, würden die Verkaufserlöse aller Voraussicht nach nicht der zentral geplanten Summe entsprechen. In der Praxis wird diese in der Regel überschritten. Grund hierfür sind Planabweichungen durch die Produzenten, die im Plansystem sowjetischer Prägung in Grenzen durchaus zulässig und teilweise sogar erwünscht sind. Denn der Plan schöpft in

---

<sup>1</sup> Vgl. dazu *Haffner* (1987, S. 200 ff.), sowie *Hartwig* und *Thieme* (ebenda, S. 218 ff.).

aller Regel die Produktionskapazitäten eines Betriebes nicht voll aus. Den damit gegebenen Spielraum nutzen die Betriebe zur Maximierung ihres Gewinnes, indem sie mit Vorrang Faktoren für diejenigen Produktionsbereiche einsetzen, in denen sie die höchste Faktorproduktivität erwarten.

Dieses Verhalten der Betriebe wird stark gefördert durch die in der sowjetischen Landwirtschaft üblichen Zahlung von Preiszuschlägen für Produktmengen, die über den Lieferplan hinaus verkauft werden. Da die Preiszuschläge in der Regel 50 %, für einige Erzeugnisse sogar 100 % des Grundpreises betragen, ist der Anreiz zur Mehrproduktion groß. Die der Landwirtschaft zufließende Geldmenge wird dadurch nicht unerheblich beeinflußt. 1986 summierten sich Preiszuschläge dieser Art für die Staats- und Kollektivbetriebe auf 8,2 Milliarden Rubel, das waren 7 % der gesamten Verkaufserlöse jenes Jahres.<sup>2</sup> Hinzu kommt, daß die Produzenten Überplanmengen zumindest teilweise auf anderen Kanälen absetzen können, wo meist deutlich bessere Preise erzielt werden als beim Verkauf an die staatlichen Erfassungsorgane.

Selbstverständlich versucht die Wirtschaftspolitik, eine Ausweitung der Geldmenge auf diesem Wege im Vorhinein in der Planung zu berücksichtigen. Behörden und Betriebe sind gehalten, auch die überplanmäßige Produktion zu planen und zu bilanzieren und entsprechende Liefer- und Abnahmeverträge zu schließen. Das ist auch im Hinblick auf die Auslastung der Transport- und Verarbeitungskapazitäten notwendig. Bisher ist es jedoch nicht gelungen, den aus Überplanverkäufen der landwirtschaftlichen Betriebe resultierenden Geldbedarf im voraus exakt zu bestimmen und damit planbar zu machen bzw. über die der Landwirtschaft zugeteilten Geldmenge den Ausbau und die Nutzung der Produktionskapazitäten genau entsprechend den Plänen für die planmäßige und überplanmäßige Produktion zu steuern.

#### b) Zentrale Investitionen

Direkte Investitionen des Staates sind die zweite wichtige Schiene der Geldbeschaffung für den Agrarsektor. Sie läuft vom Staatshaushalt über den staatlichen Bankenapparat zu den Investitionsträgern. Von einem Geldangebot im eigentlichen Sinne des Wortes kann man dabei nicht sprechen; denn es handelt sich um den Vollzug zentral getroffener Entscheidungen über die Verwendung von Kapital für bestimmte Zwecke und an bestimmten Orten. Als Investitionsträger treten z. T. Behörden auf, z. B. bei großflächigen Infrastrukturprojekten oder beim Neubau von Bewässerungsanlagen. Überwiegend sind es aber die in der Land- und Ernährungswirtschaft tätigen Betriebe, denen auf diese Weise Mittel zur vollständigen oder teilweisen Finanzierung von im Plan vorgesehenen Investitionsprojekten zur Verfügung gestellt werden.

---

<sup>2</sup> Demin, Kufakov und Bannikov (1988, S. 60), sowie Narodnoe chozjajstvo SSSR (1988, S. 221).

Im Bereich der staatlichen Betriebe war dies früher die wichtigste und zur Zeit der direkten Einbeziehung der Betriebe in den Staatshaushalt sogar die einzige Form der Zuführung von Investitionsmitteln (Budgetfinanzierung). Mit der finanziellen Verselbständigung der staatlichen Betriebe werden diese ebenso wie die Kollektivbetriebe schrittweise auf die beiden anderen Finanzierungsquellen, Eigenmittel und Bankkredite, verwiesen. Der Umfang der durch den Staat direkt finanzierten Investitionen geht absolut und relativ zurück. Im Agrarbereich der Russischen Föderativen SSR soll er beispielweise für die Periode 1988-90 auf 20 % des Investitionsvolumens zurückgefahren werden. Ermöglicht wird das zum einen durch vermehrte Geldzuführung über die Verkaufserlöse infolge tendenziell steigender Erzeugerpreise, zum anderen durch eine starke Ausweitung des Volumens der Bankkredite.

### c) Bankkredite

Das Kreditangebot des staatlichen Bankenapparates ist entsprechend den im Volkswirtschaftsplan gesetzten Präferenzen branchenweise limitiert und branchenweise konditioniert. Für die Finanzierung des Agrarbereichs ist ausschließlich die „Bank für den Agrar-Industriellen Komplex“ (Agroprombank) zuständig. Ihr Tätigkeitsbereich umfaßt alle dem Staatskomitee für den Agrar-Industriellen Komplex unterstellten Wirtschaftszweige, also neben der Landwirtschaft (gleich ob staatlich, kollektiv oder privat) und den Einrichtungen der ländlichen Infrastruktur auch die Verarbeitungsindustrie.<sup>3</sup>

Im Rahmen der Landwirtschaft für eine Planperiode zur Verfügung gestellten Kreditvolumens gibt es zahlreiche Festlegungen oder Höchstgrenzen für bestimmte Verwendungszwecke, Objekte, Regionen u. a. Gleichzeitig erfolgt eine Steuerung der Kreditnachfrage mit Hilfe von Zinssätzen. Diese variieren nicht nur nach Laufzeit, sondern auch nach Verwendungszweck. So gibt es beispielweise das Instrument des zinsbegünstigten Darlehens für wirtschaftspolitisch förderungswürdige Projekte.<sup>4</sup>

Die unterschiedlichen Konditionen reizen in Verbindung mit Kreditsperren oder -grenzen für bestimmte Zwecke die Betriebe dazu, die an sich recht strengen Bestimmungen über die Zweckbindung von Krediten zu umgehen, beispielsweise billige und leicht erhältliche Investitionskredite zur Finanzierung von

---

<sup>3</sup> Neben der Agroprombank gibt es die ebenfalls branchengebundenen Institute Promstrojbank (Industrie, Bau, Transport, Verkehr, Versorgung, Akademien) und Žilsocbank (Betriebe der örtlichen Sowjets, Leichtindustrie, Handel, nichtlandwirtschaftliche Genossenschaften, individuell tätige Bürger). Hinzu kommt das System von Gostrudsberkassa (Sparkassen). Die Staatsbank (Gosbank), die gleichzeitig Zentralbank ist, besteht weiterhin.

<sup>4</sup> Der Einsatz von Zinspolitik ist übrigens kein Kind der heutigen Reformperiode. Als beispielsweise am 1. 1. 1955 eine Zinssenkung für Kredite an Kolchose in Kraft trat, wurde sie — für eine zentral gelenkte Wirtschaft nicht gerade selbstverständlich — damit begründet, daß man die Kreditnachfrage der Kolchose anregen wolle. Vgl. Schinke (1962, S. 51).

Umlaufmitteln oder gar zur Lohnzahlung einzusetzen, vor allem wenn das dem Betrieb zustehende Kontingent an kurzfristigen Krediten ausgeschöpft ist oder die Bank (weisungsgemäß) über einen bestimmten Rahmen hinausgehende Lohn- und Prämienzahlungen nicht mehr kreditiert. Es erstaunt, daß derartige Manipulationen trotz der weitreichenden Kontrollbefugnisse der Bank und trotz der weitgehenden Trennung der Kreisläufe von Buchgeld und Bargeld offenbar in größerem Umfang möglich sind.<sup>5</sup>

Der vorgegebene Kreditrahmen für die Landwirtschaft wird häufig dadurch überschritten, daß Betriebe ihren Rückzahlungsverpflichtungen für Kredite nicht nachkommen oder weil die Bank zusätzliche Finanzmittel bewilligen muß, um die Erfüllung des Produktionsplans nicht zu gefährden. In solchen Fällen erfolgt eine zusätzliche, im Plan nicht vorgesehene Geldschöpfung, die tendenziell — da „Geldfonds“ und „Warenfonds“ nicht mehr wie im Plan im Gleichgewicht stehen — inflatorisch wirkt. Ein wirksamer Bremsmechanismus für eine derartige Aufblähung der Geldmenge existiert nicht, da bis heute alle Kreditnehmer — gleich ob staatliche oder kollektive Betriebe — konkursunfähig sind. Sie müssen im Zweifelsfalle unbegrenzt mit Krediten oder verlorenen Zuschüssen alimentiert, können zur Sanierung allenfalls mit anderen Betrieben verschmolzen werden. Daher kommt es in fast schon regelmäßigen Abständen immer wieder zu Schuldenerlaß für einzelne Betriebe oder ganze Betriebsgruppen.

Die Finanzierung mit Hilfe von Bankkrediten zeigt in der sowjetischen Land- und Ernährungswirtschaft eine steigende Tendenz. Anfang 1987 waren die Betriebe des Agrar-Industriellen Komplexes mit „mehr als 200 Milliarden Rubel“ bei der Bank im Soll, davon entfielen auf die Landwirtschaft etwa 150 Milliarden Rubel<sup>6</sup> entsprechend etwa 35 % des Buchwertes des Anlagevermögens (ohne Boden). Die Verschuldung wuchs in der letzten Zeit jährlich um etwa 5 %. Es ist damit zu rechnen, daß diese Tendenz weiter anhält, was für die Zukunft nicht nur negativ zu sehen ist. Es ist erklärte Absicht der sowjetischen Wirtschaftspolitik, alle Betriebe auf „Selbstfinanzierung“ umzustellen, d. h. sie weitgehend von direkten staatlichen Investitionen unabhängig zu machen und für Erweiterungsinvestitionen auf die eigene Finanzkraft zu verweisen. Das ist nur möglich, wenn in verstärktem Umfang Bankkredite in Anspruch genommen werden können. Diese sollen — so ist es geplant — die direkte Dotierung aus dem Budget als wichtigste Finanzierungsquelle ablösen. Damit gewinnt die Kreditpolitik eine weit größere Rolle als Steuerungsinstrument als dies bisher der Fall war.

Ein Markt für Kredite kann sich allerdings vorerst nicht entwickeln, selbst wenn die Banken aus ihrer Verantwortung für die Funktionsfähigkeit und Planerfüllung der Betriebe entlassen werden sollten; denn es bestehen weiterhin strenge und zentral gesetzte Vorgaben für die Kreditvolumina, die Banken

<sup>5</sup> Vgl. z. B. die Kritik des Chefs der Agroprombank *Petrov* (1988, S. 4).

<sup>6</sup> *Semenov* (1986, S. 64), und *Semenov* (1987, S. 32).

dürfen die Kreditkonditionen nur im engen Rahmen zentraler Vorgaben variieren, und es gibt vor allem keinen Wettbewerb zwischen Banken.

Die erwähnte Verschuldung der sowjetischen Landwirtschaft gegenüber der monopolistischen Agroprombank ist sehr ungleichmäßig auf Betriebe und Regionen verteilt. Während mancherorts die Zahlungsverpflichtungen nicht eingehalten und selbst die Umlaufmittel nicht mehr finanziert werden können, besteht andernorts ein Liquiditätsüberschuß, der nicht sinnvoll genutzt werden kann. Denn gemessen am Angebot von Produktionsmitteln — Investitionsgütern wie Verbrauchsmaterial — verfügt die sowjetische Landwirtschaft über reichlich Geld. Der oft beschworene Markt für Produktionsmittel ist noch immer nicht viel mehr als ein Zuteilungsverfahren für knappe Güter. Um bei der Zuteilung nicht übergangen zu werden, bestellen die Betriebe besonders gefragte Güter sicherheitshalber über ihren Bedarf hinaus. Einen finanziellen Nachteil aus einer eventuellen vollen Belieferung entsprechend ihrer Bestellung können sie in Kauf nehmen. Daraus entstehen Fehlallokationen, die die gesamtwirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft mindern, und graue Produktionsmittelmärkte, die einen — allerdings nur geringen — Teil dieser Fehlallokationen wieder korrigieren helfen. Solange aber ein Produktionsmittelmarkt fehlt, bei der Beschaffung nicht die Regeln von Angebot und Nachfrage gelten und der Preis nur eine untergeordnete Rolle spielt, ist es schwer vorstellbar, daß kreditpolitische Maßnahmen tatsächlich Finanzgebaren und Investitionsverhalten der Betriebe nachhaltig beeinflussen können.

#### **Exkurs: Agrarpreise und Subventionen für Nahrungsmittel**

Bis in die fünfziger Jahre wurde die Liquidität der sowjetischen Landwirtschaft bewußt niedrig gehalten. Investitionen aus Eigenmitteln der Betriebe waren kaum möglich; sie erfolgten praktisch nur mit Mitteln des Staatshaushalts, z. B. für Maschinen im Fall der Staatsbetriebe in Form von Haushaltzzweisungen, im Fall der Kollektivbetriebe in Form des Ausbaus der staatlichen Maschinen-Traktoren-Stationen. Gesteuert wurde die Liquidität über niedrige Erzeugerpreise.

Diese Politik wurde nach Stalins Tod schrittweise geändert. Ziel der heutigen Preispolitik ist die Gewährung von Preisen, die unabhängig vom Standort die Erzeugungskosten decken und eine bestimmte Gewinnmarge sichern. Die Preise sind zu diesem Zweck produktweise regional gestaffelt und zudem nach Plan- und Überplanmengen differenziert.<sup>7</sup>

Hierfür waren mehrfach erhebliche Preissteigerungen notwendig. Sie wurden ebenso wie die gestiegenen Kosten der Verarbeitung und der Distribution nicht auf die Verbraucherpreise weitergewälzt. Diese wurden vielmehr weitgehend stabil gehalten und liegen heute infolgedessen bei nahezu allen wichtigen

---

<sup>7</sup> Näher hierzu s. *Jaehne* (1983, S. 9-37).

Nahrungsgütern unter den Kosten ihrer Bereitstellung. Die Lücke zwischen Preis und Kosten wird durch Subventionen geschlossen, die der Handels- und Verarbeitungsstufe zum Ausgleich der Differenz zwischen den Einstands- und Verarbeitungs- bzw. Vertriebskosten und den erzielten Preisen aus dem Staatshaushalt gezahlt werden und die man als eine negative Umsatzsteuer betrachten kann. Sie betragen 1987 etwa 57 Milliarden Rubel, was einem Drittel des Einzelhandelsumsatzes bei Lebensmitteln entsprach.<sup>8</sup> Die Bindung eines so großen Teils der öffentlichen Ausgaben (die Summe verdoppelt sich, wenn man die der Landwirtschaft direkt zufließenden Subventionen hinzurechnet) engt den Spielraum der staatlichen Finanzpolitik und damit der gesamten Wirtschaftspolitik erheblich ein, dies um so mehr, als die Aufwendungen für die Lebensmittelsubventionen mit der Zunahme der Bevölkerung, der privaten Einkommen und des Pro-Kopf-Verbrauchs von Nahrungsmitteln immer weiter wachsen. Man ist sich in der Sowjetunion einig, daß dieser Prozeß unbedingt innerhalb der nächsten Jahre gestoppt werden und die Subventionssumme reduziert werden muß. Es besteht aber bisher keine Einigkeit darüber, auf welchem Wege man dieses — auch sozialpolitisch höchst bedeutsame und brisante — Problem lösen kann und soll.

### III. Finanzpolitik und Unternehmensform

Die sowjetische Landwirtschaft besteht nicht aus homogenen Einheiten, von denen eine gleichartige Reaktion auf monetäre Maßnahmen unterstellt werden kann. Bereits aus der klassischen Dreiteilung in staatliche, kollektive und individuelle Betriebe lassen sich hypothetisch unterschiedliche Verhaltensmuster ableiten. Während dem Staatsbetrieb, auch nach seiner Entlassung aus dem Staatshaushalt, hinsichtlich Investitionsplanung, Kreditnachfrage und Einkommensverwendung enge Grenzen gesetzt sind, besitzt der Kollektivbetrieb zumindest in der Theorie schon von jeher wesentlich weitgehendere Rechte hinsichtlich der Verwendung seiner Mittel. Anders als der Staatsbetrieb, der an Lohntarife gebunden ist, legt jeder Kolchos die Anteile des als Lohn auszuschüttenden und des für investive Zwecke einzusetzenden Betriebseinkommens individuell fest. Er ist unabhängig in der Planung der Investitionen sowohl für den produktiven als auch für den kommunalen-sozialen Bereich. Sein Verhalten kann daher durch die Zinspolitik stärker beeinflußt werden als das des Staatsbetriebs. Zugleich hat es der Kolchos in der Hand, mehr oder weniger Liquidität qua Lohnzahlung in die privaten Haushalte seiner Mitglieder fließen zu lassen.

Damit entsteht für die zentrale Planung nicht nur ein Unsicherheitsfaktor hinsichtlich des Nachfrageverhaltens dieser Haushalte auf den Konsumgütermärkten, sondern auch eine Unsicherheit darüber, ob und in welchem Umfange Spareinlagen wachsen oder mehr Bargeld im Umlauf bleibt oder — und das

<sup>8</sup> Semenov (1987, S. 125).

kommt als Besonderheit des sowjetischen Agrarsystems hinzu — Geld der privaten Haushalte in die individuelle Landwirtschaft investiert wird, in Betriebe also, die ein anderes Zielsystem haben als die staatlichen und kollektiven und deshalb auf finanz- und kreditpolitische Maßnahmen gänzlich anders reagieren können als jene.

Das Beispiel der durch die Haushalte der Kolchosmitglieder gegebenen Verbindung zwischen landwirtschaftlicher Produktion und privatem Konsum macht deutlich, daß die im sowjetischen System angelegte Abkapselung der Branchen bezüglich Geldangebot nicht vollständig sein kann, und daß finanzpolitische Maßnahmen, die vielleicht nur auf einen Sektor zielen, auch auf andere Bereiche der Volkswirtschaft ausstrahlen können, auch wenn in dieser keine Anlagemöglichkeit für Kapital in anderen Sektoren besteht.

Die Dreiteilung der sowjetischen Landwirtschaft hinsichtlich Betriebsformen, von der die Rede war, gilt heute nur noch sehr eingeschränkt. Mit der allmählichen Verselbständigung der Staatsbetriebe zu Unternehmen, mit der Übernahme von Verfassungselementen des Kolchos durch den Staatsbetrieb, mit der Annäherung der Vergütungssysteme der beiden Betriebsformen und schließlich mit der Entstehung von kleinen, teilautonomen Arbeitsgruppen unter dem Dach der Großbetriebe und außerhalb derselben verwischen sich viele bisher bestehende Unterschiede. Es entsteht jedoch kein neuer, einheitlicher Unternehmenstyp, sondern es kommt zur Bindung einer Vielzahl von Formen unterschiedlicher Ausprägung und Verfassung. Gemeinsam ist ihnen allen eine stärkere Orientierung an ökonomischen Kriterien und damit eine höhere Reagibilität auch auf finanzpolitische Signale. Ihre Antwort auf solche Signale dürfte jedoch alles andere als einheitlich sein, sondern in Abhängigkeit von Produktionsrichtung, Standort, Größe und Unternehmensverfassung und damit dem jeweiligen Unternehmensziel ähnlich differenziert ausfallen, wie wir das aus der westeuropäischen Landwirtschaft kennen.

Es erhebt sich die Frage, wie eine so strukturierte Landwirtschaft durch die Wirtschaftspolitik künftig gesteuert werden soll, wenn das vertraute System direkter Weisungen allmählich abgebaut wird. Mit dem heute in der Sowjetunion vorhandenen Instrumentarium der Finanz- und Steuerpolitik wird man — auch nach der 1988 wirksam gewordenen Neuregelung der Besteuerung der Landwirtschaft — in Zukunft nicht auskommen. Ein neues, in sich konsistentes Konzept hierfür — was ja wohl nicht nur für die Landwirtschaft geeignet sein dürfte — ist aber allem Anschein bisher nicht entwickelt worden.

## C. Steuerung in der Landwirtschaft der EG

### I. Mengenplanung als Ergänzung indirekter Instrumente

Im Gegensatz zum sowjetischen Wirtschaftssystem baut die Wirtschaftsordnung der EG als Marktwirtschaft auf indirekter Lenkung mit Hilfe monetärer Instrumente auf. Es gibt jedoch auch Bereiche, in denen Mengenplanung sowie direkte Preisplanung eingesetzt werden. Deren Anwendung wird, da systemfremd, jeweils mit besonderen Problemen beispielsweise der Struktur- oder Einkommenspolitik begründet und deshalb gern als zeitweilig notwendige Intervention bezeichnet. Daß sich in praxi derartige Interventionen nicht nur als langlebig erweisen, sondern ausnahmslos weitere dirigistische Maßnahmen nach sich ziehen, ist ebenso wie die Gründe hierfür hinlänglich bekannt.

Im Agrarbereich sind direkte Lenkungsinstrumente so stark in den Vordergrund getreten, daß Marktmechanismen und damit die Wirksamkeit monetärer Steuerung erheblich eingeengt sind oder gar verdrängt zu sein scheinen. Man kann die provokative Frage hören, wo denn ordnungspolitisch überhaupt noch ein Unterschied bestehe zwischen diesem System und einem im Prinzip zentralgelenkten der Art, wie es in den Modellen sowjetischer Wirtschaftsreformer gegenwärtig formuliert wird.

Solche Unterschiede bestehen jedoch sehr wohl, und sie sind nicht nur gradueller Natur; von einer ordnungspolitischen Konvergenz in diesem Bereich zu sprechen, wäre falsch. Das Wirtschaftssystem der EG ist grundsätzlich marktorientiert und monetär gesteuert. Es nutzt dirigistische Instrumente zwar in erheblicher Umfrage, doch letztlich nur als Hilfsmittel und ergänzend, wenn wirtschaftspolitische Ziele anders nicht durchsetzbar sind oder zu sein scheinen.

Direkte Lenkung ist in der EG nicht Grundsatz, sondern Sonderfall für begrenzte Gebiete. Sie betrifft auch im Falle der Agrarwirtschaft nur einen Teil derselben, nämlich die landwirtschaftliche Produktion und von dieser wiederum zwar wichtige, aber ebenfalls nicht alle Teile. Deshalb ist auch in der Landwirtschaft nicht nur vom Grundsatz her, sondern auch tatsächlich Raum und Bedarf für den Einsatz indirekter Steuerungselemente.

### II. Getrennte Entscheidungsebenen für die Steuerung

Kompliziert werden die Anwendung wirtschaftspolitischen Instrumentariums und die Abstimmung beim Einsatz seiner verschiedenartigen Teile in der Landwirtschaft der EG durch die Aufspaltung staatlicher Lenkungskompetenzen auf mehrere Ebenen: die der Gemeinschaft, die Ebenen der Regierungen der Mitgliedstaaten und deren Untergliederungen sowie die Ebene der nationalen Notenbanken. Ihre Zuständigkeiten und Eingriffsrechte lassen sich nicht immer klar abgrenzen. Befugnisse für die Preissetzung und die Mengenfestlegung in der landwirtschaftlichen Produktion liegen vollständig in Brüssel, Abweichungen

auf nationaler oder regionaler Ebene sind aber in von der EG vorgegebenem Rahmen möglich. Die Geldpolitik und damit die Rahmengabe für Kreditpolitik ist Sache der nationalen Notenbanken bzw. Regierungen. In beschränktem Maße kann aber auch die Gemeinschaft heute schon auf dem Kreditmarkt steuernd eingreifen, und zwar über die Vergabe von Mitteln zur Förderung bestimmter Projekte oder Regionen durch die Kommission. Sie kann ferner durch Beschuß des Ministerrates die Paritäten der in nationaler Währung ausgedrückten Agrarpreise verändern.

Dabei ist zu beachten, daß die von der Gemeinschaft für die Landwirtschaft getroffenen Entscheidungen unmittelbar nur sektorale wirken, während die Politik der Notenbanken stets auf die Gesamtwirtschaft gerichtet sein muß. Gleichfalls nur sektorale wirken Maßnahmen, mit denen nationale Regierungen und deren regionale Verwaltungseinheiten mit eigenen Haushaltsmitteln auf die Landwirtschaft Einfluß nehmen. Das geschieht meist in Form von Förderungsprogrammen, die teils gemeinsam von nationalen und regionalen Behörden, eventuell zusammen mit der Kommission der EG, teils von einzelnen Behörden getragen werden. EG-Recht und nationales Recht ziehen dafür Grenzen.

Aktivitäten nationaler und regionaler Verwaltungseinheiten, beispielsweise Zinsverbilligungsmaßnahmen, werden beeinflußt von der nationalen Geldpolitik und sind normalerweise an diese angepaßt. Diese Anpassung geschieht in unterschiedlicher Weise, u. a. abhängig davon, ob eine Weisungsbefugnis der Regierung gegenüber der Notenbank besteht oder nicht.

Das von den Notenbanken bereitgestellte Geldangebot ist im Gegensatz zum sowjetischen System nicht sektorale limitiert, sondern im Zuge des konkurrierenden Zugriffs auf das Gesamtgeldvolumen auch für die im Agrarsektor tätigen Wirtschaftssubjekte ebenso verfügbar wie für Nachfrager aus anderen Sektoren. Ferner werden die Konditionen des Geldangebots nicht branchenspezifisch festgelegt. Sie können aber in gewissem Umfang von Verwaltungsbehörden als Trägern regionaler und sektoraler Wirtschaftspolitik für einzelne Branchen oder Teile derselben spezifiziert werden. Derartige Korrekturen des Zinsniveaus oder eines mit bestimmten Konditionen ausgestatteten Kreditvolumens sind angesichts des Bestehens eines freien Geldmarkts stets nach unten gerichtet. Sie hemmen damit tendenziell den Abfluß von Kapital aus dem begünstigten Sektor.

In bestimmten Fällen ist es denkbar, daß staatliche Wirtschaftspolitik Maßnahmen der Notenbank konterkariert und umgekehrt, beispielsweise bei Erhöhung des Diskontsatzes und gleichzeitiger Herabschleusung eines Zinssatzes durch eine Verwaltungsbehörde. Da jedoch eine solche Zinsverbilligung sich nur auf bestimmte Kreditnehmer bezieht, während die Maßnahme der Notenbank landesweit und auf die gesamte Wirtschaft wirkt, ist der gesamtwirtschaftliche Effekt geldpolitisch äußerst gering und die daraus eventuell resultierende Umverteilung des Geldangebots zu vernachlässigen, was z. B. bei strukturpolitischen Erwägungen auch regelmäßig geschieht. Eine politische Abstimmung der

verschiedenen, mit monetären Instrumenten ausgestatteten Entscheidungsträger ist gleichwohl immer und auch in solchen Fällen wünschenswert. Das gilt nicht nur im nationalen Rahmen, sondern ebenso im Rahmen der EG.

### III. Spielräume für finanz- und kreditpolitische Steuerung

Führt der Staat zur Ergänzung seines Steuerungsinstrumentariums Elemente der Mengenplanung ein, so unterwirft er gleichzeitig die Wirkungsmöglichkeiten seiner Geld-, Finanz- und Kreditpolitik bestimmten Restriktionen. Werden Mengenkontingente für die Produktion von Gütern oder Begrenzungen für den Faktoreinsatz vorgegeben, so engt das den Entscheidungsspielraum der Wirtschaftssubjekte automatisch auch hinsichtlich ihrer Reaktionen auf indirekte wirtschaftspolitische Signale ein. Z.B. kann Investitionsbereitschaft durch Zinssenkungen nur in dem Maße induziert werden, wie Limits für Produktionsmengen (Beispiel: Milch) oder Faktoreinsatz (Beispiel: Viehbestand) dies zulassen. Das gilt nicht nur für Erweiterungsinvestitionen, sondern, wenn auch in abgeschwächtem Maße, ebenso für Rationalisierungsinvestitionen, da Produktivitätssteigerung potentiell ebenfalls zur mengenmäßigen Ausweitung der Produktmenge führt.

Nun erzeugen Landwirtschaftsunternehmen fast ausnahmslos nicht nur ein, sondern mehrere Produkte, für die sie zudem einen großen Teil ihrer Produktionsfaktoren alternativ einsetzen können. Mengenbeschränkungen veranlassen daher zunächst zur Änderung des Produktmix, d. h. sie wirken in der Regel primär nicht hemmend auf den Gesamtumfang der Erzeugung, sondern produktspezifisch teils senkend, teils fördernd — natürlich nur soweit Standort und andere Bedingungen ein Ausweichen auf andere Produkte es gestatten. Prinzipiell verringert jedoch eine Einengung der Produktionsmöglichkeit auch nur eines einzigen Gutes die Konkurrenzfähigkeit der Landwirtschaft um die Produktionsfaktoren gegenüber der übrigen Wirtschaft.

Administrativ gesetzte Grenzen für Quantitäten von Input und Output existieren in der EG nur für einige Bereiche der landwirtschaftlichen Produktion. Sie sind aber gekoppelt mit gleichfalls administrativ bestimmten Grenzen der Preise für die Erzeugnisse nicht nur jener Bereiche, sondern weiterer, großer Teile der landwirtschaftlichen Produktion. Die Preise werden in Spannen gehalten und sowohl nach oben (Intervention) als auch nach unten (Garantie) limitiert.<sup>9</sup> Diese Kombination direktiver Preis- und Mengenpolitik sichert die Landwirtschaft einerseits vor vielen, vor allem außenwirtschaftlichen Risiken ab, hemmt aber andererseits den Einfluß des Marktes einschließlich des Geldmarktes auf die Entscheidungen der Unternehmen; denn Verlustrisiko und Gewinnchance sind deutlich gemindert und damit Ansatzpunkte indirekter, monetärer Lenkung geschwächt.

<sup>9</sup> Eine übersichtliche Darstellung für alle preisregulierten Produkte: EG-Marktordnungen, AID 6519, Bonn 1985.

Ein weiterer wichtiger Faktor, der die Wirkungsmöglichkeit aller indirekten wirtschaftspolitischen Steuerungsmaßnahmen beschränkt, ist die in der westeuropäischen Landwirtschaft weit verbreitete Existenz von Unternehmen, die ihren Besitzern nur als eine von mehreren Erwerbsquellen dienen. Solche Unternehmen können unter Umständen über längere Zeit ohne volle Kosten-deckung arbeiten, z. B. wenn die Besitzer auf den Gegenwert ihrer Arbeitsleistung oder eine Verzinsung des eingebrachten Kapitals ganz oder teilweise verzichten. Derart geführte Unternehmen (in der Bundesrepublik jedes zweite) sind mit Mitteln einer sektorale gerichteten Finanz-, Kredit- oder Steuerpolitik, die nur auf das landwirtschaftliche Unternehmen, nicht aber auf die Gesamtheit aller Erwerbstätigkeiten der Besitzerfamilie zielt, nur sehr schlecht zu beeinflussen.<sup>10</sup> Wir haben hier eine Erscheinung vor uns, die Parallelen aufweist mit gewissen, scheinbar unlogischen Verhaltensweisen sowjetischer Kolchose bzw. deren Mitglieder auf finanzpolitische Maßnahmen des Staates. Scheinbar irrationale Reaktionen der Wirtschaftssubjekte werden hier wie dort als sinnvolle Handlungen erkennbar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß das politische Signal an den falschen Adressaten, nämlich an ein sektorale streng abgegrenztes, isoliert entscheidendes Unternehmen gerichtet war, das in dieser Form gar nicht existiert.

Die Einschränkungen für die Wirkungsmöglichkeiten finanz- und kreditpolitischer Steuerungsinstrumente in der Landwirtschaft der EG sind erheblich. Sie zu quantifizieren, erscheint schon aus folgendem Grunde nicht möglich. Nicht nur mit Rücksicht auf die Existenz der unterschiedlichen Unternehmensformen ist es irreführend, von „der Landwirtschaft“ zu sprechen, sondern ebenso im Hinblick auf die unterschiedliche Produktionsstruktur der Unternehmen. Abgesehen davon, daß in der EG für nahezu jedes von direkten Eingriffen der Wirtschaftspolitik betroffene Agrargut andere Regeln gelten, gibt es eine Vielzahl von Erzeugnissen, die (zumindest heute) von solchen Eingriffen fast oder völlig frei sind. Je nach Produktmix wird in einem Unternehmen daher auch die Reaktion auf wirtschaftspolitische Signale allgemeiner Art anders ausfallen.

Über die Akzeptanz indirekter Lenkungsmaßnahmen durch die heterogen organisierten und orientierten landwirtschaftlichen Unternehmen gibt es bisher keine Erkenntnisse, die es erlauben würden, mit annähernder Sicherheit die Gesamtreaktion des Sektors auf eine wirtschaftspolitische Maßnahmen zu prognostizieren. Man ist bestenfalls auf die Interpretation von Durchschnittswerten der Reaktionen aus der Vergangenheit angewiesen. Diese sind aber wenig aussagekräftig, da sich die Rahmenbedingungen, unter denen die Entscheidungen getroffen werden, laufend ändern.

Es wird deshalb seitens der Wirtschaftspolitik immer wieder versucht, eine Differenzierung der landwirtschaftlichen Unternehmen vorzunehmen, um

---

<sup>10</sup> Vgl. Schmitt (1988, S. 71-97).

sicher zu gehen, daß auch eine indirekte Maßnahme möglichst ausschließlich eine bestimmte Zielgruppe erreicht. Meist geschieht das nach Gesichtspunkten wie Standort, Größe oder Einkommen. Die Wahl der Abgrenzungskriterien ist naturgemäß schwierig und führt regelmäßig zu Streit und Kompromissen, die häufig genug die Anwendung der Maßnahme verzögern oder ihren ursprünglichen Sinn entstellen.<sup>11</sup> Da eine zielgruppenorientierte Steuerungsmaßnahme bürokratischer Abwicklung bedarf, kommen Behörden ins Spiel, zumeist dieselben, die gegenüber den Adressaten der Maßnahmen auch die direkten Wirtschaftspolitik verwalten. Das kann zwecks Koordinierung der unterschiedlichen Lenkungsinstrumente von Vorteil sein, führt aber in der Praxis mitunter zu Ziel- bzw. Aufgabenkonflikten bei der Behörde. Abgesehen davon muß man fragen, ob die aus der Bündelung direkter und indirekter Lenkungsinstrumente resultierende Machtballung in der Hand einer Behörde und damit deren zumindest potentiell gegebene starke Stellung gegenüber dem landwirtschaftlichen Unternehmen ordnungspolitisch nicht mehr ist als nur ein Schönheitsfehler.

#### D. Bedarf für Modelle kombinierter Steuerung

Beide hier untersuchten Wirtschaftssysteme setzen zur Steuerung des Agrarbereichs nebeneinander direkte und indirekte Instrumente ein. In der Sowjetunion herrscht trotz lebhafter Auseinandersetzungen um indirekte Lenkungsmethoden in der Praxis der Wirtschaftspolitik die direkte Lenkung durch zentralgesetzte Mengen und Preise eindeutig vor und bestimmt die Entscheidungen in der Agrarwirtschaft. In der Agrarwirtschaft der EG dreht sich die wirtschaftspolitische Diskussion hingegen vornehmlich um den Einsatz direkter Lenkungsinstrumente und verdeckt damit bisweilen deren relativ doch weit geringeren Stellenwert.

Das gilt insbesondere für die Mengenplanung, die in der EG ordnungspolitisch als Sündenfall und zeitlich möglichst begrenzter Notbehelf anzusehen ist, in der Sowjetunion zwar von reformfreudigen Kräften als Relikt einer überwundenen Wirtschaftsphilosophie betrachtet wird, in praxi bisher aber die Regel und die Basis der Lenkung bildet.

Etwas anders ist das Verhältnis zur Regelung mit Hilfe zentraler Preissetzung. In beiden Wirtschaftssystemen produziert die Landwirtschaft zu Kosten, die über dem Weltdurchschnitt liegen. In beiden gibt es Überlegungen mit dem Ziel, das interne Niveau der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise an dem des Weltmarktes auszurichten. Eine wirklich weitgehende Absenkung oder gar völlige Freigabe der Preise muß aber als Möglichkeit auf überschaubare Zukunft ausgeschlossen werden. Der entstehende Konflikt zu Zielen der Sozial- und Regionalpolitik, aber auch der Versorgungspolitik für Krisenfälle wäre so

<sup>11</sup> So gehören inzwischen in der Bundesrepublik mehr als 50 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche zu den besonders geförderten „benachteiligten Gebieten“.

groß und kompliziert, daß er nicht allein durch den Einsatz von Mengenregelungen oder direktem Einkommenstransfer überbrückbar scheint. Ein Ausgleich durch eine stärkere Subventionierung der Faktorpreise würde das Problem nicht lösen, sondern nur auf eine andere Ebene verlagern. Der Einsatz direkter pretilaler Steuerung in der Agrarwirtschaft wird daher nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in der EG und — das zeigt ein Blick auf die Agrarpolitik der westeuropäischen Nachbarn der EG oder Japans — anderswo Bestandteil des wirtschaftspolitischen Instrumentariums bleiben müssen. Unsere Wirtschaftspolitik muß sich darauf einrichten, auch weiterhin Preissteuerung im Agrarbereich einzusetzen und in den Rahmen marktwirtschaftlich orientierter Lenkung einzuordnen. Leider fehlt es an funktionsfähigen Modellen, die ein Zusammenwirken direkter Preissetzung mit indirekter Steuerung für die Landwirtschaft zuverlässig abbilden und die Wirkungen der vielfältigen Kombinationsmöglichkeiten beider (und eventuell weiterer Instrumentarien, beispielsweise von Rechtsnormen) berechenbar machen. Die Wissenschaft bleibt aufgefordert, sich hier stärker zu engagieren, wobei auch Erfahrungen aus der systemvergleichenden Forschung hilfreich sein können.

## Literatur

- Demin, I., Kufakov, V. und Bannikov, N. (1988), „Perestrojka i reforma zakupočnyh cen, APK Ekonomika, upravlenie, Heft 2.*
- Haffner, F. (1987), „Zentralplanung und Volkswirtschaftsplanung“, in: H. J. Thieme (Hrsg.). Geldtheorie, 2. Aufl. Baden-Baden.*
- Hartwig, K. H. und Thieme, H. J. (1987). Determinanten des Geld- und Kreditangebots in sozialistischen Planwirtschaften.*
- Jaeche, G. (1983), „Aspekte der Preispolitik im Nahrungsgütersektor der Sowjetunion“, in: A. Bohnet und E. Schinke (Hrsg.) Preise im Sozialismus — Kontinuität im Wandel, Teil I, Berlin.*
- Narodnoe chozjajstvo SSSR (1988), Moskau.*
- Petrov, V. V. (1988), „Povyšat' rol' kredita v ekonomike APK, in: Den'gi i kredit, Heft 8.*
- Schinke, E. (1962), Die Kostenrechnung in der sowjetischen Landwirtschaft, Gießen.*
- Schmitt, G. (1988), „Was besagen eigentlich agrarsektorale Einkommens- und Produktivitätsmaßstäbe?“ in: Zs. f. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Heft 1.*
- Semenov, V. (1986), „Finansovyj mechanizm APK i puti ego soveršenstvovanija“, in: Voprosy ekonomiki, Heft 8.*
- (1987), „Soveršenstvovanie finansovogo mechanizma agropromyšlennogo kompleksa“ in: Ekonomika sel'skogo chozjajstva, Heft 9.
- (1987), „Soveršenstvovanie chozjajstvennogo mechanizma v APK“, in: Voprosy ekonomiki, Heft 7.